BAHAMAS

Nr. 10 Sommer 1993 6DM

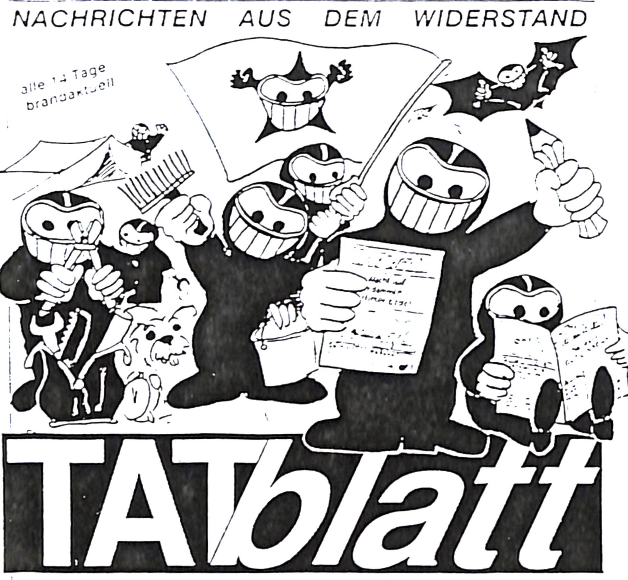
Zirkular der gruppe k

Neues Deutschland ?



Texte zu:
Demokratie
Faschisierung
Faschismus

NACHRICHTEN AUS DEM WIDERSTAND



Preis: S 15.–. 10-Nummern-Abo: S 140.–; außerhalb Österreichs: S 200.– Bestellungen mittels Einzahlung auf P.S.K.-Konto 7547 212.

GUTSCHEIN

für ein Gratis – TATblatt zum Kennenlernen:

Einfach sorgfältig ausfüllen, genau ausschnipseln und ausreichend frankiert ans TATblatt einsenden. Du erhältst dann das nächste TATblatt sofort nach Erscheinen kostenlos und unverbindlich zugeschickt.

Name ....

Adresse ....

Liebe Grüße ....

TATblatt: Gumpendorferstraße 157 11; 1060 Wien; Telefon: (0222) 56 80 78

Die neue

ARRANCA!

Zeitung für eine radikale Linke

Nr.1 Sommer '93

ist ab **6. Mai** erhältlich:

Der SCHWERPUNKT dieser Ausgabe ist Lernprozesse und Selbstschulung mit Beiträgen zu:

- der Bedeutung von Bildung und Selbstschulung innerhalb der Linken
- physiologischen Grundlagen des Lernens
- und einer Dokumentation von 1972 über Politisierungsprozesse während eines Zeltlagers

KULTUR:

- ein Versuch über Drogen
- ein Interview über italienischen HipHop
- eine Buchbesprechung

REPORTAGEN / INTERVIEWS:

- Bericht über eine Peruanerin in einem deutschen Knast
- Interview mit einem türkischen Genossen
- Interview mit Nanni Balestrini über seine Bücher und die italienische Linke

ARRANCA! ist für 6DM käuflich zu erwerben in linken Buchläden, oder zu bestellen für 6DM plus 1.50DM Porto bei:

F.e.I.S c/o LAZ
Crellestr. 22
1000 Berlin 62 / 10827 Berlin

Bezahlung in bar, Briefmarken oder überweisen an:

Kntnr.: 1840872900

BLZ.: 100 200 00

Berliner Bank, Stichwort "ARRANCA!" Nr.1

außerdem gibt es zu betellen:

- 501 Jahre sind genug/Über den Zustand der kolumbianischen Linken, 6DM
- Organisationsdebatte/Reader zur Kritik an den Autonomen, 5DM

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

Nr. 11, September '92
Terrainvermessung: Gewerkschaftspolitik

Nr. 12, Dezember '92
Zusammenbruch des Realsozialismus: Annäherungen (I)

Nr. 13, März '93
Alte Grenzen - neue Ufer: Gewerkschaftsfragen

Zusammenbruch des Realsozialismus: Annäherungen (II)

Nr. 14, Juni '93
Macht und Herrschaft im Metropolenkapitalismus

176-256 Seiten
Einzelpreis: 15 DM
Abonnement: 45 DM
(4 Hefte/Jahr)
Bezug: Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt Z.-Vertrieb, Kölner Str. 66
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. (069) 739 29 34

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

★

Die aktuelle Nummer 45 enthält u.a.: **Noam Chomsky:** Das Jahr 501, **Karl Rossel:** Eurozentrismus, **Herby Sachs:** Kulturchauvinismus in Europa, **Assata Shakur:** Rassismus in den USA, **Dorothea Schütze:** Guatemala-Begleitung der Rückkehrer, **Michael Höltig:** Reise zu den birmanischen Guerrila-Gruppen, Beiträge zum neuen Ossietzky-Prozess von **Jan Myrdal** und **Wolfgang Haug;** die Antwort der **autonomen AFRIKA-Gruppe** auf die Medienrandale gegen Eierwerfer! u.v.a. auf 72 S., 7.-DM.

7.-DM im Vierteljahr ist eigentlich für alle erschwinglich, aber wir wissen sehr wohl, daß sie speziell im Osten viel bedeuten. Wir bieten deshalb allen Interessierten, die sich den Faden oft verkneifen mußten, 13 Nummern für 20.-DM (incl. 6,10 Porto!):

Red. Schwarzer Faden
PF 1159
D-7043 Grafenau-1
Tel. 07033-44273
Fax 07033-45264
Abonniert den SF!!!

17°C

Zeitung für den Rest

Nr. 5: ab sofort im linken Buchhandel*

- KATZEN, MÄUSE, ORNAMENTE: Comics und Kultur
- GOING EAST: Der „Wohlfahrtsausschuß" und das Projekt „DDR"-Tournee
- GÜNTHER JACOB: Theorie des bürgerlichen Individuums bei Marx. III. Teil
- DEUTSCH-TÜRKISCHE FREUNDSCHAFT: „Neue Rechte" in der Türkei
- RASSISMUS, KULTUR USW.: „Neue Rechte" in Frankreich
- MALCOM X IN DEUTSCHLAND: ein Volk, ein Reich, ein Feuilleton
- ZWILLINGE: 8. Internationales Treffen am Wörther See

*oder direkt bestellen bei: **17°C**, c/o Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 2 HH 36 Einzelpreis: 6 DM + Porto (1,50 DM), ABOS 4 Nummern 25,- DM. V. Schmidt, Sonderkonto, Kto-Nr. 713990 200, Postgiro HH (BLZ 200 100 20)

KREUZ & QUER-AutorInnen sind LehrerInnen der Theologie, erkannte und unerkannte ProfessorInnen, außer- und innerkirchliche WürdenträgerInnen aller Dienstgrade, namhaftere und namenlose, ano- oder pseudonyme SchreiberInnen.

Die Redaktion um Antonie Löffler: Petra Petersen, Karl Deutscher, Winfried Auch, Hans Hut und Samuel Falke, wenn ich mich nicht irre ...

- **Im Abo bei: Kreuz & Quer**
- **Postfach 1841, 7400 Tübingen**
- **für DM 30.- im Jahr**
- **(so zweimonatlig wie möglich)**
- **in der Regel 6 Hefte à 44 Seiten**

KREUZ & QUER ist das einzig übriggebliebene nennenswerte »linke kirchliche Magazin« hierzulande.

(die tageszeitung)

Editorial

Manche halten es für absurd, sich mit Faschismustheorien auseinanderzusetzen. Die linke Dimitroff-Tradition zu untersuchen, ist ihnen langweilig. Um eine Neudefinition zu ringen, halten sie bestenfalls für überflüssig. Spinnert finden sie, die aktuelle Rechtsentwicklung mit Faschismusdebatte in Zusammenhang zu bringen. Leute, die beim "Konkret"-Kongreß bevorzugt zu Wort kommen, wissen genau, daß da eh nichts anbrennt. Ernsthaft kann's nach rechts nicht gehen, weil erstens die BRD doch aktuell wunderbar prosperiert, und weil zweitens die BRD so kriselig ist, daß sie zu keinem Alleingang fähig wäre. Das widerspricht sich zwar, aber beim (Weiß-)Bier werden sich die Hauptexponenten schon einig werden. Schließlich kommen beide — der Held vom "Gegenstandpunkt", der Kurz von "Krisis" — nicht nur aus Bayern, sondern vor allem aus der ML. Da ist der abfällige Seitenblick auf die "antifaschistischen Moralisierer" allemal Konsens. "Faschismus" ist, wenn es so etwas überhaupt gab, eine Sache aus der Mottenkiste.

Wenn Karl Heinz Bohrer ("Merkur") den "Bonner Provinzialismus" in der deutschen Politik beklagt, dann erinnert das nur "zufällig" an Edgar Julius Jung's "Herrschaft der Minderwertigen", mit der er den Weimarer Parlamentarismus dem "Zerfall" preisgegeben sah. Wenn Botho Strauß daran erinnert, daß sich zuletzt Hitler "preußische Tugenden" der "Entbehrung und des Dienstes" nutzbar machte, wenn die Helmut Schmidt/ Dönhoff/ Reuter die "Raffgesellschaft" verdammen, und "Treue und Opferbereitschaft einklagen", dann erinnert auch das wohl nur "zufällig" an die Jung-Schrift, die Wertezerfall und mangelnden "Gemeinsinn" beklagte.

Jung gehörte zu den Weimarer Jungkonservativen, deren Konzepte mit dem Nationalsozialismus kompatibel waren. "Politikverdrossenheit", die Klage über die "permissive Gesellschaft" und den "Zerfall der Bindungen" sind die moderne Erscheinung eines gesellschaftlichen Krisenphänomens. Der Blick in die Vergangenheit könnte verdeutlichen, daß der "geisteswissenschaftliche" Kampf gegen den "liberalistischen" Staat Vorbote eines ganz anderen Kampfes sein könnte.

Auch wir, die Gruppe K, kommen überwiegend aus der ML-, der Dimitroff-Tradition, und befinden uns von dort her kommend im Prozeß, "Faschismus" neu auf den Begriff zu bringen. Das war für das vorliegende Heft ursprünglich nicht unsere Hauptabsicht. Im Mittelpunkt sollte die Diskussion des Themas "Faschisierung" stehen — damit wollten wir eine Einschätzung der aktuellen Rechtsentwicklung leisten und aufgrund vorliegender Tendenzen diskutieren, ob und unter welchen Bedingungen eine *neue* Form von Faschismus denkbar wäre. Das halten wir für keine absurde Debatte.

Die Diskussion um "Faschisierung" setzt aber einen Begriff von "Faschismus" voraus, über den wir nicht — nicht mehr und noch nicht wieder — verfügen. Auf Aspekte der Faschismustheorie hat sich daher unser Arbeitsprozeß zunehmend verlagert. So schreiben und diskutieren wir in diesem Heft vornehmlich über Themen wie den linken "Produktivismus" und seine Problematik für Faschismusdebatten; über ökonomische Zusammenhänge von Weltmarktentwicklung und Faschisierung, wie sie sich von Sohn-Rethel ableiten; über die Bedeutung des Antisemitismus für "Faschismus" und die Frage, ob der Nationalsozialismus als "barbarische Revolution" zu gelten hat.

Die Debatte zu führen, erfordert Offenheit. So stellt ein Gastbeitrag im Heft die Totalitarismusthese Hannah Arendts vor, der selbst eine spezifische "Totalitarismusthese" vertritt. Viele von uns sehen die Problematik einer möglichen Relativierung von "Auschwitz" durch die (nicht zufällig gerade jetzt beginnende) linke Debatte um "totalitäre" Systeme — wir wollen dem aber im aktiven Diskussionsprozeß begegnen.

Über die Aktualität des Faschismusbegriffs können wir also zunächst nur begrenzte Auskunft geben. Das soll nicht heißen, daß die Diskussion darum zu verschieben wäre — im Gegenteil enthält auch dieses Heft Beiträge, die die Auseinandersetzung darum führen. Die Diskussion um Faschismus und strukturelle Ähnlichkeiten in den heutigen Prozessen ermöglicht unseres Erachtens eher eine realistische Analyse deutscher Wirklichkeit, als sie die eingangs genannte Riege der Verharmloser anzustellen bemüht ist.

Eine solche Analyse wollen wir möglichst als kollektiven Arbeitsprozeß angehen. Wir streben als kleine Gruppe weiter den Diskussionszusammenhang mit anderen an — schließlich: mit der Schwierigkeit, Debatten zur Neuformierung der Linken in Gang zu bringen, stehen wir nicht allein, sondern beobachten vielmehr bei der ganzen Linken und ihren organisierten Resten dieselben Probleme mit kollektiven Debatten, die wir haben. Linke "Autorenzeitschriften", so wichtig sie in der Presselandschaft sein mögen, können (und wollen) für solche Prozesse nicht der Ort sein. Dem Konzept gemäß geht es dort doch immer wieder um die Logik bekannterer Namen.

Uns hat die Resonanz auf zwei Nummern ermuntert, weiterzumachen; eine Diskussion darüber und eine Zwischenbilanz der Arbeit am Zirkular "Bahamas" wird die Gruppe K auf einem Treffen im September vornehmen.

Die Diskussion um Faschismustheorie und Faschisierung werden wir weiter voranzutreiben versuchen — ins Auge gefaßt ist ein Schwerpunktthema zum "Antisemitismus" am Jahresende.

Die Bahamas Nr. 11 wird Anfang September zum Themenschwerpunkt: "Sieg des Kapitalismus? Krise der Weltordnung? Perspektive der Entwicklung?" erscheinen. Redaktionsschluß: 6. August 1993.

Bitte an alle AbonnentInnen

Teilt uns doch bitte kurz und unbürokratisch Eure neue Postleitzahl mit (Postkarte/Brief oder telefonisch, einfach mit Adresse auf Anrufbeantworter). Ihr erspart uns eine Menge Arbeit und vermeidet den Ärger verspäteter Zustellung.

Impressum

Die "Bahamas" erscheint alle 2-3 Monate als Zirkular der Gruppe K.
Redaktion: Büro K, Karolinenstr. 21, Hs 2, 2000 Hamburg 36 (neu: 20357), Tel. 040/ 43 88 46
Preis: Einzelheft 6 DM (Nur Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Kto. S. Roisch/K. Dreyer, Nr. 1228 / 122 386)
-Für 5 Hefte gibt es eines gratis dazu!-
V.i.S.d.P.: B. Schulz
Herstellung: Eigendruck im Selbstverlag
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Bahamas

Auf die Bahamas wollte man uns im KB im April 1990 schicken, als wir die Kampagne "Nie wieder Deutschland" mittrugen. Seither haben sich innen- wie außenpolitisch, schneller als wir befürchteten, Konturen eines nationalistischen, rassistischen und expansiven Reichs herausgebildet. Die Analyse ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Tendenzen bei der Herausbildung der neuen deutschen Weltmacht ist uns ein wichtiges Vorhaben. Neben radikaler Deutschland-Kritik, der Erarbeitung antinationaler Positionen, sind weitere Themen und Anliegen: Kritik einer Linken, die ihre reformistische Massenpolitik unter veränderten Bedingungen unverändert fortsetzt, Kritik des "traditionellen Marxismus", theoretische Aufarbeitungen zur Imperialismustheorie, zu Antisemitismus, Rassismus und linken Faschismustheorien. Das Ziel: zur Neuformierung einer nichtreformistischen, radikalen, antikapitalistischen, kommunistischen Linken beizutragen.

Die "Bahamas" werden von dem kleinen Zirkel Gruppe K herausgegeben. Wir bezeichnen sie bewußt als "Zirkular", um ihren provisorischen Charakter zu betonen. Wir wollen und können nicht von uns aus ein neues Zeitungsprojekt starten. Ein solches Projekt gemeinsam mit Personen, Gruppen und Zirkeln der antinationalen Linken zu erarbeiten, ist unser Wunsch. Vorläufig wünschen wir uns für die "Bahamas" Zusammenarbeit, Beiträge, Kritik und Diskussion von und mit Gruppen und Einzelnen, die unsere inhaltlichen Bezugspunkte der Diskussion wert erachten.

Inhalt

Botho Strauß: Der Geist steht rechts - von Berthold Brunner ..... S. 5
Erziehungsdebatte: Leggewie meets Dönhoff - von Gabriele Becker ..... S. 7
"Parteienverdrossenheit" und Faschisierung - von Jürgen Starck ..... S. 10
Zum Tod von Gerhard Bögelein ..... S. 11
"Proletarisierung" der Neorechten - von Bernhard Schmid ..... S. 12

Debatte: "Faschisierung" und Faschismustheorie

Faschismus und Normalität: zu Kurz/Held - von Heiner Möller ..... S. 13
Faschisiert sich Deutschland? - von a-k-/- ..... S. 17
"Produktivismus" - von Christian Schmidt ..... S. 19
Dutschke und die nationale Frage - von Jürgen Stuttgart ..... S. 23
Bitburg: Brief an die BRD-Linke von '86 - von Moishe Postone ..... S. 26
Von Bitburg nach Berlin - von Max Müntzel ..... S. 29
NS, Antisemitismus und Linke - von der ISF/Freiburg ..... S. 31

Antisemitismus

Kultfilm "Metropolis" und NS-Ideologie - von Berthold Brunner ..... S. 34
Zu Hannah Arendts Totalitarismustheorie - von Manfred Dahlmann ..... S. 40

Rassismus

Zivilgesellschaft und Multikulti - von Tuckfeld/Müller ..... S. 45
Kritisches zur Antifa-Bewegung - von kla., Hamburg ..... S. 49

Innerlinke Debatte

Auf dem Weg zur Gerechtigkeitspartei - von Heiner Möller ..... S. 51
Krieg dem serbischen "Faschismus" - von j.w. ..... S. 53

Rezension

DDR-Wissenschaftler zu Nahost - von Heinz Willemsen ..... S. 55

Abo

Hiermit bestelle ich .... Exemplare der *Bahamas* ab Nr. .... Das Abo gilt für je drei Ausgaben, verlängert sich automatisch und ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich bitte um: Rechnungsstellung (2 DM mehr je Rechnung) / Ich zahle per Einzugsermächtigung (viel besser!)

Adresse:

Name:

Strasse:

Ort: (Neue PLZ!)

Hiermit ermächtige ich S. Roisch / K.Dreyer jeweils den Preis für drei Nummern der *Bahamas* (zur Zeit 18 DM) im Voraus von meinem Konto abzubuchen.

KontoinhaberIn: Konto-Nr.:

Bank: Bankleitzahl:

Datum: Unterschrift:

"Im Banne des Vorgefühls..."

Botho Strauß: Der Geist steht rechts

Botho Strauß, Dramatiker, kann es kaum erwarten. *"Im Banne des Vorgefühls"* verfaßte er einen SPIEGEL-Essay (1), der von schicksalsschwerer Zukunftsschau pitschnaß durchtränkt ist. *"Zwischen den Kräften des Hergebrachten und denen des ständigen Fortbringens, Abservierens und Auslöschens wird es Krieg geben"*, sieht er voraus, und sehnt sich danach, daß *"in unsere abstrakte Welt Bromios, der laute Schrecken, einschlägt"*. Aktuelle Nazi-Pogrome erzeugen ihm ein intensives Prikkeln — *"es ist der Terror des Vorgefühls"*. Endlich fließt wieder Blut: *"Die Wirklichkeit blutet wirklich, jetzt."* Auch Nerven und Gliedmaßen bleiben nicht verschont — ringsum *"...nur noch das Reißen von Strängen, gegebenen Händen, Nerven, Kontrakten, Netzen und Träumen"*. Hat der Mann vielleicht Angst? Natürlich nicht — im Gegenteil: *"Daß ein Volk sein Sittengesetz gegen andere behaupten will und dafür bereit ist, Blutopfer zu bringen, das verstehen wir nicht mehr und halten es in unserer liberal-libertären Selbstbezogenheit für falsch und verwerflich."* Wirklich: Wir alle? — Natürlich nicht, denn Botho Strauß, einsamer Rufer in der Wüste, erkennt die Chance, die darin liegt, es östlichen Nationalitätenkonflikten nachzutun. Ihn treibt der *"Außenseiter-Heros"*, ein Bekenntnis zur *"künftigen Tragödie"* abzulegen.

Wimmern contra Führer

Wie ist ein Text zu erklären, in dem die Knochen nur noch so krachen? Will sich da Bundesdeutschlands liebster Dramatiker gegen unliebsame Konkurrenz profilieren, zum Beispiel gegen den hereinannektierten Heiner Müller? Oder geht es um eine Art von Nach-68-Generationskonflikt? — Strauß zieht gegen antiautoritäre Erziehung zu Felde — *"Ich habe keine Zweifel, daß Autorität, Meistertum eine höhere Entfaltung des Individuums befördert, ... als jede Form der zu frühen leichtgemachten Emanzipation. Die herrenlose (und widerstandslose) Erziehung ist für niemanden gut gewesen."* Ein ungezogener Nachgeborener konterte in der "Zeit", die narzißtischen Untergangsvisionen ehemaliger APO-Veteranen seien unerträglich: *"Vater werden ist natürlich schwer. Alt werden ist noch schwerer. Das Fiese dabei sind die Jungen, die fieserweise länger leben werden. Es gibt ein altes Muster, um es sich alternd leichtzumachen: Man schreibt die Jungen ab. Wenn der König stirbt, geht das Reich unter. Nach uns guten und bösen Achtundsechzigern — kommt nichts mehr. Ach, was haben wir alles falsch gemacht! Unser Ende ist zweifellos der Untergang der Welt. ... So eitel und dabei so faul im Hirn zu sein — das ist eine würdelose Art zu altern"*(2). Nun sind ja tatsächlich, nicht nur in der taz, einige Herren Jahr ums Jahr damit beschäftigt, mit viel Trara einen "Tabubruch" nach dem anderen zu begehen — obwohl die Linke, deren Tabus zu brechen sie vorgeben, schon lange keine mehr aufstellen kann. Hatten sie früher die — sympathische — Illusion, die Welt aus den Angeln zu heben, so soll jene sich nun bis ins hohe Alter ausschließlich um ihren weinerlichen Abwicklungsprozeß drehen.

Doch: Die Sache ist ernster. Botho Strauß bricht das letztmögliche "linke Tabu" — er bekennt sich offen und unmißverständlich zu einer faschistischen Stoßrichtung. Wenn er fürchtet, nicht einmal die herbeigesehnte Katastrophe werde nützen, schreibt er, die Republik werde eher *"mit einem Wimmern enden"*, als *"mit dem großen Knall, der Resurrektion des Führers."* "Resurrektion" bedeutet Auferstehung, und wer da wiederauferstehen müßte, wird (an andrer Stelle) konkretisiert: *"Weder der einzelne noch die Menge unterhalten die geringste Verbindung zu Prinzipien der Entbehrung und des Dienstes oder zu anderen preußischen Tugenden, die sich ein Hitler noch nutzbar machte."*

Kirche, Tradition, Autorität

Lassen wir den Führer beiseite, betrachten wir das Repertoire der Werte und Tugenden, die Strauß wieder in ihr Recht rücken will. Da Deutschland wieder Großmacht werden soll, und Soldaten zu ersten "soften" Kampfeinsätzen schickt, macht es sich gut, gegen den Pazifismus zu Felde zu ziehen: *"Da die Geschichte nicht aufgehört hat, ihre tragischen Dispositionen zu treffen, kann niemand voraussehen, ob unsere Gewaltlosigkeit den Krieg nicht bloß auf unsere Kinder verschleppt."* Da wäre es doch geradezu ein Verbrechen, nicht kriegerisch genug zu sein... Da Deutschland wieder eins ist, sollen aber auch im Inneren die soldatischen Tugenden höher gehängt werden: *"Nach Lage der Dinge dämmert es manchem inzwischen, daß Gesellschaften, bei denen der Ökonomismus nicht im Zentrum aller Antriebe steht, aufgrund ihrer geregelten, glaubensgestützten Bedürfnisbeschränkung im Konfliktfall eine beachtliche Stärke oder gar Überlegenheit zeigen werden."* Nein, Botho Strauß hält nicht damit hinter dem Berg, wes Geistes Kind er sein möchte. Er beruft sich nachdrücklich auf Konzepte der "konservativen Revolution", auf die Weimarer Tradition reaktionärer Kulturkritik: *"Der Kulturpessimist hält Zerstörung für unvermeidlich. Der Rechte hofft dagegen auf einen tiefgreifenden, unter den Gefahren geborenen Wechsel der Mentalität, auf die endgültige Verabschiedung eines nun hundertjährigen 'devotionsfeindlichen Kulturbegriffs.'"* Devotion — das heißt: Unterwürfigkeit — soll also wieder das Verhältnis des Einzelnen zur Nation bestimmen. Gegen den angeblichen Zeitgeist will Strauß altbewährte Institutionen wieder in Stand gesetzt sehen: *"Die Hypokrisie der öffentlichen Moral, die jederzeit tolerierte (wo nicht betrieb): die Verhöhnung des Eros, die Verhöhnung des Soldaten, die Verhöhnung von Kirche, Tradition und Autorität, sie darf sich nicht wundern, wenn ihre Worte in der Not kein Gewicht mehr haben."*

Dienen statt verdienen

Es wäre alles nicht so schlimm, könnte davon ausgegangen werden, daß so etwas im Deutschland des Jahres 93 nicht auf fruchtbaren Boden fällt. Wo aber Strauß sich zum einsamen Heros stilisiert, hat er lediglich überaus opportunen Gedankengängen ihren zugespitzten Ausdruck gegeben. Daß der Gürtel enger geschnallt, Entbehrung und Dienen wieder hochgehalten werden müssen: Ex-Kanzler Schmidt und Gräfin Dönhoff haben es in ihrem "Manifest" längst eingeklagt. Daß die Erziehung zur "Emanzipation" die Nazis hervorgebracht habe — deutsche Magazine sind voll solchen Humbugs. Über die deutschen Drückeberger schreibt sich ein Teil der taz-Redaktion tagtäglich die Finger wund, und auch das unvoreingenommene Lernen von östlichen Nationalbewegungen wurde uns im Rahmen der Hauptstadtdebatte (z.B. von Klaus Hartung) dringendst anempfohlen.

Was bei Botho Strauß neu ist, ist die Bündelung aller Stränge dieser "Wertedebatte" und ihre Verknüpfung mit einer Sehnsucht nach Krieg und Zerstörung, die ihn ganz in die Nähe des frühen Ernst Jünger rückt. Allerdings hatte der Autor von "Stahlgewitter" den Vorteil, seine Kriegssehnsucht in die durchlebte Erfah-

rung des 1. Weltkriegs kleiden zu können. Das klang dann noch etwas furioser — *"...in Sekunden geopfert für Dinge, die man nicht wissen, sondern an die man nur glauben kann, glühend, zerschossen, mit wehenden Fahnen versinkend, eingehend in den ewigen Sinn von Augenblicken, in denen das Schicksal selbst das Blut zu berauschen scheint, unter dem Hurra von Sterbenden, in fernstem Meere einem Vaterland dargebracht..."* undsoweiter — aber die Grundfigur ist dieselbe. Jünger, 1982 mit dem Frankfurter Goethe-Preis geehrt, vom Bundeskanzler umworben, der sich gerne als Freund und Bewunderer zeigt, kann im vereinten Deutschland als voll rehabilitiert gelten. Unlängst veröffentlichte die Zeitschrift "Sinn und Form", einst linkes literarisches Forum der Weimarer Republik, dann DDR-Zeitschrift, Tagebuchnotizen Ernst Jüngers. Damit wurde der Kriegsverehrer symbolisch in den akzeptierten Kreis der "Akademie der Künste" (die "Sinn und Form" nun herausgibt) aufgenommen. Als einziger versuchte Walter Jens zu protestieren — er nun wirklich allein auf weiter Flur. Sogar Heiner Müller nahm den nationalkonservativen Jünger in Schutz. So dürfte es kaum mehr Krittler geben, die jene ausgiebigen deutschen Generalfeierlichkeiten vermiesen könnten, die zu Jüngers 100. Geburtstag 1995 bevorstehen.

Strauß liegt also im Trend, was auch der SPIEGEL erkannt hat (*"Ausgerechnet im SPIEGEL? Ja, ausgerechnet"*, so trotzig die "Hausmitteilung" vom 8.3.). Die Veröffentlichung der rechten Tiraden im Kulturteil des auflagenstarken Magazins erinnert an Frankreich, wo die Neue Rechte ihren Feldzug ins Zentrum der Gesellschaft ebenfalls vom Feuilleton aus startete (dort wars die Wochenendausgabe des Figaro). Wenn Strauß' Appelle, mehr ans Dienen, denn als Verdienen zu denken, ähnliche Resonanz entwickeln, ist aus rechtsradikaler Sicht viel mehr erreicht als durch so manchen Republikaner-Wahlerfolg.

Konzept Gegenaufklärung

Wie die französische "nouvelle droite" und die Exponenten der "Konservativen Revolution" richtet sich auch Botho Strauß mit seiner "Kulturkritik" gegen die Werte der französischen Revolution. Da er sich *"inmitten der modernen, aufgeklärten Verhältnisse"* nicht aufgehoben, sondern *"vereinsamt und erschüttert"* sieht, soll sein Essay ein Konzept der *"Gegenaufklärung"* ins Gespräch bringen. Und wie die Vorbilder wendet sich auch Strauß gegen die *"abstrakte"* Gesellschaft und propagiert, gesellschaftliche Zusammenhänge biologistisch abzuleiten: *"Daß es so nicht weitergehen kann, haben zuerst die Ökologen eindrucksvoll herausgerufen und es mit einigem Erfolg uns ins Bewußtsein geschärft. Das Limit-Denken ließe sich übersetzen ins Politische, Sittliche und gewiß auch Sozialökonomische."*

Ähnlich wie die "Neue Rechte" in ihrer antiliberalen Argumentation negiert auch Strauß den Ausgangspunkt des bürgerlichen Gleichheitsgedankens, die These von der gleichen Würde aller Geborenen. Ohne vorgeschaltete Not, vielleicht einen reinigenden Krieg, will Strauss von Menschenwürde jedenfalls nichts wissen: *"Wie sähe..."*, ist er neugierig auf seine Mitmenschen, *"mein protziger Nächster aus, wenn ihn der jähe Schmerz oder Kummer träfe? Vielleicht träte zum Vorschein seine Würde. Man muß sie doch wenigstens gesehen haben, bevor man sie ins gesetzliche Glaubensbekenntnis aufnimmt."*

Anderen, denen Leid nicht abgesprochen werden kann — z.B. den Roma und Sinti — bescheinigt Strauß denn auch zynisch, dem verweichlichten Bundesbürger überlegen zu sein — *"Die Würde der bettelnden Zigeunerin sehe ich auf den ersten Blick."* Vom Vorbild leidender Völkerschaften will Strauß profitieren — auch darin der "Neuen Rechten" ähnlich. Wohlgemerkt berühren solch "multikulturelle" Anwandlungen keineswegs das völkische "Wir", das Strauß von Anfang bis Ende konsequent durchhält. Alle Kritik berührt nicht die Voraussetzung, daß mit dem "Eigenen" stets nachdrücklich die *deutsch* definierte Gesellschaft hervorgehoben wird. Wenn es *"Krieg geben"* wird, dann eben doch in dieser Formation. So kommen *"gefallene Kultleidenschaften"* wie *"Rassismus und Fremdenfeindlichkeit"* in die Reihe der Traditionen, die bei Strauß eine Renaissance verdienen...

Der Geist steht rechts...

Dem Dichteressay ist die doppelte Bedeutung des Begriffs Tragödie — hier Theaterform, dort Leidenserfahrung — Programm. Künstler und politisch rechts zu sein ist dasselbe, beides bedeutet, die Katastrophe herbeizusehnen: *"Die Tragödie gab ein Maß zum Erfahren des Unheils wie auch dazu, es ertragen zu lernen. Sie schloß die Möglichkeit aus, es zu leugnen, es zu politisieren oder gesellschaftlich zu entsorgen."* Botho Strauß fordert, eine Haltung des Nichthinterfragens solle die politische Sphäre durchfluten. Damit verbunden ist eine Vorstellung von immergleichem Geschichtsverlauf, in den hinein sich das Menschliche auflöst: Rechte Phantasie, so Strauß, bedürfe *"keiner Utopie, sondern sucht den Wiederanschluß an die Zeit, die unbewegte, ist ihrem Wesen nach Tiefenerinnerung und insofern eine religiöse oder propolitische Initiation."* Die Straußsche Geschichtsphilosophie läßt sich im Begriff "Schicksal" zusammenfassen. Sie hat schon im Ansatz nichts zu schaffen mit Leuten wie Bloch und Adorno, die Strauß, laut SPIEGEL, *"zu seinen Säulenheiligen zählt"*. Strauß fordert die Katastrophe ein, wo andere sie beschreiben, um die katastrophale Erfahrung zum Ausgangspunkt für eine Gegenbewegung werden zu lassen. Er betreibt, wie alle Rechten, die Ästhetisierung der Politik, wo das linke Konzept — mit den Worten Walter Benjamins — in der Politisierung der Kunst zu bestehen hätte.

Das darf nicht übersehen, wer, wie die linke Zeitschrift "Spezial", den Zusammenhang von Strauß' rechten Ergüssen mit der "negativen Dialektik" eines Theodor Adorno diskutieren will (3). Spezial aber sieht Strauß' Rechtsdrall in der kritischen Theorie selbst begründet: *"was ...bei der Kritischen Theorie ihrem ideologischen Loch einer utopischen Nicht-Utopie ...geschuldet ist,...die letztlich jede Art von Herrschaft zulassen muß."* Daß Strauß sich ebenso auf Ernst Bloch beruft, dem schwerlich "Anti-Utopismus" nachgesagt werden könnte, wird geflissentlich übersehen.

Wer Adorno mit Strauß erledigen will, gerät in jene allzu vereinfachende Logik, die letzterer im Essay selbst vorzugeben versucht. Danach gibt es zum einen das Lager der bürgerlichen Vernunft, zum anderen das rechte Gegenlager der Kulturkritik. Alle die, wie unzweifelhaft Adorno, das Konzept der Aufklärung kritisch zu durchdringen versuchen, stünden demnach mit einem Bein bereits im rechten Lager. Kehrseite des Gedankens: Die Linke habe sich irgendwie doch an den Werten der positiven Vernunft zu orientieren. Tatsächlich klingt sehr "aufklärerisch", wenn die Spezial-Redaktion unentwegt die "positive Utopie" einfordert. Eine Linke, die den Namen verdienen will, darf aber der Scheinalternative "hier Konsumismus da reaktionäre Rückwendung" nicht erliegen. Strauß ist mit all seiner "Gegenaufklärung" das liebste Kind ebenjener Mediengesellschaft, die er so unerbittlich geißeln will: das bebildert, daß es die Dichotomie des bürgerlichen Denkens gerade zu überwinden gilt.

Berthold Brunner

1) Alle Zitate aus: Botho Strauß, "Anschwellender Bocksgesang", SPIEGEL, 8.2..93, S. 202ff.
2) Robin Detje, "Achtundsechzigerdämmerung", in: Die Zeit vom 5.3.1993.
3) Vgl. Spezial Nr. 89, März/April 93, S. 2, "Spezielles".

Abrechnung mit 68

Leggewie meets Gräfin Dönhoff

Nach dem "Schock von Mölln", dem eine 15monatige ungehemmte rassistische Hetze vorausging, wird in der Bundesrepublik Deutschland staatlicherseits versucht, die rechte Gewalt der Straße im öffentlichen Erscheinungsbild ein wenig zu zügeln. Werbewirksam wurden zum einen Lichterketten ins Bild gesetzt, zum anderen allerorten eine "Ursachendiskussion" über das Ausmaß an rassistischer Gewalt und rechtsextremer Sympathie initiiert. Dabei ist man fündig geworden, sowohl was die ursächlichen Übel als auch was die Verursacher angeht. Das "gemeinsame Problem" wird ausschließlich als "Jugendproblem" verortet, und die Debatte auf die entsprechenden Erziehungsinstanzen — Lehrer, Eltern, Schule, den Zerfall der Familien sowie die allzu emanzipierte Frau gelenkt.

Die Lehrer, Erzieher, Sozialpädagogen aber — sonst eher im Beamtenalltag verfangen — sind durchaus geneigt, sich schuldig zu bekennen und nachzudenken. Auch die ehemals fortschrittliche Intelligenz, die sich beim "Marsch durch die Institutionen" schnell mit dem BAT-Karrieregang begnügte, bietet ihre reuige Mithilfe an, und wirkt — da von den Medien gut plaziert — fast wie die Initiatorin der Debatte.

Mehreres ist damit erreicht: man ist weg davon, die Ursachen für Rechtsextremismus und Rassismus im gesellschaftlichen Bezug und Rahmen zu suchen, völlig ausgeblendet werden auch die rassistischen Äußerungen und Handlungen von Medien und Politikern.

In bunt-beliebiger Mischung werden derzeit altbekannte linksliberale Errungenschaften als "Ursache" angeprangert — die Abschaffung dieser "Mißstände" sind Mosaiksteine bei der Vorbereitung der Bürger auf die Situation "nach der Wiedervereinigung". Waren die Westdeutschen vor 1989 "eine glückliche Gesellschaft, weil die Frage der nationalen Grenzen und der nationalen Zugehörigkeit unter den Gewaltverhältnissen des Kalten Krieges ruhiggestellt gewesen sei" (FAZ 27.3.93) — so gilt es jetzt, eine Sinn- und Wertedebatte zu führen, die sich als tauglich dafür erweist, Patriotismus und Volksgemeinschaft zu restaurieren. Das Gemeinwohl ist gefordert, und das bedeutet Opferbereitschaft.

"Die Freude über die Lichterketten kann nicht verhindern, daß ich von dieser Entwicklung geschockt bin."
(B. Scheffler)

Die Grundschullehrerin, jugendpolitische Sprecherin der Grünen NRW und Ex-68erin Beate Scheffler war wohl eine der ersten im Reigen der Selbstbezichtigungen. Als Kronzeugin der APO-PädagogInnengeneration war sie bereit, "Verantwortung" zu übernehmen, und diese nicht immer nur "im System zu suchen". Denn — so ihre Selbstüberschätzung: "Die gesellschaftliche Entwicklung ist von uns mitgeprägt."

In einer Broschüre der grünen Landtagsfraktion NRW dachte sie Ende letzten Jahres öffentlich über ihre Erzieherinnen- und Mutterrolle nach: "Die Jugendlichen von heute sind unsere Kinder, unsere SchülerInnen, sie sind auch das 'Produkt' unserer Erziehung. Es war unsere Revolte, die viele Wertesysteme hat zusammenbrechen lassen. Waren wir es nicht, die gegen alle Normen angekämpft haben? Wir haben jede Autorität in Frage gestellt, wollten die Familien am liebsten auflösen." (Halbzeitbroschüre 30.11.92)

Rückendeckung bekam sie von den Schreibern der TAZ. Nur spärlich wurde die Kontroverse in der grünen Fraktion inhaltlich dargestellt. Die Berichterstattung konzentrierte sich darauf, ausschließlich den Umgangsstil der Scheffler-Kritiker zu rügen, wobei die Alt-TAZler einmal mehr meinten, ihre linke Vergangenheit abarbeiten zu müssen: den Scheffler-Widersachern wurden durchgängig Zuweisungen wie "Grüne Gesinnungspolizei", "Politkommissare" und "Erziehungsdiktatur" erteilt.

Rückendeckung bekam Beate Scheffler auch von interessierter rechtskonservativer Seite. In der Regel wurde sie als Kronzeugin eingeführt -"Herzlichen Dank, Frau Kollegin Scheffler, für diese klaren, aus der Sicht der Grünen mutigen Aussagen" — um ihrer "Nachdenklichkeit" sogleich Gewißheit folgen zu lassen: "Die allgemeine Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen hat doch wohl zum nicht geringen Teil ihre Ursachen, ihre Wurzeln im Gedankengut vieler Vertreter der sogenannten 68er Generation. Die antiautoritäre Erziehung war keine 'Erziehungsarbeit', sondern sie war in vielen Fällen eine systematische Zerstörungsarbeit an der Jugend." (Debatte im Landtag NRW, die CDUler Rüseberg und Linssen)

"Hören wir auf die Söhne und Töchter. Sie reklamieren Autorität, sie haben genug von der wolkigen Unverbindlichkeit und dem Unernst ihrer Alten."
(C. Leggewie)

Immer im Trend des ZEITgeistes ließ auch eine Hamburger Wochenzeitung diese Frage gleich in Serie diskutieren. Als ehemaliger 68er bot sich Claus Leggewie zum Abschwören an und verfaßte das "Plädoyer eines Antiautoritären für Autorität" (Zeit 5.3.93). Unter Verweis auf ein Horkheimer-Zitat, worin jener die Aggressivität von Kindern "auf das Schwinden der positiven, beschützenden Funktion der Familie" zurückführte, gestand Leggewie, daß "wir, die antiautoritären Studenten", Horkheimer zwar ausgegraben aber nicht richtig gelesen hätten.

Im Gegensatz zu Horkheimer, der immerhin auch analysiert hat, daß eine "intakte Welt" überkommener Familienstrukturen im Zeitalter der Massengesellschaft nicht mehr möglich sein kann, ortet Leggewie — konform mit seinen Mitstreitern aus dem rechten Lager — die Verantwortung für die "als Nazis kostümierten Kids, die so schrecklich normale Monster sind" bei den "Eltern, Verwandten, Nachbarn, Freunden, Lehrern, Ausbildern, Vorgesetzten". Sie alle hätten ihren Kindern aus "Bequemlichkeit, Angst und Unsicherheit" keine Grenzen, keine Autorität gesetzt. Er kommt zum gleichen Schluß wie der CDU-Vertreter in NRW, allerdings in der ersten Person Plural: "Wir haben nur abgeräumt, zuwenig an die Stelle gesetzt."

Nun mag es sein — läßt man sich einen Moment auf die pädagogischen "Argumente" ein —, daß dieselbe Gleichgültigkeit gegenüber Kindern, die früher zu Prügel führte, sich später in einem Laisser-faire Stil ausdrückte. Aber selbst dann gilt, nach allen empirischen Erfahrungen, daß in die Gewaltszene eher diejenigen abrutschen,

die Prügel- und Gewalterfahrungen haben, nicht aber ein "antiautoritär" erzogenes, "vernachlässigtes" Kind.

Wer nun behauptet, antiautoritäre Erziehung sei schuld an rechten Pogromen, steht in der Pflicht zu erläutern, welcher Erziehungsstil *statt dessen* zu bevorzugen sei, der die Kids nicht rassistisch, rechtsextrem oder gewaltätig werden läßt. Die Antworten unserer beiden konvertierten Experten darauf sind dürftig, aber dennoch recht aufschlußreich. Neben einigen Platitüden ist das Neue, worauf sich besonnen werden soll, letztlich das ganz Alte. Auch wenn Leggewie nicht einfach "Autorität" fordert, sondern — wie M. Brumlik in einer Erwiderung (FR 12.3.93) ärgerlich anmerkt — "vornehmer, lateinischer und eben staatspolitischer": Eintreten für die "Auctoritas" propagiert, so konkretisiert er doch: "Ohne moralische Fundamente, ohne staatsbürgerliche Tugend muß die Politik kaputtgehen."

Auch Scheffler greift auf Altbewährtes zurück, wenn sie freudig feststellt, daß in den "letzten 20 Jahren viele antiautoritäre Erziehungsmuster schon korrigiert und zurückgenommen" wurden. Besonders gewichtig scheint ihr eine alt-neue Errungenschaft: "welche/r LehrerIn z.B. läßt sich heute noch von den SchülerInnen duzen?" (Unterschiede 4/93)

Grenzen der Pädagogik

Gegen diese Sicht der Dinge gibt es in der offiziellen linken oder besser liberalen Debatte kaum eine Gegenwehr. Auch die kritischen Anmerkungen beispielsweise eines Micha Brumlik (FR 12.3.93) bleiben letztlich hilflos, weil er als Erziehungswissenschaftler immanent pädagogisch antwortet. Auch er siedelt die Ursachen für rechtsradikale Gewalt im erzieherischen Bereich an. Zwar greift er Leggewies Autoritätssympathien an, verzichtet seinerseits aber weitgehend auf gesellschaftliche Analyse und kommt nur zu Lösungen der Art, daß "die Etablierung gemeinsamer, von echten Anerkennungs- und Mitwirkungschancen geprägten Sozialbezüge" zu fördern sei.

Es ist schon eklatant, wie sehr der Blick auf die Politik gemieden wird, und wie wenig die "Grenzen der Pädagogik" reflektiert werden. Gewalt und Rassismus aber sind gesellschaftliche Probleme, die in die Schule hineinwirken, weil Schule eben Teil der Gesellschaft ist. Schulen sind auf Autorität und Erlernen von Anpassung aufgebaut, in ihnen wird Rassismus geradezu befördert. "Belehrung kommt gegen die alltägliche Erfahrung nicht an", lautet ein pädagogischer Merksatz. Wenn unsere Gesellschaft vielen Jugendlichen die Erfahrung bietet, Haß und Gewalt, Konkurrenz und Leistung, nationale Überheblichkeit etc. seien von Nutzen, dann bietet auch eine humane linke Erziehung keine Chance auf Veränderung.

Adorno, der die Anfälligkeit des "autoritären Charakters" für faschistische Lösungen untersucht hat, weist gerade deshalb auf den gesellschaftlichen Kontext hin: "Wir haben bemerkt, daß die Charakterstruktur so beschaffen sein kann, daß sie das Individuum für antidemokratische Propaganda anfällig macht. Es wäre nun zu fragen, unter welchen Bedingungen solche Propaganda in Ton und Umfang zunimmt, (...) so daß, was jetzt Potential ist, sich aktiv manifestieren würde. Die Antwort kann weder in der Charakterstruktur eines Einzelnen noch in psychologischen Faktoren in den Massen gesucht werden, sondern nur in Prozessen innerhalb der Gesellschaft selbst. Man scheint sich heute wohl bewußt, daß es in erster Linie von der Situation der mächtigen ökonomischen Interessengemeinschaften abhängt, ob antidemokratische Propaganda hierzulande eine beherrschende Rolle spielen wird oder nicht, ob jene, mit Vorbedacht oder nicht, sich dieses Instrumentes bedienen, um ihre Machtstellung aufrechtzuerhalten." (Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt 1973, S.9f)

Mit pädagogischen Spielchen jeder Art aber verschleiert man diese Tatsache und spielt mit im Orchester der "Sinnstifter" — wie es die konvertierten 68er ohne Einschränkung tun. Wenn Leggewie und Scheffler unterstellen, daß man — aufgrund des 68er Einflusses — die Kids falsch erzogen habe, ermöglicht das eine Verharmlosung des politisch-gesellschaftlichen Prozesses. Bei Leggewie wird es deutlich, wenn er von den nur "als Nazis kostümierten Kids" spricht, deren Vater er hätte sein können. Beate Scheffler empfiehlt, den Dialog mit den rechten Jugendlichen zu suchen, und warnt entsetzt davor, die Jugendlichen in die rechte Ecke zu stellen, "weil wir damit einen Teil unserer Kinder-Generation aus der Gesellschaft drängen würden." Durch den Hinweis "es sind doch unsere Kinder" wird nicht zugelassen, daß Rassismus und Rechtsradikalismus als Gesellschaftskritik diskutiert werden. An die Stelle einer Analyse tritt im Gewande des Familiären ("unsere Kinder") die gemeinsame Sorge um die deutsche Volksgemeinschaft. Das "Problem" der deutschen Täter wird durch die familiäre Argumentation auf die Ebene völkischer Solidarität verschoben.

Schluß mit Libertinage und Laissez-faire!

Wie sehr sich eine solche Haltung bereits durchgesetzt hat, zeigte sich auf einem Forum der Lehrergewerkschaft (GEW) "Gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit" — einer Gewerkschaft, die früher hin und wieder durchaus beachtenswerte bildungspolitische Vorstellungen vertrat. Die TeilnehmerInnen waren sich ausnahmslos darin einig, daß man "von vornherein" keine "Motive ins Kalkül" einbeziehen wolle, "die unter Attributen kursieren wie rassistisch, völkisch, nationalistisch oder auch fremdenfeindlich, faschistisch, neonazistisch." Weiter heißt es: "Offenkundig stimmte das Forum darin überein, Verhaltensmuster dieser Art nicht als genuin zu bewerten, sondern als aufgesetzte Sekundärmerkmale, die über die eigentlichen Ursachen gesellschaftlicher Desintegration hinwegtäuschen." (Bericht der Gewerkschaftszeitung E&W 12/92)

Der Vorsitzende dieser Gewerkschaft, Dieter Wunder, hatte zuvor in einem Interview unmißverständlich deutlich gemacht, aus welcher Richtung der Wind weht. Er definierte Nationalbewußtsein als unverzichtbare Hilfe für positive Erziehungsprozesse: "Wir haben 45 Jahre lang an den Schulen auch aus Unsicherheit die Frage der nationalen Identität ausgeklammert. Statt dessen haben wir uns mit Ersatzlösungen wie dem 'Verfassungspatriotismus' oder dem europäischen Staatsbürger begnügt. (...) Wir brauchen jetzt ein neues Nationalbewußtsein, um das Abrutschen in den Rechtsradikalismus bei der Jugend zu verhindern." (Neue Osnabrücker Zeitung 14.11.92)

Wunder stimmte damit voll mit Jugendministerin Merkel überein, die ebenfalls befand, daß man Jugendliche, die "stolz auf Deutschland sein wollen", nicht "verdammen" dürfe, sondern ihnen "im Dialog die richtigen Werte für ein nationales Bewußtsein vermitteln" müsse. (FR 17.4.93)

Aber — um hier keinen Irrtum aufkommen zu lassen — auch wenn Leggewie, Scheffler, GEW usw. noch so sehr zur Schau gestellt werden, sie selbst zu jeglicher Revision ihrer alten Ideen bereit sind: die Stichworte sind jene, die schon seit Jahrzehnten von konservativen Kreisen vorgegeben werden. Neu ist lediglich der Versuch, diese jetzt auch noch über die "Nachdenklichkeit" der Ex-Protagonisten

alternativer Erziehungskonzepte zu lancieren.

Die "Erziehungsdebatte" gehört zum derzeitigen Roll-back. Im ideologischen Bereich und in Teilbereichen der Bildungseinrichtungen (auf jeden Fall dort, wo Probleme zu erwarten sind) werden Autorität und nationales Bewußtsein eingefordert, soll allzu liberales Gedankengut nicht mehr zugelassen werden. Die entscheidenden Argumentationsmuster der Kampagne werden in den bürgerlichen Medien gepuscht, die seit Monaten auf unterschiedlichsten Ebenen den Werte- und Sittenverfall unserer Gesellschaft beklagen.

Auch die Schuldigen für die angeblich ins Maßlose führende "permissive Gesellschaft" werden von den Rechten benannt: "Alles Achtundsechziger". "Wahrscheinlich ist das die fürchterliche Wahrheit. Es ist jedenfalls nicht zu bestreiten, daß die politische und geistige Ausstattung der heute den Ton angebenden Generation, ihr Wertemuster, ihr Vokabular, ihre Lebenskultur von jenem 'Aufbruch' herrühren. Und es ist ebenso offensichtlich, daß die Blockaden der deutschen Politikern, ihre wimmernde Hilflosigkeit, auch damit zu tun haben. Man muß sich nur in Erinnerung rufen, welche politischen Verwüstungen, Gesinnungsnarzißmus und Realitätsverweigerung in der Asyl- und Blauhelmdebatte angerichtet haben und noch anrichten." (Fuhr, FAZ 27.3.93)

Von den Sixties...

"Hope I die, before I get old." (Pete Townshend) Die Sixties waren eine junge, schnell-lebige Zeit, gebrochen wurde mit dem Nierentisch-Mief der Nachkriegsfünfzieger, es war das Lebensgefühl des Beats und der Flower-Power, der Jeans, des Minirocks, der Strumpfhosen — keine trug mehr Strümpfe und Strapse und schon gar keine einen Büstenhalter — das Gefühl von Weltverbesserung und Veränderung. Jungsein bestimmte den Trend, man hängte sich keine Bilder, sondern Poster und zwar von Zappa, Che Guevara und Marx-Engels-Lenin in die Bude. Man lebte: "Life is short and life is fast" und für viele Protagonisten z.B. im Showgeschäft war es das auch. So der Mythos und das Lebensgefühl einer Minorität.

Was aber brachten die Sechziger real an Veränderungen? Gehorsam und Unterordnung hatten bis zu Beginn der 60er Jahre an der Spitze der Erziehungsziele gestanden. Die Umbruchsituation, die folgte, half, die Nachkriegs-Adenauer-Epoche der fünfziger Jahre zu überwinden. Die jugendliche Intelligenz trug ihren Teil dazu bei, indem sie verkrustete Autoritätsverhältnisse an den Universitäten und Schulen angriffen. Links-sein, für Sozialismus und Veränderung einzutreten, war nicht mehr länger ein Tabu, sondern geradezu modern. Zugleich versuchte man sich auch an Deutschlands Vergangenheit, und stellte der Elterngeneration Fragen nach Schuld und Beteiligung am Faschismus.

In dieser Phase wurde die Idee der antiautoritären Erziehung als Gegenkonzept zu bürgerlichen Erziehungsvorstellungen entwickelt. Ein wichtiger Impulsgeber war das Summerhill-Konzept von A.F. Neill, das letztlich nichts weiter als eine libertäre Bildungsbürger-Idylle beinhaltete. Dagegen reflektierte die "antiautoritäre Kinderladenbewegung" zumindest in ihren fortschrittlichsten Teilen die Zusammenhänge von Erziehung und Klassengesellschaft und versuchte, pädagogische Konzepte mit revolutionärem Anspruch zu verbinden.

Wenn sich in dieser Zeit spürbar das Klima im Bildungswesen veränderte, dann allerdings nicht im Sinne solcher Ansätze von "antiautoritären Erziehung". Das Schulsystem wurde bestenfalls reformiert, einige formale Autoritäts- und Gehorsamkeitsrituale, wie das Aufstehen, wenn der Lehrer die Klasse betritt, wurden aufgegeben. Es setzte sich endgültig die Abschaffung der Prügelstrafe durch — zumindest in den Großstädten. An die Stelle der Erziehungsziele Gehorsam und Unterordnung traten "Selbständigkeit" und "freie Entfaltung des Kindes".

All dies war, nüchtern betrachtet, ein überfälliger Modernisierungs- und Liberalisierungsprozeß. Auch die Verbreiterung der Bildungsangebote und die Einbeziehung der sozial Schwachen (Arbeiterkinder an die Universitäten, im Zuge dieser Diskussionen entstanden die Gesamtschulen) entsprachen den herrschenden bildungspolitischen Vorstellungen: die Wirtschaft benötigte ausgebildete Arbeitskräfte. Diskussionsformen wie brain-storming, Gruppenarbeit, Teamgeist usw., die in dieser Zeit entwickelt wurden, sind heute fester Bestandteil jeder Managerausbildung.

Diese Art der Erneuerung war gesellschaftlicher mainstream — nicht dagegen die Ideale einiger weniger 68er. Aber auch deren Veränderungsvorstellungen wurden schnell wieder gekappt, sie endeten bekanntermaßen freiwillig im Reformgang durch die Institutionen.

... zum Arbeitsdienst

Der Angriff gegen den "Mythos 68" führt radikal weg davon, Rassismus, Rechtsradikalismus und Gewalt als Ausdruck eines Kapitalismus zu sehen, der tagtäglich Menschenfeindlichkeit produziert. Er verweist diese "Phänomene" in den Bereich der Sozialisation, der Erziehung — damit weg von Gesellschaftskritik hin zum Versagen des Einzelnen.

Die "neue Nachdenklichkeit" der 68er hat nicht nur integrative Funktion für wertkonservative Ziele, sie kann sich auch kaum von Vorstellungen abgrenzen, wie sie von Gräfin Dönhoff geäußert werden. Sie findet es "absurd", wenn man vor Maßnahmen zurückschreckt, nur weil Hitler sie angeblich erfunden hat. Deshalb fordert sie, weil "etwas grundsätzlich anders werden muß": "Die jungen Menschen dürfen nicht ohne Arbeit, (...) sich selbst überlassen bleiben. Jeder junge Mensch will sich bewähren, möchte zeigen was er kann. Es ist höchste Zeit, die Gelegenheit dafür zu schaffen — beispielsweise einen Sozial- und Gemeinschaftsdienst einzurichten." (Zeit 12.3.93)

Arbeitsdienst für Jugendliche — dies ist die bisher fortgeschrittenste Variante der Werte- und "Erziehungs"debatte.

Gabriele Becker

"Politikverdrossenheit"

Eine Komponente im Prozeß der Faschisierung

Seit etwas mehr als einem Jahr gibt es in der rezessiven BRD einen neuen Markt: PolitikerInnen-Outing — Abnahme des Produkts garantiert. Eigentlich der Stoff für vergnügliche Glossen in Sonntagsbeilagen, wenn damit nicht die volksgemeinschaftliche Kampagne für eine neue deutsche Moral verbunden wäre.

Das, was einem Krause, Streibl, Lafontaine, Möllemann oder einer ganzen Ministerriege des Thüringer Landeskabinetts vorgeworfen wurde, ist beileibe nichts Neues. Über Franz-Josef Strauß z.B. konnten ganze Schwarzbücher geschrieben werden, die "Begünstigungen" von ganz anderem Kaliber nachwiesen. Geschadet hat's ihm nicht.

Die einzige Affäre der letzten Jahre, die als Politikum gewertet werden muß, ist das Pfeifer- Barschel- Jansen-Engholm- Geflecht, das "Kieler Watergate", das just beim Schreiben dieser Zeilen der SPD einen Kanzlerkandidaten weniger bescherte.

Alles weitere — also die subventionierten Langzeit-Arbeitslos- Reinigungskräfte, Gratis- Mitfluggelegenheiten, Rotlichtkontakte als regierender Pensionär und Einkaufswagen- Schließsysteme- Empfehlungsschreiben — liegt zwar noch oberhalb der Wandlitz-"Bonzokratie", die die deutsche Volksseele erstmals zum populistischen Kochen brachte, aber unterhalb vom durchschnittlichen Versicherungsbetrug, eine Sparte, in der sich jedeR zweite Deutsche bestens auskennt.

So bilanziert die FAZ nüchtern aber richtig: "Keine Partei kann sagen, bei ihr komme dergleichen nicht vor. Aber die große Korruption ist es nicht. Für den puritanischen Hochmut der Bürger ist wenig Raum, eher für den Operntitel ‚Cosi Fan tutte'" (Karl Fromme, 20.04.93). (1)

Wenn aber trotzdem die Skandälchen die Titelseiten beherrschen, und dabei das größte Korruptionszentrum, die Treuhand, halbherzig bis gar nicht berücksichtigt wird, dann muß es um größere Dinge gehen als die reine Auslegung der Sittlichkeit.

"Nationale Anstrengung"

"Die innenpolitischen Auseinandersetzungen der nächsten Monate werden sich auf die Bewältigung der ‚nationalen Anstrengung' (Weizsäcker) konzentrieren — gefordert wird die freiwillige Unterwerfung aller unter die durch den Staat repräsentierten ‚nationalen Interessen'. Der diskutierte ‚Solidarpakt' ist eine mögliche praktische Form", schrieb Heiner Möller (Bahamas 8). Inzwischen ist der "Solidarpakt" nach viel "Politikverdrossenheit" produzierendem Hin und Her beschlossene Sache. Die Interessenkonflikte zwischen Bund, Alt- und Neuländern wurden — natürlich über Parteigrenzen hinweg — vorerst wieder national aufgelöst.

Der "Solidarpakt" verdeutlicht exemplarisch in welchem Dilemma bürgerliche Politik in der BRD momentan steckt; ein Dilemma, das auch die FAZ zu widersprüchlichen Bewertungen veranlaßt. Während der eine Kommentator (F. U. Fack, 8.2.93) lobt, "daß der gesellschaftliche Konsens, auf den die Initiatoren des Paktes hoffen, kein leerer Wahn ist. Der Gruppenegoismus wird sicher nicht aussterben, aber seine Vertreter lassen eine gewisse Verlegenheit erkennen, wenn es gilt, die Interessen in altgewohnter Rücksichtslosigkeit durchzusetzen", klagt der andere (H. D. Barbier, 25.2.93), "Funktionäre der Tarifparteien und Mitglieder der Regierung verhandeln über Paketlösungen für Löhne und Steuern; die Bundesbank sieht sich unversehens als unfreiwillige Mitspielerin einer Schacherrunde, in der Staatsdefizite gegen Zinsversprechen und die Geldversorgung gegen die Revision von Tarifverträgen gehandelt und getauscht werden. Eine solche Kungelei bekommt weder der Sicherung des Aufbaus im Osten noch der Politik, die sich von den Prozeduren der Verfassung entfernt."

Die nationalen Aufgaben geraten aktuell also in immer stärkeren Widerspruch zu den Grundprinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung und ihres institutionellen Überbaus. Jeder und jedem ist es in der kapitalistischen Marktwirtschaft unbenommen, in freier Konkurrenz zu allen das meiste für sich selbst herauszuholen und sich zu diesem Zweck mit anderen zu Interessen- bzw. Pressure-Verbänden zusammenzuschließen. Galt der Interessenpluralismus vor Jahren noch als Gewähr für "die freiheitlichste Grundordnung der Welt", sowie privater Besitz an Produktionsmitteln und individuelles Profitstreben an sich als Sinnbild für "blühende Landschaften", ist 1993 von der Markteuphorie nichts mehr übriggeblieben.

Dominanz des Politischen

So wenig die marktwirtschaftliche Weltordnung auch vor 1989 "frei" war, sondern imperialistisch, und so wenig die Interessen im Inneren plural sondern klassenbestimmt waren, so sehr haben sich durch die Niederlage des Sozialismus neue Ziele für die Politik ergeben. Die Durchsetzung einer kapitalistischen "one world", in der zum ersten Mal in der Geschichte eine Totalität des Weltmarkts entstand, in der alle reine Konkurrenten sind, hat dazu geführt, daß die Marktlogik an ihre Grenzen gestoßen ist. Der Politik kommt die Aufgabe zu, die Nation vor den Folgen zu "schützen": das deutsche Staatsgebiet soll von den durch die Elends- und Zerfallsprozesse des Weltmarkts erzeugten Armutsflüchtlingen so weit wie möglich freigehalten werden; die neuen Exportmärkte bzw. Wirtschaftskolonien sollen diplomatisch erschlossen und politisch sowie militärisch beherrschbar sein (z.B. Rohstoffe); die angestammten Märkte gegen andere imperialistische Blöcke abgesichert werden (Protektionismus, Subventionen) und innerhalb des eigenen Blocks die Hierarchien gewahrt bleiben (EG-Währungspolitik, Maastricht).

Diese Aufgaben müssen wiederum im Inneren von einer Wirtschafts- und Sozialpolitik der Stärkung des "Standorts Deutschland" — also der Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen durch den massiven Abbau von Lohn-, Lohnnebenkosten- sowie Sozialleistungen — flankiert werden.

Der Wirtschaftsliberalismus wird also abgelöst durch eine Phase der *Dominanz des Politischen*, was keine Abkehr von der Privatisierungslogik bedeutet (siehe Bahn, Post, Autobahn, Treuhand).

Der Wunsch nach "Führung"

Die Größe und die Dringlichkeit der "nationalen Aufgaben" setzen die deutschen politischen Eliten unter einen in den letzten 40 Jahren nicht dagewesenen Handlungsdruck, der durchaus auch von der Bevölkerung so empfunden wird.

An den "nationalen Zielen" gemessen, erwecken die Schritte, die bisher gemacht wurden, "den Eindruck von vielen großen Worten und nichts dahinter." (H.Möller, Bahamas 8) Und das, obwohl die deutsche

Politik eine Vehemenz und Aggressivität aufweist (Asylrecht, Jugoslawien), die selbst von kritischeren Geistern noch vor drei Jahren als reine Phantasterei abgetan worden wäre. Jedenfalls scheint das Volk schneller zu begreifen, als die PolitikerInnen handeln können und diese dafür zur Verantwortung zu ziehen.

Aus dem Wehklagen und moralischen Gemeinschaftsergüssen spricht der Wunsch des kleinen Mannes und der kleinen Frau nach "Führung" und "Durchgreifen", da sie sich mit ihren "Oberen" darin einig sind, die Nation gegen die Gefahren "von außen" zu schützen.

Theo Sommer beschreibt in der "Zeit" die volkstümliche Sichtweise der nationalen Lage: "Überall Affären, überall lahmende Führungsgarnituren, die den großen Problemen kleinkariert begegnen; und überall, als Reaktion darauf, eine verdrossene Abkehr vieler Bürger von der Politik. Allenthalben zählen die Parteien zu den rückständigen Einrichtungen der Gesellschaft. Schon reden und schreiben manche vom 'Tod der Parteiendemokratie'. Das ist verfrüht. Noch ist die Chance der Reform nicht vertan. Die demokratischen Völker sind nicht unregierbar; es regiert sie nur keiner. .. Was darüber hinaus nottut, um einen neuen Konsens zu etablieren, muß aus der Tiefe und Breite der Gesellschaft kommen. Es wird auf einen neuen Gemeinsinn hinauslaufen müssen — wenn wir die Zukunft meistern wollen." (9.4.93)

Die politischen Parteien als "rückständige Einrichtungen der Gesellschaft" kennzeichnet die richtige Beobachtung, daß das Volk, inklusive seiner intellektuellen VertreterInnen weit rechts von den Parteien, zumindest ihrer Fähigkeit steht, ihre Positionen zu vereinheitlichen und zu Handlungen zu verdichten.

Auf dieser Welle schwimmen die "Republikaner", wenn sie sich als Partei des Handelns, des Durchgreifens präsentieren. "'Kurzen Prozeß machen" lautet das Schlagwort, das die Dynamik der Entwicklung bestimmt, nicht nur in der Asyldebatte.

Björn Engholm's Rücktritt paßt in dieses Bild. Was Engholm's Sturz nach Übereinstimmung aller begründete, war sein Zaudern, sein fehlender Wille zur Macht. Letztendlich geht es dabei auch stets um die Nüchternheit der Bonner Politik, das typische unverbindliche PolitikerInnengeschwätz, das die Leute nicht mitzureißen vermag: "Die Leute lechzen nach Klarheit und Führung", wird von Bürgerversammlungen berichtet (ZEIT, 5.3.93).

Keine Entpolitisierung

"Politikverdrossenheit" als prinzipielle Abkehr von politischen Prozessen ist nicht existent. Es handelt sich nicht um eine Entpolitisierung, sondern eher um eine Radikalisierung in Bezug auf volksgemeinschaftliche Werte und Politikinhalte, die von den Parteien selbst initiiert worden ist. Ausgangspunkt dieser Radikalisierung war die "Wiedergeburt der deutschen Nation" und der damit verbundene Deutschlandkult im Jahre 1989/90. Die sich immer schärfer ankündigende innerimperialistische Konkurrenz bei gleichzeitigen Barbarisierungsprozessen außerhalb der Metropolen wird von der Bevölkerung als Prozeß der gesellschaftlichen Verrohung, des Sittenverfalls und Moralverlusts wahrgenommen, der durch politischen Rigorismus gestoppt werden soll. Die eigene Welt, im Westen der BRD bisher von einem aus der Nachkriegskonstellation resultierenden Schön-Wetter-Imperialismus geprägt, soll heile bleiben, koste es die anderen, was es wolle. Im Osten gibt es ebenfalls nur ein einziges Interesse: so schnell wie möglich dazuzugehören.

Dieser Chauvinismus ist BürgerInnen-Interesse. Nur wenn das Volk das Gefühl hat, daß wirklich seine Interessen vertreten werden, ist es bereit, dafür vorübergehend auch Opfer und Einbußen in Kauf zu nehmen, seien es Lohnverzicht, Zwangsarbeit oder tote Soldatensöhne.

PolitikerInnen, die dem Volk dienend und führend moralisch beispielhaft vorangehen, erwartet es allemal.

Jürgen Starck

1) "Cosi Fan tutte" — So machen's alle

Gerhard Bögelein ist tot

Gerhard Bögelein, nach der Wiedervereinigung zu lebenslanger Haft verurteilter Antifaschist, starb 69jährig am 9. März in Hamburg an einem Herzinfarkt.

Bögelein wurde als junger Mensch in die NS-Armee eingezogen. Als einer von ganz wenigen verweigerte er, nach längerem Kriegseinsatz, den Befehl, an Erschießungskommandos teilzunehmen. Nach mißlungenen Versuchen, zur sowjetischen Seite überzulaufen, und mehreren Todesurteilen, gelang ihm schließlich die Flucht zur Roten Armee. Er wurde dem Geheimdienst NKWD zugeteilt, unternahm Fallschirmeinsätze hinter der Front, wurde aber vor allem zum Verhör von gefangenen Soldaten und NS-Verbrechern eingesetzt.

In der Nachkriegszeit blieb Bögelein beim sowjetischen Geheimdienst und wurde u.a. beim Kampf gegen die "Grüne Armee" im Baltikum eingesetzt. Diese Armee hatte mehrere hunderttausend Unterstützer und führte einen regelrechten Krieg gegen die Sowjetmacht. Baltische Nazis und Antikommunisten kämpften gemeinsam mit deutschen Nazis und wohlwollender Unterstützung westlicher Geheimdienste — ein ungeschriebenes Kapitel Geschichte, über das Gerhard zuletzt eine Veröffentlichung plante.

Gerhard Bögelein lebte bis zur deutschen Wiedervereinigung in der DDR. In der BRD wurde 1952 gegen ihn ein Haftbefehl erlassen — Vorwurf: Mord am NS-Kriegsrichters Kallmerten in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager 1947. Kallmerten, verantwortlich für zahllose NS-Todesurteile, war nach einem Verhör getötet worden, an dem neben zwei anderen auch Gerhard Bögelein beteiligt war. Die aufwendige Verfolgung des "Verbrechens" über Jahrzehnte hinweg führte 1990 zur Verhaftung Bögeleins und Karl Kielhorns, der in der Lager-Antifa tätig gewesen war.

Die politische Intention, die Nachkriegs-Antifa juristisch abzustrafen, wurde im Hamburger Gerichtsverfahren offensichtlich. Kielhorn wurde zwar freigesprochen, Gerhard Bögelein aber wurde, auch juristisch in jeder Hinsicht unhaltbar, als angeblicher "Mörder" zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Während der Untersuchungshaft wurden DDR-Medikamente, die Gerhard dringend benötigte, zunächst ganz abgesetzt, dann durch vielfach überdosierte BRD-Beruhigungsmittel ersetzt. Dadurch wurde Gerhard während der Verhandlungen jede Konzentrationsfähigkeit genommen. In der BRD-Presse, auch in der "taz", wurde Bögelein zum Psychopathen abgestempelt. Als er der Verhandlung nicht mehr folgen konnte, das Gericht aber eine Unterbrechung verweigerte, sang er ein russisches Revolutionslied — eine Handlung, die in der wiedervereinigten Bundesrepublik offensichtlich nur noch als "verrückt" wahrgenommen werden kann.

Nach der Verurteilung und längerer Inhaftierung wurde Gerhard Bögelein "Haftverschonung" gewährt. Gerhard stand nun vor der Situation, sich in einer gänzlich fremden Umgebung ein völlig neues Leben aufzubauen — dabei ständig davon bedroht, jederzeit für immer hinter Gittern zu verschwinden. Die Verfolgung des Antifaschisten durch die BRD-Justiz hat an seinem Tod ganz wesentlichen Anteil.

"Proletarisierung" der Rechten

Das Beispiel des "Front National" in Frankreich

In den 80er Jahren war es noch überwiegend antikommunistisch motivierte Propaganda, die davon sprach, die Wähler des damals aufstrebenden "Front National" seien oft enttäuschte ehemalige Anhänger der KP. Die Statistiken wiesen damals 3% der FN-Wähler als ehemalige KP-Wähler/innen aus, d. h. ehemalige KP-Anhänger/innen waren deutlich unterrepräsentiert in dem Konglomerat, das vom "Front National" angezogen wurde — berücksichtigt man, daß zehn Jahre zuvor noch über 20% die KP gewählt hatten.

Doch heute ändern sich die Dinge. So basierten die Wahlgewinne des "Front National" bei den Regionalparlamentswahlen im März 1992 gerade auch auf dem Durchbruch der Faschisten in ehemaligen Hochburgen der KP, insbesondere im früheren "Roten Gürtel" um Paris — in den proletarischen, tristen Vorstädten, wo der "FN" zur zweitstärksten Partei (hinter den Konservativen) wurde. Die Statistiken wiesen einen Popularitätsgewinn des "Front National" bei Angestellten und v.a. bei Arbeitern aus und parallel dazu eine Abnahme seiner Popularität bei Bauern, Händlern und Selbständigen, den "alten Mittelschichten", die bis dahin am ehesten der extremen Rechten zuneigten.

11% der "FN"-Anhänger waren inzwischen ehemalige Anhänger der KP, während die KP insgesamt nur noch auf 8% kam. Bei den Parlamentswahlen 1993 zeigte sich wiederum ein stark überdurchschnittlicher Stimmenanteil des "Front National" in der Arbeiterklasse (21% FN, gegenüber 18% Sozialisten und 13% Kommunisten). Parallel dazu verschoben sich die ideologischen Gewichte in der faschistischen Agitation. War früher der "Front National" auf härtesten Wirtschaftsliberalismus à la Reagan eingeschworen und auf ein rechtes Parlamentsbündnis ausgerichtet, so bemüht er sich heute in erster Linie, die sozial Unzufriedenen und Benachteiligten mit radikaler Demagogie anzuziehen und schießt sich auf die bürgerliche Rechte als Hauptfeind ein. Gab er sich früher als reaktionär-"reformistisch", so gibt er sich heute geradezu als "revolutionär" und geißelt immer schärfer "das System" insgesamt.

Vorher richtete sich die Agitation gegen 1917, Sozialisten und Kommunisten waren die Hauptfeinde, die es im Verein mit Bürgerlichen, Liberalen und Konservativen niederzuringen galt. Jetzt geht es gegen 1789, Hauptfeind sind bürgerlicher Liberalismus und liberaler Kapitalismus. Die im Programm des FN angedeutete Alternative erinnert an klassische faschistische Konzepte eines vom "starken Staat" überwachten Trust-Kapitalismus, angereichert mit mit sozial-populistischer Würze.

Im Bruch mit dem Wirtschaftsliberalismus findet der "FN" so zu einem mehr und mehr "national-sozialistischen" Programm. In der Hetze gegen "das System" geht Le Pen heute so weit, den "demokratischen Aufstand" zu fordern. Dennoch erfreut er sich übrigens guter Kontakte zu Unternehmerkreisen und bürgerlichen Einzelpolitikern (nicht Parteien).

Ähnliche Tendenzen zeichnen sich auch in rechtsextremen Strömungen anderer westeuropäischer Länder ab. So konnte die FPÖ des Jörg Haider bei den Kommunalwahlen in Wien Ende 1991 ihre höchsten Erfolge mit bis zu 60% gerade in ehemals "roten" Arbeitervierteln holen. Diese soziologische Verschiebung schlug beim Anti-Ausländer-Volksbegehren 1993 voll durch, als Haider sich dem Establishment und der Kirche gegenüber sah.

Seine Agitation gegen die Kirchen wertete die "Süddeutsche Zeitung" aus: Sie spiele mit dem Antiklerikalismus der ehemals sozialistischen Wählerschichten. Und Jörg Haider erklärte wörtlich: "Jeder kleine Arbeiter ist mir lieber als die blasierte Schickeria in den besseren Wohnvierteln." Letztere brauche die Ausländer ja nicht in ihrer Nachbarschaft zu ertragen...

Konsequent war es die FPÖ, die ihrerseits mit der Liberalen Internationale brach und den LI-Chef Lambsdorff heftig provozierte ("Lieber ein anständiger Populist als ein straffälliger Liberaler").

Die extreme Rechte in Deutschland hinkt in ihren organisatorischen Kapazitäten weit hinter der rasanten ideologischen "Reifung" der deutschen Gesellschaft für ihre Themen hinterher und wird eher passiv auf der Welle der Anti-Asyl-Hetze in die Parlamente getragen. Das hessische Wahlergebnis deutet jedoch an, daß auch hier ein zunehmender Einbruch in sozial eher deklassierte, ehemals sozialdemokratische Wählerschichten gelingt (bis zu 33% in Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus in Frankfurt). Noch 1992 waren die REP-Wähler in Baden-Württemberg recht eindeutig in gutsituierten, idyllischen Wohngegenden anzusiedeln.

Diese zunehmend sozialpopulistische Einfärbung fällt in eine Zeit, in der der sozialfreundliche Reformismus überall schwere Einbrüche erzielt. Der Pariser Soziologe Alain Touraine bringt es auf den Punkt: "Auch die Sozialdemokratie ist mit der Mauer gefallen, ein ganzes Modell ist damit abgestürzt..." 1992 schaffte die britische Labour Party es nicht, die durch Poll Tax usw. angeschlagenen Nach-Thatcher-Konservativen abzulösen. 1993 verkündete der Sozialist Rocard in Frankreich den "Big Bang", den politischen "Urknall", die Selbstauflösung der Sozialdemokratie in eine diffuse "breite und moderne Bewegung".

Die erhoffte Rettung bei den Wahlen blieb einen Monat später trotz "Big Bang" aus. Die SPD verlor in Hessen stärker als die CDU, obwohl Kohl in Bonn regiert, und sie hat mit den "Petersberger Beschlüssen", dem Ja zum Lauschangriff und der Unterschrift unter den Solidarpakt jedes eigenständige Profil gegenüber den Konservativen verloren.

Die Zeitung "Le Monde" datiert den Beginn dieser Krise der Sozialdemokratie auf den 9. November 1989 und nennt für sie zwei Gründe: "die Auflösung des sowjetischen Imperiums, im Osten; (...) im Westen das Ende des starken Wachstums und die Aushebelung der keynesianischen Politikansätze." Zwischen beiden Phänomenen scheint m. E. ein Zusammenhang zu bestehen. Nicht nur ideologisch, auch materiell schwindet seit dem Ende des Realsozialismus in den imperialistischen Gesellschaften rapide die Bereitschaft, noch Spielräume und Umverteilungs-Spielwiesen für Reformen anzubieten, um potentielle Opponenten zu integrieren. Das gegnerische System, das sich etwa in der "Dritten Welt" als mögliche Alternative anbieten konnte, um der Ausplünderung auf dem Weltmarkt wenigstens ein Stück weit zu entrinnen, fällt weg und damit auch die Notwendigkeit, Widerstände einzudämmen — das bedeutet den Abschied von bisheriger reformistischer Politik.

Innerhalb der subalternen Klassen steigen der soziale Druck und die Unzufriedenheit, gleichzeitig könnte innerhalb der Bourgeoisie der Drang zu "radikalen Lösungen" zunehmen. Beides zusammen wären denkbar gute Ausgangsbedingungen für eine faschistische "Alternative", die den politischen Raum der sozialen Unzufriedenheit füllt, den die Lücke des Reformismus hinterläßt.

Bernhard Schmid

Faschismus und "Normalität"

Anmerkungen zu Robert Kurz und Karl Held

In den Beiträgen zum Was tun?-Kongreß der "Konkret" Mitte Juni dominieren Stellungnahmen, die vor *"negativem Nationalismus"* der Linken warnen — womit der antideutsche Antinationalismus gemeint ist. In der Kongreßzeitung ("konkret-extra") warnen gleich mehrere Autoren unisono davor, die nationalsozialistische Vergangenheit als Hintergrund deutschen Weltmachtstrebens zu betonen. Das eint so unterschiedliche Beiträge wie die von Robert Kurz, Karl Held, Joachim Bischoff, Georg Fülberth sowie von Klaus & Claus (Schönberger/Köstler). Wofür das ein Argument ist? Nun dafür, daß alle Genannten trotz ihrer politischen Unterschiedlichkeit den Nationalsozialismus offenkundig für überwunden oder für einen Ausrutscher der deutschen Geschichte halten. Die einen klagen ein, den bundesdeutschen Kapitalismus als "normal" zu behandeln, weil damit die eigenen Reformvorstellungen untrennbar verknüpft sind (Bischoff, Kurz), während die anderen verlangen, die kapitalistische Normalität als vom Schlimmen genug zu denunzieren (Held/"Gegenstandpunkt", Fülberth, Claus & Klaus). Die einen halten die BRD-Ökonomie für zu stabil, als daß faschistoide Tendenzen realitätstüchtig wären, die anderen glauben, die BRD sei so instabil, daß sie sich deswegen internationale Isolierung nicht leisten könne.

Demokratie und Krise

Der "Gegenstandpunkt" (4/92) schließt faschistische Entwicklungen deswegen aus, weil die deutsche Demokratie unschlagbar darin sei, *"jeden neuen Faschismus glatt überflüssig"* zu machen. Nun stimmt zwar, daß die bundesdeutsche Wohlstandsdemokratie das volksgemeinschaftliche Zwangsbegehren des Faschismus grundgesetzlich integriert hat. Doch funktionierte dieses Modell bislang bei schönem Wetter, das sich für große Teile der Lohnabhängigen verschlechtern dürfte. Über Deregulierung wird seit einem Dutzend Jahren diskutiert — sie schreitet auch seit längerer Zeit voran, bei positiver Konjunkturentwicklung indes im Tempo eher gemäßigt. Wenn die Prognose, die der "Gegenstandpunkt" selbst formuliert, auch nur annähernd stimmt — daß "die ehrgeizigen Vorhaben der Nation" den Einzelnen zukünftig zwischen 20 und 30 Prozent durchschnittlich mehr kosten werden, die von den verschiedenen Abteilungen des Lohns abgezogen werden, dann verweist das auf eine ganz neue Qualität von Einsparungen. Erstmals seit dem Faschismus stünde damit für den deutschen Kapitalismus an, daß der Staat die Hebung der absoluten Mehrwertrate zu bewerkstelligen hätte.

Der Grund ist zunächst ein nationaler: die Zerschlagung der industriellen DDR-Basis hat sich überwiegend nicht als produktive Erweiterung herausgestellt, sondern es wird in erster Linie Konkurrenz vernichtet und zur Ausschlachtung freigegeben. Das hat Transferkosten unproduktiv werdenden Kapitals zur Eingemeindung von 17 Millionen DDRlern ins gemeinsame Deutschland zur Folge. Dieser unproduktive Transfer soll selbstverständlich nicht auf Dauer durch Ausweitung der Verschuldung finanziert werden, wie bisher. Bislang wurden so zwei Drittel der Kosten gedeckt, "nur" ein Drittel über Steuern und Abgaben. Künftig soll das in viel stärkerem Maß von den Staatsbürgern bezahlt werden. Aus konjunkturellen Gründen kann hierfür nicht einfach Kaufkraft abgeschöpft werden — also stehen der Stop der Arbeitszeitverkürzung, längeres Arbeiten und die Ausdehnung der Lebensarbeitszeit ernsthaft wieder auf der Tagesordnung, ebenso die Einsparung unproduktiver Ausgaben aller Art.

Wie werden die Deutschen darauf reagieren? Für die MG-Nachfolger gilt die einfache Formel, es gebe keinen inneren Feind zu überwinden, also sei auch jede Prognose einer Faschisierung von vornherein unsinnig. Nun stimmt zwar, und alle empirischen Daten belegen es, daß die ideologische Herstellung der Volksgemeinschaft zur Durchsetzung nationaler Anliegen aktuell demokratisch funktioniert. Und einzuräumen ist, daß es der Nachkriegsdemokratie möglicherweise gelingt, die sich ankündigende Akkumulationskrise ohne Widerstände in der *deutschen* Bevölkerung in Angriff zu nehmen. Die Ankündigungen "besonderer Maßnahmen", die sich im Gerede vom "Staatsnotstand" und der Aushebelung der Verfassung durch neue Gesetze artikulieren, verweisen aber zumindest darauf, daß die regierenden Demokraten sich ihrer Sache nicht so sicher sind. Das hat einen nachvollziehbaren Grund: Die auf der Freizügigkeit basierende Demokratie reguliert sich normalerweise über das Verdienen, sie muß die Volksgemeinschaft immer wieder ideologisch neu herstellen. Der Volksstaat des Faschismus erhob die Volksgemeinschaft, d.h. den Dienst an der Allgemeinheit, dem Reich, zum staatlichen Organisationsprinzip — *'Massenkonjunktur, nicht Lohnkonjunktur"* hieß die Parole der Nazis am 1. Mai 1933, mit der den Arbeitslosen der Weimarer Republik der Zwang zur Arbeit schmackhaft gemacht wurde, deren Lohnniveau nur wenig über der Arbeitslosenunterstützung lag.

Die Bereitschaft, den nationalen Anliegen dienen zu wollen, ist bei "den Deutschen" noch nicht mit der "angemessenen" Erkenntnis verbunden, daß dieses Dienen jedenfalls bei einem Teil das gute Verdienen beeinträchtigen müßte. Diese Bereitschaft materiell zu fundieren, hat gerade erst begonnen. Das heißt aber auch, daß die Erkenntnis über mehr Arbeitslosigkeit und weniger Lohn, die vom Volk eher als außerdeutsche Angelegenheit gewünscht wird, vor allem im Westen erst durchgesetzt werden muß.

Nicht weil Massenwiderstand gegen die Austeritätspolitik zu erwarten ist, sondern weil sich erweisen könnte, daß die rechtsstaatliche Form der Demokratie zum Hindernis bei der Realisierung politischer und kapitaler Vorhaben wird, könnten sich Elemente der "Bonner Demokratie" als hinderlich erweisen. An der Wirksamkeit des jetzt in Ostdeutschland ablaufenden Tarifkonflikts für die Herstellung veränderter Lohnverhältnisse entscheidet sich u.a., ob Gewerkschaften *und* Unternehmerverbände auch künftig die positive Funktion bei der Regelung der Reproduktionskosten wahrnehmen können, die sie in der Nachkriegsgeschichte hatten, oder ob dieser Prozeß aus Sicht der Planer stärker einer staatlichen Regulierung bedarf.

Es bedarf also nicht unbedingt der Prognose eines plötzlichen Wiedererwachens von Klassenbewußtsein, um mögliche Gründe für den Abbau demokratischer Regularien und für mehr Staat zu sehen. Vielmehr reicht das Faktum hin, daß das alte Regelwerk den Verhältnissen nicht mehr entspricht. Daraus leitet sich die Möglichkeit des autoritären Staats, der autoritären Demokratie ab. Die *Krise der Politik* und die *Politik der Straße* können gleichermaßen als unbewußte Reflexe auf die sich ankündigende Krise des Gewohnten gewertet werden. Sie treffen sich in einer Forderung nach Entschlossenheit, Führungs- und Entscheidungsfähigkeit, die zu-

nächst jedes Inhalts entleert ist. Das "quälende" Sowohl-als auch der Engholms und Kloses ist out. Im vielfach geäußerten Wunsch, die Führungsperson Helmut Schmidt zum Zuge kommen zu lassen, spiegelt sich die ideologische Durchsetzung von "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" wider.

Weltmacht Deutschland

Das Programm des heutigen Deutschlands sei nicht das Hitlers, "sondern das Aufbruchprogramm einer erfolgreichen Nation, die gar keine inneren Feinde zu erledigen hat; deutscher Imperialismus heute zielt auf die Schaffung einer europäischen Weltmacht und nicht auf einen Eroberungskrieg gegen den Rest der Welt", schreibt Karl Held im "Gegenstandpunkt" (4/92). Die Flucht in die Übertreibung ("Eroberungskrieg gegen den Rest der Welt") soll die Positionen der "Antideutschen" veralbern, die den deutschen Imperialismus nicht nur in wilhelminischer, sondern auch nationalsozialistischer Tradition analysieren. Geschichte wiederhole sich nicht, wird gegen den Vergleich der deutschen Entwicklung mit der faschistischen eingewandt, und es vertrete ja niemand von politischer Relevanz das Programm Hitlers. D'accord. Aber was sagt das über die Gegenwart? Daß sie nicht faschistisch ist. Und über die Zukunft?

Einigkeit läßt sich sehr schnell darüber herstellen, daß sich die Form des deutschen Griffs zur Weltmacht verändern wird. So wie sich 1933 die Situation von 1914 natürlich nicht einfach wiederholt hat, so wird sich, das ist eine Binsenweisheit, das deutsche Streben nach Weltmacht in den neunziger Jahren anders vollziehen als bei den beiden ersten Versuchen. Die Frage, um die es gehen muß, ist aber: Inwieweit können die Strukturen, die zweimal die destruktive Tendenz des deutschen Imperialismus zum Durchbruch brachten, heute als überwunden gelten? Ein Unterschied ist sicherlich, daß ein dritter Griff zur Weltmacht sich auf eine ökonomisch entschieden bessere Ausgangslage des deutschen Exportweltmeisters stützen kann. Doch entscheidend ist *der Wille*, eine politische und militärische Führungsrolle in der Welt einzunehmen, und dieser Wille ist mit der Wiedervereinigung Programm geworden.

Es überrascht der Glaube des "Gegenstandpunkts", daß sich der deutsche Imperialismus genau auf all das konzentrieren werde, was er zu Zeiten plante, als die "eine Welt" noch nicht realisiert war — z.B. auf die Umsetzung von "Maastricht". Der Jubel über den totalen Sieg der Marktwirtschaft und ihre parlamentarische Demokratie weltweit nach 1989 aber ist vorüber. Die artikulierte Vorfreude über den verspäteten Gewinn des Zweiten Weltkriegs durch ökonomische Expansion und nicht kriegerisch-territoriale Eroberung ist der Klage über den gefährdeten "Standort Deutschland" und Maßnahmen der politischen und militärischen Vorsorge gewichen. Und nicht nur die deutsche Diskussion, auch der Weltmarkt hat sich geändert.

Der trügerische Sieg des Marktprinzips auf Weltebene hat eine völlig neue Lage geschaffen. Die Welt steht nicht einfach der ungehemmten Ausbreitung des Kapitals zur profitablen Nutzung neuer Märkte offen, sondern der Ausplünderung. Statt kurzfristiger Kapitalakkumulation in den Staaten des ehemaligen Realsozialismus steht zunächst der Ausverkauf ihrer Industrien an. Damit droht aber auch die Akkumulation in den Zentren zu stagnieren. Bereits vor dem RGW-Zusammenbruch zeigte sich auf dem Weltmarkt die Tendenz, daß das Kapital sich immer stärker in den Metropolen verwerten muß und die Konkurrenz unter den führenden imperialistischen Mächten/Regionen um die engen Märkte zugenommen hat. Entgegen den Annahmen hat die "One World" diese Konkurrenz nicht auf die Ebene der Eroberung neuer Märkte verlagert, sondern im Gegenteil die Tendenz des "Jeder gegen Jeden" verschärft. In dieser mörderischen Konkurrenz erweisen sich die schwachen bzw. noch gar nicht entwickelten Nationalökonomien als nicht weltmarktfähig.

Die deutsche Idee einer hegemonial geführten europäischen Großmacht gerät vor diesem Hintergrund bereits jetzt ins Schlingern, weil diese Entwicklung die Konkurrenz im europäischen Wirtschaftsblock verschärft hat, die nicht auf neue Märkte verschoben werden kann. Die Maastricht-Krise ist Indiz für diese Entwicklung. Entgegen Analysen, aus ökonomischen Gesetzmäßigkeiten lasse sich ableiten, daß ein Rekurs auf die Nationalstaatlichkeit kontraproduktiv für das Kapitalverwertungsinteresse sei, vollzieht sich eine Re-Nationalisierung auch in den Metropolen. Damit ist ein Widerspruch angesprochen, der erklärt werden muß.

Politik und Ökonomie

Innerhalb kürzester Zeit weltweit der neoliberale Siegeszug der achtziger Jahre in den Metropolen abgebrochen. Der Staat, die Politik und das Militär bekommen in der veränderten Welt neue Aufgaben. Elementen staatskapitalistischer Steuerung der Umstrukturierung in den Metropolen entsprechen die militärischen Absicherungen, die nicht mehr allein Aufgabe der USA bleiben werden, weil mit dem Wegfall des gemeinsamen Feindes gemeinsame Interessen abgenommen haben — die Tendenz, die jeweils eigenen Interessen abzusichern, wird zunehmen.

Exemplarisch hat die deutsche Jugoslawienpolitik — noch vor dem Hintergrund, daß dieses Deutschland keine interventionsfähige Militärmacht ist — die Behauptung von Robert Kurz widerlegt, daß die deutsche *"Re-Nationalisierung eher defensiven Charakter"* trage und *"nach innen"* gerichtet sei (S. 191). Diese aggressive Politik ist mit Sicherheit nicht von irgendwie gearteten, kurzfristigen ökonomischen Interessen inspiriert worden. Sie macht aus deutscher Sicht dennoch Sinn. Schließlich geht und ging es darum, die Niederlage und den Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten zu vollenden und diese politisch zu entmachten, zu beherrschen, zur Sphäre eigener Sicherheit und Interessen zu definieren. Dieses *politische* Anliegen erklärt sich nicht unmittelbar aus ökonomischer Gesetzmäßigkeit, wohl aber aus einer imperialen Logik, die auch Vorbereitungen für eine deutsche Militärmacht befördert hat. Daß es in einigen der parzellierten Regionen des Ostens sowohl ökonomisch etwas zu holen als auch letzlich zu rauben gibt (u.a. Rohstoffe), kommt dazu.

Man mag sich wie Robert Kurz (1) über das Kohl'sche Versprechen "blühender Landschaften" in der DDR belustigen. Auch sein nicht endenwollender Nachweis, daß die ganze Wirtschafts-"Expertokratie" sich getäuscht, Potemkinsche Dörfer gebaut habe, mag der Eitelkeit des Autors, es besser gewußt zu haben, schmeicheln. Doch Kurz übersieht bei seiner Polemik gegen neoliberale Illusionen über einen prosperierenden innerdeutschen Markt, daß *die Wiedervereinigung in erster Linie ein politischer Akt war, der der Durchsetzung deutscher Weltmachtfähigkeit diente*.

Wäre die DDR-Bevölkerung nicht "deutschen Bluts", stünde sie heute in der Reihe der zusammengebrochenen RGW-Ökonomien, deren Menschen den deutschen Imperialismus einen feuchten Kehricht kümmern. Sich mit 17 Millionen überwiegend zu alimentierenden Deutschen aus der DDR zu belasten, ist keine sentimentale Abweichung von ökonomischer Gesetzmäßigkeit, hat nichts zu tun mit Paradies-Phantasien von Neoliberalen oder von Kohl, sondern ist ein nationales Kalkül. Der Vorrang politischer Überlegungen vor den vermeintlichen Vernunftargumenten der Ökonomen (z.B. des zurückgetretenen Bundesbankchef Pöhl) ist eine Gewichtung, die prägend werden könnte für die zukünftige Politik.

Anders als die MG-Nachfolger vom "Gegenstandpunkt" prognostiziert Robert Kurz in seinem neuen Buch (1) — aufgrund

des tendenziellen Falls der Profitrate — den Zusammenbruch des Kapitalismus. Der Anteil des capital fixe an der organischen Zusammensetzung des Kapitals, so Kurz, nehme in einem Maß zu, daß Investitionen vielfach nicht mehr lohnen würden. Wir befinden uns nach seiner Analyse im Zeitalter des Postfordismus, eines neuen technologischen Schubs der Produktivkraftentwicklung — die Durchsetzung der "lean production" bewirke eine immer höhere Verdichtung der Arbeit bei immer weniger Einsatz menschlicher Arbeitskräfte. Dadurch steige die *"Sachkapitalintensität (Verwissenschaftlichung) erstmals schneller als die Ausdehnung der Märkte"* (S. 186). In den Zusammenbruchsökonomien Osteuropas und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion habe sich gezeigt, daß diese als Teil des einen Weltmarkts aus sich heraus nicht konkurrenzfähig sein könnten. Westliche Investitionen erforderten aber ein zu hohes Maß an Sachkapital. Daraus resultiere eine unumkehrbare Strukturkrise: es gebe keinen Ausweg mehr über die Ausdehnung des *"Systems abstrakter Arbeit"*. Damit sei das Ende des Kapitalismus gekommen. Anders als bei der fordistischen *"Durchsetzungskrise des modernen warenproduzierenden Systems"* vor über 60 Jahren verhindere allerdings die *"innere Schranke"* des marktwirtschaftlichen Systems kriegerische oder faschistische Lösungen.

Nehmen wir einmal an, Kurz habe in seiner Weltmarktanalyse recht: Dann bleibt völlig schleierhaft, woher er die Gewißheit nimmt, daß sich die Einsicht in die Unvermeidlichkeit des Zusammenbruchs durchsetzen muß. Mit definitorischer Sicherheit schließt er "imperiale Gelüste des deutschen Kapitals" aus (S. 189), weil es nichts mehr zu erobern gebe, wo es sich nach ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ("keine materielle Grundlage", S. 189) lohne. *"Die neue Produktivkraftentwicklung seit den 80er Jahren hat die Binnenräume der alten Nationalökonomien endgültig aufgesprengt. Die Internationalisierung der Produktion und der Finanzmärkte führt jede imperiale Nationalstrategie ad absurdum."* (in konkret-extra)

Diese Behauptung basiert auf einer Objektivierung des Geschichtsverlaufs, die dem subjektiven Verlauf realer politischer Entscheidungen widerspricht. Aus der historischen Rückschau kann man den Faschismus ökonomisch als Reaktion "auf eine Durchsetzungskrise des warenproduzierenden Systems" erklären. Diese Reaktion, das politische Handeln zum Zeitpunkt dieser Krise, kann aber nicht einfach als den ökonomischen Krisenerscheinungen gemäß "vernünftigste" Handlungsvariante abgeleitet werden. Den deutschen Faschismus als einen Versuch, die Krise zu bewältigen, kann Kurz' Instrumentarium gar nicht erfassen — ähnliches gilt für künftige Prozesse.

"Vernichtungsökonomie"

Kurz interpretiert den NS-Faschismus als eine Unterbrechung bei der Durchsetzung des Fordismus ("Durchsetzungskrise") — das widerspricht aber der damaligen Sicht, die das ökonomische Desaster als Ausdruck einer Strukturkrise ansah, welche als mit normalen ökonomischen Krisenbewältigungsmitteln nicht behebbar angesehen wurde.

Der Zusammenbruch des Weltmarkts in der Weltwirtschaftskrise 1929 war die Grundlage dafür, daß sich die Vorstellung einer autarken Wirtschaft durchsetzen konnte — teil-abgekoppelt vom Weltmarkt, auf dem das Gros des deutschen Kapitals keine Chancen mehr hatte oder sah. Dabei hatte die ursprüngliche Vorstellung nicht Autarkie zum Ziel, sondern darüber sollte ein "Umweg" zu einer gestärkten Weltmarktposition beschritten werden. Ein eigener, deutsch hegemonialisierter Großwirtschaftsraum war durchzusetzen, der in Weltmarktkonkurrenz zu den Hegemonialräumen der USA, Großbritanniens, Japans und der Sowjetunion treten sollte. Weil die deutsche Weltmarktposition so hoffnungslos ins Hintertreffen geraten war, setzten sich nicht die Teile des Kapitals durch, die ihre Chancen im freien Welthandel sahen, sondern politisch dominierten jene Teile, die das deutsche Kapital erst wieder auf eine "solide Basis" gestellt sehen wollten. Diese Kräfte machten das Bündnis mit den Nationalsozialisten möglich.

Alfred Sohn-Rethel hat in seinen "Aufzeichnungen aus dem mitteldeutschen Wirtschaftstag" (2) darauf hingewiesen, daß in der deutschen Krise vor 1933 die Gegner des Kapitalismus sinkende Produktion und steigende Arbeitslosigkeit nur mit der Formel vom "bankrotten Kapitalismus" zu bezeichnen wußten, und deshalb davon ausgingen, daß das verbliebene "starke" Kapital sich politisch durchsetzen müsse. *"Wenn man von keinen anderen Maßstäben der Ökonomie weiß als dem der marktökonomischen Kapitalverwertung, so muß eine gegenteilige Annahme in der Tat als Absurdität erscheinen. Entweder der Kapitalismus wird beseitigt, dann wird man eine neue Ökonomie haben, oder der Kapitalismus bleibt bestehen, dann bleibt auch die kapitalistische Ökonomie in Kraft: tertium non datur. Aber daß es im Kapitalismus eine neue Ökonomie geben könne, die die kapitalistische Ökonomie in eine solche des Bankrotts verkehrt und in dieser Verkehrung weiterführt, diese Auffassung gab es nicht."* (S. 60)

Johannes Agnoli und andere haben in Anlehnung an Sohn-Rethel herausgearbeitet, daß sich gerade nicht die vermeintlich ökonomisch stärkere Position des Kapitals in der Krise politisch durchgesetzt hat, sondern statt dessen seine *"relative, durch die Krise bestimmte Reproduktionsschwäche"* (3) als faschistische Macht. Das aber stellt die Dimitroffsche Sichtweise vom Faschismus als "Herrschaft des Finanzkapitals" auf den Kopf.

Der nationalsozialistische Wirtschaftsaufschwung erfolgte als staatlich gestützte Investitionskonjunktur. Der Staat übernahm die Aufgabe, die defizitären Betriebe verlustfrei zu halten und die normale Reproduktion marktgängiger, konsumtiver Güter außer Kraft zu setzen. Staatskapitalistische und planwirtschaftliche Elemente prägten die Wirtschaftspolitik des faschistischen Staats: die Konkurrenz mußte ausgeschaltet werden, um die Akkumulationsrate zu steigern (durch Produktion absoluten Mehrwerts), was terroristisch gegen die Arbeiter durchgesetzt wurde (und in der Zwangsarbeit kulminierte). Sohn-Rethel: *"Der Faschismus steigert gewaltsam die Akkumulationsrate und hält die Konsumtionsrate gewaltsam nieder."* (S. 145) (4) Der Staat hatte (durch Expansion) die Nachfrage nach solchen nicht-reproduktiven Werten zu garantieren. Gedacht war in einer darauf folgenden Stufe an einen Übergang der Dominanz von absolutem hin zu der relativen Mehrwerts, von konsumbezogener Produktion und normaler Reproduktion — was eine Friedenswirtschaft erfordert hätte.

Die Logik dieser "Vernichtungsökonomie" (Sohn-Rethel) ist allerdings die einer unausgesetzten Produktionssteigerung gewesen, die sich nicht mehr mit der ökonomischen Gewalt der freien Konkurrenz, sondern allein mit militärischer Gewalt durchsetzen ließ. Kriegswirtschaft und kriegerische Expansion waren fast zwangsläufige Folge dieser Veränderung.

Aufgeklärtes Weltmarktkapital?

Robert Kurz bemüht — als weiteres schlagendes Argument gegen eine dem Faschismus vergleichbare Entwicklung im künftigen Deutschland — die völlige Exportabhängigkeit der BRD *"als Land mit internationalisiertem Kapital im Kampf um global schrumpfende Realmärkte"* (S. 188). So hat er 1992 beobachtet, daß es gerade das am Weltmarkt orientierte Management war, das *"lautstark eine Öffnung für Aus-*

länder und ein hartes Vorgehen gegen Neofaschisten, Skinheads usw." gefordert hat.

Wenn aber — wie Kurz ja voraussetzt — die Weltmarktposition durch die Krise gefährdet wird, macht im Gegenteil gerade die hohe Exportabhängigkeit das Land für andere als nur ökonomische Krisenlösungen anfällig. In den Diskussionen um die deutsche Wirtschaftspolitik nach der Weltwirtschaftskrise, darauf verweist Sohn-Rethel (S. 54 u.f.) am Beispiel des Siemens-Konzerns, stellte sich dieser deswegen gegen die autarkistische Variante, weil er sich als finanzstark genug sah, weiterhin auf dem Weltmarkt zu expandieren und deswegen *"ein vitales Interesse an einem auskömmlichen Verhältnis mit den Mächten hatte, die den internationalen Finanzmarkt beherrschten."* Siemens war mit seiner Haltung deswegen relativ isoliert, weil dies nicht der allgemeinen Lage des deutschen Kapitals entsprach.

Daß in einer vergleichbaren Krisenlage grundsätzlich "vernünftiger" entschieden würde, ist so wenig logisch, wie eine zwangsläufige Wiederholung faschischer Krisenlösungen behauptet werden kann. Bei Kurz scheint sich aber, statt einer gründlichen Analyse, sein Fortschrittsoptimismus hinsichtlich der zivilisatorischen Funktion des Kapitalverhältnisses auszudrücken.

Die aktuelle Krisenentwicklung ist mit der Situation, die den Faschismus möglich gemacht hat, nicht gleichzusetzen, was die dramatisch überzogene Krisenanalyse des Robert Kurz eigentlich nahelegen würde. Während heute über möglicherweise 2% Wachstumseinbruch gejammert wird, lag zwischen 1929 und 1933 der Einbruch der deutschen Industrieproduktion bei minus 43% (in Preisen sogar bei ca. 50%). Außerdem ist die Entwicklung nicht einheitlich, gegenläufige Tendenzen auf unterschiedlichen Märkten widersprechen sich, und gerade der Weltmarktgewinner Deutschland hat erhebliche Kapitalreserven angesammelt.

Andererseits sprechen zahlreiche Anzeichen für die Entwicklung einer Krise auf den Weltmärkten, die eine negative Tendenz der Kapitalverwertung erwarten läßt, ohne daß die Größenordnung einschätzbar wäre. Dramatisch ist die Lage für die immer zahlreicheren Staaten, die bereits aus dem Weltmarkt verabschiedet worden sind. Und anders als er, der jede gewaltsame Krisenbewältigung bei den imperialistischen Staaten ausschließt, sehe ich, hier weit dramatischer als Kurz, Indizien für die politische Vorbereitung aggressiver Wege der Krisenbekämpfung — insbesondere, was Deutschland betrifft.

Deutscher Nationalcharakter?

Hat sich in der Asyldebatte letztlich das "aufgeklärte" Prinzip des weltmarktorientierten Kapitals durchgesetzt? Richtig ist, daß das rechtsradikale *"Ausländer raus"* modifiziert wurde. Der derzeitige, lichterkettenmäßig durchgesetzte Konsens besteht im *"unproduktive Ausländer raus"*. Bedingung dafür, daß dieser *Konsens des demokratischen Rassismus hält*, ist die Befriedigung der nationalen Wünsche der Deutschen als erfolgreiche Nation. Darauf zu setzen hieße, dem kapitalistischen Produktivismus bei seinem weiteren Zerstörungswerk viel Erfolg zu wünschen, damit die Deutschen nicht ausrasten. Dagegen steht bei Robert Kurz die eigene Analyse der ökonomischen Entwicklung. Daß er die Rettung in der Zivilisierung der Deutschen zu finden glaubt, die er in den *"größten Massendemonstrationen in der Geschichte (Deutschlands) überhaupt"* (S. 228) — den Lichterketten — heraufdämmern sieht, erklärt vielleicht seine aggressive Abwehr der radikalen und antinationalistischen Linken, der er einen "vulgärhistorischen" Rückgriff auf das *"Geschichtswrack Deutschland"* vorwirft ("Konkret-extra"), um selbst den geschichtsfremden Wunsch nach den guten Deutschen zu begründen.

Zugleich verweist gerade der Kurz'sche Begriff von Fortschritt darauf, daß er die konstitutiven Grundlagen des Faschismus auf die einer fehlgeleiteten Krisenreaktion verkürzt. Kurz kennt keine anderen Momente, die Faschismus prägen — z.B. den Antisemitismus, der in verschobener Wahrnehmung im Juden negative Aspekte des Kapitalismus personifiziert sieht, oder den Herrenrassen-Rassismus als Bedingung für eine volksdeutsche Auslese und den Nationalismus als chauvinistische Bestätigung der deutschen Dominanzrolle in der Welt. Robert Kurz sieht im neuen Antisemitismus und Rassismus nur einen — weniger bedeutenden — barbarischen Krisenreflex, eigentliches Problem ist ihm die deutsch-deutsche Barbarei, die sich im Ossi-Wessi-Konflikt ankündige. Bei ihm sind die Deutschen — *Opfer* (ihrer selbst) (5). Während Kurz auf die Zivilisierung in Deutschland und in den Metropolen (6) als Abkehr vom warenproduzierenden System und als eine *"'Vernetzung von unten', die teilweise oder sogar weitgehend Markt- und Geldkriterien ausschaltet"* (S. 237) setzt, widerspricht dem Gremliza (in "konkret-extra").

Gremliza bemüht den deutschen Nationalcharakter nicht als biologisches Produkt, sondern als "Soziogenese" und "Psychogenese" der Deutschen in ihrer Geschichte, die mit der Niederlage des Nationalsozialismus nicht verschwunden, keine Vergangenheit sei. Damit ist eine Kategorie in der Diskussion, die den Objektivisten Kurz und Held einen Schauder über den Rücken laufen lassen muß. Schade nur, daß Gremliza (und häufig auch Pohrt) die deutsche Nichtzivilisierung von anderen westlichen Zivilisationen absetzen, indem sie einen besonders positiven Bezug auf die "Zivilisation" nehmen. Jene, ein Ergebnis der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, hat aber bewiesen, daß die Barbarei nicht ihr Gegner, sondern ihr unvermeidliches Produkt ist (7). Die zivilisatorischen Errungenschaften des Kapitalismus, die immer enorme Menschenopfer gekostet haben, schlagen — quasi parallel zur Entwicklung der Produktivkräfte — im Spätkapitalismus längst schon in ihr Gegenteil um. — Und doch muß Gremliza darin zugestimmt werden, daß der herausgebildete spezifische deutsche Nationalcharakter eine Besonderheit im "Meer" des Kapitalismus ausmacht, die nicht ökonomistisch erklärbar ist.

Heiner Möller

1) Robert Kurz, Potemkins Rückkehr, Attrappen-Kapitalismus und Verteilungskrieg in Deutschland, Berlin 1993
2) Alfred Sohn-Rethel, Industrie und Nationalsozialismus, Berlin 1992
3) Agnoli/Blanke/Kadritzke, Einleitung zu Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt 1973
4) Sohn-Rethel: "Der Faschismus durchbricht das tendenzielle Sinken der Profitrate an der Schwelle ihres Versiegens durch gewaltsame Steigerung der Mehrwertrate: er geht von der relativen wieder zur absoluten Mehrwertrate über (die durchschnittlichen Real-Netto-Lohnraten sind von 1932 bis 1936 um rund 35% gesunken, die Arbeitszeit ist um 15% gestiegen, das Arbeitstempo hat sich um schätzungsweise 20-25% beschleunigt)." (S. 145)
5) Mit anderer politischer Konsequenz erklärt der "Gegenstandpunkt" Faschismus, Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus nur als funktional für den eigentlichen Zweck, die Mehrwertsteigerung.
6) Kurz: "Die supranationale Regulation über die Kriterien der Nationalökonomie hinaus muß ihren Anfang in den alten Nationalstaaten selbst nehmen." (S. 222)
7) Besonders krass hat Kurz sein Verständnis von der Zivilisation als Auslese im Abschnitt über den deutschen Rechtsradikalismus "als Feind der Zivilisation schlechthin" formuliert. Man achte auf die Aufzählung: "So vorsichtig man sein muß, soziale Phänomene mit physikalischen oder biologischen Prozessen zu vergleichen, hier ist der Vergleich bis zu einem gewissen Grade angemessen. Wie nämlich Triebtäter, Geisteskranke, Hirnverletzte oder Drogenberauschte nicht schlechthin als Menschen aufgegeben sind, wenn sie als unzurechnungsfähig behandelt und notfalls gewaltsam aus dem Verkehr gezogen werden, so muß dies auch für die Träger der neuen rechtsradikalen Barbarei als Faustregel gelten. Sie stehen durch ihre Vorgehensweise außerhalb der menschlichen Zivilisation, und dieser Tatbestand kann nur durch Notwehr beantwortet werden." (S. 230)

Faschisiert sich Deutschland ?

Es hat sich einiges getan in Deutschland. Da wurde ein Staatsnotstand andiskutiert, dessen Resultat der Bescheid ist, daß frühere Asylbewerber heute in ihren Herkunftsländern verrecken oder umgebracht werden sollen. So wenig an die Einführung desselben jemals gedacht war — schließlich richtet er sich im Ernstfall gegen unfolgsame Untertanen —, so sehr ist die beabsichtigte ideologische Botschaft rübergekommen: Angesichts der selbstdefinierten Notlage der Nation sind noch so bescheidene Ansprüche der kleinen Leute — wie wenigstens ein Inflationsausgleich — Hochverrat an der Nation. Begleitet von dem Hinweis auf den sich verschlechternden Kapitalstandort Deutschland und die Krise war der Sozialpakt vorbereitet. Der ist die durchgeführte Volksgemeinschaft: Es findet ein Zusammenschmieden der gegensätzlichen Interessen zu einem nationalen, Allgemeinwohl genannt, statt. In der Propaganda gegen rücksichtslosen Egoismus — der allerdings nirgendwo mehr aufzufinden ist — steht die Demokratie dem Faschismus in nichts nach.

Auch in der Asylfrage sind die demokratische und die faschistische Staatsform nicht so arg weit auseinander: daß der Untertan hier geboren sein und sich seit jeher an den Staat angepaßt haben muß, ist beiden das wichtigste. Daher machen sie Ausländergesetze, die den zuverlässigen vom unzuverlässigen Staatsbürger scheiden. Beide verklären das Bekenntnis zum Nationalstaat als die Natur des ihm Unterworfenen. Für die Hunderte von Millionen, die das weltweite Wirken des Kapitals brotlos gemacht hat, erklären sich die demokratischen Staaten für unzuständig: Todesurteile ohne Gericht. Die Abschiebung der Hierherkommenden geschieht streng rechtsstaatlich. Der Faschismus war mit diesem Zustand nicht konfrontiert; es ist aber nicht anzunehmen, daß er groß anders verfahren wäre (nützliche Fremdarbeiter aus Polen hat auch er integriert).

Ende von Rechtsillusionen

Die Staatsparteien teilen selbstkritisch mit, daß das Mißverständnis im Volk eingerissen sei, das Recht sei für die Austragung von Interessengegensätzen gedacht. Daran ist einerseits zu bemerken, daß es immer schon das Gegenteil war: Von der Austragung derselben mußte abgesehen werden, weil durch das Recht die Interessen nur insofern eine Gültigkeit besitzen, als sie auf das Allgemeine, sprich: die Kapitalverträglichkeit, bezogen waren. Sicher, da darf dann über die Rechtmäßigkeit einer Entlassung und die Abfindungshöhe gerichtlich gestritten werden. Daß die Notwendigkeiten von Unternehmern im allgemeinen die Oberhand behalten, dafür ist schon dadurch gesorgt, daß sich das Recht durch den Schutz des Eigentums dessen Vermehrung von vorneherein zum Anliegen macht.

Die ständigen Klagen von Justizministern aller Couleur, der Justizapparat koste zuviel, sollen darauf hinaus, daß das Recht Mittel des Staates ist. Deswegen wird die Ideologie des Mittelcharakters des Rechts für die Bürger nicht restlos aufgegeben — schließlich sollen es die Leute ja auch in Zukunft schwer in Ordnung finden, in einem Rechtsstaat und in keiner Diktatur zu leben. Daß die Interessen der Arbeiter in der Demokratie formell anerkannt sind, damit dieselben — auf das Recht verpflichtet — von ihnen Abstand nehmen, weil das Recht sie ins Verhältnis zum gegensätzlichen Verwertungsinteresse setzt, soll ja nicht abgeschafft werden. Die Leute sollen halt nicht dauernd zum Kadi laufen und dem Staat gewisse Umständlichkeiten etwa beim Bau von Autobahnen und AKW erspart bleiben. Der Rechtsillusion wird schon mit einer simplen Logik abgeholfen: Rechtsklarheit muß her. Wie beim Asylrecht und bei Bundeswehreinsätzen gibt's auch beim Mietrecht (Eigennutzungsklausel) und anderswo Klarstellungen, die so manchen Prozeß verüberflüssigen und daher auf alle gesellschaftlichen Bereiche übertragen werden müssen. Der demokratische Staat renoviert sein Recht so, wie es für seine größer gewordenen Ansprüche funktional ist.

Auch für den faschistischen Staat ist das Recht das Durchsetzungsmittel der staatlichen Gewalt; auch er ist entgegen anderer Gerüchte kein Unrechtsstaat; auch er gewährt die vielgelobte Rechtssicherheit: der Untertan weiß, woran er sich halten muß. Um den Unterschied festzuhalten: der Faschismus tilgt ideologisch den Gegensatz von Staat und Staatsbürger, indem er die behauptete Identität von Volk und Staat auch zur Rechtsgrundlage erhebt. Die formelle Anerkennung der Interessen in der Demokratie, die im Rahmen der Relativierung am Allgemeinwohl eingeklagt werden können, entfällt. Zum Kleinhalten ihrer faschistischen Konkurrenten weiß die Demokratie allerdings auch allerhand faschistische Methoden zu nutzen: Die Kronzeugenregelung wird im Hinblick auf Rechtsradikale bis 1995 verlängert; CDU-Gerster fordert die Erhöhung des Strafmaßes bei allen rechtsradikalen Gesetzesverstößen; die CSU will die Erweiterung des Landfriedensbruchsparagraphen, der den bloßen Verbleib in einer gewalttätigen Menschenmenge unter Strafe stellt — kombiniert mit erweiterter Telefonüberwachung; FDP-Solms will das Verbot der Verbreitung und Verherrlichung von Nazi-Symbolen verschärfen. Extremer Nationalismus gehört nämlich unter Strafe gestellt, wenn er sich nicht an den offiziellen nationalistischen Sprachgebrauch hält, die nationalen Aufmärsche nicht von oben angesetzt sind und die Symbolik nicht stimmt.

Ein Herr Busche von der "Süddeutschen Zeitung" meint zu den Gesetzen, sie würden denen gegen die Linksradikalen in den siebziger Jahren gleichen, und fährt fort: "Nicht selten waren (damals) Vorwürfe wie rechts, präfaschistisch oder faschistisch." (SZ 9./10.1.93) Angesichts des umstandslosen Einsatzes zur Gleichschaltung von Opposition nicht ganz abwegig. Daß die staatliche Gewaltanwendung gegen Rechtsradikale nicht das Gleiche ist, wie wenn man als Linker das Bedürfnis verspürt, einem Fascho eine in die Fresse zu hauen, kann man der tausendfach von Kohl wiederholten Gleichsetzung von Rechts- und Linksradikalen entnehmen — und z.B. auch der Anwendung neuer Maßstäbe von Demonstrationsfreiheit beim Weltwirtschaftsgipfel in München letztes Jahr. Der Staat schützt sich, nicht irgendwelche Ausländer.

Zusammenfassend: "Die oft zu beobachtende Erosion des Rechtsbewußtseins hat insbesondere auch dazu geführt, daß sich rechts- und linksextremistische Gewalttäter zur Konfrontation mit dem Staat ermutigt fühlten. Es wäre ein falsches Verständnis von Liberalität, wenn der Rechtsstaat an der Verfolgung politisch motivierter Terroristen gehindert würde. Wo die Sicherheit der Bürger gefährdet ist, steht immer auch deren Freiheit auf dem Spiel." (Kohl, Bulletin der Bundesregierung, 11.12.92) Also: Politische Gegner als Terroristen definieren, dann ordentlich drauf-

hauen, damit den Staatsbürgern das Rechtsbewußtsein erhalten bleibt. Und das alles natürlich nur wegen der Freiheit der Leute. Auch eine Gleichsetzung von Staat und Volk. By the way ist der Chef der Republik geständig, daß sich Rechtsbewußtsein nicht über einen Bezug auf den Nutzen der Bürger herstellt: man muß das Recht hart anwenden, damit jeder sieht, daß ihm außer der Unterwerfung unter es nichts bleibt.

Demokratischer Machterhalt

Es ist festzustellen, daß die demokratischen Parteien alles tun, um die rechtsradikalen Konkurrenten von der Macht fernzuhalten. Vom Beschluß, sie VS-mäßig zu observieren, Berufsverbote durchzuziehen, sie aus den Medien rauszuhalten bis zur Denunzierung als Demagogen. Dabei argumentieren sie allesamt rechtsradikal:Die Gesellschaft darf nicht von zu vielen Ausländern durchraßt werden; die Rechtsradikalen schaden dem Ansehen Deutschlands, sind also eine Art linksradikaler Nestbeschmutzer; der gute Volksgenosse in seiner Qualität als anständiger Deutscher ist aufgerufen, zu zeigen, daß sich nur die Regierung herausnehmen darf, über Leben und Tod von Ausländern zu entscheiden. Demagogen sind die Rechtsradikalen, weil sie genau das gleiche wollen wie die Demokraten und so tun, als würden die Demokraten beim Verfolgen des Staatsnutzens die Zügel schleifen lassen. So die offizielle Lesart, die beim Vorwurf des übersteigerten Nationalismus immerzu an die Beschränkungen denkt, denen Deutschland im Moment leider noch unterliegt. Noch dazu versprechen die Faschisten Arbeitsplätze, eine Demagogie angesichts dessen, daß das ein anständiger kapitalistischer Staat niemals halten kann (will). Nicht zuletzt ist es von den Faschos hundsgemein zu behaupten, die Demokraten würden in Sachen weltpolitischer Verantwortung versagen, nur weil sie aktuell noch nicht ganz so können, wie sie wollen.

Es geht also um Alternativen der Durchsetzung deutscher Kapitalverwertung auf der Welt, die sich ganz gewiß nicht in der Rücksichtnahme auf das Volk unterscheiden. Wer die Macht in Deutschland ausübt und ob das qua demokratischer Parteienkonkurrenz als Einholung der Zustimmung zu festgelegten politischen Inhalten geht, das ist der Streitpunkt. Und was die Entschlossenheit der Anwendung der Staatsgewalt gegen rechts und links betrifft, lassen sich die Demokraten sowieso nichts Übles nachsagen. Darin machen sie die faschistische Alternative zu sich selbst überflüssig; und das nicht,weil die Rechtsradikalen sie unter Druck setzen würden — wie das immer gerne bei der Asylgesetzänderung behauptet wurde —, sondern weil sie aus ganzer Seele an Deutschland denken.

Kurzer Vergleich

Der Faschismus hat bekanntlich die Gewerkschaften gleichgeschaltet. Das hat die junge bundesdeutsche Demokratie auch nicht versäumt, als sie die KPD-Aktivisten nach dem KPD-Verbot ins Gefängnis steckte. Bei der Verfaßtheit des heutigen DGB denkt wohl kein Politiker darüber nach, ob dessen freiwillige Gleichschaltung durch staatliche ersetzt werden müßte. Der Faschismus hat die anderen Parteien wegen ihres undeutschen Charakters verboten. Die deutsche Demokratie hat die 5%-Hürde errichtet und, als die nicht reichte, die KPD verboten. Auf ein PDS -Verbot kann voraussichtlich wegen mangelnder Behauptung in der Parteienlandschaft verzichtet werden. Der dritte Griff nach der Weltmacht findet voraussichtlich nicht mit der Volk-ohne-Raum-Ideologie statt. Eingepaßt in das Weltwirtschaftssystem, bis dato ganz konform als Zusammenschluß mit den EG-Verbündeten wird der Umstoß in Sachen Weltführungsmacht nicht als offener Angriff auf dieselbe vorgetragen. Die Auseinandersetzung mit den USA wird stattfinden und was die Folgen für das Fußvolk betrifft, sind demokratische Weltmachtskämpfe sicherlich nicht gemütlicher als faschistische. Siehe Vietnam und Irak.

Festzuhalten ist, daß die Herstellung einer Volksgemeinschaft Mittel beider Staatsformen ist, dem Zweck der Kapitalverwertung gerecht zu werden. Die Demokratie praktiziert sie gerade als Solidarpakt und Lichterketten bilden. Heißen tut sie dann "großes Bündnis des Anstands" (Engholm). Die oben dargestellte Entwicklung in der BRD kündet davon und ist gerade kein Widerspruch zur Demokratie. Der geht es schließlich um die Organisation der Zustimmung der Staatsbürger zu der sie schädigenden Herrschaft. Der abstrakt freie Wille — abstrakt frei, weil auf die Selbstbehauptung im stummen Zwang der Verhältnisse bezogen — soll für die Klassengesellschaft und die sie absichernde Herrschaft nutzbar gemacht werden. Dazu bedarf es der Umsetzung der notwendigen Unzufriedenheit in konstruktive Herrschaftsalternativen: die demokratischen Einheitsparteien CDUSPDFDPGRÜNE sind der Hebel dafür. Der Faschismus hingegen bestreitet gleich die Interessengegensätze in der Gesellschaft, für ihn rührt die Unzufriedenheit von den kranken Hirnen kommunistischer Agitatoren. Er steht auf nationale Einheitspartei und führt die demokratische Setzung,daß ein Deutscher qua natürlicher Bestimmung Fan seiner Staatsgewalt ist, zu ihrem bitteren Ende: unnationale Gesinnung verweist auf ein Volk, das nur den Zweck hat, Staaten zu zersetzen und sich daher in jenen einnistet: die Juden.

Überlegungen zum Begriff "Faschisierung"

1. Die Verfechter desselben in der Gruppe K wollen ihn erklärtermaßen nicht so gebrauchen, wie er von den Linken in den siebziger Jahren gebraucht wurde: als Kennzeichnung der nach damaliger Meinung überschießenden Gewaltanwendung des Staates, also als Unverträglichkeit derselben mit der Demokratie. Weil man am Zusammenhang von Demokratie und Faschismus festhält, lehnt man auch den antifaschistischen Kampf ab, der als Verteidigung der Demokratie antritt.

2. Betont wird, daß ein Übergang zum Faschismus denkbar sei, weil die ökonomische Verschlechterung eine Erschütterung des Massenkonsenses bedeuten könnte. Die Möglichkeit des Übergangs ist nicht zu bestreiten, nur ist sie eben keine Kategorie der Analyse. Die jetzt zu beobachtende Perfektionierung des nationalen Bewußtseins, kombiniert mit der Totalisierung des Rechts, verweist gerade auf die Abwehr faschistischer Herrschaftskonkurrenz durch volksgemeinschaftliche Methoden.

3. Faschisierung besagt nun mal, es ginge hin zum Faschismus und weg von der Demokratie. Dem liegt nur ein ganz allgemeiner Zusammenhang zugrunde: daß "die Demokratie von Zeit zu Zeit mal in Blut gebadet werden muß" (Pinochet), damit sie ihr Wesen ideal entfalten kann. M.E. stimmt weder die im Begriff enthaltene Entgegensetzung von Demokratie und Faschismus, noch ist die Abwendung der Herrschaftsfraktionen von ihrer Staatsform belegbar.

Daher ist der Begriff zu verwerfen.

A.K.

Produktivismus

Arbeitsdressur, Krise der Moral und Faschisierung

Wer nach Erklärungen sucht, warum sich gerade heute, gerade in Deutschland Nationalismus, Rassismus und Faschismus ausbreiten, wird das meiste erfassen, wenn er auf die schnöden materiellen Interessen hinweist, die die Nationalökonomie verfolgt oder den Spießbürger anstacheln. Der Marxismus sagt, daß die herrschenden politischen Ideen, also auch die faschistischen, kapitalistische Interessenlagen widerspiegeln: jene der Ausbeutung, der Krisenbewältigung, der imperialistischen Markteroberung. Und wenn wir Deutschlands Interessen ins Auge fassen, so ist schnell enträtselt, warum das Leben von Flüchtlingen nichts mehr zählt, warum der "deutsche Osten" wiederentdeckt wird, deutsche Soldaten zu Probeeinsätzen abkommandiert werden und die Zivilisten daheim an der Arbeitsfront zu Einsatz und Lohnverzicht gemahnt werden.

Gemessen an bescheuerten bürgerlichen Erklärungsmustern für hochkommenden Neofaschismus (Parteienstreit, DDR-Erblast oder Jugendkriminalität) ist das umfassend aufklärerisch. Und es ist auch richtungsweisend für die Frage, wie dem Faschismus ein für allemal der Boden entzogen werden kann: Schluß mit der imperialistischen Ausbeutung!

Über "Kommunismus und Terrorismus"

Daß mit dem Ende der Ausbeutung nicht nur die Armut, sondern auch falsche politische Ideologien und Unterdrückung beseitigt werden können, ist über weit mehr als ein Jahrhundert Grundüberzeugung fast aller Marxisten gewesen. Daran änderten auch die stalinistischen Exzesse nichts; denn sie wurden als subjektive Fehler verbucht. Und die Gleichsetzung von Stalinismus und Faschismus ist zu Recht als eine bürgerliche Rechtfertigungstheorie verworfen worden. Gleichwohl bleiben die terroristischen Ähnlichkeiten, und es bleibt die Frage, ob Faschisierung mehr als nur Reflex ökonomischer Zustände ist. Theoretisch geht es dabei um die Frage, ob allein die Produktionsverhältnisse ideologiebildend und gewaltträchtig sind oder andere Faktoren hinzukommen; z.B. solche, die die Gewalt im Realsozialismus materiell erklären oder bestimmte "blinde Flecken" im marxistischen Antifaschismus sichtbar machen.

Als Einstieg wähle ich eine Kontroverse, die 1920 zwischen zwei renommierten Marxisten, Trotzki und Kautsky, zur Frage der Organisierung der Arbeit im Sozialismus ausgetragen wurde. Gegenüber den Anwürfen von Kautsky, in der SU werde das Proletariat durch einen militärisch ausgeübten Arbeitszwang versklavt, verteidigte sich Trotzki in "Kommunismus und Terrorismus" (1):

"Nach der allgemeinen Regel sucht der Mensch sich der Arbeit zu entziehen. Arbeitsliebe ist durchaus keine angeborene Eigenschaft: Sie wird durch den wirtschaftlichen Druck und die gesellschaftliche Erziehung hervorgebracht. Man kann sagen, daß der Mensch ein rechtes Faultier ist." (122f)

Es sei deshalb eine *"Frage über Sein oder Nichtsein Sowjetrußlands"*, die *"Neuerziehung der Werktätigen"* mit militärischen Mitteln durchzusetzen: *"Wir sagen den Massen gerade und offen, daß sie das sozialistische Land nur durch harte Arbeit, unbedingte Disziplin, pünktlichen Gehorsam eines jeden Arbeitenden retten, in die Höhe bringen und in einen Blütezustand versetzen können... Die schlechten Arbeiter müssen dazu gezwungen werden, sich dessen zu schämen, daß sie ihre Sachen schlecht verstehen... Daher muß der Arbeitslohn... in möglichst genaue Übereinstimmung mit der Produktivität der individuellen Arbeit gebracht werden. Unter dem Kapitalismus hatten Stückzahl- und Akkordsystem..., die Anwendung der Methoden Taylors usw. die Aufgabe, die Ausbeutung der Arbeiter... zu steigern. Bei vergesellschafteter Produktion... die Aufgabe, die Menge des gesellschaftlichen Produkts und somit auch den allgemeinen Wohlstand zu steigern. Alle aufgezählten Maßnahmen... sollen die Entwicklung des Wetteifers auf dem Gebiet der Produktion sichern."* (137)

Kautsky wendet sich in seiner Replik schon gegen die Grundannahme von Trotzki: *"Es ist nicht so, wie Trotzki sagt, daß der Mensch von Natur ein Faultier ist und darum des Arbeitszwanges bedarf. Das Umgekehrte ist richtig: aus der Zwangsarbeit entspringt erst die Faultiernatur des Menschen. Aus der Faultiernatur entspringt auch die geringe Produktivität seiner Arbeit."* (255) Ganz anders sei es im freiheitlichen Sozialismus: *"Die sozialistische Bewegung... ist eng verbunden mit der Entwicklung der freien Persönlichkeit des Arbeiters. Mit dieser Persönlichkeit entsteht aber auch ein neuer Antrieb zur Arbeit. Der Arbeiter, der zum Bewußtsein seiner Persönlichkeit erwacht ist,... setzt seinen Ehrgeiz darein, die Arbeit, für die er Bezahlung nimmt, auch gut zu erfüllen."* (277)

Folglich gehe es bei der Arbeitsorganisation im Sozialismus nur darum, "jede Art Arbeit so anziehend als möglich zu gestalten." So kommt Kautsky zu folgenden "praktischen" Vorschlägen: *"Rationell wäre die Verlegung industrieller Großbetriebe aufs Land und ihre Vereinigung mit landwirtschaftlichen Großbetrieben... Es hat in den letzten Jahrzehnten auch in den größeren Städten allgemeine Verbreitung gefunden in den sogenannten Schrebergärten. Sie bedeuten nicht die rationellste Form der Landwirtschaft, könnten aber rationeller gestaltet werden."* (273f) Weiterhin fordert er die *"Verkürzung der Arbeitszeit"* und außerdem: *"Das Hauptmittel zur Erweiterung der Produktion ist die ausgiebige Ausnutzung der produktivsten unter den heutigen Produktionsstätten und rasche allgemeine Einführung aller arbeitssparenden Maschinen und Befehle, die heute schon bekannt sind."* (275)

Beide Positionen sind signifikant für den Weg der Bolschewisten in den stalinistischen Terror und den der Sozialdemokraten zum fortschrittlichen Kapitalismus mit Schrebergarten. Die Kontroverse hatte einen wesentlichen materiellen Grund darin, daß der russische Bauer noch nicht zur Industriearbeit dressiert war, während der deutsche Facharbeiter sich schon die 'Tugend der Arbeitsfreude' angeeignet hatte.

Aber jenseits dieser Kontroverse ist bemerkenswert, was völlig unstrittig blieb: Weder Kautsky noch Trotzki hegten irgendeinen Zweifel daran, daß Faulheit von Übel und Arbeit befreiender Fortschritt ist. Beide schlossen völlig aus, daß zwischen Arbeit und Faulheit andere Bedürfnisse bestehen könnten. Und beide waren absolut sicher, daß sozialistische Arbeitsorganisation jene des Kapitalismus beerben könne, vom Wohlstandsmodell des Fordismus bis hin zum Taylorismus. Undenkbar schien, daß der fortschrittliche Kapitalismus mit Schrebergarten in kurzer Zeit in den Faschismus führen könnte, und die sowjetische Arbeitsdressur in den Stalinismus. Als beides eingetreten war, wurden für die "terroristischen Entartungen" im jeweiligen Lager subjektive Fehler oder Rückständig-

keiten und Rückwärtsgewandtheit verantwortlich gemacht. Die Gegenthese, daß es gerade der Drang zu "Fortschrittlichkeit", zur hemmungslosen Produktivkraftentfaltung sein könnte, der sogar jenseits bestimmter Produktionsverhältnisse Terror und Massenmord produziert, wurde (und wird meist bis heute) gar nicht erst erwogen.

Insgesamt muß man feststellen: Bei aller Gegensätzlichkeit von bürgerlicher und marxistischer Theorie stimmten sie doch in der Grundannahme überein, daß Fortschritte in der Produktivkraftentfaltung Dreh- und Angelpunkt jeder Kulturentwicklung sind und mithin die Aneignung neuer Technologien, höhere Produktivität unmittelbar mit Fortschritten in der Humanität (der Demokratie) verbunden sind. Gestritten wurde "nur" darum, ob der marktwirtschaftliche Weg dorthin der effektivste ist oder der planwirtschaftliche. Seit die Sache materiell entschieden ist, ist auch der ideologische Streit darüber so gut wie beseitigt.

Historischer Materialismus und Sozial-Psychologie

Es ist kein Zufall, daß der Hereinbruch des Faschismus in Europa bestimmte Marxisten zur Schlußfolgerung brachte, daß möglicherweise gerade die modernsten Errungenschaften kapitalistischer Entwicklung, von der Fließfertigung und dem Taylorismus bis zur Konsum- und Mediengesellschaft, die sozialen Zustände hervorbringen, die als Rückfall in Barbarei erscheinen. Und dieses Phänomen, daß gerade die "Entfesselung der Produktivkräfte" statt Freiheit und "Zivilität" Gewaltbereitschaft und Führerprinzip hervorbringt, versuchten sie mit den von Freud erarbeiteten Kriterien der Psychoanalyse zu erklären.

Einer dieser Marxisten der "Frankfurter Schule", Erich Fromm, stellte in seiner Schrift *"Über die Methode und Aufgabe einer analytischen Sozial-Psychologie"* (2) die Zusammenhänge zwischen Marxismus und Psychoanalyse so dar: *"Die Soziologie, mit der die Psychoanalyse die meisten Berührungspunkte, aber auch die meisten Gegensätze zu haben scheint, ist der historische Materialismus. Die meisten Berührungspunkte — denn sie sind beide materialistische Wissenschaften. Sie gehen nicht von 'Ideen' aus, sondern vom irdischen Leben, von Bedürfnissen aus. Sie berühren sich im besonderen in ihrer gemeinsamen Einschätzung des Bewußtseins, das ihnen weniger Motor menschlichen Verhaltens, als Spiegelbild anderer geheimer Kräfte zu sein scheint. Aber hier, bei der Frage nach dem Wesen dieser eigentlichen, das Bewußtsein bestimmenden Faktoren scheint ein unversöhnlicher Gegensatz zu bestehen. Der historische Materialismus sieht im Bewußtsein einen Ausdruck des gesellschaftlichen Seins, die Psychoanalyse einen des Unbewußten der Triebe."* (71f)

Wie nun schon Freud in seiner Schrift *"Das Unbehagen in der Kultur"* dargelegt hatte, verläuft die geschichtliche Entwicklung deshalb nicht gradlinig zum Besseren, weil jedes Mehr an Kultur (marxistisch gesagt: jede Produktivkraftentfaltung) Opfer bei der Triebbefriedigung erfordert. Freud selbst fürchtete, daß die menschlichen Aggressionstriebe, die die Kultur domestizieren, übermächtig werden und die Gesellschaft dem barbarischen Untergang entgegentreiben könnten. Die Autoren der Frankfurter Schule dagegen deuteten Kultur als einen Prozeß der Domestizierung bzw. Unterdrückung erotischer Triebe, welcher deshalb von äußerer Gewalt (politischer Herrschaft) und innerer Gewaltbereitschaft geprägt sei. Inwieweit diese Deutung von Kultur in Einklang mit dem historischen Materialismus zu bringen ist, wurde unterschiedlich beantwortet. Am "orthodoxesten" war hier Herbert Marcuse (3). Zwar wies auch er darauf hin, daß sich Lust und Arbeit ausschließen; aber das Hauptproblem erblickte er in der "Mehrarbeit", der der Mensch in der Klassengesellschaft ausgesetzt ist und die zu dem führten, was er als "zusätzliche Triebunterdrückung" bezeichnet. Ohne sie sei am Ende doch die Harmonie von Arbeit und Lust herstellbar: *"Die Fähigkeit, instinktive Antriebe in Schranken zu halten und zu lenken, biologische Notwendigkeiten in individuelle Bedürfnisse und Wünsche zu verwandeln, erhöht eher die Befriedigung, als daß sie sie verkleinert: die 'Mediatisierung' der Natur, die Brechung ihrer Zwangsherrschaft ist die humane Form des Lustprinzips."* (40f)

Diese "humane Form des Lustprinzips" in einer klassenlosen Gesellschaft zu verwirklichen, ist demnach Aufgabe der 'sozialistischen Organisierung der Arbeit'.

Ein entsprechend optimistischer Fortschrittsbegriff fehlt dagegen in den Aufsätzen von Horkheimer und Adorno zur "Dialektik der Aufklärung" (4). Zwar begreifen auch sie Geschichte als einen durch die verschiedenen Klassengesellschaften hindurchgehenden Prozeß zunehmender Naturbeherrschung, werten diesen Fortschritt in der Produktivkraftentfaltung und naturwissenschaftlichen "Aufklärung" jedoch als allgemeinen Rückschritt in der Bewältigung der "inneren Natur" des Menschen. Sie beklagen also die zunehmende Versachlichung des Denkens, die alle emotionalen Bedürfnisse und Naturbezüge zerstörte und letztendlich zu einer rein formalen Logik führt, die ihrerseits wiederum der formalen Logik optimaler Kapitalverwertung gehorcht. So sehen sie den quasi zwangsläufigen Endpunkt der Geschichte in jener Herrschaftsform, die im Namen des (produktiven) Fortschritts Verzicht und Entbehrung bis zur menschlichen Selbstaufopferung oder bis zum unmenschlichen Massenmord fordert; sie schreiben:

"In dem Augenblick, in dem der Mensch das Bewußtsein seiner selbst als Natur sich abschneidet, werden all die Zwecke, für die er sich am Leben erhält, der gesellschaftliche Fortschritt, die Steigerung aller materiellen und geistigen Kräfte, ja Bewußtsein selber, nichtig, und die Inthronisation der Mittel als Zweck, die im späten Kapitalismus den Charakter des offenen Wahnsinns annimmt, ist schon in der Urgeschichte der Subjektivität spürbar... Die Widervernunft des totalitären Kapitalismus, dessen Technik, die Bedürfnisse zu befriedigen, in ihrer vergegenständlichten, von Herrschaft determinierten Gestalt die Befriedigung der Bedürfnisse unmöglich macht und zur Ausrottung der Menschen treibt — diese Widervernunft ist prototypisch im Heros ausgebildet, der dem Opfer sich entzieht, indem er sich opfert. Die Geschichte ist die Introversion des Opfers." (78f)

Diese Deutung der Geschichte als "Introversion des Opfers" ist ausweglos; keine befreiende Revolution ist darin angelegt, nur der apokalyptische Untergang. Ihre auswechselbaren Endpunkte sind Faschismus und Stalinismus; aber letzterer nicht nur wegen seiner subjektiv-grausamen "Entartungen"; sondern wegen seines Ziels, den Kapitalismus zu überholen, dem "Helden der Arbeit" das letzte abzuverlangen, Trotzkis Arbeitsdressur auf die Spitze zu treiben.

Jenseits dieser geschichtstheoretischen "Dialektik der Aufklärung" suchten die Autoren der "Frankfurter Schule" auch nach eher empirischen, aktuellen Erklärungen für die Entstehung des Faschismus der 30er Jahre und der auch sonst virulenten faschistischen 'Massenströmung'. Neben rein ökonomischen Ursachen (Verwertungsschwierigkeiten der Monopole — Staatskapitalismus) sammelten sie eine Reihe von Indizien, was den faschistischen "Charakter" formt: Die blinden Gehorsam fordernde tayloristische Arbeitsorganisation, die Massenmanipulation der neuen "Kulturindustrien", die "Zersetzung der Familie". Letzteres wurde in Anlehnung an Freud, der der frühkindlichen Sozialisation die entscheidende Rolle bei der Herausbildung von Neurosen und Psychosen zugeschrieben hatte, als ausschlaggebend eingestuft.

Die nach 1945 in den USA durchgeführte Erhebung zum "Autoritären Charakter" legte solche Zusammenhänge offen. Ihre Ergebnisse sind von Max Horkheimer (5) wie folgt zusammengefaßt worden:

"Die gleichen wirtschaftlichen Veränderungen, die die Familie zerstören, führen die Gefahr des Totalitarismus mit sich. Die Familie in der Krise bringt jene Einstellungen hervor, die die Menschen zur blinden Unterwerfung prädisponieren... Wo einst Raum war für Gewissen, individuelle Unabhängigkeit und die Möglichkeit des Widerstands gegen den sozialen Konformitätsdruck, dort verblieb als einziger Maßstab Erfolg, Popularität und Einfluß, verbunden mit dem eifrigen Bestreben des Subjekts, durch ungezügelte Identifizierung mit allem, was in der Realität Macht ausübt, voranzukommen... Härte, Rücksichtslosigkeit und ein übertriebener Anstrich von Männlichkeit, die durchweg zu politisch-faschistischen Ideologien führen, haben ihre Wurzeln in dem gestörten Verhältnis zur Mutter oder vielleicht noch mehr in dem Mangel jeder echten Beziehung zu ihr... Ein anti-femininer Affekt, der auf der Ablehnung der Mutter beruht, gibt das Modell ab für die spätere Ablehnung all dessen, was als 'anders' eingeschätzt wird. Die von den Faschisten abgelehnten Fremdgruppen, vor allem die Juden, werden oft mit 'femininen' Zügen wie Schwäche, Gefühlsbetontheit, Mangel an Selbstdisziplin und Sinnlichkeit ausgestattet. Verachtung für Züge des anderen Geschlechts... scheint regelmäßig mit einer stark verallgemeinerten Unduldsamkeit gegenüber allem, was anders ist, verbunden zu sein." (384f)

Prinzip Hoffnung und faschistische "Irratio"

Insgesamt kann festgestellt werden, daß auch die konstruierte Zwangsläufigkeit der faschistoiden Charakterbildung und deren gesellschaftspolitischer Umsetzung in faschistische Herrschaft nicht existiert hat. Die Grundannahme, daß der "Zerfall der Familie" ursächlich für faschistische Ansichten sei, ist auf Grund der neueren, vor allem feministischen Diskussion gewiß zurückzuweisen. Offensichtlich spielen andere Einflußfaktoren gesellschaftlicher Art eine wichtige Rolle. Obwohl die Auflösung der Familie, die Taylorisierung der Arbeitswelt, die menschliche Totalerfassung durch Kulturindustrien weitergegangen ist, entwickelte sich nach 1945 nicht der Faschismus, sondern die Metropolen-Demokratie zur dominanten, "zivilen" Herrschaftsform. Es gab sogar soziale Veränderungen, die nicht nur von den Apologeten des Systems als Fortschritte emanzipativer Art empfunden wurden, wie die US-Bürgerrechtsbewegung oder die StudentInnen- und Alternativbewegung.

Auch das Gros der Marxisten hatte sich an diesen 'objektiven Entwicklungsgang' gewöhnt, und die ehrlicheren werden zugeben, daß sie erstens von dem Umschlag der genußfreudigen Citoyens der Postmoderne in die nationalistisch-rassistische Grundströmung kalt erwischt wurden; und daß sie zweitens zumindest Mühe haben, wenigstens im nachhinein abzuleiten, warum es so kommen mußte.

So greift z.B. die Erklärung kaum, daß wegen akuter Krise oder wegen der dem Kapitalismus immanenten Tendenz zu Vergesellschaftung und Planung zwecks Krisenvermeidung der Neofaschismus hochkam. Denn wieso vollzog sich dann der Aufstieg des aktuellen Neofaschismus während der längsten Aufschwungphase, die der Nachkriegskapitalismus kannte? Und warum war gleichzeitig in der bürgerlichen Politik gar nichts von Staatskapitalismus zu hören, aber sehr viel von Privatisierung? Weiter: Warum geriet die liberale Demokratie ausgerechnet da in die Krise, wo alle Feinde, einschließlich des Reiches des Bösen, niedergerungen waren?

Oder: Warum begnügt sich der metropolitane Herrenmensch nicht damit, seine importierten Arbeitskräfte einfach auszuplündern und auf sie herabzuschauen; warum treibt es ihn zu materiell "überflüssigem" Haß, zu Gewalt und Ausrottung? Weil "Fremde" Arbeitsplätze bedrohen und Wohnungen besetzen? Aber das impliziert, daß Rassismus und Faschismus hauptsächlich Ideologien der tatsächlich Bedrohten, mithin der "Kleinen Leute" sind. Aber das ist weder empirisch richtig, noch mit einem materialistischen Klassenverständnis vereinbar.

Unerklärlich auch dies: Warum richtet sich der Haß nicht nur gegen auswärtige Arbeitskräfte, sondern auch gegen jene, die in keiner Weise Konkurrenz sind, wie Schwule oder Krüppel? Oder eine Hamburger Besonderheit: Warum war die Hafenstraße solange Hauptthema, das Spießer zur Raserei brachte, bis das Abfackeln von Asylunterkünften hochkam? Warum schließlich das Gerede von "Sinnkrise", die Klage über verfallende Moral bei Politikern und in der "raffgierigen" Gesellschaft? Alles Lüge und Zweckpropaganda, um "abzulenken" von Ausbeutung und imperialistischem Raub? Dagegen spricht eine historische Erfahrung. Nicht nur die bürgerliche Ideologie, sondern auch große Teile des proletarischen Antifaschismus "kapitulierten" in einem wesentlichen Bereich vor der hochkommenden faschistischen "Moral": Niemand wagte es, antinational aufzutreten, die propagierten Werte der Familie, der Bewährung, des Heldentums, der Gemeinschaft grundsätzlich zu denunzieren. Und gerade dort, wo besonders konsequent reiner Materialismus gepredigt worden war, wurde, als die faschistische "Moral" bei den Massen verfing, plötzlich lautstark beteuert, daß Werte wie Nation, Opferbereitschaft, Männlichkeit natürlich auch dazugehören; sozusagen "obendrauf".

Exemplarisch dafür ist Ernst Bloch, seinerzeit ein äußerst überzeugter Anhänger der KPD bzw. der SU. Im viel zitierten *"Prinzip Hoffnung"* entlarvt er eingangs die Freudsche Trieblehre:

"Freud setzt, wie bekannt, den geschlechtlichen Trieb als ersten und als stärksten. Libido regiert danach das Leben, sie ist zeitlich wie inhaltlich grundlegend... So überdimensionierte Freud die Libido der Parasiten und kannte keinen anderen Antrieb, gar Auftrieb..." (I, 55f) Für ihn ist der Hunger der grundlegende menschliche Affekt; daher: *"Ersichtlich gibt es aber keine erotische Geschichtsauffassung an Stelle der ökonomischen, keine Welterklärung aus Libido und ihren Entstellungen statt aus Wirtschaft und ihren Überbauten. Daher bleibe man endlich auch hier beim realen Ausdruck der Sache: beim wirtschaftlichen Interesse, als dem gleichfalls nicht einzigen, aber grundlegenden.* (73f) Jenseits akuter materieller Interessen läßt er nur Tagträume, *"Erwartungsaffekte"* gelten, die dem materiell Vorhandenen vorweggreifen, als eine *"Inspiration aus dem Auftrag der Zeit, der im genialen Individuum sich vernimmt und im Einklang mit dessen Anlage sich auslegt, mit dessen Potenz sich potenziert."* (140)

Beispielhaft ist ihm der deutsche Sturm und Drang, über den er urteilt: *"Das Unbewußte blieb dem Sturm und Drang zwar durchaus ein Unteres, lag im bloßen Anfang der Geistesgeschichte, aber es erschien darin quellend und wallend. So blieb auch das Unbewußte nicht mehr infinitesimal..., vielmehr, aller Nebel des Nordens und der Vorzeit wogte darin... Das Unbewußte hatte bei all seinem dumpfen Schwalm die Urstimme, die Glut, die Jugend, den wildschaffenden, hinwerfenden Genius. So erschien freilich das Dämmernde im Sturm und Drang, der ja weithin zur Aufklärung gehört, zum ersten Mal auch mit Zukunft versehen..."* (151)

Da wundert es dann nicht, daß er in einer anderen Schrift, "Der Faschismus als Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit" (6) zu diesem Urteil über das Irrationale im Faschismus kommt: *"...falsch wäre es..., bloß Sackgassen in der 'Irratio' zu finden, statt jener Explosivitäten der Hoffnung...*

bloß Sackgassen in der 'Irratio' zu finden, statt jener Explosivitäten der Hoffnung... Wie anders haben Jungburschen das frühe Schwärmen aufgenommen, wie verwandt stoßen andere zu armen Bauern und ihrer alten Sprache vor. Wie anders hat Rußland bereits Zucht und Führer, Boden, Heimat und Folklore einmontiert (die altkommunistischen Gentes scheinen hindurch); wie unbetrüglich zeigen sich hier die organischen Kräfte der Familie, die organisch-historisch gebliebene der Nation, umfunktioniert und in den Dienst einer Volksgemeinschaft gestellt, aber einer rechten." (204)

"Krise der Moral" und "Werte des Sozialismus"

Diese Verirrung vom illusionslosen Materialismus ins Gruselkabinett faschistischer Ideologie ist sicher nicht zwangsläufig. Aber die Problematik jenes marxistischen Satzes, "Erst kommt das Fressen, dann die Moral!" liegt eben darin, daß es richtigerweise heißen muß: "Erst kommt die Arbeit, dann das Fressen..." — Und die Moral ist dann längst eingebläut. Außer dem Helden der Arbeit, der werktätigen Frau und Mutter oder dem unermüdlichen Parteifunktionär blieb dann, nicht nur bei Stalin, kaum was nach.

Unsere neue "One World" stellt uns vor neue Erklärungszwänge. Es ist keine fünf Jahre her, da war das Schimpfwort "Schweinesystem!" im guten Sinne linksradikal. Jetzt lese ich wöchentlich im "Spiegel", daß Staatsmänner Schweine sind, in der "FAZ" über die Schweine, die ihre Kippen wegwerfen und Opa im Bus stehen lassen; in der "taz" über die Schweinereien, die Antiautoritäre angerichtet haben; im kapitalistischen Zentralorgan "Wirtschaftswoche" über schweinische Manager (Piech, Hillger). Ja, selbst in "konkret" wird gegen grüne "Animierdamen" des Kriegs und die perversen "Verrücktheiten" einer Dame von Welt die Sau rausgelassen.

Wo vor kurzem noch der konsumfreudige Citoyen Leitbild war, ist jetzt Sinnkrise ausgebrochen. Und allesamt entdecken bei der Suche nach "verläßlichen Werten" immer nur das, was auch den faschistischen Mob umtreibt: Nation, Opferbereitschaft und die "Tugenden des Krieges". Das kennzeichnet am treffendsten, was an Faschisierung im Gange ist. Wo aber das allgemeine Lamento über ökonomisches Versagen, über Raffgier und den korrupten bürgerlichen Staat überhand nimmt, kleckert marxistische Aufklärung, die immer schon schnöde materielle Interessen enttarnte, irgendwie hinterher. Und statt persönlicher Bereicherung die kollektive als Ausweg aus der Sinnkrise zu predigen, wird, gerade heute, auf wenige Gläubige stoßen. Schlimmstenfalls endet es bei der "Gerechtigkeitspartei".

Was in den Dreißigern noch halbwegs einleuchten konnte: daß sich die Massen aus materieller Verzweiflung, in Blochs Sinne vom Hunger getrieben, in den Faschismus flüchteten, ist heute ein absurdes Erklärungsmuster. Die "Barbarei des Hungers" ist anderswo bittere Realität. Hier grassiert die Barbarei der Vollgefressenen. Das verweist auf die wesentliche Rolle, die Moral im Geschichtsprozeß spielt. Und die ist offensichtlich nicht umso besser, je weiter es die Gesellschaft in der Produktivkraftentfaltung gebracht hat.

Genau dies ist aber die größte theoretische Herausforderung, der sich der fortschrittsgläubige Marxismus stellen muß. Denn sie verweist auf die Tatsache, daß auch "Entfesselung der Produktivkräfte" kein objektives, wertfreies bzw. automatisch wertvolles, "tugendhaftes" Ziel ist. In dem Sinne gibt es keine "objektive" Moral; also ist sie subjektiv zu definieren, und da landet man zwangsläufig entweder bei "höheren Werten", allerlei religiösem Spuk oder steigt hinab in die Niederungen des psychischen Apparats und begreift die dialektisch-materialistische Funktionsweise der erotischen und destruktiven Antriebe, die das "Kultur-Über-Ich" (Freud) befördert oder unterdrückt.

Es ist offensichtlich, daß das sozialpsychologische Erklärungsmuster der Frankfurter Schule ebensowenig geeignet war, den historischen Gang der Dinge vorherzusagen, wie es die diversen Kapital- und Krisentheorien vermocht haben. Der "Dialektische Materialismus der Moral" ist offenkundig ebensowenig eine mechanische Wissenschaft wie die politische Ökonomie, also kaum prognosefähig. So ist sein Wert, was die Frage der "Gesetzmäßigkeit" von Faschisierung angeht, auch eher gering. Sein praktischer Nutzen besteht mithin zunächst schlicht darin, daß er bestimmte Phänomene besser erklären kann als die nur ökonomische Analyse und hilft, "Irrtümer" zu vermeiden, die marxistischerseits in spezifisch moralischen Dingen wie dem Rassismus, Sexismus oder bei der "Erziehung" der Arbeiterklasse unterlaufen sind.

Der spezifische Wert der hier geforderten "Dialektik der Moral" besteht in dem, was marxistischerseits dem kapitalistischen Produktivismus und seinen faschistischen Implikationen entgegenzusetzen ist. Die Vision des Sozialismus als einer Gesellschaft höherer Produktivität und größeren Konsums muß aus verschiedenen Gründen zu den Akten gelegt werden. Kapitalistisches Wachstum durch Planwirtschaft zu ersetzen, darf nicht identisch sein mit der Suche nach höherer ökonomischer Effizienz. Nicht nur, weil es zweifelhaft ist, ob dies "beim zweiten Anlauf" klappen würde. Planwirtschaft muß (in Kenntnis ökonomischer Gesetze) gerade jenen moralischen Werten zuarbeiten, die Effizienz mindern. Die empirischen Beispiele dafür sind leicht zu nennen: Die Ablehnung von Technologien, die möglicherweise effizienter, aber fürs menschliche Wohlbefinden oder gar für den Planeten zerstörerisch sind. Die Reduktion von Konsumgütern, deren sozialer Nutzen mehr als zweifelhaft ist, vom PKW bis zur Unterhaltungselektronik. Die Zurückdrängung produktiver Tätigkeiten überhaupt, zugunsten von "Beziehungsarbeit", die nicht länger geschlechtsspezifisch "verdrängt" wird. Die Aufrechterhaltung von "unproduktiven" Tätigkeiten und Betrieben, die Rettung von Rückständigkeit vor der Konkurrenz des Fortschrittlichen.

Planwirtschaft ist dem Sinne nach ein kontinuierliches Abwägen zwischen Leistungs- und Lustprinzip, wie Marcuse es formulierte; aber auch von Leistungs- und Destruktionstrieb, was die Sache schwieriger macht. Und es liegt übrigens in der Natur der Sache, daß diese die Produktion lenkenden Werturteile von keiner Planungsbehörde vorgegeben werden können.

Ich weiß, die "sozialistische Organisierung der Arbeit" ist nicht unser brennendstes Problem, und die Umdefinition des Kommunismus in eine "moralische Veranstaltung" ist für gelernte Materialisten eher abstoßend. Andererseits müssen wir uns dem Dilemma stellen, daß nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus die politischen Alternativen auf eine zunehmend marode bürgerliche Demokratie und einen neuen völkischen Imperialismus verengt sind — und Antifaschismus (auch) in dem Maße hilflos bleiben muß, wie er auf kein Drittes verweisen kann. Das zwingt uns, wider Willen, zu "utopischen" Entwürfen: Wer von Antifaschismus redet, darf zum Kommunismus nicht schweigen.

Christian Schmidt

Literaturangaben:
(1) Demokratie oder Diktatur?; Bd. 2; Dietz-Verlag 1990.
(2) Dialektische Materialismus und Psychoanalyse (Raubdruck, ohne Datum)
(3) Triebstruktur und Gesellschaft; Suhrkamp 1965.
(4) Max Horkheimer, Gesammelte Schriften, Bd. 5; Fischer 1987.
(5) ebenda
(6) In: Ernst Nolte, Theorien über den Faschismus; Köln/Berlin 1967.

Dutschkes Weg nach rechts

Von der antiautoritären zur deutschen Linken

Wer das Urteil vom "Ende der Linken" nicht affirmativ meint, sondern provokativ: als Aufforderung zum Neuanfang, kommt um eine gründliche Aufarbeitung nicht herum. Beginnen wir da, wo die meisten von uns begonnen haben: 1968. Der Großteil der damals Aufgebrochenen hat sich heute mit Staat und Nation gemein gemacht. Welche Gründe dafür waren in den ideologischen Fundamenten der "Neuen Linken" angelegt?

Am Beispiel Rudi Dutschke will ich zeigen, wie revolutionäre in nationalrevolutionäre Positionen umkippten, inwiefern dieser Metamorphose eine "heimliche Dialektik" von Internationalismus und Nationalismus zugrundelag und welche Rolle die mangelnde Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus dabei spielte.

Von der Rebellion...

Natürlich könnte man eine entsprechende Untersuchung auch an Personen wie Antje Vollmer, Christian Semler oder Joscha Schmierer vornehmen, was u.a. deswegen von Interesse wäre, weil sich deren (links?)nationales Politikverständnis bis zum heutigen Tage nachverfolgen ließe. Doch deren "deutsche" Wende ist kaum denkbar ohne ihre frühe Aufkündigung der antiautoritären Phase, die Gründung stalinistischer Kaderparteien und die von China adoptierte Weltsicht, "im Kampf gegen die Supermächte" die nationale Befreiung in Schwarzafrika mit der in Mitteleuropa gleichzusetzen. Man könnte so auf den Gedanken kommen, der Weg von der Rebellion zur Nation habe über Peking geführt, aber das trifft sicherlich nur für eine Minderheit der 68er zu.

Die Mehrheit machte die autoritäre Metamorphose nicht mit, und damit sind wir bei Rudi Dutschke. Auch wenn man der glorifizierenden Wendung vom "James Dean der Politik" oder "deutschen Che Guevara" (1) nicht folgen will, bleibt die Verkoppelung seiner Person mit der antiautoritären Revolte schlechthin evident. Vor den Fallstricken eines stalinoiden Kommunismusverständnisses hatte ihn — neben seinen bitteren Jugenderfahrungen in der DDR — sicher auch die Mitarbeit in der "Subversiven Aktion" gefeit. Diese originelle Chaos-Truppe aus dadaistisch inspirierten Situationisten und psychoanalytisch aufgeschlossenen Marxisten machte von 1962 bis 64 durch Happenings gegen die Autoritäten der Adenauer-Ära, gegen öde Spießigkeit, sexuelle Unterdrückung und "Konsum-Terror" von sich reden. Ein Teil der Aktivisten — neben Dutschke auch Kunzelmann und Rabehl — infiltrierte 1964/65 den SDS und erreichte innerhalb kürzester Zeit bedeutenden Einfluß. Das Credo der "Subversiven" stand in provokativem Gegensatz zum vorherrschenden Politikverständnis im SDS: "Es ist keine Zeit nüchterner Reflexion, sondern eine Zeit der Beschwörung. Die Aufgabe der Intellektuellen ist mit der des Organisators der Straße, mit der des Wehrdienstverweigerers, des Diggers identisch: mit dem Volk zu sprechen und nicht über das Volk. Die prägende Literatur ist jetzt die Underground-Literatur, sind die Reden von Malcolm X, die Schriften Fanons, die Songs der Rolling Stones und von Aretha Franklin. Alles übrige klingt wie ein "Time"-Essay, das alles erklärt, nichts versteht und niemanden verändert", referierte Dutschke (2).

In strikter Abgrenzung zum "sozialdemokratischen Kommunismus" skizzierte er eine "subjektive, aktivistische und voluntaristische Revolutionstheorie" (3): "Durch die globale Eindimensionalisierung aller ökonomischen und sozialen Differenzen ist die damals berechtigte und marxistisch richtige Anarchismuskritik, die des voluntaristischen Subjektivismus, daß Bakunin sich hier auf den revolutionären Willen allein verlasse und die ökonomische Notwendigkeit außer acht lasse, heute überholt." Aufklärung müsse wirkungslos bleiben, wenn sie nicht durch "direkte, bewußtseinskonstituierende Aktion" gestützt werde: "Die Propaganda der Schüsse' (Che) in der Dritten Welt muß durch die 'Propaganda der Tat' in den Metropolen vervollständigt werden." In den gesellschaftlichen Strukturen sollte subversiv und nicht konstruktiv gearbeitet werden: "Das Sich-Verweigern in den eigenen Institutionsmilieus erfordert Guerilla-Mentalität, sollen nicht Integration und Zynismus die nächste Station sein." (4) Für die Zielvorstellung der antiautoritären Bewegung forderte er eine Synthese aus utopischem und wissenschaftlichem Sozialismus: "Der 'utopische Sozialismus', das sind die 'Schwärmer' von der Freiheit im 19. Jahrhundert, mit ihren phantastischen Entwürfen und Projekten einer kommunistischen Gesellschaft. Marx und Engels versuchten, diese Utopien auf die Begriffe der politischen Ökonomie zu bringen, die Träume zurückzuholen in die Realität der Gesellschaft und der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, darum also 'wissenschaftlicher Sozialismus'. (...) Die Folge (...) war die Spaltung der sozialistischen Bewegung und Theorie in 'abstrakten Anarchismus', andererseits in 'sozialistische Weiterentwicklung des Kapitalismus'." Demgegenüber sei festzuhalten an der "Abschaffung des Herrschaftsstaates und Abschaffung der Lohnarbeit als höchstes Ziel" (5).

In diesem Theoriegebäude konnte nationales Denken nur in Randbereichen auftauchen, emphatischer Internationalismus stand im Vordergrund. Che Guevaras Agitationsschrift "Schafft 2,3, viele Vietnam" wurde 1967 von Rudi Dutschke mitherausgegeben und eingeleitet: die Parole stand für den Prozeß globaler Emanzipation und resümierte eine Art linke "Domino-Theorie". Dem Viet-Cong müsse sich ein "amerikanischer, europäischer und asiatischer Cong" hinzugesellen, ansonsten "wird die vietnamesische Revolution ebenso scheitern wie andere zuvor." (6) Dutschkes Schlußfolgerung: "Es lebe die Weltrevolution und die daraus entstehende freie Gesellschaft freier Individuen!" (7)

...zur Nation

Nach dem Ende der APO hat sich in Dutschkes Denken ein Prioritätenwechsel vollzogen. Spätestens Mitte der 70er Jahre dominierte der früher nur peripher auftauchende "nationale" Ansatz. Als mit der "Nelkenrevolution" der revolutionäre Funke auch auf Europa übergesprungen schien und die Solidaritätsbewegungen in der BRD einen neuen Höhepunkt erreichten, hatte er sich bereits vom Internationalismus abgewandt. "Da traf ich doch vor kurzem einen Jung-Kommunisten in Hamburg und diskutierte über Repression in der BRD. Auf meine Frage, ob es nicht sinnvoll wäre die Repression in der DDR mitheranzuziehen, sagte er: 'Portugal ist mir näher als die DDR.' Der Geschichts- und Realitätsverlust ist groß — da muß so viel geklärt, aufgeklärt werden." (8)

Dutschke verklärte den "Kampf um nationale Unabhängigkeit (...) zu einem elementaren Punkt des sozialistischen Kampfes", für das "Erlernen des aufrechten

Gangs in Richtung Freiheit" sei das "Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation sozialistisch zu konkretisieren."(9) Von diesem Ansatz aus polemisierte er gegen den "Grundlagenvertrag" zwischen beiden deutschen Staaten (10) und kritisierte die 1974 in Kraft getretene DDR-Verfassung wegen der Eliminierung der Bezeichnung "deutsche Nation" (11).
Höhepunkt dieser Interventionen war eine Aufsatzreihe im Polit-Magazin "das da — avanti" 1977/78 mit dem Start-Titel "Wer hat Angst vor der Wiedervereinigung?". Fast im Stile von KPD/AO und KPD/ML wurde dort postuliert: "Die DDR ist zwar nicht das bessere Deutschland. Aber sie ist ein Teil Deutschlands. (...) Die deutsche Misere ist in eine linke Misere umgeschlagen. (...) Amerikanisierung und Russifizierung sind vorangeschritten. (...) Die Entspannungspolitik der 60er Jahre war ein Schritt vorwärts, aber gleichermaßen einer zurück. (...) Über die kapitalistische Amerikanisierung ging der zyklische Auflösungsprozeß der geschichtlichen und nationalen Identität bruchlos vor sich. (...) Wie können wir jemals davon frei werden und auf eigenen Beinen gehen?" (12) Von extrem rechts gab es emphatische Unterstützung. Der Nationalrevolutionär Henning Eichberg schrieb: "Rudi Dutschke hat etwas Systemoppositionelles getan. (...) Er hat die nationalrevolutionäre Chance der deutschen Linken bezeichnet. Denn es scheint, wir stehen in einem neuen Vormärz. (...) Nationalismus ist also nicht alt, sondern neu." (13)

Politisch-praktisch wurde diese Konvergenz bereits ein Jahr später: Bei den Bremer Landtagswahlen engagierte sich Rudi Dutschke zusammen mit den National-Ökologen Gruhl und Springmann für die Wahl der "Bremer Grünen Liste" (BGL), in schroffer Abgrenzung zur linken "Alternativen Liste" (AL). Der Erfolg der BGL — einer grünen Gruppierung gelang erstmals der Einzug in ein Länderparlament — schuf auch Fakten im Konstitutionsprozeß der Grünen Partei. Das Bündnis "von Dutschke bis Gruhl" (taz) hatte sich gegen "leninistische und stalinistische Traditionen" (Dutschke über die AL) (14) durchgesetzt.

Die heimliche Dialektik

Will man nicht von einem schizophrenen "Umkippen" der politischen Motive Rudi Dutschkes ausgehen, so müssen sich nationale Elemente auch in seiner antiautoritären Phase auffinden lassen. Wolfgang Kraushaar (15) hat bei der diesbezüglichen Spurensuche einen wichtigen Aufsatz zutage gefördert, den Dutschke unter einem — bis heute nur wenigen Personen bekannten — Pseudonym 1967 veröffentlicht hat. Das Spektakuläre dieses Artikels besteht in dem Gedankenmodell, die Befreiung West-Berlins zu einem Focus für *revolutionäre und* nationale Politik zu machen. Wörtlich heißt es dort: "Ein von unten durch direkte Rätedemokratie getragenes West-Berlin (...) könnte ein strategischer Transmissionsriemen für eine zukünftige Wiedervereinigung Deutschlands sein." Auch Dutschkes enger Kampfgefährte Bernd Rabehl räumt die damalige national-revolutionäre Zielsetzung ein: "Unser Internationalismus war hegelianisch begründet über die Totalität Welt und wurde realpolitisch übersetzt in eine Offensivtheorie, die Anleihen machte bei Lukacs (...). In dieser Sicht lasen wir Mao und Che und interpretierten 'nationale Befreiung' als einen Kampf gegen Stalinismus und Imperialismus. (...) Wir wollten als hegelianische Marxisten die Totalität Welt erschließen und die Zusammenbrüche des Imperialismus in Vietnam, Algerien, Cuba usw. übertragen in eine Kampfperspektive, die die Besetzung der beiden Deutschlands durch die höchste Form des Imperialismus und des Stalinismus 'aufhob' in eine Freisetzung der sozialen Emanzipation." (16)

Als ein Vermittlungselement dieser Paradoxie, die zunächst die Weltrevolution postulierte und bei der "nationalen Befreiung" Deutschlands endete, läßt sich eine falsche Imperialismus-Theorie ausmachen: "Das Besondere dieser neuen Form des Imperialismus ist, daß er nicht mehr primär ökonomisch zu verstehen ist. (...) Das Herrschaftsinteresse bestimmt immer deutlicher das Profitinteresse (...) Beginnt die Bedeutung des Kapitalexports wesentlich zu sinken (...) permanente Krise des Systems (...) Der Imperialismus als Gesamtsystem ist total auf dem Rückzug. Er organisiert weltweite Rückzugsgefechte (...) Ihre einzige Legitimation (...) ist die blanke und brutale Macht, die der US-Imperialismus (...) anwenden muß." (17) Da die internationalen Ausbeutungsbeziehungen nicht mehr als über das Wertgesetz vermittelte, sondern nur noch als Raubbeziehungen qua militärischer Gewalt gesehen werden, erscheint die nationale Unabhängigkeit über eine politisch-militärische Sezession als Ausweg. "Diese Form des nationalen Befreiungskampfes (...) ist nicht zu trennen von dem erreichten Stand der weltweiten Entwicklung der Produktivkräfte, von der Gesamtbewegung des Kapitals, das unfähig geworden war, sich überall einzunisten, die ganze Welt in eine Mehrwert heckende zu verwandeln." (18)

Der deformierte Antiimperialismus stellte zwar die Kategorien völkischen Denkens bereit (nationales Selbstbestimmungsrecht, Völker als Subjekte), führte aber noch nicht zur Identifikation mit Deutschland. So klagt rückblickend der Rechtsextreme Henning Eichberg: "Eine Chance wurde verpaßt: die nationalrevolutionäre Chance. Man forderte 'nationale Selbstbestimmung für Vietnam', aber nicht für Deutschland." (19) Damit Eichbergs Erwartungen erfüllt werden konnten, mußte sich ein zentrales Element "deutscher Ideologie" mit dem deformierten Antiimperialismus verbinden: das Verdrängen der NS-Vergangenheit.

Der blinde Fleck

Bei einem Großteil der APO-Jugend war der Ekel vor dem Nationalsozialismus und seiner Nichtbewältigung in der BRD konstitutiv für ihre politische Bewußtwerdung. Peter Brückner weist darauf hin, daß insbesondere die SDS-Mitglieder in Westberlin (durch den ARGUMENT-Club) und in Frankfurt (durch das Institut für Sozialforschung) sich auch theoretisch mit der NS-Zeit, der "Dialektik der Aufklärung" und dem Antisemitismus beschäftigt hatten (20).

Für Dutschke trifft das nicht zu. Dies wird schon bei seiner Herleitung des antiautoritären Ansatzes deutlich. Er geht aus von "der Notwendigkeit einer langdauernden Kulturrevolution gerade in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern als Bedingung für die Möglichkeit einer Revolutionierung der Gesamtgesellschaft" (21). Ziel dieses Emanzipationsprozesses ist die Aufhebung des "autoritären Charakters". Dutschke beschreibt diesen so: "Um seine Angst- und Schuldgefühle niederzuhalten und eine temporäre Identität zu erreichen, identifiziert er sich mit dem Staat, dem Führer, der Nation etc. So kann der Kleinbürger seine Angst bannen, in der Autorität sich geborgen fühlen. (...) Diese Persönlichkeitsgrundlage des Faschismus wurde auch durch die äußerliche Niederlage des Faschismus nicht überwunden, konnte vielmehr im wesentlichen ungebrochen in Antikommunismus transformiert werden." (22) So richtig das im allgemeinen ist, so diffus bleibt es im konkreten: nirgends wird auf die nationalsozialistische Prägung des spezifisch deutsch-autoritären Charakters Bezug genommen! Statt dessen geht Dutschke von einer totalen Motivverschiebung des "autoritären Charakters" aus: "Vom Antisemitismus zum Antikommunismus", so der Titel eines seiner programmatischen Aufsätze, — das legt eine weitgehende Angleichung des "sozial Unbewußten" (Reemtsma) in allen westlichen Staaten nahe. BRD, USA, Israel — in der Nacht sind alle Katzen grau. Das hatte Folgen für das politische Agieren: So wurde der "antiamerikanische" Widerstand

der Bundesregierung gegen den Atomsperrvertrag, hinter dem eigene Nuklearambitionen standen, von der APO nicht wahrgenommen; und die militante Störung eines Auftritts des israelischen Botschafters konnte denselben antiautoritären Anspruch reklamieren wie die einer NPD-Veranstaltung.

Diese Irrtümer resultierten aus der Weigerung, deutsche Geschichte und Gegenwart in ihren spezifischen Unterschieden zu anderen bürgerlichen Gesellschaften zu analysieren. Zum Nationalsozialismus schreibt Dutschke lapidar: "Meine christliche Scham über das Geschehen war so groß, daß ich es ablehnte, weitere Beweisdokumente zu lesen und mich mit einer allgemeinen Erkenntnis zufriedengab: Der Sieg und die Macht der NSDAP, das Entstehen des Zweiten Weltkrieges ist von dem Bündnis zwischen NSDAP und den Reichen (Monopolkapital) nicht zu trennen." (23) Dagegen sei "in den Massen eine dumpfe (durch den Krieg vermittelte) antikapitalistische Stimmung vorhanden" gewesen (24). Vor diesem biographischen Hintergrund war es kein Wunder, daß Dutschke die Entwicklung der deutschen Gesellschaft mit einer Passage von Bommi Baumann bilanzierte, die jeder historischen Konkretion spottet: "Gerade die deutsche Arbeiterklasse ist von allen immer wieder verschaukelt worden, sei es nur von den Sozis oder von Mad-Hitler. Jeder ist gekommen und hat sie nun angeschissen, die Reihen durch, von rot bis schwarz, von links nach rechts, das ist in keinem Land so gelaufen wie in Deutschland, und da ist es klar, daß sie auf nichts mehr einsteigen." (25) Diese Beschönigung von Antisemitismus und Nationalismus bei der breiten Mehrheit der Deutschen wurde durch spätere Studien nie korrigiert. In seiner für den SDS erstellten Bibliographie revolutionärer Literatur ("von Karl Marx bis zur Gegenwart") werden über 100 Bücher vorgestellt, darunter aber nur eines zum Faschismus und kein einziges zum Holocaust (26). Verstärkend wirkte Dutschkes enge Freundschaft mit Ernst Bloch, der in seiner Heimattümelei im Nationalsozialismus auch utopische Elemente entdeckt haben wollte, während der Einfluß der ganz von Auschwitz her denkenden "Frankfurter", Adorno und Horkheimer, schon allein deswegen begrenzt blieb, weil sie der APO sehr kritisch gegenüberstanden. Dutschke resümierte: "Nicht die Kinder der 'Frankfurter Schule', sondern die Erwachsenen und Erwachsen-Werdenden mit Erfahrungen der staats-sozialistischen Deformation bestimmten den Charakter und das Ziel der Neuen Linken." (27)

Die "deutsche Erfahrung" — daß der Nationalismus die Staatsbürger klassenübergreifend zur aggressiven "Volksgemeinschaft" homogenisiert — floß in Dutschkes antiautoritäre Theorie und Praxis nicht ein. "Der heutige Faschismus steckt in den autoritären Institutionen und im Staatsapparat. (...) Das System des Spätkapitalismus ist mehr denn je eine Minderheitsherrschaft (...). Der widersprüchliche Gesamtapparat kann es sich heute nicht einmal mehr leisten, die Massen für sich zu mobilisieren, könnte doch dadurch in letzter Konsequenz auch Hand an die Herrschaft des Kapitals gelegt werden," postulierte er auf dem Vietnam-Kongreß 1968 (28). Drei Tage später geschah das nicht für möglich Gehaltene: Die "Massen" wurden von Springer-Presse und Berliner Senat gegen den SDS mobilisiert, Hunderttausend kamen zusammen. Auf Transparenten war zu lesen: "Volksfeind Nr.1 — Rudi Dutschke, raus mit dieser Bande!", "Politische Feinde ins KZ", "Bei Adolf wäre das nicht passiert!". Ein Passant, der Dutschke entfernt ähnlich sah, wurde unter Rufen wie "Lyncht die Sau! Schlagt ihn tot! Kastriert das Judenschwein!" vom Mob verfolgt und konnte von einer Polizeihundertschaft nur durch Knüppeleinsatz geschützt werden. Auf diese Pogromstimmung angesprochen, beschwichtigte Dutschke: "Ich glaube, das ist eine Übertreibung. Es gibt pogromartige Ansätze, aber die sind ganz normal. Die Menschen, die tagtäglich einer wahnsinnig langweiligen und langen Arbeit nachgehen müssen, (...) daß die mal sauer sind und daß sie sich austoben, das ist klar..." (29).

Solches Verständnis erwies sich als letztlich tödliches Mißverständnis: Kurze Zeit später, am 11. April 1968, brach Dutschke unter den Schüssen eines Attentäters zusammen. Dieser Josef Bachmann war eigens aus München nach Westberlin gereist, im Gepäck eine Mappe mit Artikeln aus BILD und NATIONALZEITUNG. "Stoppt Dutschke jetzt — sonst gibt es Bürgerkrieg", lautete eine Schlagzeile. Über das Tatmotiv des out-casts schrieb SPIEGEL-Gerichtsreporter Gerhard Mauz: "Josef Bachmann spürte den Wunsch der Mehrheit und wollte durch eine Tat, die viele ersehnten, aber keiner wagte, in die Gemeinschaft heimkehren, die ihn nie aufgenommen hatte." (30) "Die Menschen", die Rudi Dutschke suchte, traten ihm als Charaktermasken eines haßerfüllten nationalen Kollektivs gegenüber. Sein politischer Ansatz ermöglichte ihm nicht, auch später nicht, diese Gefahr zu erkennen.

Wolfgang Pohrts Vermutung, daß "die Demonstrationen gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam (...) der Anfang einer nationalen Erweckungsbewegung gewesen" (31) seien, läßt sich anhand der Entwicklung Rudi Dutschkes nicht verifizieren. Bezeichnend ist beispielsweise, daß Dutschke bis Mitte der 70er Jahre alle Aufsätze zur nationalen Frage anonym publiziert hat. Der oben zitierte Gedanke, West-Berlin als national-revolutionären Focus aufzubauen, fehlt in einem von Dutschke mit eigenem Namen verantworteten Beitrag, der sich ansonsten ebenfalls mit Berlin-Utopien beschäftigt (32). Die Masse der rebellischen Jugendlichen lehnte offensichtlich eine Propagierung der "nationalen Befreiung" für Deutschland so sehr ab, daß er das nicht einmal offen zur Diskussion stellen mochte.

Mit falschen Ideen das Richtige tun?

Trotzdem ist die Transformation großer Teile der 68er-Generation zum Herrschaftspersonal und Fußvolk des neuen Deutschland in den weltanschaulichen Fundamenten der APO vorgezeichnet: Das von der Komintern übernommene Konzept "nationaler Selbstbestimmung" transportierte von Anfang an völkische Ideologie (Dutschke unterließ es ausgerechnet hier, Lenin "vom Kopf auf die Füße" zu stellen), bei wichtigen theoretischen Köpfen kam Blindheit über die besondere Aggressivität des deutschen Nationalismus und ihre historischen Resultate hinzu. Diese reaktionären Tendenzen kamen nur so lange nicht zum Tragen, wie sie durch eine politische Praxis neutralisiert wurden, die sich gegen konstitutive Elemente des eigenen Staates und der eigenen Nation wendete (Notstandsgesetze, anti-kommunistisches Bündnis mit den USA, alte und neue Nazis). Allgemein formuliert: Eine lebendige Bewegung, die kommunistische Weltrevolution und individuelle Emanzipation verbindet, kann bürgerliches Denken in ihren Reihen zwar nicht überwinden, aber latent halten. Doch jede Bewegung erlebt ihre Krise und ihren Niedergang, ihre Aktivisten fallen in den "Schoß der Gesellschaft" zurück — und ihre im oppositionellen Kontext so sperrigen Ideen bekommen plötzlich eine gänzlich neue Konnotation.

Jürgen Stuttgart

Anmerkungen:

1) So in der Monographie von Jürgen Miermeister, Rudi Dutschke, Reinbek bei Hamburg 1986.

2) Dutschke referiert hier den Amerikaner Kopkind; in Rudi Dutschke, Rede auf dem internationalen Vietnam-Kongreß in West-Berlin, Februar 1968.

3) Rudi Dutschke, Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt (1968).

Fortsetzung S. 26

Bitburg: 5. Mai 1985 und danach

Ein Brief an die westdeutsche Linke

von Moishe Postone

Liebe Leute,

dieser Tag der Schande ist Anlaß meines Briefes. Daß ich die Politik und Ideologien Reagans, Kohls und ihrer entsprechenden Regierungen kenne und verachte, hat mich nicht vor dem Horror, der Wut und dem tiefen Gefühl der Beleidigung bewahrt, den ihr obszöner Versuch, den gemeinen Nazi zu rehabilitieren, in mir auslösten. Hauptsächlich schreibe ich jedoch wegen meiner tiefen Enttäuschung über die westdeutsche Linke.

Historisch bedeutsam war der 5. Mai 1985 leider auch insofern, als er den Mangel an Bewußtheit über seine ganze Tragweite in großen Teilen der westdeutschen Linken offenkundig machte.

Zur Debatte stand die Frage der Beziehung des heutigen Deutschlands zu Nazi-Deutschland. Die Frage ist natürlich nicht neu. Aber sie liegt nun offen zutage und erregte Aufmerksamkeit in großen Teilen der Welt — zu einer Zeit, da die Bundesrepublik eine Macht geworden ist und an einem kulturellen und politischen Scheideweg steht. Weil die Deutschen sich nicht gegen das Dritte Reich aufgelehnt hatten — selbst als es am Zusammenbrechen war nicht — und weil eine post-faschistische Ordnung von ihnen selbst nicht installiert wurde, ist ein System psychischer Verdrängung und Verleugnung geschaffen worden, auf dem sowohl die BRD als auch die DDR aufgebaut wurden. Die Ereignisse der letzten zwei Wochen haben gezeigt, daß — zumindest in Westdeutschland — dieses System auseinanderzufallen beginnt, und daß die beiden einzigen schon immer vorhandenen grundlegenden Alternativen nun klar zutage treten: Entweder eine Identität, die auf einer offenen und kontinuierlichen Auseinandersetzung mit und der Ablehnung der Nazi-Vergangenheit basiert, oder aber eine letztendliche Versöhnung mit dieser Vergangenheit (gesäubert vielleicht von einigen zu anstößigen Führern an der Spitze und von den ein oder zwei "Exzessen", für welche diese Führer allein die Verantwortung tragen sollen, und von denen 99,9 % der deutschen Bevölkerung angeblich nichts wußten).

Kohls Bestehen auf Reagans Besuch eines Soldatenfriedhofs, auf dem sich auch Gräber von SS-Leuten befinden, war natürlich ein Versuch, die offizielle amerikanische Legitimation für die letztere Möglichkeit zu erlangen — für eine Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit. Auf der einen Seite war das der Ausdruck der in Deutschland weitverbreiteten Gesinnung, daß — mit ein paar nebensächlichen Ausnahmen vielleicht — der zweite Weltkrieg ein Krieg wie jeder andere und die Wehrmacht und die Waffen-SS Soldaten wie alle anderen gewesen wären; eine ungeheuer unehrliche und selbstbetrügerische Einstellung, die letztendlich in der beharrlichen Verdrängung wurzelt, die für das Nachkriegsdeutschland konstitutiv war. Andererseits sollte Kohls Hartnäckigkeit auch im Kontext einer generellen offensiven Bewegung von Teilen der Rechten (z. B. jener Intellektuellen, die den "kosmopolitischen Einfluß" der Frankfurter Schule zu überwinden trachten) gesehen werden, die verschiedene Aspekte des "Deutschtums" von vor 1945 wiederbeleben wollen, und die bemüht sind, in der politischen Öffentlichkeit die Hegemonie zurückzugewinnen, indem sie all die Sehnsüchte, an denen viele Deutsche, die in ihrem Innern nie von der Schlechtigkeit des Nazismus überzeugt waren, privat festgehalten hatten, auf den öffentlichen Diskurs projizieren und so respektabel machen.

Bitburg offenbarte ebenso, welche Bedeutung der Atlantizismus für viele Konservative hatte. In die NATO eingebettet und der treueste Verbündete der USA zu sein, wird als ausreichend angesehen, um Westdeutschland als eine vollwertige Demokratie zu konstituieren. Es erlaubt der BRD, sich selbst als Demokratie zu begreifen, ohne sich gänzlich mit der Nazi-Vergangenheit befassen zu müssen. Die vollständige Demokratisierung Deutschlands setzt aber eine weitaus grundsätzlichere Veränderung im allgemeinen politischen Bewußtsein voraus — eine Veränderung, die nur auf der Basis einer Konfrontation mit dieser Vergangenheit eintreten könnte. Das militärische Bündnis ermöglicht jedoch zwei Ebenen deutscher Nachkriegsrealität: demokratische Institutionen plus Versöhnung mit der Geschichte.

Vielleicht liegt hier eine wesentliche Dimension, um zu erklären, warum die jüngsten deutschen Regierungen eine amerikanische Rüstungspolitik begünstigt — oder zumindest unterstützt — haben, die den Interessen der Bundesrepublik sehr stark zu widersprechen scheint. Vielleicht müssen wir die Existenz einer anderen Art von

---

Fortsetzung von S. 25

4) Rudi Dutschke, Die Widersprüche...
5) Rudi Dutschke, Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, Wagenbach, Berlin 1974.
6) Rudi Dutschke, Rede auf dem internationalen Vietnam-Kongreß (1968).
7) ebenda
8) In einem Brief an Karola Bloch vom 10.5.77, in: Karola Bloch/Welf Schröter, Lieber Genosse Bloch..., Mössingen-Talheim 1987).
9) Rudi Dutschke, Pro Patria Sozi?, in: konkret 2/1974
10) Rudi Dutschke, Denk ich an den deutschen Sozialismus und Kommunismus in der Nacht, so werd' ich um den Schlaf gebracht (1973).
11) Rudi Dutschke, Pro Patria...
12) das da — avanti, Nr.7/1977 und Nr.4/1978; weitere Folgen erschienen in Nr.6 und Nr.10/1978.
13) Henning Eichberg, National ist revolutionär, in: das da / avanti 11/1978.
14) taz, 9./10.79
15) Wolfgang Kraushaar, Wiedervereinigungsapologie von links?, Zur heimlichen Dialektik von Internationalismus und Nationalismus bei Rudi Dutschke, in: "Mittelweg 36"/1992; die Redaktion des Frankfurter "diskus" stellt Kraushaars Recherche übrigens in Frage.
16) Brief von Bernd Rabehl vom 27.6.1989, zitiert nach Kraushaar.
17) Rudi Dutschke, Rede auf dem Internationalen Vietnamkongreß.
18) Rudi Dutschke, Rebellion der Studenten (1968).
19) Henning Eichberg, National ist revolutionär
20) Peter Brückner, Staatsfeinde und Feindbilder in der BRD, in: Alternative, Dez. 81.
21) Rudi Dutschke, Die Widersprüche...
22) Rudi Dutschke, Vom Antisemitismus zum Antikommunismus (1968)
23) Rudi Dutschke, Warum ich Marxist bin (1979)
24) Rudi Dutschke, Vom Antisemitismus...
25) Rudi Dutschke, Von der Schwierigkeit...
26) Rudi Dutschke, Geschichte ist machbar, Wagenbach, Berlin 1980 und 1991, S.45 ff.
27) Rudi Dutschke in einem Brief an Blochs, 17.7.74.
28) Rudi Dutschke, Rede auf dem Internationalen Vietnam-Kongreß.
29) Rudi Dutschke in einem Interview mit Wolfgang Venohr, zitiert nach Miermeister.
30) Zitiert nach Ulrich Chaussy, Die drei Leben des Rudi Dutschke, Darmstadt und Neuwied 1983.
31) Wolfgang Pohrt, Endstation, Über die Wiedergeburt der Nation (1982).
32) "Ein Gespräch über die Zukunft", von Hans Magnus Enzensberger mit Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Christian Semler, in: Kursbuch 14 (1968).

"Interesse" erkennen. Da es eine grundsätzliche interne Demokratisierung nicht gegeben hat, wurde die westliche Allianz für viele Liberale und Sozialdemokraten der externe Garant für Demokratie, während sie für viele Konservative zur Voraussetzung wurde, Westdeutschland, ohne mit der Vergangenheit voll gebrochen zu haben, als "erneuert" betrachten zu können.

Kohl und Reagan sollten in Bitburg jene konservative Vision von einer ehrenhaften Versöhnung mit der Nazi-Vergangenheit sanktionieren. Mit der Anerkennung durch die größte westliche Macht, daß Deutschland wieder Deutschland sein dürfe, sollte die Nachkriegsperiode endgültig zum Abschluß gebracht werden. Alle Versuche, eine andere Grundlage deutscher Identität auf der Basis einer gründlichen Ablehnung des Nazismus und der Aspekte von "Deutschtum", deren äußerster krimineller Ausdruck er war, zu schaffen, sollten in diese Nachkriegsperiode verwiesen werden. Der Abschluß dieser Periode sollte durch Deutschlands Wiedererlangung seines älteren Ichs markiert werden.

In diesem Sinn muß der Kohl-Reagan-Besuch in Bitburg als der Versuch gesehen werden, jene Version von deutscher Identität historisch zu negieren, die Willy Brandt ausdrückte, als er vor dem Mahnmal des Warschauer Ghettos niederkniete. Brandt signalisierte, daß die Frage der Versöhnung eine Frage zwischen Deutschland und seinen Opfern sein sollte als notwendige Bedingung für die Versöhnung Deutschlands mit der Humanität (1) (eine Versöhnung, deren Notwendigkeit sich viele Deutsche zugegebenermaßen nicht einmal bewußt sind). *Deutschland sollte sich, um eine neue Identität zu gewinnen, seiner grausamen Vergangenheit offen stellen, die Verantwortung für sie annehmen und sie zurückweisen.*

Diese beiden historischen Gesten und die Konzeptionen deutscher Identität, die sie ausdrücken, schließen sich gegenseitig aus. Deshalb gab es viele Menschen außerhalb Westdeutschlands, die nicht nur hofften, sondern ehrlich erwarteten, daß das Kohl-Reagan-Spektakel in Deutschland sehr starken Protest von Seiten der Liberalen, Sozialdemokraten, der Linken und anderer auslösen würde. Schließlich war erkennbar, daß der Bitburger "Akt der Versöhnung" nicht nur ein obszöner und brutaler Akt der Gewalt gegen die Opfer des Nazismus darstellte, sondern daß auch die gesellschaftliche Definition der deutschen Identität auf dem Spiel stand. *Doch die Reaktionen jener Segmente der deutschen Gesellschaft, die für sich in Anspruch nehmen, ein anderes, progressives Deutschland zu repräsentieren, waren vollkommen unangemessen. Und ich, wie viele andere, bin nicht nur von Grund auf enttäuscht und erbittert, sondern emotional erschüttert.* Das Verhalten der SPD war schlichtweg beschämend. Ich muß zugeben, daß ich — trotz all meiner Kritik an dieser Partei — noch immer angenommen hatte, daß sie in einem solchen Fall nicht mitmachen würde. Ich war schockiert, als ich las, daß die SPD ebenfalls im Bundestag gegen den sehr guten, ehrlichen und vollkommen angemessenen Antrag der Grünen zu Bitburg gestimmt hatte. Der Antrag, den die SPD einbrachte, war schwach, opportunistisch und unangemessen. Ich war angewidert.

Dieser Brief...

wird hier erstmals vollständig in deutscher Sprache dokumentiert. Nicht weniger bedeutsam als der Inhalt des Briefes ist die Reaktion der westdeutschen Linken darauf: Er wurde nahezu vollständig ignoriert. Im Sommer 1985 hatte das damaligen Zentralorgan der grünen Realo-Fraktion — der Frankfurter "Plasterstrand" Nr. 211 — den Brief in einer gekürzten und z.T. sehr schlurig übersetzten Version dokumentiert. Die distanzierende Vorbemerkung der PS-Redaktion ("Wessen Wahrnehmung hat einen Sprung in der Optik? Seine — oder unsere") hatte einen Leserbrief provoziert. Das war es dann. In den übrigen Medien der Linken, einschließlich "Arbeiterkampf", wurde der Text weder publiziert noch erwähnt.

Der gesamte Brief wurde 1985 in der Zeitschrift "Radical America" (Vol. 19, No.5) veröffentlicht. Die vom "Pflasterstrand" 1985 vollständig ausgelassenen Passagen haben wir kursiv gesetzt. (Dank an Ingwer Schwensen von der Hamburger Studienbibliothek für die sachkundige Endbearbeitung der Übersetzung!)

Moishe Postone arbeitet als Soziologe an der University of Chicago. Zwischen 1972 und 1982 lebte er in Frankfurt/M. und war dort insbesondere mit Fragen der Marxschen Theorie sowie fortschrittlichen Ansätzen jüdischer Politik befaßt. Wir hatten mit ihm im Januar 1992 ein Interview geführt (siehe Dach-AK Nr. 340) und in den Bahamas Nr.4 ein neueres Papier von ihm veröffentlicht, das später unter dem Titel "Deutsche Opfer-Mythologie" auch im "Mittelweg" 2/92 erschienen ist.

Der SPD sind traditionellerweise historische Aufgaben aufgebürdet worden, die in anderen Ländern nicht allein in der Verantwortung der Sozialdemokraten lagen. Das ist jedoch keine ausreichende Erklärung dafür, daß sie sich so oft als unzulänglich gegenüber den Erfordernissen eines historischen Augenblicks erwiesen hat, wie sie es in Bezug auf Bitburg ein weiteres Mal tat. Vielleicht verhalten sich die Sozialdemokraten so feige, weil sie die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung für Krypto-Faschisten hält. Wenn dem so ist, hat die SPD durch ihre Feigheit und Blindheit zur Verewigung dieser politischen Kultur beigetragen.

Obwohl ich vom Verhalten der SPD schockiert war, hat mich die Stärke des Antrags der Grünen im Bundestag gefreut und getröstet. Aber eben wegen dieses Antrags hatte ich fest erwartet, daß es massive Demonstrationen geben würde, daß Leute gegen die Rehabilitierung der Nazi-Vergangenheit protestieren und so denjenigen das Feld der Identität streitig machen würden, die eine Kontinuität mit der Vergangenheit zu legitimieren suchen. Ich empfinde es als Verlust, daß dies nicht geschah.

Wieso gab es keine großen Demonstrationen? Die unangemessene Reaktion derer, die sich als Repräsentanten eines "anderen" Deutschlands bezeichnet haben, hat gezeigt, wie wenig der Versuch Fuß gefaßt hat, dieses andere Deutschland durch offene und kritische Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit zu schaffen. Es ist noch nicht einmal klar, ob es überhaupt Proteste in Westdeutschland gegeben hätte, wenn Reagans Pläne nicht solch massive Kritik in den USA und anderswo hervorgerufen hätten. *Daß so viele auf der Linken die ganze Angelegenheit offenkundig als eine zweitrangige Störung betrachteten, als ein Stück Show-Business ohne politische Bedeutung, bringt ein Maß an Blindheit zum Ausdruck, das seinerseits nur bestätigt, wie weitgehend die fundamentale Verdrängung im Kern des nachkriegsdeutschen sozialen Bewußtseins die Gegenwart durchdrungen hat und an eine neue Generation übertragen worden ist.*

Wie ich hörte, hatten einige in Frankfurt gemeint, man solle große Demonstrationen in Bergen-Belsen und Bitburg durchführen, um sich mit den Juden und Sinti solidarisch zu zeigen. Obwohl zweifellos gut gemeint, enthüllt dieser Vorschlag doch einen Mangel an Bewußtsein und einen Widerwillen, zu erkennen, was für Deutsche gilt: daß für die Deutschen die Geschichte der Nazis ihr Problem ist und nicht bloß das Problem der Opfer des Nazismus. Das Problem, das sich der Nachkriegsgeneration stellt, ist nicht eines der Schuld. Es besteht vielmehr darin, daß es in Deutschland keine "Normalität" geben kann, die sich auf der Basis einer Vermeidung oder Verleugnung der Vergangenheit

konstituiert. Das gilt genauso für die bürgerliche Kultur wie für jegliche Art oppositioneller oder emanzipatorischer Bewegung. Viele Linke haben sich dieser Vergangenheit nie wirklich gestellt, außer in einer sehr abstrakten und selektiven Art und Weise (z.B. mittels Verdinglichungen von Bürokratie, Kapital, Männerphantasien etc.) und als hätte sie sich vor Jahrhunderten ereignet. Aber es geschah vor 40 Jahren und die meisten Eurer Verwandten haben sie geschaffen und unterstützt. Vielleicht ist das auch der Grund dafür, daß es so viele vorziehen, außer in sehr allgemeiner Form, so wenig darüber zu erfahren, was die Nazis und deren Unterstützer wirklich in der Welt bewirkt haben.

Ich glaube, daß die Verdrängung der Nazi-Vergangenheit reale und deformierende Auswirkungen auf die Linke gehabt hat. Ein Beispiel dafür ist das Fehlen einer Identität und daher auch einer Kontinuität in der linken Politik in den letzten 15 Jahren. Positionen, Richtungen, Analysen und Wahrnehmungen wurden ausprobiert und dann verworfen. Kaum etwas wurde beibehalten. Es gibt anscheinend keinen Mittelpunkt der Identität. Statt dessen scheint es, als ob — unterschwellig — die Mehrheit derer, die von sich glauben, in Opposition zur herrschenden Ordnung zu stehen, diese Ordnung in einer Hinsicht, nämlich durch ihre Unfähigkeit, mit der Vergangenheit umzugehen, reproduzieren. *Ich spreche von dem Ausmaß, in dem Proteste gegen Imperialismus, Unterdrückung und Ungerechtigkeit unwissentlich als ein Mittel instrumentalisiert worden sind, einer Konfrontation mit der Vergangenheit der vorangegangenen deutschen Generation aus dem Weg zu gehen, oder, schlimmer noch, als ein impliziter Beweis dafür, daß die Nazis immerhin nicht die einzigen gewesen seien.*

Ich meine natürlich nicht, daß sich die deutsche Linke nur um die deutsche Vergangenheit kümmern sollte. Aber wenn Hunderttausende bereit sind, gegen den amerikanischen Imperialismus zu demonstrieren, und nur ein paar Hundert gegen die Rehabilitation der Nazi-Vergangenheit, denke ich schon, daß der erste Anlaß instrumentalisiert worden ist. Auf dieser Ebene (und nicht auf der Ebene der Rechtmäßigkeit der Sache selbst) reproduziert die Linke diese in Deutschland weit verbreitete Denkart, die immer wieder versucht, den Nazismus dadurch zu entschuldigen, daß sie ihn relativiert (gewöhnlich mit Verweis auf die UdSSR). Diese Geisteshaltung fand kürzlich ihren entsprechenden Ausdruck in dem neuen Gesetz, das den Holocaust mit der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten am Ende des Zweiten Weltkriegs gleichsetzt. *Die Linke hat zu oft, auf einer Ebene, das Muster vorherrschender deutscher Einstellungen, das zurückzuweisen sie angetreten war, reproduziert.*

Es ist nicht der Punkt, daß nur Deutsche gigantische Verbrechen begangen hätten. Der Punkt ist, daß Ihr Deutsche seid, und daß — wenn Ihr nicht die Verantwortung übernehmt, Euch der Nazi-Vergangenheit zu stellen — auch Ihr mitschuldig seid an der Übertragung und Reproduktion des Systems von Lügen und kollektiver Verdrängung, das seit 1945 für Deutschland charakteristisch war — weil die Deutschen es versäumten, sich selbst zu befreien. *Es kann auf der Grundlage einer Leugnung der Vergangenheit oder des Versuchs, ihr zu entfliehen oder sie zu ignorieren, kein anderes Deutschland geben. Es gibt in der Tat nur zwei Möglichkeiten: Eine endgültige Versöhnung mit dieser Vergangenheit oder aber der konstante, d.h. in fortwährender Auseinandersetzung zu vollziehende Bruch mit ihr.*

Es hört sich vielleicht ungerecht an, daß diejenigen, die keine Schuld haben, die sein müssen, die die Verantwortung für diese Nazi-Vergangenheit übernehmen, aber meiner Meinung nach gibt es keinen anderen Weg. So etwas wie einen "Schlußstrich" gibt es nicht. Das hat nichts mit Kollektivschuld zu tun. Es meint eher, daß die Deutschen niemals fähig sein werden, sich selbst zu befreien, es sei denn, dieses andere Deutschland definiert sich selbst konstant als Anderes. Und das kann nicht dadurch geschehen, daß man auf 1832 oder 1848 oder auf die Arbeiterbewegung verweist. "Anders" kann seit 1933 nur heißen: anders als Nazi-Deutschland und die Elemente, die es aufkommen ließen. *Dies gilt unabhängig von der Frage, wie Leute sich selbst zu definieren wünschen — ob als Deutsche in einem etwas emphatischen Sinn oder als Europäer, also als Kosmopoliten. In beiden Fällen richtet sich die Selbstdefinition gegen die Vergangenheit. Im letztgenannten Fall ist dies offenkundig. Doch gilt dies auch für den vorhergenannten Fall. Man kann nicht einfach "deutsch" sein und vorgeben, nicht zu wissen, daß der moderne deutsche Nationalismus — im Gegensatz zur Situation vieler anderer Länder — immer reaktionär gewesen ist.*

Falls Leute, aus welchen Gründen auch immer, Wert darauf legen, sich selbst als Deutsche begreifen zu können, ohne ihre Köpfe hängen zu lassen, dann sollten sie erkennen, daß dieser Wunsch notwendigerweise die Erschaffung von etwas Unterschiedlichem erfordert. Und dieser Unterschied kann nicht dadurch geschaffen werden, daß man etwas Neues zu sein oder zu tun versucht, wenn dieses Neue nicht fortwährend und bewußt im Gegensatz zu dem bestimmten Alten der deutschen Vergangenheit definiert wird. Das mag eine Last darstellen, aber meiner Meinung nach gibt es keine andere Möglichkeit, daß es jemals ein "anderes" Deutschland geben könnte.

Die Linke selbst hat in der jüngsten Vergangenheit dazu beigetragen, daß dieses Thema auf den Tisch kam. Da sie eine starke Kraft im Bestreben um größere Unabhängigkeit Westdeutschlands von den USA und für eine weitergehende Souveränität Deutschlands war, trägt die Linke nun eine besondere historische Verantwortung. Denn es stellte sich sofort die Frage, von welcher Art dieses souveräne Deutschland sein sollte. Wie sehr die Kritik an der NATO und der amerikanischen Rüstungspolitik auch gerechtfertigt sein mag, die Wurzel von Deutschlands Problem ist Deutschland und nicht die USA. Die Bewegung gegen die NATO kann nur dann progressiv sein, wenn sie gleichzeitig mit dem Versuch gekoppelt ist, ein neues, anderes Deutschland zu schaffen. Wenn dies nicht geschieht, wird die historische Rolle der Linken in diesem kritischen Augenblick eine verheerende gewesen sein. Das Ergebnis wäre die schlechteste aller möglichen Welten: eine Ablehnung der NATO — nicht aufgrund ihres Militarismus, sondern als Teil einer traditionellen deutschen Ablehnung des Westens, einhergehend mit der Rückkehr zu jenen teutonischen Tugenden, die Deutschland in der Vergangenheit zur Geißel der Erde gemacht haben.

In den Jahren, in denen ich in Frankfurt lebte, fühlte ich mich nicht nur mit meinen persönlichen Freunden eng verbunden, sondern — aus biographischen und politischen Gründen — auch mit jenen Gruppen von Menschen, deren Selbstdefinition den Versuch beinhaltete, ein anderes Deutschland begründen zu helfen.

Heute bin ich erschüttert. Ich bin mir nicht mehr sicher, ob es über einzelne Deutsche hinaus, die Andere sind, wirklich ein solches anderes Deutschland gibt. Ich habe das Gefühl, einen Ort verloren zu haben. Ich hoffe, daß ich mich irre.

Ich kann nur hoffen, daß Bitburg rückwirkend genügend Leute aus ihrem dogmatischen Schlummertraum — "normale" Oppositionelle oder Linke zu sein — aufrütteln wird, so daß sie beginnen können, den Kern dessen zu bilden, was tatsächlich ein anderes Deutschland wäre. Ohne diesen Kern wäre das souveräne Europa oder Deutschland, das sich so viele herbeiwünschen, nur eine neuere und modernere Version des imperialistischen Deutschlands oder Europas der Vergangenheit.

Moishe Postone

1) "Humanity" kann beides bedeuten: "Humanität" und "Menschheit".

Von Bitburg nach Berlin

Der Brief von Moishe Postone scheint, obwohl erst vor acht Jahren verfaßt, aus einer anderen Epoche zu stammen. Schon damals war die in dem Brief anklingende Hoffnung, die BRD würde "an einem kulturellen und politischen Scheideweg" stehen, selbstverständlich eine Illusion.

Die bei Postone unterstellte antinazistische Identität im sozialdemokratisch und liberal orientierten Flügel der BRD-Gesellschaft hat es auf Massenebene niemals gegeben. Daß Willy Brandt 1974 von einem SPD-Kanzler abgelöst wurde, den Göring einst zum Oberstleutnant der Wehrmacht befördert hatte, ist hierfür Indiz genug. Seine Geste vor dem Mahnmal des Warschauer Ghettos war eine individuelle gewesen und zudem ohne Bestand. 1985 hatte Brandt für "Bitburg" ebenso geworben wie fünf Jahre später für "Berlin". Verharmlosend wäre somit die Annahme, die SPD habe im Mai 1985 aus vorrangig wahltaktischen Gründen den Kohl/Dregger-Flügel unterstützt.

Wie ein Anachronismus mag sich der Postone-Brief insbesondere deshalb lesen, weil das Ziel einer antinazistischen deutschen "Identität" angesichts der mit dem 4. Reich geschaffenen Fakten wie eine sektiererische Fieberphantasie erscheint. Es stellt also sich die Frage, ob der kraftvolle Appell Postones, der 1985 schon ins Leere gelaufen ist, heute mehr sein kann als ein historisches Dokument. Ich bejahe diese Frage. Der Brief von Postone ist hochaktuell; die von ihm entwickelten Postulate

Am 5. Mai 1985...

feierte Deutschland in Anwesenheit von US-Präsident Reagan die Versöhnung mit seiner Vergangenheit. Zum gedämpften Trommelwirbel des Heeresmusikchores der Bundeswehr schritten der US-Präsident, der Bundeskanzler, US-General Matthew Ridgeway und sein Kollege Johannes Steinhoff, der 1945 nach 167 anerkannten Luftsiegen zum Oberst der Nazi-Luftwaffe und 1955 zum Oberst der Bundeswehr ernannt worden war, den Militärfriedhof Kolmeshöhe bei Bitburg ab, in dem ca. 2.000 Angehörige der Wehrmacht, darunter mindestens 50 SS-Angehörige begraben sind. Reagan und Kohl legten Kränze an der Gedenkstätte ab, die Generäle reichten sich die Hände, der Bundeswehrtrompeter blies das Soldatenlied "Ich hatte einen Kameraden...". Auf das ursprünglich vorgesehene Abspielen der Nationalhymnen hatte man verzichtet. Unmittelbar nach Abschluß der Zeremonie wurde die Gedenkstätte um zwei weitere Kränze mit der Aufschrift "Der Waffen-SS, die in Leningrad gefallen ist" und "Für die gefallenen Kameraden der Waffen-SS" komplettiert, die man nur vorübergehend — der Fotografen wegen — beiseite geräumt hatte.

Dieser Gruß galt nicht irgendwelchen Kameraden: In Bitburg geehrt wurden die Angehörigen der Zweiten SS-Panzerdivision "Das Reich", die im Juni 1942 im französischen Orandour-sur-Glane 642 Dorfbewohner getötet hatten. Nachdem dies die New York Times am 29.4. enthüllt hatte, führten Kohl und Reagan noch am selben Tag ein 19-minütiges Telefonat. Nach diesem Ferngespräch sagte Reagan zu seinen Beratern: "Wir müssen es tun. Helmut sagt, daß seine Regierung sonst gestürzt wird."

Die deutsche Orientierung war seit Monaten bekannt: "Schwierigkeiten bereitet uns", so ein internes Papier des Auswärtigen Amts, "die schon jetzt intern geäußerte Vorstellung, Präsident Reagan solle ein Konzentrationslager besuchen... An einer solchen, einseitigen, auf die Judenvernichtung anspielenden Optik eines solchen Besuches können wir nicht interessiert sein." Seit November 1984 hatte Kohl statt dessen auf den gemeinsamen Besuch eines Soldatenfriedhofs insistiert, um die den Ersten Weltkrieg betreffende Kohl-Mitterand'sche Versöhnungsgeste in Verdun in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg zu wiederholen.

Seit dem Bekanntwerden des Kohlplans am 11. April 1985 war die Serie weltweiter Proteste nicht abgerissen. Beispiel USA: 53 US-Senatoren forderten Reagan auf, statt der Nazi-Wehrmacht deren Opfer zu gedenken; 257 Mitglieder des US-Repräsentantenhauses überreichten der deutschen Botschaft in Washington ein Protestschreiben und drängten Kohl, Reagan auf den Bitburg-Besuch nicht länger zu verpflichten. In einer Resolution des Repräsentantenhauses wurde mit 370 gegen 26 Stimmen die Bitburg-Planung kritisiert. Am 5. Mai fanden in 20 Städten der USA Protestdemonstrationen gegen den Bitburg-Besuch statt. In Bitburg selbst demonstrierten 1.200 Juden, davon viele in KZ-Kleidung, sowie Kriegsveteranen und sonstige Nazi-Opfer aus den USA, Frankreich, Großbritannien, der BRD, Belgien, den Niederlanden und Israel. Einige Dutzend jüdische Demonstranten, die am selben Tag gegen den nachträglich ergänzten Reagan-Besuch in Bergen-Belsen-Ort protestierten, wurden mit Polizeigewalt aus Bergen-Belsen vertrieben. Norbert Blüm dazu: "Ruhe ist wichtig. Die Würde muß erhalten bleiben."

Angesichts weltweiter Proteste hatte man sich in Bonn wieder einmal von einer "Welt von Feinden", vorwiegend Geisteskranken, umgeben gesehen. Staatssekretär Mertes: "Ich halte diese Form des innenpolitischen Drucks in Amerika für eine Verirrung des menschlichen Geistes. Es handelt sich um einen üblen Angriff auf die Grundlagen unserer Zivilisation." FAZ-Herausgeber Fack: "Für die Deutschen ist der Vorgang ein Trauma, das sie so bald nicht vergessen werden... Jene Amerikaner, die sich heute die Hirne vernebeln lassen, sie werden es noch bereuen." Regierungssprecher Boehnisch schimpfte: "Das ist ja das Letzte, daß man noch 40 Jahre nach Kriegsende durch KZs laufen muß" und das Massenblatt "Quick" brachte als Aufmacher eine Reportage über "Die Macht der Juden". 72% der Bundesbürger hatten sich für den Bitburg-Besuch ausgesprochen. In einer im Ausland vielbeachteten Entscheidung hatte es der Bundestag mit 398 zu 26 Stimmen abgelehnt, auf "Bitburg" zu verzichten.

gehören in der BRD-Linken — endlich — diskutiert! Denn:

1. Postone hat den Stellenwert der Bitburg-Zeremonie richtig erfaßt. Außenpolitisch und innenpolitisch war Bitburg der Test, ob Deutschland als Voraussetzung eines neuen Aufstiegs zur Weltmacht mit seiner NS-Vergangenheit zu brechen hatte oder nicht. Der scheinbaren Farce folgte später die realpolitische Tragödie: Proteste der Angehörigen der Nazi-Opfer gegen Großdeutschland oder auch nur die Vorschläge für eine antinazistische Fundierung der Wiedervereinigung prallten 1989/90 am dumpfen Durchhaltewillen der Bundesregierung ebenso ab wie deren Kritik fünf Jahre zuvor. Postones Brief beweist: Wer wollte und sich darum bemühte, konnte wissen, was 1985 mit "Bitburg" auf dem Spiel gestanden hat.

2. Daß die deutsche Linke "Bitburg" falsch eingeschätzt bzw. ignoriert und diesen Fehler auch nachträglich nicht reflektiert hat, ist evident. Die Entscheidung der "konkret", in ihrer Mai-Ausgabe 1985 den Titel-Aufmacher "The New Führer" mit einer Großaufnahme des US-Präsidenten zu unterlegen und Ronald Reagan im Editorial, da "Bitburg" angeblich seinem Wunsch entsprochen habe, als neuen Anführer deutscher Politik zu denunzieren, war durchaus repräsentativ für die Stimmung in der Linken: Die deutsche Politik wurde nicht als eigenständige, sondern nahezu ausschließlich in ihrer "Vasallenfunktion" gegenüber den USA, die gegen Nicaragua eine Wirtschaftsblockade und gegen die Sowjetunion ein SDI-Programm verkündet hatten, wahrgenommen. Die etwas radikalere Linke mobilisierte im Frühjahr 1985 für ein Tribunal und eine Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel Anfang Mai in Bonn, wobei in den Vordebatten "eine inhaltliche Konzentration der unabhängigen Linken auf den 8. Mai" als "Rückschritt auf eine Ein-Punkt-Fixiertheit, vor allem eine Fixiertheit auf den nationalen Rahmen" abgewehrt wurde ("atom", Sommer '85) und damit dem Spektrum der traditionellen DKP-nahen Friedensbewegung überlassen blieb. Diese wiederum hatte mit der aktuellen Dimension herrschender Gedenk-Politik wenig am Hut. Als Vorgang, der eine eigenständige Stellungnahme notwendig machte, wurde "Bitburg" auch von der SED bzw. der Redaktion des "Neuen Deutschlands" vollständig ignoriert. Im "ND" jener Wochen wurde, zumeist ab Seite 5 und unkommentiert als Kurzmeldung, ausnahmslos über die Proteste der Anderen (US-Senatoren,...) berichtet. Im "AK", der den Postone-Brief ignorierte, gab es zwei Positionen. Die eine kritisierte das Stillhalten der Linken als "Abstumpfung" und "Sehnsucht nach Normalität"(ak 259), die andere bezeichnete — die "Normalisierungsthese" unterstützend! — die Bitburg-Kampagne als "Pseudo-Konflikt auf einem Nebenschauplatz" und als "Lappalie ohne große Bedeutung. Nicht eine Rakete wäre weniger stationiert worden, wenn Kohl und Reagan sich nicht in Bitburg getroffen hätten."(ak 275) Wie wahr und wie daneben zugleich!

3. Warum haben wir in Bezug auf Bitburg so grandios versagt? Warum hat es jenen von Postone geforderten antinazistischen Fixpunkt als gemeinsame Prämisse linker Politik in Deutschland weder 1985 noch 1989 gegeben? Welche Rolle spielen hierbei die ideologischen Postulate der Studentenbewegung der 60er Jahre, aus der heraus die ehemals "Neue Linke" entstand? Der Vorwurf von Adorno, daß "die Studenten eine Scheinrevolte betreiben und das eigene Bewußtsein der Unwirklichkeit ihres Treibens durch ihre Aktionen übertäuben" — ist an ihm etwas dran? "Kapitalismus führt zum Faschismus" war immerhin eine der Parolen, mit denen die APO der offiziellen Geschichtsschreibung entgegengetreten war. Aber: Wurde mit dieser Verallgemeinerung Auschwitz nicht als eben jener Betriebsunfall abgeschrieben, den die bürgerliche Gesellschaft für Hitler reklamierte? Kann unter Umständen auch das Reden über die richtige Lehre aus der Vergangenheit eine Methode sein, sie wegzuschieben, anstatt die bewußte Negation ihrer ideologischen und materiellen Voraussetzungen zum Ausgangspunkt jeder fortschrittlichen Politik zu machen? Für notwendige Selbstreflexionen und Klärungen bietet der Postone-Brief immerhin Ansatzpunkte. Ohne die damit aufgeworfenen Fragen bearbeitet zu haben, ist an die Rekonstruktion einer radikalen Linken nicht zu denken.

4. Man hat bei einigen Passagen seines Briefes den Eindruck, daß Postone 1985 darum bemüht war, sich dem 1985 in der Friedensbewegung virulenten "linken Nationalismus" zwar nicht inhaltlich, jedoch semantisch anzupassen, um überhaupt auf Gehör zu stoßen. Sein in nationalen Kategorien verharrender Appell an die Linke, "den Kern dessen zu bilden, was tatsächlich ein anderes Deutschland wäre", muß zurückgewiesen werden. (Dieser Ansatz ist in Postones späteren, sich auf Deutschland und die deutsche Linke beziehenden Aussagen meines Wissens nie wieder aufgetaucht.)

Es bedarf gar nicht der Beschwörung eines "anderen" Deutschlands, um zu erkennen, daß das jetzige von der "Normalität" kapitalistischer Gesellschaftlichkeit so weit entfernt geblieben ist wie mit dem NS-Imperialismus bis heute verknüpft. Eine Linke, die dies leugnet, beraubt sich nicht nur der Möglichkeit, den von der herrschenden Politik propagierten Begriff von "Normalität" anzugreifen. Sie trägt dazu bei, diesen gesellschaftlich durchzusetzen.

5. Daß die Träger deutscher Politik im Moment dabei sind, neue Katastrophen vorzubereiten, scheint heute nur von marginalen Teilen der Linken überhaupt wahrgenommen zu werden. Wer definiert heute das Feld, auf dem linke Opposition gegen die deutsche Großmacht rekonstituiert werden muß? Es sind dies ein Kanzler, dessen antisemitische Tiraden im Anschluß an die Begegnung mit Waldheim Maßstäbe setzte, ein Bundeswehr-Generalinspekteur, der die neue Weltordnung rühmt, weil sie — endlich, endlich! — der mit 1789 (!) begonnenen fatalen Entwicklung ein Ende gesetzt habe, sowie der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der als de-facto- Regisseur der deutschen Politik die Tradition hiesiger Denkart mit dem Ausspruch: "Wir schöpfen unsere Identität nicht aus dem Bekenntnis zu einer Idee, sondern aus der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk" trutzig auf den Punkt zu bringen versteht. Die derzeit augenfälligste Paradoxie des fortschrittlichen Diskurses liegt darin, daß gerade heute eine adäquate, d.h. die deutsche Geschichte mitreflektierende BRD-Kritik bei großen Teilen der verbliebenen Linken nichts anderes als Abwehrreaktionen provoziert, wie zuletzt die Lektüre der auf den "Konkret-Kongreß" orientierenden "konkret-extra"-Zeitung lehrt. So als wolle man die Fehler von Bitburg mit aller Gewalt und in alle Zukunft verlängern.

Max Müntzel

NS, Antisemitismus und Linke

Die Aneignung des Marxismus-Leninismus durch die zerfallende antiautoritäre Bewegung war im doppelten Sinne fatal und bereitete den neuen Antisemitismus von links gleich zweifach vor: *Zum einen* über die 'nationale Frage', die zwangsläufig Kriterien nationaler Homogenität aufstellen mußte, *zum anderen* über den aus dem Marxismus-Leninismus importierten Faschismus-Begriff, der Auschwitz systematisch nicht zur Kenntnis nahm und daher nie einen adäquaten Zugang zur Kritik des Antisemitismus entwickeln konnte. Wie der stalinistische Nationalismus die Wiederversöhnung der Linken mit ihrer Nation mit dem Zuckerbrot der revolutionären Phrase vorbereitete, so erlaubte der stalinistische Faschismusbegriff es in einem, die Opfer zu verdrängen und Faschismus zur allzeit bereiten Peitsche hohler Politisierung zuzubereiten.

Linke in Dimitroffs Tradition

Die Linke hat Auschwitz nie zur Kenntnis genommen und wo sie es doch tat, hat sie den Massenmord als Ergebnis ökonomischer Rationalität im Nachhinein so gerechtfertigt, wie es noch der sophistischste Apologet des Kapitals nicht vermöchte. Darin rächte es sich, daß ihre Theorie des Faschismus nur bis 1935 reichte und weiter nichts enthielt als jenen gemeinplätzlichen Kanon der Orthodoxie, den bereits Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale ausgeführt hatte: "Der Faschismus an der Macht ist (...) die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals." (1) Vom Antisemitismus war weder bei Dimitroff noch auch später die Rede; er erschien, wenn überhaupt, als ein verschwindendes, für den Nationalsozialismus nicht konstitutives Moment, als rhetorisches Ornament, das den eigentlichen sozialen Auftrag der Nazis demagogisch verhüllen sollte. Der auf Manipulation und Propaganda reduzierte Begriff der Ideologie verwies auf einen reduzierten Begriff der kapitalistischen Produktionsweise, der sich in der Fixierung aufs Finanzkapital aussprach (2). Der Parteikommunismus trat derart auf nicht als kritisch-proletarisches Bewußtsein der Totalität, sondern als affirmativ-lohnarbeiterisches Bewußtsein der Produktion als jener eigentlichen und tiefsten Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft, aus der alles weitere zwanglos als 'Überbau' sich ableiten ließe. Paradox wiederholte das zeitgenössische Bewußtsein der Arbeiterbewegung in seiner rigiden Trennung von Produktion und Zirkulation genau jene Rede vom 'schaffenden' und 'raffenden' Kapital, mit dem die Nazis reüssierten. Das Kapital tauchte in derlei Definitionsversuchen nicht als soziales und prozessierendes Verhältnis auf, nicht als dialektische Einheit von Ökonomie und Politik, von Produktion und Reproduktion, sondern als ein Ding, als bewußter Plan und Verschwörung einer soziologisch ausmachbaren Kapitalistengang, zu deren Analyse einzig absurde, ihre Hilflosigkeit schon eingestehende Steigerungsformeln herhalten konnten. Am Faschismus interessierte nur das Verhältnis äußerster Intensität der Macht, das, als bolschewisierte List der Vernunft noch im Negativen, den Kommunisten die weitere Analyse schon ersparen würde — die "offene" Diktatur werde, so Dimitroffs Unterstellung, auch zur "offensichtlichen" Diktatur umschlagen und die Ideologie hätte sich damit gleichsam von selber erledigt.

In extremster Verkehrung lege der Faschismus sein Wesen bloß und mache den ideologischen Schein auf eben dieses Wesen, die blanke Gewalt, das nackte Interesse, durchschaubar. Die Logik des Kapitals wurde kommunistisch zu ihrem eigenen Ideologiekritiker befördert. (...) *Die Arbeit der Kritik verließ sich so auf die Selbstentlarvung des Systems*, verstand sich als deren Organ, das dem objektiven Sozialprozeß zur Sprache verhalf. Ihr spezieller Einsatz konnte allein darin bestehen, an die als pseudo-sozialistisch mißverstandenen antisemitischen Polemiken des Nazismus gegen das 'raffende' Kapital ebenso 'anzuknüpfen', wie es schon zuvor am Begriff der Nation unternommen worden war. In der Opposition gegen das arbeitslose Einkommen schien die Revolution sich, ihrer selbst noch unbewußt, zu verstecken. So konnte sich Ruth Fischer, Mitglied des ZK der KPD im gleichen Jahr 1923, in dem Karl Radek seine Lobrede auf Schlageter hielt, 'ideologiekritisch' zum Antisemitismus verhalten, indem sie ausführte:

"Sie rufen gegen das Judenkapital auf, meine Herren? Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist *schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß*. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber meine Herren, wie stehen sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner (...)?" (3)

Die kommunistische Kritik verstand die Geld- und Spekulationsphobie der Nazis als logische Vorstufe und als Durchgangsphase eines danach die Verhältnisse des Privateigentums generell in Frage stellenden Bewußtseins. Die Aversion gegen die Börse als den Inbegriff unberechtigter, weil arbeitsloser Aneignung des gesellschaftlich produzierten Reichtums allein auf der Grundlage juristischer Titel, werde qua eigener Logik in die Kritik des Privateigentums überhaupt umschlagen. Bliebe die bloße Zirkulationskritik ihrer unbewußt immer schon antikapitalistischen Intention inne, so werde sie von der Kritik des Wuchers als der wundersamen Selbstvermehrung des Geldes voranschreiten zur Kritik der Produktion als jenes Ortes, der die Selbstvermehrung des Geldes als Selbstverwertung der Arbeit in den entfremdeten Formen des Privateigentums materialistisch durchschaubar macht. (...) Die Volksgemeinschaft galt als die schlechte Karikatur einer kommunistischen Gesellschaft, die nicht dauerhaft um das Verlangen nach dem Original zu betrügen vermochte.

In der metaphysischen Reduktion des Antisemitismus auf den ökonomischen Ursprung, die Selbstentfremdung der Arbeit, entging dem Grundwiderspruchsmarxismus das spezifisch Neue der nationalsozialistisch renovierten völkischen Programmatik (4). Die nazistische Polemik gegen das 'Judenkapital' war weniger einem interessierten Ablenkungsmanöver vom 'deutschen' Kapital geschuldet, als vielmehr der Inauguration eines zum Begriff der *Klasse* antagonistischen Prinzips politischer Vergesellschaftung und Synthesis, dem Begriff der *Rasse*. Am Judenkapital interessierte den Nazi nicht das Kapital, sondern der Jude. In der Konstruktion der Rasse als einer ebenso unsichtbaren wie doch konkret wirksamen Macht kopierten die Nazis zwar formell die Arbeitsmetaphysik des Marxismus, aber nur, indem sie diese überboten und noch den Marxismus selbst unter den vom rassischen Grundwiderspruch abgeleiteten Formen rangieren ließen. Der Antisemitismus diente der Integration der Arbeiterklasse in den nationalen Staat, indem er nachweisen sollte, daß die Entzweiung von Klasse und Nation zwar der Erscheinung halber auf den Gegensatz von Arbeit und Luxus, von Produktion und Geld sich zurückführen ließe, daß aber der erscheinende Widerspruch einem

ganz anderen Wesen als dem kapitalistischen geschuldet sei. Nicht der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern der von Produktion nur überhaupt einerseits und von arbeitsloser Aneignung durch Geld andererseits sei der fundamentale und noch über den marxistischen Widerspruch übergreifende, diesen determinierende Antagonismus.

Barbarische Revolution

Der 'nationale Sozialismus' nahm die Zirkulationskritik und den Produktivismus der Arbeiterbewegung in sich auf, immunisierte sie zumindest. Erst der zersetzenden Kraft der jüdischen sozialistischen Intelligenz sei die Entfremdung der Arbeit von ihrer Nation zu verdanken, erst sie habe die Arbeiterschaft zur internationalistischen Arbeiterklasse entfremdet. Rasse wurde so zum noch unter dem Niveau von Klasse liegenden tiefsten Prinzip von Homogenität und Identität, zum Fundament, auf dem alle Widersprüche zur Einheit sich fügen sollten. Was dem traditionellen Marxismus der II. und III. Internationale und dank Kautskys populärer Marx-Darstellung Geheimnis blieb, *die notwendig marktförmig nur darstellbare Werteigenschaft der fabrikmäßig hergestellten Gebrauchswerte*, das verkörperte und biologisierte der Nazismus in Gestalt der Juden. Wo der Marxismus der zwanziger Jahre die Verwandlung des gesellschaftlich produzierten Gebrauchswerts in den nur privat und nur durch Geld anzueignenden Tauschwert nicht mehr ökonomiekritisch, sondern nurmehr aus dem juristischen Titel auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit letztlich aus dem 'Willen' der herrschenden Klasse (5) verstehen konnte, da nahm der Nazismus die marxistische Pseudo-Kritik beim Wort und fundamentierte den 'Willen' zur Ausbeutung biologisch. Er sprach damit seine Zwecke aus: die Befreiung des Gebrauchswerts vom Tauschwert durch die zirkulative Revolution, die Aufhebung des Kapitals auf der Grundlage des Kapitals. In seinem Aufsatz "Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung" hatte Herbert Marcuse schon dem völkischen Denken das Ziel einer barbarischen Revolution abgemerkt:

"Allerdings finden sich im heroisch-völkischen Realismus auch häufig heftige Ausfälle gegen den kapitalistischen Ungeist, gegen den Bürger und seine Profitgier usw. (...) Die neue Wirtschaftsordnung schmäht den 'Händler' und feiert den 'genialen Wirtschaftsführer': Dadurch wird nur verdeckt, daß sie die ökonomischen Funktionen des Bürgers unangetastet läßt (...) Die klassenlose Gesellschaft also ist das Ziel, aber die klassenlose Gesellschaft auf der Basis und im Rahmen — der bestehenden Klassengesellschaft." (6)

Im Zusammenhang der zirkulativen Pseudo-Revolution gegen das Kapital wurde der Antisemitismus zu mehr als einer 'Ideologie' im geläufigen Sinne von Demagogie, Propaganda oder Manipulation; er wurde zum objektiven Ausdruck dessen, was die Nazis planten und wozu sie durch die spezifische Gestalt und Logik der kapitalistischen Krise nach 1929 ebenso gezwungen waren wie ermächtigt wurden: Barbarische antikapitalistische Revolution als Ausrottung derer, die exemplarisch standen für die Einheit von revolutionärer Kritik und ökonomischer Krise, exemplarisch für den Zusammenhang der Anarchie des Marktes mit der revolutionären Aneignung der Produktion. (...) Die entfremdende Vermittlung, die Anti-Natur schlechthin, sollte durch Vernichtung der zum Wesen von Vermittlung nur überhaupt stilisierten Juden geheilt, der organische Inhalt der Ware von der ihm willkürlich übergestülpten Tauschwertform befreit werden. (...) Befreiung des Gebrauchswerts vom Apercu seiner Tauschbarkeit, Warenproduktion ohne Zirkulation, unmittelbare Identität von Produktion und Konsumtion durch Versklavung des Arbeiters einerseits, durch Rationalisierung andererseits, Verwandlung des doppelt freien Lohnarbeiters in den doppelt unfreien Zwangsarbeiter: Das nazistische Programm wurde ebenso möglich wie notwendig durch jene Gestalt der Krise, die einerseits die Unfähigkeit der Bourgeoisie radikalisierte, noch irgend in den überkommenen politischen und institutionellen Formen an den Bedingungen des Erhalts des kapitalistischen Gesamtsystems heranzureichen, die andererseits die gespaltene Arbeiterklasse derartig paralysierte, daß sie unfähig war, ihre Rolle als dialektischer Impulsgeber kapitalimmanenter Renovation des Verhältnisses so zu spielen, wie sie es im Übergang von der formellen zur reellen Subsumtion getan hatte. Das Kapitalverhältnis wurde derart gleich doppelt gesprengt. "Die Interessen des Kapitals und der Arbeiter sind dieselben", hatte Marx dies Verhältnis beschrieben. Und dies bedeute: "Kapital und Lohnarbeit sind nur zwei Seiten eines und desselben Verhältnisses. Die eine bedingt die andere, wie der Wucherer und der Verschwender sich wechselseitig bedingen." (7) Die dialektische Synthesis im Widerspruch war liquidiert: Wucherer und Verschwender gingen aneinander und zusammen bankrott; vereinigten sich in der einerseits praktischen Ermächtigung, andererseits passiven Duldung des zum Manager des Gesamtverhältnisses sich aufschwingenden Konkursverwalters. Die ökonomisch unmögliche Synthesis mußte politisch reinstalliert werden auf der Basis des ökonomischen Zusammenbruchs. Alle sowohl externen wie internen ökonomischen Rationalisierungskriterien beraubt, organisierte der Konkursverwalter den Rückfall in die Formen der ursprünglichen Akkumulation nach außen wie nach innen. Die unmittelbare Einbindung der Gewalt, der zur Regel werdende Ausnahmezustand, eskalierte ihrer verrückten Logik gemäß im Krieg nach außen, im Terror nach innen und in der Vernichtung der Juden. Der ökonomische Zusammenbruch war durch die äußerste Konzentration der politischen Gewalt zwar vorerst überspielt worden, aber nur um den Preis der Verwandlung des Staates zum reellen Gesamtkapitalisten, zur einzigen Bürgschaft des Systems nur überhaupt. Der Unfähigkeit des Systems, sich zu politisieren und die Synthese durch den stummen Zwang ihrer Verhältnisse ebenso zu erzwingen wie zu legitimieren, wurde durch die Ökonomisierung der Politik gekontert, die die Synthese durch ausgesprochene Gewalt anordnete. Hatte die Abkoppelung vom Weltmarkt das Kapital zwar von der externen ökonomischen Konkurrenz befreit, so doch nur um den Preis des auf die Spitze getriebenen Antagonismus der Nationalstaaten. Die als Palliativ gegen den Weltmarkt gesetzte, aber nur scheinbar selbstgenügsame Autarkie war die ökonomische Programmierung auf den Raubkrieg. Der gewaltförmig suspendierte Tausch zog die Ekstase der unmittelbaren Aneignung ohne jedes Äquivalent notwendig nach sich. Hatte die Abkoppelung der politisch stimulierten Produktion militärischer und staatlicher Gebrauchswerte vom internen Markt die Kapitalisten vom unmittelbar drohenden Ruin befreit, so doch nur um den Preis ihrer desto unwiderruflicheren Anbindung an den System gewordenen Bankrott.

Die durch Wechsel auf den erst noch zu gewinnenden Raubkrieg finanzierte Konkurrenz erwies sich als die gigantischste Spekulation der Geschichte, als Verwandlung jeder einzelnen ökonomischen Transaktion in einen spekulativen Akt. Hatte die Abkopplung des Kapitals von der Konkurrenz der organisierten Lohnarbeit die Mehrwertrate zwar gewaltig erhöht, so doch nur um den Preis des langsamen Ruins der produktiven Arbeit durch Überausbeutung. Die Reduktion des Lohnarbeiters auf den Arbeitsklaven verbilligte die Entstehungskosten des arbeitenden Individuums zu Lasten der Investition in die Reproduktion des Gesamtarbeiters. Hatte der Rückfall in die Methoden der ursprünglichen Akkumulation im Verhältnis von Arbeiter und Kapitalist die Profitrate enorm in die Höhe schnellen lassen, so doch um den

Preis ihrer endgültigen Stabilisierung gegen Kapital und Arbeit durch das Mittel des Terrors; durch resolute Androhung von Terror einerseits gegen die Repräsentanten des Kapitals, die den Nazismus als besonders drastische Form des Keynesianismus mißverstehen wollten und die daher auf die Restitution des inneren Marktes wie auf das Ende der staatlichen Spekulation mit jeweils ihrem Kapital drängten — durch rigide Praktizierung des Terrors gegen jene politisch außer Kurs gesetzten Exponenten und Kader der Arbeiterklasse andererseits, die den Nazismus als besonders drastische Durchgangsphase zur Revolution mißverstehen wollten und die daher den Versuch unternahmen, die zur Rationalisierungsfrage gewordene Lohnfrage unmittelbar zu politisieren. Die gewaltförmig unterbrochene Vermittlung von Lohnarbeit und Kapital erforderte die Permanenz des Terrors, die Totalisierung des Zwangs.

Anfangs zur bloß sozialtechnischen Suspension der Zirkulationssphäre erfordert, eskalierte sich die Gewalt als neue Vermittlung von der bloßen Suspendierung zur Liquidierung der in Gestalt der Juden als der Produktion ebenso äußerlichen und fremden wie notwendigen und immannenten halluzinierten Zirkulation. Die negative Einheit aller 'Arier' vor dem Terror, die volksgemeinschaftliche Homogenität der produktiven Funktionäre, bestätigte und betätigte sich als positive Privilegierung der 'Arier' vor der völligen Vernichtung der rassenbiologisch selektionierten und unproduktiven Zirkulationäre. Nach innen wie nach außen zehrte so das nazistische System von jener Nicht-Identität, die es mit Gewalt hervorbrachte und mit Gewalt, ob militärisch oder konzentrationär, vernichtete.

Bruch mit kapitalistischer Rationalität

Die barbarische Revolution der Nazis brach mit der dialektisch vermittelten Rationalität des Kapitalismus und konstruierte die neue Gesellschaft nicht als mindest stationäre, womöglich dynamisch sich erweiternde Einheit von Produktion und Reproduktion, sondern als strukturell defizitäre, die sich auf der Jagd nach ihrer Existenzgarantie als kapitalistische stets weiter hinab in den Grund bohren mußte. Der Zwangsautomatismus der produktiven Volksgemeinschaft, einmal als negative Akkumulation installiert, konnte nur von außen gebrochen werden: Wie er die Produktion von der Fesselung durch die Märkte befreite, so befreite er, als prinzipiell endloser Raubkrieg, das kriegerische Verhältnis vom Primat der Politik. Kein subjektiver Zweck, auch nicht der der Kapitalisten, konnte dieser objektiven und konstitutionellen Unfähigkeit des nazistischen Systems zur einfachen oder gar erweiterten Reproduktion begegnen oder gar an sie, sei es praktisch oder nur intellektuell, heranreichen. Noch die marxistischen Versuche, im Nachhinein eine "Ökonomie der Endlösung" (8) zu konstruieren und den Massenmord auf die verstehbare Logik der Profitmaximierung zuzurichten, in der es zu jedem Mittel einen Zweck gibt und in der jeder Zweck zu seinen Mitteln sich verhält, scheitern an jener vollkommenen Differenz von Handlung und System, von subjektivem Zweck und objektivem Resultat, die der Nazismus installierte. Es gab die 'Ökonomie der Endlösung', aber der Zweck der Endlösung war kein Mittel der Ökonomie. Die Krise des Kapitalismus hatte eine Gesellschaft entbunden, die mit den Mitteln und Implikationen der Kritik der Politischen Ökonomie zwar noch beschreibbar, nicht aber mehr kritisierbar war, eine Gesellschaft, die zwar kapitalistisches Resultat war, aber einen gänzlich neuen, nicht mehr in den auf Kriterien von Zweck und Mittel basierenden Unterscheidungen von 'rational' und 'irrational' zu begreifenden Prozeß auf die Bahn gebracht hat (9). Noch die dialektischen klassischen Theorien über den Faschismus etwa eines August Thalheimer oder eines Alfred Sohn-Rethel --"Die Faschistenpartei ist der Knecht der Bourgeoisie, aber nur in dem Verhältnis, daß sie über der Bourgeoisie im Sattel sitzt und diese mit Sporen und Kandare ihre eigene Bahn reitet" (10) —, blieben demgegenüber defizitär. Zwar konstatierten sie ebenso angemessen wie folgenlos die nazistische Negation des gesamten politischen bürgerlichen Überbaus im Interesse gerade der bürgerlichen Klasse, zwar analysierten sie die daraus entstehende Differenz zwischen dem Konkursverwalter und jenen, die ihn als ihren Agenten angeblich nicht nur beauftragt hatten, sondern weiterhin am Zügel führten, zwar wandten sie sich gegen den durchsichtigen propagandistischen Zweck der Dimitroffschen These, aber die konstitutive Funktion des Antisemitismus für die ebenso barbarische wie schiefe, für die ebenso nur zirkulative wie trotzdem wirkliche Revolution der Nazis blieb auch hier der blinde Fleck. (...)

Auschwitz aber war die Tat, die 1933 unwiderruflich machen sollte; die Garantie des durch die deutsche Methode, Revolution zu machen, eingeschlagenen 'dritten Weges'. Der Antisemitismus ist somit nicht eine äußerliche Form, sondern der notwendige Inhalt einer nazistischen Revolution, deren Auftrag wie deren Wesen darin besteht, das Kapital auf dem Boden und mit den Mitteln des Kapitals zu liquidieren. Die Verwirklichung der klassenlosen Volksgemeinschaft nicht durch die Aufhebung, sondern durch die Vernichtung der Klassen, bedurfte ihrer exemplarischen Bestätigung in der Vernichtung der zum Prinzip von Kommunismus und Kapitalismus halluzinierten Juden. Deren Vernichtung läßt sich somit nicht als irrationales Apercu oder als Entgleisung im Profitschlachtplan der Kapitalisten erklären, sondern sie erklärt sich als notwendiges Stimulans und Motor eines an sich selber bankrott gegangenen Kapitalismus.

Daß vom Faschismus schweigen soll, wer vom Kapitalismus nicht reden mag, stimmt. Aber wer vom Faschismus redet und von Auschwitz schweigt, der lügt.

Initiative Sozialistisches Forum

Der Text ist ein geringfügig überarbeiteter Auszug aus dem Aufsatz "Ulrike Meinhof, Stalin und die Juden: Die (Neue) Linke als Trauerspiel", veröffentlicht in: ISF, Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution, Freiburg 1990, S.148ff. Die Zwischenüberschriften wurden redaktionell eingefügt.

Anmerkungen:

1) Georgi Dimitroff; Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Komintern im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Komintern (2.8.1935), In: Ders., Ausgewählte Schriften 1933 — 1945; Verlag Rote Fahne, o.J., o.O., S.97

2) Der hier unvollständige Satz im Original wurde redaktionell ergänzt.

3) Edmund Silberner, Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983, S.268

4) Vgl. George L. Mosse; Ein Volk, ein Reich, ein Führer. Die völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus, Königstein 1979

5) Vgl. Christel Neusüß, Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals, Erlangen 1972

6) Herbert Marcuse, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: ders., Kultur und Gesellschaft 1, Frankfurt 1965, S. 24f. und 35

7) Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital, Berlin 1982, S.35

8) Vgl. S. Heim/ G. Aly; Die Ökonomie der Endlösung, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik Bd. 5, Berlin 1988

9) Vgl. D. Diner; Zwischen Aporie und Apologie. Über Grenzen der Historisierbarkeit der Massenvernichtung, in: Babylon. Beiträge zur jüdischen Gegenwart Bd. 2, Frankfurt 1987 und C. Türcke; Darüber schweigen alle. Tabu und Antinomie in der neuen Debatte um das Dritte Reich, in: Ders., Gewalt und Tabu. Philosophische Grenzgänge, Lüneburg 1987

10) Alfred Sohn-Rethel; Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt 1973, S. 77; vgl. U. Enderwitz; Der revolutionäre Staat - Das Paradox der bürgerlichen Gesellschaft, in: Notizbuch 4. Faschismus, Literatur und bürgerlicher Staat, hrsg. von I. Bindseil/ U. Enderwitz, Berlin 1981

Antisemitismus in "Metropolis"

Ein deutscher Kultfilm und die Verführungskraft der NS-Ideologie

Irgendwo in einer kleinen deutschen Stadt, irgendwann in der Zeit der Weimarer Republik, begeisterte ein Kultfilm der UFA zwei Funktionäre einer noch recht unbedeutenden völkischen Rechtspartei. Der Film: "Metropolis" von Fritz Lang und Thea von Harbou. Die Kino-Enthusiasten: Joseph Goebbels und Adolf Hitler. So jedenfalls, schildert Lang, habe es ihm der spätere NS-Propagandaminister selbst überliefert, als er ihn 1933, nach der Machtübernahme, zu sich rufen ließ. Das Anliegen Goebbels: Lang sollte beauftragt werden, für die Nationalsozialisten den deutschen Film zu organisieren (1). Vielleicht bewahrte nur der Zufall Lang vor einer solchen Karriere. Nach den NS-Kriterien Halbjude, mag ihn die Unsicherheit, vielleicht doch in eine bedrohliche Lage geraten zu können, in die Emigration getrieben haben. Jedenfalls ging Lang in die USA und blieb, nun in Hollywood, zeitlebens weltbekannter Filmregisseur.

Kintoppgeschichten, Anekdötchen — Abfallprodukte des Geschichtsverlaufs? Unwesentliches, das vom Eigentlichen, einer polit-ökonomischen Faschismusanalyse, nur ablenken kann? Oder ist vielleicht doch interessant, welche Faszination dieser mythenschwere Stummfilm auf die beiden Rechtsradikalen ausüben konnte?

In "Metropolis" ist ein biologistisches Verständnis von Gesellschaft auf eine imaginäre Stadt der Zukunft projiziert. Diese Stadt besteht aus zwei Teilen, die, voneinander abgetrennt, mit den Bildern "Kopf" und "Hand" angesprochen werden. Die Welt des "Kopfes" ist geprägt durch grandiose, in schwindelnde Höhen ragende Wolkenkratzer — die Darstellung im Film, von Lang/Harbou durch damals neuartige Spiegeltechniken anhand kleiner architektonischer Modelle bewerkstelligt, erntete weltweit Anerkennung und Aufsehen. Im höchsten der Türme residiert der "Herr von Metropolis", Joh Fredersen. In der Schaltzentrale aller Abläufe ist er, der "Kopf", für das Funktionieren des Ganzen unentbehrlich. Die Welt der "Hand" ist dagegen tief unter der Erdoberfläche angesiedelt. In großen Aufzügen, die an Aufnahmen aus Bergwerken erinnern, bewegen sich die Arbeiter zwischen ihren unterirdischen Wohnstätten und den Maschinen hin und her. "Kopf", ein liberalistischer Kapitalist, und "Hand" sind einander entfremdet — das gilt dem Film als das zentrale Problem. Der Volkskörper ist — wird als Ursache aller Übel geortet — unvollständig, ihm fehlt das "Herz". Diese Rolle des Herzens will Freder, Sohn des Herrn von Metropolis, übernehmen. Er rebelliert gegen die Entfremdung von "Hirn" und "Hand". Nach etlichen Verwirrungen setzt sich der Rebell gegen seinen Vater durch, alle Repräsentanten des Bösen werden vernichtet, und eine neue Harmonie des Volkskörpers wird gestiftet. In der Schlußszene des Filmes reichen Kapitalist, Rebell und Arbeiter sich versöhnt die Hände. — In dieser Filmhandlung haben sich Goebbels und Hitler zweifelsohne mit der Rolle des Rebellen identifiziert. Auf eine sehr spezifische Weise, die es zu untersuchen gilt, hat sich die nationalsozialistische Bewegung als Revolte, als "antikapitalistisch" verstanden. Diese Selbstdefinition darf nicht außer Acht lassen, wer begreifen will, weshalb die NSDAP eine derart dynamische und massenwirksame Propaganda entfalten, und ebenso fanatische wie stabile Unterstützung organisieren konnte. Die Tiefenstruktur des Filmes "Metropolis" kann als anschauliches Beispiel für eine ideologische Disposition gelten, die im Deutschland des frühen 20. Jahrhunderts weit verbreitet war, und auf die die nationalsozialistische Bewegung ihre Erfolge gründen konnte.

Fritz Lang und Thea von Harbou

erarbeiteten zwischen 1920 und 1933 gemeinsam verschiedene Filme — u.a.: "Dr. Mabuse — der Spieler", "Nibelungen" "Metropolis", "Spione", "M — Eine Stadt sucht einen Mörder" und "Das Testament des Dr. Mabuse". Der engen beruflichen Zusammenarbeit folgten die Heirat 1922 und die private Trennung um 1932.

Da Thea von Harbou, die Drehbuchautorin der Filme, ab 1932 überzeugtes NSDAP-Mitglied war, wurden reaktionäre Filminhalte vielfach allein ihr zugeschrieben (z.B. in einer Kritik des "Metropolis"-Films durch Bunuel). Aussagen von MitarbeiterInnen und ZeitgenossInnen belegen aber die deutschnationale Gesinnung des Regisseurs Lang; er drehte z.B. bereits 1919 "Halbblut", der schicksalhaftes Unglück als Folge von "Rassenvermischung" darstellt. Für den Film "Metropolis" bestand Lang auf — im Film letztlich sehr kurze — Massenszenen, in denen glatzköpfige Sklaven den Turmbau von Babel betreiben; viele hunderte Arbeitslose mußten sich für ein Taschengeld den Kopf scheren lassen. Für die letzten deutschen Lang-Filme, "M" und "Das Testament des Dr. Mabuse", ist die Frage, ob ein reaktionäres Gesellschaftsbild transportiert wird, zumindest umstritten. In den USA führten veränderte Inhalte gar zu einer Zusammenarbeit mit Brecht (wie dessen "Arbeitsjournale" dokumentieren, allerdings zu einer wenig fruchtbaren). Lang starb 1976 in den USA.

Thea von Harbou stammte aus einem aristokratischen Elternhaus. Sie wurde Schauspielerin und verfaßte zwischen 1914 und 1918 kriegsbegeisterte, gegen Frauenemanzipation gerichtete Unterhaltungsliteratur. Von Harbou arbeitete verschiedentlich mit anderen Regisseuren, u.a. mit F. W. Murnau, zusammen. Nach 1933 führte sie — neben Drehbucharbeiten — in drei Filmen selbst Regie, bei denen jeweils die Figur des notwendigen Herrn in einer Gemeinschaft im Mittelpunkt stand. Thea von Harbou starb 1954 in Berlin.

Metropolis: Zwischen Faszination und Kulturkritik

Die Idee zum Film "Metropolis" entwickelte Lang während einer USA-Reise. Er besuchte — wie er in Interviews berichtete — 1924 New York, und stieß nachts auf Straßen, *"durch Neonlampen taghell beleuchtet, und, alles überragend, ständig wechselnde, an- und ausgehende, spiralförmige Leuchtreklame"*; ihn beeindruckten *"die Wolkenkratzer (...), fast schwerelos, eine luxuriöse Kleidung, die vom dunklen Himmel herunterhängt, um zu blenden, zu verwirren und zu hypnotisieren"* (2). Die starken Eindrücke dieser Reise übertrug Lang in die architektonische Vision einer aufragenden Zukunftsstadt. Auf die filmische Darstellung übertrug sich eine Faszination, ja geradezu Begeisterung darüber, "was alles möglich" sein könnte — z.B. bewegt sich hektischer Stadtverkehr nicht nur ebenerdig, sondern in Schienen durch die Luft und in Flugzeugen. Die Visionen trafen auf ZuschauerInnen der Weimarer Republik, die Wolkenkratzer und Leuchtreklamen noch kaum kannten. Noch heute, da umherschwirrende Doppeldecker doch eher altertümlich wirken, bleibt die Zukunftsstadt "Metropolis" vielen ein Faszinosum — in cineastischen Würdigungen des Filmes, die dessen fortwirkende filmtechnische Innovationskraft feiern, spiegelt sich stets deutlich auch die Begeisterung über den Filminhalt.

Doch wirkt in "Metropolis", was faszinierend ist, auch bedrohlich — steile Häuserschluchten, hochragende Mauern drohen z.B. zu erschlagen. Der "Asphaltdschungel" ist sinnlich erfahrbar gemacht —jene steinerne, menschenfeindliche Wüste, als die in den 20er Jahren eine moderne Metropole vielen erschien. Lang nahm, indem das an New York orientierte "Metropolis" einer Horrorvision gleicht, einen antiwestlichen Impuls auf, den deutschnationale Kulturkritiker der Weimarer Republik ihrer Betrachtung moderner Urbanität allemal zugrunde legten (3). Jene Kulturkritik geißelt die Sinnentleerung eines mit den USA verbundenen "Kommerzialismus", für den im Film eine Leuchtschrift mit dem Namen "Yashiwara" als ein Zeichen steht. Solche Leuchtreklame, die heutigen Zuschaueraugen eher kläglich erscheint, muß bei der Filmpremiere 1927 einen besonderen Glanz ausgestrahlt haben. Der exotische Name bezeichnet eine Umgebung der Ausschweifung, in der sich Revuegirls und unproduktive Salonlöwen allerlei verwerflichen Beschäftigungen hingeben. Von verworfener Mimik begleitet, betont lasziv, verführt die Tänzerin ihr Publikum. Indem sie ihre Reize zur Schau stellt, soll eine haltlose "Unkultur" erkennbar werden. "Yashiwara" steht als der verführerische Ort für Aspekte moderner Konsumorientierung ebensogut, wie für intellektualisiertes Savoir-vivre, kurz — für Tendenzen, die konservative Kulturkritik unter dem Stichwort "Kulturbolschewismus" zusammenfaßte.

Ein Zwiespalt zwischen Faszination und Bedrohung durchzieht auch die Darstellung "moderner" Maschinen in der unterirdischen Arbeiterwelt. Die riesigen Metallkolosse beeindrucken, ihr Rhythmus ist der Rhythmus des Films. Andererseits erzeugen sie Arbeitshetze, bleiben rücksichtslos gegen menschliche Erschöpfung. Freder wird zum Rebellen gegen seinen Vater, den Herrn von Metropolis, als er einen Unfall beobachtet: Durch einen Schwächeanfall kann einer der Arbeiter dem Takt der haushohen Maschine nicht mehr standhalten, woraufhin mehrere Körper in einer Explosion durch die Luft geschleudert und getötet werden. Freder hat die Vision, die Maschine verwandle sich in einen riesiges, metallenes Ungeheuer, einen Moloch, dessen riesiges Maul Menschenopfer verschlingt. In anderen Szenen sind die Arbeiter in Maschinen regelrecht eingespannt. Überdimensionale, menschengroße Zifferblätter mit Zeigern sind zu bedienen, welche stets dorthin bewegt werden müssen, wo im äußersten Kreis Lampen aufleuchten. Der Rebell Freder, der in die proletarische Welt hinabgestiegen ist, wirkt in einer Szene an vertikal angeordneten Zeigern wie eine Christusfigur am Kreuz — eines der vielen religiösen Symbole im Film, die eine Errettung des "Volkskörpers" zur "Erlösung von allem Übel" stilisieren sollen.

Selbst der Umstand, daß die Arbeiter regelrecht zu Maschinen, zu Robotern gemacht werden, gerät aber in "Metropolis" zum bewunderten Faszinosum. Der Gang der Arbeiter, die in langen Kolonnen die ihnen zugeteilten Plätze aufsuchen, ist stockend und mechanisch. In allen Massenszenen verlaufen die Menschenströme so regelmäßig, als seien sie selbst Teil einer riesigen maschinellen Anordnung. Die Ordnung zerbricht, als die Arbeiter, in einem Anflug von Wahn, "Metropolis" zerstören wollen: Im revolutionären Aufstand stürmen sie spontan voran, wild, durcheinander. Als sie am Ende aber aufmarschieren, um den Handschlag zwischen "Hirn", "Herz" und "Hand" zu feiern, bildet ihre Marschanordnung wieder ein regelmäßiges, keilförmiges Ornament (4). Die Einordnung der Menschen ins Maschinelle ist dem Film eben doch kein Greuel, sondern die Begeisterung darüber setzt sich durch — eine Begeisterung, die in späteren nationalsozialistischen Parteitagsaufmärschen ihre Fortsetzung fand.

Filmhandlung

Thema des Filmes "Metropolis" sind also verschiedene Aspekte der modernen kapitalistischen Entwicklung. Diese Moderne ruft zugleich Faszination und Angst hervor. Die Filmhandlung hat demnach zur Aufgabe, diesen Widerspruch zu bewältigen.

Zu Filmbeginn findet sich Freder, Sohn des Herrn von Metropolis, mit einer Leichtbekleideten in den "Gärten der Freude", als er einer Arbeitertochter begegnet. Ist seine "Gespielin" geschminkt und raffiniert bekleidet, verkörpert jene *natürliche* Schönheit. Zwei Frauenbilder sind konfrontiert: "Vamp", "Hure" versus "Mutter", "Jungfrau". Strahlend weiß in einer Gruppe von (schwarzbekleideten und rußigen) Arbeiterkindern sticht "Maria" so hervor, daß er sich in sie sofort verliebt. Er begibt sich auf der Suche nach ihr in die unterirdische Arbeiterwelt und findet schließlich den Weg in die Katakomben, in denen Maria den Arbeitern — vor der Kulisse unzähliger Kreuze und Kerzen — predigt. Thema ihrer Verkündigung ist der Turmbau zu Babel, der in ihrer Version daran scheitert, daß dort die Vermittlung von "Hirn" und "Hand" wegen des fehlenden Herzens nicht möglich gewesen sei. Das ideologische Zentrum des Filmes wird also bereits hier, gekleidet in eine religiöse Legende, gestiftet. Freder deutet sich in dramatischer Stummfilmgeste ergriffen mit den Fäusten auf die Brust und formt mit den Lippen ein "Ich": Er sieht in sich selbst das "Herz", den erwarteten Erlöser.

Doch der Vater, noch ein Manchester-Kapitalist, den das Elend der Arbeiter nicht rührt, widersetzt sich den Anliegen des Sohnes, jene besser zu behandeln. Er nimmt statt dessen Verbindung zu einem grauenhaften Gesellen auf: Zum Erfinder und Zauberer Rotwang, der inmitten des urbanen Metropolis in einer kleinen Hütte lebt. Rotwang führt den "Herrn" in die Katakomben. Auf dessen Anregung hin nimmt er Maria gefangen, nicht ohne dabei eine furchterregende Verfolgungsjagd zu inszenieren. An ihre Stelle tritt nun ein Roboter: Rotwang hat eine mechanische Frau entwickelt, der er das Gesicht Marias gibt. Durch diesen abstrakten Unmenschen will das "Hirn", wie ein Zwischentext mitteilt, die Macht über die Arbeiter noch vergrößern.

In dieser falschen Maria, der Roboterfrau, verdichten sich alle negativen Phänomene und Handlungsstränge des Films. Mit ihrem verworfenen Augenaufschlag stellt die Roboterfrau das typische Frauen-Gegenbild zur "natürlichen", "mütterlichen" Maria dar. Zum Entsetzen Freders findet er den Vater in Umarmung mit der falschen Maria vor, und sie ist es, die in Vergnügungsrevuen ihren künstlichen Körper zur Schau stellt. Sie ist dem liberalistischen Kapitalisten ebenso verbunden wie den unproduktiven Playboys und ihrer Unkultur, zugleich aber wiegelt sie die Arbeiter dazu auf, die Maschinen in "Metropolis" zu zerstören. Statt die Erlösung durch das "Herz" zu erwarten, übernehmen jene nun Freders Stummfilmgesten. Sie deuten mit Fäusten auf die eigene Brust und wollen nunmehr *selbst* zu den Herren von Metropolis werden. In ihrer revolutionären Ungeduld stehen sie nicht nur für "Maschinenstürmer" im engeren Sinn, sondern auch für jede selbsttätige, linke Arbeiterbewegung. Die fanatische Rednerin, die im Film gestenreich und mit überzeichneter Mimik agitiert, steht für die Karikatur eines "roten Flintenweibes". Das sollte 1927 vielleicht Assoziationen an die, keine zehn Jahre zuvor ermordete, "Arbeiterverführerin" Rosa Luxemburg wecken.

Der Roboter hat Erfolg: Gegen die Warnungen eines Werkmeisters greifen die Aufgewiegelten die "Herzmaschine" der Zukunftsstadt an. Deren Zerstörung bedeutet den Mord am "Volkskörper" Metropolis. Die Wohnstätten der Arbeiter werden überflutet, und die Arbeiter ermorden so beinahe die eigenen Nachkommen. Die richtige Maria, die von Rotwang geflohen ist, kann aber diese Kinder retten. Mit ihnen und dem hinzugekommenen Freder bildet sie einen überdimensionalen Familienver-

band, einen großen, organischen Zusammenhang, der inmitten der Fluten als rettende Insel fungieren kann.

Den stürmenden Massen macht inzwischen der Werkmeister klar, daß die falsche Maria den Tod ihrer eigenen Kinder wollte. Sie verbrennen die "Hexe" auf einem Scheiterhaufen — dabei verwandelt sich der Roboter, nun für alle durchschaubar, zurück in Metall. Doch ist die Gefahr dadurch noch nicht ganz gebannt: Rotwang, der Erfinder, tritt ein letztes Mal in Aktion. Er verfolgt einmal mehr die entflohene Maria, die er im Wahn zur Frau nehmen will. Diese Verfolgungsjagd, die sexuelle Attacke, beendet Freder, der den Übeltäter nach einem Zweikampf auf dem Dach des Domes in die Tiefe stürzt. Der Zerstörung des Bösen folgt der Triumph des Guten auf dem Fuße: Nach der Vernichtung Rotwangs kann als Abschlußszene der Handschlag zwischen Freder, dem Vater und dem Vorarbeiter folgen.

Den Zwiespalt zwischen Faszination und Kritik bewältigt der Film also, indem ein Teil des Personals die kritikablen Seiten der Moderne auf sich zieht. Die Zerstörung zweier Figuren — Roboter-Maria und Rotwang — ermöglicht ein "Metropolis", in das nun auch die Maschinen (die ja gerade *nicht* zerstört werden dürfen) harmonisch integriert sind. Auch der Herr, das "Hirn" von Metropolis, gibt das Geschacher und die Tricks auf, die ihn mit dem Erfinder Rotwang verbanden, und kann dadurch den ihm zustehenden Platz jetzt positiv ausfüllen. Kommerzialismus und Unkultur, die sich in sexualisierten Vergnügungen ausdrückten, sind überwunden: An ihre Stelle tritt die Reinheit der "echten" Maria mit ihren — ideologisch aktualisierten — religiösen Hintergründen. Natürlich hält diese "Lösung" des Filmes logischen Nachfragen nicht stand: So werden die unveränderten Maschinen weiter Arbeitsunfälle produzieren (5). Doch gilt dem Film diese negative Seite in der Vernichtung des maschinellen Roboters als gebannt.

Es ist die mehrfach überlagerte Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse in "Metropolis", die die am Ende erreichte "Gemeinschaft" so unhinterfragbar macht. Die Stadt Metropolis selbst ist, gestaltet als Wesen ("Hirn", "Herz", "Hand" in körperentsprechender Anordnung), erste Personifizierung der positiven Seiten der Moderne. Doch wird die wiederhergestellte gesellschaftliche Harmonie zum Filmende zusätzlich noch über weitere biologistische Zusammenhänge abgebildet. Im dreigliedrigen Händedruck ist die neue Ordnung als organische Zusammenhang gestaltet, und auch die Verbindung von Vater, Sohn und Maria als neuentstandener Familie symbolisiert eine Biologisierung gesellschaftlicher Beziehungen. Da sie — der Kapitalist, der Rebell und die Arbeitertochter — nun zusammengehören, muß auch "Metropolis" als eine große Familie gelten.

Logik des Antisemitismus

Es liegt auf der Hand, daß der "Volkskörper" Metropolis als ein Vorläufer jener "Volksgemeinschaft" begriffen werden muß, die für die NS-Propaganda ein so überaus massenwirksamer Zentralbegriff war. In dem 1979 veröffentlichten Text zur Logik des Antisemitismus bietet Moishe Postone einen theoretischen Hintergrund, der die Verzahnung dieses Elements mit dem Antisemitismus der Nationalsozialisten begreifbar macht (6).

Postone zeigt auf, daß verschiedene vorliegende Zugänge zu einer Theorie des NS-Antisemitismus keine zureichende Erklärung aller darin versammelten Momente bieten können. So verwirft er die gängige Variante, Antisemitismus einfach als eine Unterart von Rassismus zu qualifizieren: Spreche Rassismus vom Untermenschen als einer potentiellen Gefahr, so gelte im Gegensatz dazu dem Antisemiten der "Jude" als Übermensch, der die verschiedensten Entwicklungen bereits real bestimmt, "die Fäden zieht". Antisemitismus, so Postone, habe immer den Anspruch vertreten, die Welt erklären zu können. Auch die vielfach vertretene These, Antisemitismus müsse als Revolte gegen die Moderne verstanden werden, kritisiert Postone. Er verweist darauf, daß die Nationalsozialisten Blut *und* Maschine positiv mystifizierten, und daß die NS-Agitation gegen "Bonzen" sich niemals gegen den "produktiven", den Industriekapitalisten gerichtet habe. Eine als "konkret" begriffene Seite modernster kapitalistischer Produktion galt als der NS-"Volksgemeinschaft" zugehörig, gegen sie richtete sich kein antisemitischer Affekt. Schließlich sieht Postone als nicht zureichend an, moderne antisemitische Verfolgung aus der Identifikation der "Juden" mit der Zirkulationssphäre, dem Geld, zu erklären, wie Adorno/Horkheimer vorschlugen. Die NS-Ideologie interpretierte die unterschiedlichsten modernen Erscheinungen als jüdisch gelenkt — darunter der "*'Asphaltdschungel' der wuchernden urbanen Metropolen*" ebenso wie "*vulgäre, materialistische, moderne Kultur*". Sie sah aber insbesondere "den Juden" gleichermaßen hinter "Bonzen" und "Bolschewismus" stehen, was Adornos/Horkheimers These nicht zu erfassen vermag. Daß die Juden als Drahtzieher für das "*Aufkommen eines großen, in zunehmendem Maße sich organisierenden industriellen Proletariats*" galten, ist Beleg für die Grundthese Postones, daß "*eine sorgfältige Überprüfung des antisemitischen Weltbildes das Vorliegen einer Denkform deutlich werden läßt, in der die rasche Entwicklung des industriellen Kapitalismus*" insgesamt "*durch den Juden personifiziert und mit ihm identifiziert wird.*"

Postone betont in seinen Ausführungen weiter die auffällige Beobachtung, daß diese geheime Macht der Juden mit Attributen der Mobilität, der Abstraktheit und einer mysteriösen Unfaßbarkeit versehen wird. Diese Beobachtung ist Ausgangspunkt für

Der Film Metropolis

wurde 1926 unter damals enormen Kosten von 5 bis 7 Mio. RM bei der UFA gedreht. Nach der über dreistündigen Uraufführung 1927 wurden einige reaktionäre Züge seines Inhalts durch die linke Presse (Weltbühne) und im Ausland kritisiert (insbesondere in Frankreich). Eine durch die UFA um ein Viertel gekürzte Fassung sollte dem Film eine größere Verbreitung sichern.

Heute existieren je eine BRD- und DDR-Rekonstruktion des Films, die jeweils ca. 115 Min. des erhaltenen Filmmaterials versammeln. Eine kolorierte Version wurde in den 80er Jahren recht schlampig auf 87 Min. gekürzt und mit Pop-musik unterlegt. Bei dieser — als Video erhältlichen — Fassung liegen alle Rechte. "Metropolis" wurde in der Nachkriegszeit zunehmend unkritisch-"cineastisch" angenommen — in Hamburg hat sich etwa seit langem ein "Alternativkino" nach diesem Film benannt. Aktuelle Debatten um die Hauptstadt Berlin greifen immer wieder Filmmotive auf: So ist in der Diskussion, Babelsberg (Ort der UFA- bzw. DEFA-Studios) von "Metropolis" inspiriert umzugestalten; auch werben Filme zur altneuen Hauptstadt mit Versatzstücken aus "Metropolis" (das NDR 3 — "Hauptstadtmagazin" zeigt Szenen daraus im Vorspann, der SPIEGEL wirbt unter dem Schlagwort "Metropolis" für ein Berlinvideo).

"Metropolis" ist nicht der einzige Film deutschnational-antisemitischen Inhalts des Teams Fritz Lang — Thea von Harbou. Ihm gingen z.B. die "Nibelungen" voraus, ein zweiteiliger Film, der "*Sendbote des Deutschtums*" (von Harbou) sein sollte. An der Uraufführung nahm eine Regierungsriege, u.a. mit Außenminister Stresemann, teil. Hitler würdigte den Film in Reden direkt nach der Machtübernahme als vorbildhaft; dieser Film, äußerte er gegenüber von Harbou, habe ihn am Tag nach der Festungshaft wiederaufgerichtet. "Nibelungen" wurde durch staatliche BRD-Studios unter höchsten Kosten restauriert und vor kurzem ohne kritische Debatte um Filmaussagen im Fernsehen wiederaufgeführt.

die Einordnung des NS-Antisemitismus in eine Ideologiegeschichte der Moderne. Postone geht von einer Tradierung von Weltanschauungen aus, wie sie sich aus kapitalistischen Strukturen nicht zufällig ergibt. Er geht dabei zurück auf den Begriff des "Fetischs", den Marx in der gängigen Anschauung von Ware erblickt. Ware ist einerseits Gebrauchswert, in ihr kommen andererseits — im Tauschwert — gesellschaftliche Beziehungen zum Ausdruck. Daß in den Gebrauchswert Arbeit einfließt, die Ware also bereits darin eine gesellschaftliche Dimension besitzt, wird nicht wahrgenommen. Die Gebrauchseigenschaften scheinen der Ware als bloßem, konkreten Ding innezuwohnen. Auch die Wahrnehmung der abstrakten Seite, des Tauschwerts, wird abgetrennt und die Dimension gesellschaftlicher Vermittlung wird einem Ding als anhaftende Eigenschaft zugeschrieben: dem Geld. Konkrete wie abstrakte Seite werden jeweils verselbständigt und vergegenständlicht: hypostasiert (7). Diese von Marx an der Ware explizierte "fetischisierte" Wahrnehmung ist nicht zufällig, sondern die kapitalistische Gesellschaftsorganisation legt nahe, solche Denkmuster zu ergreifen. Die Kategorie "Fetisch" ist daher bei Postone bedeutsam für die Analyse von Denkrichtungen, wie sie sich im Kapitalismus gängigerweise entwickeln. Die Aufsplittung in positivistische Anschauungen einerseits, romantizistische andererseits, läßt sich aus dieser Figur, der Hypostasierung von "konkreten" und "abstrakten" Dimensionen von Wirklichkeit, ableiten. Während das positive Denken das Abstrakte als überhistorisch verselbständigt, hypostasiert der Romantizismus — der dem Selbstverständnis nach "antibürgerlich", "Revolte" ist — das Konkrete.

Postone untersucht die Traditionen des romantischen "Antikapitalismus", der eine abstrakte Seite des Systems abspalten, und als schädlich beseitigen will. Solche Denkformen hätten früher dazu tendiert, das Geld als die Wurzel der Übel zu begreifen, und sich zunächst auf überschaubare, mechanistische Modelle bezogen. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts aber sei mit dem Aufkommen biologistischer Modelle eine neue Dynamik zu beobachten. Diese Veränderung führt Postone darauf zurück, daß die Ausbreitung des Kapitals zu diesem Zeitpunkt bedeutsamer geworden sei. Kapital wurde durch Marx als die *"unaufhörliche rastlose Selbstvermehrung des Wertes"* gekennzeichnet: diese Dimension spiegle sich in jenen Ideologien. Postone begreift daher die neu aufkommenden biologistischen Ideologien als Fortschreibungen des romantischen "Antikapitalismus", die nunmehr aber dem "Kapitalfetisch" erliegen: Die konkrete Seite kapitalistischer Entwicklung wird als "natürlich" gefaßt, die negative Seite als "krankhaft", "wuchernd", "parasitär" oder "unnatürlich" abgespalten.

Die Übereinstimmung der Juden zugeschriebenen Eigenschaften (*"Abstraktion", "Mobilität", "mysteriöse Unfaßbarkeit"*) mit jener negativen Seite führt Postone zur These, Antisemitismus müsse als Form eines verschoben-romantischen "Antikapitalismus" begriffen werden, der die abstrakt-"unnatürliche" Seite moderner Entwicklung im "Juden" hypostasiere.

Das bedrohliche Abstrakte...

Postones Erklärungsansatz macht möglich, die Logik des Filmes "Metropolis" exakter zu beschreiben. Wie dargestellt werden in der Filmhandlung zwei Gegenspieler der "natürlichen Ordnung" isoliert und vernichtet: Die falsche Maria und der Erfinder Rotwang. In der manichäischen Denkweise des Filmes (8) haben diese beiden Figuren die Rolle des Bösen zu übernehmen. Alle negativen Phänomene, so entgegengesetzt sie sein mögen, werden auf diese Quelle zurückgeführt.

Was Postone aus der NS-Ideologie *ableitet*, ist im Film "Metropolis" regelrecht *abgebildet*: Die Personifizierung des Abstrakten. Der Übergang des Roboters zur menschlichen Figur, der an der falschen Maria vorexerziert wird, markiert die Personalisierung von Kategorien wie "künstlich", "mysteriös", "nicht faßbar" und "unnatürlich". Die Gestalt des Roboters kann also nicht als zufälliges, ausgestaltendes Science-Fiction-Element gelten, das der ideologischen Aussage des Filmes bloß hinzugefügt wäre, sondern sie beschreibt ganz im Gegenteil dessen ideologisches Zentrum. So darf nicht als Effekthascherei mißverstanden werden, wenn im Film auf die Übergänge — von der Maschine zur Frau, von der Frau zurück zum Metall — allergrößtes Gewicht gelegt wird. Ausführlich und eindrucksvoll ist abgebildet, wie Rotwang dem Roboter das Gesicht Marias gibt und ihn zum "Leben" erweckt. Die maschinellen Aufbauten, zahlreiche Lichteffekte, riesige Laborgegenstände etc., die dieser Szene Nachhaltigkeit verleihen, betonen die Dimension des "Abstrakten", die nach der Filmaussage ausgesondert gehört.

In jenem Prozeß der Aussonderung — bei der Verbrennung der falschen Maria — steht im Kern, daß das Böse wieder als das Abstrakte, das es im Zentrum eigentlich ist, sichtbar wird: Was als Person galt, ist *erkennbar* unnatürlich gewesen. Zurück bleibt als konkreter Gegenstand das Metall, aus dem der Roboter erbaut war, und das nach dem rettenden Akt der Verbrennung der Gemeinschaft Metropolis gefahrlos wieder zugeführt werden könnte. In seinem Aufsatz "Die Logik des Antisemitismus" analysiert Moishe Postone die Funktion, die "Auschwitz" in einem modernen antisemitischen Konzept gehabt haben kann. Darin schreibt er: *"Eine kapitalistische Fabrik ist ein Ort, an dem Wert produziert wird, die 'unglücklicherweise' die Form der Produktion von Gütern annehmen muß. Das Konkrete wird als der notwendige Träger des Abstrakten produziert. Die Ausrottungslager waren demgegenüber keine entsetzliche Version einer solchen Fabrik, sondern müssen eher als ihre grotesk arische 'antikapitalistische' Negation gesehen werden. Auschwitz war eine Fabrik zur 'Vernichtung des Werts', d.h. zur Vernichtung der Personifizierung des Abstrakten. Sie hatte die Organisation eines teuflischen industriellen Prozesses mit dem Ziel, das Konkrete vom Abstrakten zu 'befreien'. Der erste Schritt dazu war die Entmenschlichung, das heißt, die 'Maske' der Menschlichkeit wegzureißen und die Juden als das zu zeigen, was 'sie wirklich sind', Schatten, Ziffern, Abstraktionen. Der zweite Schritt war dann, diese Abstraktheit auszurotten, sie in Rauch zu verwandeln, jedoch noch zu versuchen, die letzten Reste des konkreten gegenständlichen 'Gebrauchswerts' abzugewinnen: Kleider, Gold, Haare, Seife."* Die Verbrennung der Figur der Roboterfrau Maria im Film "Metropolis" muß als eine symbolische Vorwegnahme dieser Konstellation gelten.

...als das "jüdische" Prinzip

Was Postone für den Nationalsozialismus als einen einheitlichen Prozeß beschreibt — die Personifizierung des Abstrakten im "Juden" — ist im Film "Metropolis" aufgesplittet. Symbolisiert die Roboterfrau Maria im Film die Personalisierung aller negativen Aspekte der Moderne, so steht der Erfinder Rotwang als Drahtzieher hinter dieser Figur. Daß dieser Drahtzieher seinem Geschöpf eng verbunden ist, stellt der Film dadurch heraus, daß Rotwang zur Lebenserweckung des Roboters eine eigene Hand opfern mußte: Sie ist an ihm ersetzt durch eine Gliedmaße aus Metall, die ihn unlösbar ans Unnatürliche, Künstliche bindet. Mit der falschen, der Metallhand, betätigt Rotwang den entscheidenden Griff zur Schöpfung der falschen Maria, mit ihr hält er die echte Maria in Schach. Und diese künstliche, anorganische Gliedmaß schließlich bietet er auch dem Kapitalisten Fredersen an, als er zum Handschlag zwischen den Verschwörern aufgefordert ist.

Die Figur "Rotwang" steht als Zauberer, der Gott versuchen, überwinden will in der deutschen Tradition von "faustischen" Ge-

stalten. Unübersehbar ist aber auch, daß "Rotwang" im Film in vieler Hinsicht als "jüdisch" gezeichnet ist. Auf eine solche Identität deutet nicht nur der Name, auch der Wohnort Rotwangs erinnert an jüdische Existenzweisen — die Hütte ähnelt Darstellungen aus dem osteuropäischen "Schtetl". In seiner gebeugten Haltung, mit langem Haar und altertümlich anmutendem Umhang, verkörpert er den der Welt von "Metropolis" zutiefst Fremden. Antisemitischem Stereotyp entspricht auch seine große Mobilität — er ist der einzige, der sich in "Metropolis" überall zu bewegen vermag. Der alte "Rotwang" verfolgt die junge Maria, die Natürlichkeit verkörpert — solch unangemessene Annäherung und sexuelle Attacke entsprechen dem Bild, das der Antisemitismus sich vom "Juden" macht. Dem Stereotyp vom "ewigen Juden" entspricht auch, daß Rotwang der Zeit enthoben erscheint; er bewohne *"ein seltsames Haus, das die Jahrhunderte vergessen hatten"* — teilt ein Zwischentext mit.

Die durchgängige christliche Symbolik des Filmes läßt Rotwang als Repräsentanten des Teufels, als den Antichrist erscheinen (9); er ist Gegenspieler Freders und der "Jungfrau-Mutter" Maria. — Die Bezeichnung "Jungfrau-Mutter" prägte Thea von Harbou für die Figur "Maria" im Roman "Metropolis", den sie parallel zum Film veröffentlichte; die Schriften Thea von Harbous spiegeln den engen inneren Zusammenhang von reaktionärem Frauenbild und Antisemitismus zugrundeliegender Denkstruktur. — Die christliche Konstellation ist aber ideologisch so aktualisiert, daß die Verschwörung nun gegen die eigentlich positive, "konkrete" Seite der modernen kapitalistischen Entwicklung gerichtet erscheint.

Getreu dem antisemitischen Muster ist im Film "Metropolis" der durch und durch Grauen erregende Rotwang als Drahtzieher hinter die zerstörerische Entwicklung gestellt. In einer Szene erklärt er der gefangenen Maria, sie quälend, die Zusammenhänge — die Zwischentexte lauten: *"Joh Fredersen will, daß die in der Tiefe sich durch Gewalttat ins Unrecht setzen, damit er das Recht zur Gewalt gegen sie bekommt. — Wenn Du zu einem armen Bruder sprachst, hast Du zum Frieden geredet, Maria... Heute hetzt dein Mund auf Befehl Joh Fredersens gegen ihn."* "Er, Rotwang, habe dem Vater verschwiegen, daß Freder Mittler sein wollte, und nun werde die falsche Maria *"den Glauben an den Mittler zerstören. ...ich habe Joh Fredersen betrogen! Nicht seinem Willen folgt dein Ebenbild — nur meinem allein!"* (10) Obwohl das Verhältnis der Vater-Figur zur Zerstörung undurchsichtig bleibt (11): Die Macht über den abstrakten Roboter behält allein Rotwang, und die Zerstörung der Herzmaschine, der beabsichtigte Mord an "Metropolis" und den Maschinen, ist sein Werk. Ohne Abstriche ist also in "Metropolis" jene antisemitische Figur der Weltverschwörung verwirklicht, die Postone als die Personifizierung einer abstrakten Seite modern-kapitalistischer Entwicklung im "Juden" analysierte.

Antisemitismus und Klasseninteresse

Die im Film "Metropolis" ausgebreitete Ideologie muß ideengeschichtlich als ein direkter Vorläufer für den NS-Antisemitismus bezeichnet werden. Indem der Film die Strukturen jenes Denkens sehr offensichtlich werden läßt, kann er als ein sehr wichtiger Beleg für die Plausibilität der Ausführungen Moishe Postones gelten. Ein der NS-Ideologie innewohnendes Element von "Rebellion" ernstzunehmen ermöglicht, dahinterliegende Strukturen des modernen Antisemitismus und deren Zustandekommen zu erklären. Postone veröffentlichte seinen Aufsatz zur Logik des Antisemitismus in der BRD bereits 1979, stieß damit in der hiesigen Linken jedoch auf keine nennenswerten Reaktionen. Wie ist solches Desinteresse zu erklären?

Bei allen Differenzen gab es 1979 unter den verschiedenen kommunistischen Gruppen, aber auch in linkssozialdemokratischen und Sponti-Kreisen, eine weitgehende Einigkeit darüber, Faschismus als Herrschaftsvariante zu definieren. Für diese Sichtweise konnten und können gewichtige historische Argumente ins Feld geführt werden: Etwa die massive Unterstützung der NSDAP durch die Schwerindustrien, die 1932/33 entscheidend zur Machtübergabe beitrug; oder die positive Rolle, die die NSDAP-Politik in vielen Bereichen für Profitmaximierung und die politischen Ziele der Bourgeoisie spielte. Mit dieser These reagierte die aus der APO entstandene Linke zudem auf Tendenzen der BRD-Geschichtsschreibung, die NS-Zeit als eine Art Betriebsunfall darzustellen. Im Teufel Hitler wurde die Verantwortung für alle Handlungen jener Zeit konzentriert, um sie durch dessen Tod als bewältigt betrachten zu können. Gegen jenes "Männer machen Geschichte" wandte sich die Linke mit der Definition des Faschismus als Klassendiktatur, als funktional für die Bourgeoisie. Bei allen Differenzierungen wurde damit im Kern an der Komintern-Doktrin Georgi Dimitrows festgehalten.

Dieses festgefügte Interpretationsmuster trug indes zu einem relativen Desinteresse der "Neuen Linken" an faschistischen Bewußtseinsformen entscheidend bei. Insbesondere wurde der Antisemitismus der Nationalsozialisten kaum jemals wirklich beachtet und gründlicher untersucht. Selbst das zentrale geschichtliche Ereignis "Auschwitz" — die Vernichtung des europäischen Judentums — galt über lange Zeit hinweg kaum als erklärungsbedürftig. Solche Defizite sind der Definition von Faschismus ***allein*** als einer bewußt gewählten Form von Klassenherrschaft logisch eingeschrieben. Sie baut darauf auf, daß die geschichtlichen Akteure in ihrem Handeln letztlich von jeweils objektiv ableitbaren Klassenanalysen geprägt waren, daß sich also objektive Verhältnisse in subjektiven Handlungsmotiven adäquat widerspiegeln. Damit ist vorausgesetzt, daß entweder objektive Wirklichkeit — Kapitalismus — durch die Akteure jeweils erkannt wird — daß sie also über das Erkenntnisinstrumentarium des historischen Materialismus verfügen; oder es wird davon ausgegangen, daß "ökonomische" Interessen sich auf geheimen Wegen auch dort unmittelbar durchsetzen, wo krudeste Welterklärungen als angebliche Handlungsmotive präsentiert werden. Die präsentierte Ideologie gilt dann als nur scheinhafte "Motivation", die den wirklichen Handlungshintergrund verschleiert. Per Definition ausgeschlossen ist, daß eine Ideologie, ein Wahn, das Handeln geschichtlicher Akteure determinieren und dadurch geschichtliche Abläufe prägen könnte. Auch die Herausbildung und die Gestalt eines solchen Wahnes selbst muß so zwangsläufig ein unergründliches Mysterium bleiben.

Leerstelle Antisemitismus

So wurde Antisemitismus als bloßes Vorurteil gegen Juden interpretiert, anstatt seinen Charakter als einer eigenständigen Welterklärung zu erkennen. Antisemitismus wurde als bloß vorgeschoben interpretiert — die Juden galten als Sündenböcke, die das Kapital dem Volk zur Ablenkung präsentierte. Ein Muster, das zum einen die Augen davor verschließt, daß auch in Bourgeoisie und Staatselite (in der NSDAP zumal) ganz reale Antisemiten saßen, und das zum anderen die Frage nicht zu beantworten weiß, warum denn das verführte Volk ein Angebot, Juden zum Sündenbock zu machen, so dankbar aufgriff. Antisemitismus wurde schließlich als eine im Grunde dem Feudalismus zugehörige Vorstellungswelt interpretiert, als überkommener Irrglaube untergehender Klassen, der mit jenen absterbenden Klassen und ihren speziellen Interessen gänzlich verschwinden werde. Dieser Hypothese zufolge, die auf einer Schrift Engels' basiert, hätte Judenhaß in der Mitte des 20. Jahrhunderts je-

denfalls in Deutschland keinerlei größere Bedeutung mehr haben dürfen; sie kann nicht im entferntesten die Energie erklären, mit der das nationalsozialistische Projekt Auschwitz, durch die Kriegsjahre hindurch, vorangetrieben wurde; und sie blamiert sich ganz aktuell, angesichts antisemitischer Renaissancen nicht nur in Rußland, sondern auch in Deutschland, jeden Tag aufs neue.

Eine Ideologiegeschichte, die alles Denken allein auf "Klasseninteresse" zurückführen will, muß ganz offensichtlich dort versagen, wo Wahnsysteme, wie z.B. die antisemitische Weltverschwörungstheorie, Bewußtsein und Handeln von Menschen prägen. Verabschiedet mensch sich von diesem Ausgangspunkt, gewinnt die Untersuchung der inneren Struktur dieses Wahns eine neue und größere Bedeutung. Soll, wie Postone vorschlägt, das "rebellische" Selbstverständnis des Antisemitismus ernstgenommen und analysiert werden, muß auf Äußerungsformen dieses Wahnes selbst zurückgegriffen werden — auf antisemitische Texte, politische Programme, Bilddarstellungen und: Filme.

"Ideologische" Aspekte, ist dann zu vermuten, müßten Eingang in eine Definition von "Faschismus" finden. Mit dem von Moishe Postone vorgeschlagenen Erklärungsinstrumentarium werden Übergänge eines "romantischen" Antikapitalismus zu Antisemitismus beschreibbar, die auch in der Dynamik faschistischer Bewegungen aufzufinden sind. Es geht dabei um die Übergänge z.B. zwischen dem Strasser- und dem Hitlerflügel in der NSDAP, die eben keinesfalls zufällig und fälschlich zunächst *eine* Partei bildeten. Auch die Geschichte des italienischen Faschismus (über dessen vorhandenen oder nichtvorhandenen Antisemitismus gegenwärtig diskutiert wird) könnte als eine an diesem ideologischen Kippunkt stehende beschreibbar sein.

Modernität...

Der Antisemitismus der NSDAP war, den Ausführungen Postones zufolge, keinesfalls einfach "antimodern", reagierte in seinem Zustandekommen vielmehr auf die modernsten Entwicklungen seine Zeit.

In der NS-Propaganda — und auch im Metropolis-Film — geht der Antisemitismus über eine Fixierung des "Juden" auf die Zirkulationssphäre weit hinaus. In ihrer Konzeption einer modernen "Volksgemeinschaft" sprengte diese Propaganda Formen einer traditionellen kapitalistischen Marktwirtschaft, der klassische Vorstellungen über Strukturen der "Zirkulationssphäre" zugrunde liegen. In "Metropolis" ist diese Überwindung traditioneller Marktwirtschaft in der sich verändernden Rolle des Kapitalisten Joh Fredersen gespiegelt. Die Welt der Herrschenden ist einerseits wie eine aristokratische Hofgesellschaft abgebildet, andererseits sind Elemente des "liberalistischen" Kapitalismus hervorgehoben. Fredersen verhält sich zu Beginn, als binde ihn nur der ökonomische Zusammenhang an seine Arbeiter, mit denen er außerhalb des Ausbeutungsverhältnisses im Grunde nichts zu tun haben will. Diese Haltung erscheint angesichts der dargestellten industriellen Formation als anachronistisch. Die Rebellion des Sohnes bewegt den Vater dazu, die ökonomische mit einer politischen Führungsrolle eng zu koppeln. Beide begreifen sich nunmehr umfassend als Führung eines ganz auf Produktionismus eingestellten Systems. Für dieses System ist bezeichnend, daß die dabei hergestellten Waren im Film an keiner Stelle auch nur auftauchen: Nicht die Konsummöglichkeit integriert die Arbeiter ins System, wie in einem liberal-marktwirtschaftlichen Modell gedacht werden müßte (und sei es nur über die plattgedrückte Nase am Schaufenster), sondern die Beteiligung an einer riesigen Produktionsmaschinerie. Die Produktion erscheint wie ein selbstgenügender Zweck, dem sich die Arbeiter soldatisch zu unterwerfen haben. Das Idealbild eines solchen "Arbeiters" entspricht dem gleichnamigen Essay ("Der Arbeiter"), das Ernst Jünger 1932 veröffentlichte.

Diese Sprengung traditionell marktwirtschaftlicher Formen darf aber nicht einseitig als "Selbstaufhebung des Kapitalismus" mißverstanden werden, wie es aus dem Traditionszusammenhang der Kritischen Theorie bisweilen geschieht (vgl. beispielsweise Texte zur Faschismusanalyse der Freiburger "Initiative Sozialistisches Forum"). Staatsinterventionismus, ein Primat des Raubes und der Politik ging vielmehr mit einem Modernisierungsschub hin zu organisiertem industriellen Kapitalismus einher. Auch dieser Zusammenhang beschreibt eine wichtige Voraussetzung für die Durchsetzungskraft nationalsozialistischer Ideologie.

Berthold Brunner

Anmerkungen:

(1) Lang berichtet im Interview, die Leitung der UFA abgelehnt zu haben und statt dessen noch am selben Abend emigriert zu sein. Zur Emigration trug sicherlich bei, daß der aktuellste Lang-Film, "Das Testament des Dr. Mabuse", durch die Nationalsozialisten verboten wurde. Die von Lang verbreitete und verschiedentlich ausgeschmückte Version eines Angebots durch Goebbels wird indessen angezweifelt. So äußerte Conrad von Molo, Cutter im Film "Das Testament des Dr. Mabuse", Lang hätte ein solches Angebot niemals ausgeschlagen: *"Er hätte das mit fliegenden Fahnen gemacht"*. Vgl. zu Lang-Interviews: Siegfried Kracauer, von Caligari zu Hitler, Frankfurt am Main 1979, S. 173, und Michael Töteberg, Fritz Lang, Reinbek 1985, S. 78; zum Interview mit von Molo: Reinhold Keiner, Thea von Harbou und der deutsche Film bis 1933, Hildesheim 1984, S. 292.

(2) Vgl. Michael Töteberg, Fritz Lang, Reinbek 1985, S. 52.

(3) In einer Filmszene stellt sich eine der zentralen Negativfiguren des Filmes (die Roboterfrau, die "falsche" Maria) in der Pose der New Yorker Freiheitsstatue dar.

(4) Zur Bedeutung ornamentaler Massenaufmärsche im "Metropolis"-Film vgl. Siegfried Kracauer (Anm. 1), S.173.

(5) Gravierende logische Brüche durchziehen den Film "Metropolis" schon im Ansatz: So ist aus der Filmlogik unbegreiflich, wer die wuchernde Oberstadt von "Metropolis" eigentlich bevölkert, da der Film keine Angestelltenschicht kennt, und die Leitung der Stadt ("Hirn") von einem einzigen Turmgebäude ausgeht.

(6) Moishe Postone veröffentlichte 1979 den Aufsatz "Antisemitismus und Nationalsozialismus" in der Frankfurter StudentInnenzeitung "Diskus". Der zweite Teil dieses Textes erschien in leicht überarbeiteter Form unter dem Titel "Die Logik des Antisemitismus" in Merkur I, 36. Jahrgang, Stuttgart 1982, und wurde seitdem verschiedentlich nachgedruckt.

(7) "Hypostasieren" kann neben dem Genannten auch die Bedeutung von "Personifizieren" annehmen.

(8) Die manichäische Religion (ca. 2. bis 14. Jahrhundert) basierte auf einem radikal zugespitztenül Dualismus "des Guten" und "des Bösen" in der Welt.

(9) Im Film ist z.B. eine vergangene Konkurrenz von Fredersen und Rotwang um "Hel" thematisiert, der ein großer Altar gewidmet ist. Auf diesem Altar ist eingeschrieben, Hel sei bei der Geburt "Freders" gestorben. Freder aber ist im Film mehrfach christusähnlich gezeichnet. Der hier angesprochene Mythos spiegelt also symbolisch Religionsgeschichte aus antijüdischer Sicht: Hel steht, wie eine Urgöttin, für den gemeinsamen Ursprung von Juden- und Christentum, die durch "Christus" aufgelöst wurde. Rotwang bzw. das Judentum gelten als dessen eifersüchtige Feinde und potentielle Mörder.

(10) Die Darstellung folgt hier der in der BRD durch das Münchner Stadtmuseum/ Filmmuseum rekonstruierten Fassung. Es darf angenommen werden, daß die dort eingeblendeten Zwischentexte tatsächlich dem Original-Filmmaterial entnommen sind. In der DDR-Rekonstruktion fehlt der letzte Zwischentext, der die letzte Verfügungsgewalt Rotwangs über den Roboter dokumentiert. In der modernisierten, gekürzten Version des Filmes, die als Video erhältlich ist, ist Rotwang im Gegenteil in den Mund gelegt, er habe die Kontrolle über den Roboter verloren.

(11) Nach der BRD-Rekonstruktion belauscht die Vaterfigur das zitierte Gespräch Rotwangs mit Maria und kämpft daraufhin mit Rotwang, so daß Maria fliehen kann. Dazu steht im Widerspruch, daß die Vaterfigur dem Werkmeister später befiehlt, den anstürmenden revolutionären Massen den Zugang zur Herzmaschine zu ermöglichen. Die DDR-Fassung spricht nicht vom Kampf Fredersen-Rotwang, wohl aber vom Befehl des "Hirn" an den Werkmeister, die Tore zu öffnen. In der dritten, stark gekürzten (Video-)Fassung dagegen weist Fredersen den Werkmeister an, die Arbeiter aufzuhalten.

Totale Herrschaft und Antisemitismus

Darstellung und Kritik der Totalitarismustheorie von H. Arendt

Resultat der Untersuchungen von Hannah Arendt über "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" ist, daß sowohl unter den Nazis als auch unter Stalin eine Form von Herrschaft realisiert wurde, die es vorher in der Geschichte nicht gegeben hatte (1). Besonders der Linken sind solche Formanalysen von vornherein suspekt. Und wenn dann gar noch von der Identität von Faschismus und Stalinismus die Rede ist, dann sieht auch der überzeugteste Antistalinist zumindest konservative Reaktionäre am Werk.

Formen sind dinglose, immaterielle Phänomene, sind also immer mit dem Ruch des "bloß Ideellen" behaftet. Die Linke hält sich dagegen gern zugute, nur "inhaltlich" zu argumentieren. Deshalb ist in ihren Analysen selten von Formen die Rede, sondern mehr von den Bedürfnissen der Menschen, den ökonomischen Interessen, der gesellschaftlichen Arbeit oder ähnlichen "materiellen" Erscheinungen. Daß sich Denkformen oder gar Ideologien derart verselbständigen können, daß sie — und nicht materielle Inhalte — die Wirklichkeit konstituieren, halten sie für ausgemachten bürgerlichen Idealismus. Aber genau das ist nicht nur die zentrale These von Arendt in Bezug auf totale Herrschaft, sondern die erkenntnistheoretische Basis, von der aus sie Wirklichkeit analytisch erfaßt.

Selbstverständlich waren die ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen, die der Stalinismus vorfand, ganz andere als die für die Nazis. Dies zu leugnen, kam auch Arendt nie in den Sinn. Für den, der allein inhaltlich argumentieren will, läßt sich Nazismus und Stalinismus deshalb zu Recht gar nicht vergleichen — denn für ihn muß jede Analyse von den gegebenen historischen Voraussetzungen ausgehen. Die Resultate sind dann für jeden Gegenstand notwendigerweise so verschieden, wie es die Voraussetzungen schon waren.

Keine Realanalyse kann jedoch den losgelassenen Widersinn totaler Herrschaft erfassen und erst recht nicht die Konsequenz, mit der die Nazis die Juden schließlich vernichten mußten. Am wenigsten solche, die meinen, ihre Urteile seien das Resultat empirischer Untersuchungen. Dieser Empirismus betrügt sich selbst. Ohne im Denken einen rational nachvollziehbaren Sinn oder Zweck immer schon als gegeben vorauszusetzen, können Daten gar nicht geordnet und untereinander in Beziehung gesetzt werden, mehr noch: sie würden gar nicht erst wahrgenommen (2). Langer Rede kurzer Sinn: Das Folgende hat zur erkenntnistheoretischen Grundlage, daß die Wirklichkeit grundsätzlich formbestimmt ist und nur von dieser Seite her angemessen analysiert werden kann. Und es werden Arendt deshalb nur Autoren gegenübergestellt, die ebenfalls auf dieser Ebene argumentieren (3).

Das grundsätzliche Problem einer jeden Formanalyse ist es, zu erklären, wie innerhalb der alten neue Formen sich herausbilden (4). Daß genau dies Arendt nicht gelungen ist, es sich bei der von ihr analysierten Form der Herrschaft also nicht um eine neue, sondern "lediglich" um die Vervollkommnung der existierenden Form, des Kapitalismus also, handelt (5), soll nun ausgeführt werden — wobei ich mich beim Nachvollzug des Gedankenganges von Arendt, so weit es geht, auf die Rolle beschränken werde, die der Antisemitismus in ihrer Formanalyse einnimmt.

Historische Grundlagen totaler Herrschaft

a) Antisemitismus

Arendt beginnt ihre Untersuchung mit einer Analyse der politischen und ökonomischen Situation im beginnenden 19. Jahrhundert. Hier hebt sie hervor, daß mit dem Übergang des absolutistischen Staates zum Nationalstaat der gesellschaftliche Status und das Selbstverständnis der sogenannten Hofjuden zerstört wurden. Diese von ihren jüdisch-religiösen Traditionen längst entfremdeten Juden waren für den absolutistischen Staat ein wesentliches Bindeglied zur Gesellschaft und zogen daraus ein vom jüdischen Volkstum unabhängiges, neues Selbstbewußtsein. Sie waren nicht nur diejenigen, auf die dieser Staat sich verlassen konnte, wenn es galt, Staatsgeschäfte über Kredite zu finanzieren, sondern aufgrund ihrer internationalen Beziehungen stellten sie auch eine Brücke zu den anderen Staaten her, die man ausgiebig und erfolgreich nutzen konnte. Mit der Entstehung der Nationalstaaten verloren diese Juden jedoch ihre politische Funktion und damit ihre gesellschaftliche Identität.

Im Bewußtsein der Bevölkerung jedoch blieb die Erfahrung mit der ehemaligen gesellschaftlichen Rolle dieser Juden nicht nur erhalten, sondern wurde zu einer sich verselbständigenden, ideologischen Macht. Die Juden wurden nämlich weiterhin mit ihrer Funktion als Vermittlungsglied zwischen Gesellschaft und Herrschaft identifiziert. Damit war der Grundstein für die Rolle gelegt, die nicht nur dem Antisemitismus, sondern der totalitären Ideologie überhaupt später zufallen wird: Mit dem Antisemitismus wurde erstmals eine Massenideologie geschaffen, die zur Projektionsfläche einer gesellschaftlichen Massenbewegung werden konnte und dabei nicht mehr der Ausdruck wirklicher Interessen und Bedürfnisse war und sich gegen eine wirklich herrschende Macht richtete, sondern umgekehrt: die Ideologie konstruierte sich die Wirklichkeit, die sie brauchte, um sich als Praxis realisieren zu können. Zu diesem Zweck nahm sie tatsächlich vorhandene, aber in jeder Hinsicht nicht für die wirklichen Herrschaftsverhältnisse verantwortliche Personen zum Gegner und projizierte auf sie alle Macht des Feindes, der für alles Übel verantwortlich war (6).

Der zentrale Unterschied zwischen der Analyse von Arendt und den Thesen etwa von Postone wird an dieser Stelle schon deutlich. Die dem Antisemitismus eigentümliche Abstraktheit und die Personifizierung dieser Abstraktheit in den Juden erklären Arendt und Postone auf verschiedene Weise. Bei Arendt ist es die historische Entwicklung, die den Antisemitismus vom Konkreten zum Abstrakten treibt. Bei Postone hingegen ist es das sich mit der Warenform konstituierende fetischisierte Denken, das ein abstraktes gesellschaftliches Verhältnis (den in die Warenförmigkeit eingebundenen Wert, der das Geldkapital als die Ursache der Ausbeutung erscheinen läßt) in lebenden Menschen personifiziert.

b) Völkische Ideologie

Die Analyse des Imperialismus macht neben der des Antisemitismus den zweiten Hauptteil des Textes von Arendt aus. Der Imperialismus schuf mit dem Rassismus eine weitere Ideologie und mit der Verbürokratisierung der Herrschaft neue historische Bedingungen, auf denen die totale Herrschaft später aufbauen konnte. Wie beim Antisemitismus beruhte auch der Rassismus auf wirklichen Erfahrungen: die mit den unzivilisierten Menschen in den Kolonien. Aber auch hier gilt: In dem Augenblick, wo der reale Erfahrungsgehalt verschwindet, verschwindet nicht auch die darauf aufbauende Erfahrung, sondern diese gewinnt ein Eigenleben und konstruiert als Ideologie aus sich selbst die Wirklichkeit.

Die Rassenideologie trat zum Antisemitismus nicht lediglich hinzu, sondern verschmolz mit ihm. Die Juden bestätigten der rassisch-völkischen Gemeinschaft quasi die Richtigkeit ihrer Theorien: Gab es hier doch wirklich ein Volk,

"das es immerhin fertiggebracht hatte, ganz und gar landlos und staatenlos durch zweitausend Jahre hindurch seine Identität zu bewahren." (S. 384)

Und hinzu tritt noch die spezifische Verkehrung des jüdischen Auserwähltheitsanspruchs im völkischen Denken:

"Was aber mehr als alle anderen Faktoren die Juden zu dem gleichsam natürlichen Kristallisationspunkt der Rasseideologie des zwanzigsten Jahrhunderts machte, war die allen Beteiligten evidente Tatsache, daß der Auserwähltheitsanspruch der Panbewegungen nur in dem jüdischen Auserwähltheitsanspruch einen ernsthaften Konkurrenten hatte. Dabei ist es kaum von Belang, daß die jüdischen, religiös gebundenen Auserwähltheitsvorstellungen mit den völkischen Lehren von dem göttlichen Ursprung des eigenen Volkes nichts zu tun hatten. Der Mob, der es satt hatte, den Paria zu spielen, und um jeden Preis zu einer Herrenrasse avancieren wollte, war an historisch demonstrierbaren Unterscheidungen nicht interessiert und hätte wohl auch schwerlich den Unterschied verstanden zwischen der jüdischen Vorstellung, derzufolge die Auserwähltheit eines Volkes dazu dienen sollte, die Menschheit zu etablieren, und der Rassevorstellung, derzufolge man 'auserwählt' war, andere Völker niederzutrampeln." (S. 385f.)

So gelang es der Volksgemeinschaft, dafür zu sorgen, daß

"die Auserwähltheitsvorstellung aus einem Mythos, der die Entstehung der Menschheit zum Inhalt hatte, zu einem Instrument wurde, die Idee der Menschheit zu vernichten." (S. 390)

Geben die Juden für die totalitäre Massenbewegung den äußeren Feind ab, so verleiht der Rassismus ihr eine innere Stabilität. Die wichtigste Funktion dieses Rassismus ist es also weniger, den äußeren Feind zu bestimmen (das bleibt die jüdisch-kapitalistische Weltverschwörung), sondern im Inneren ein Ausleseprinzip und Zugehörigkeitsbewußtsein zu entwickeln. Und diese Unterscheidung ist wichtig: Das die Bewegung stabilisierende Gefühl der Zugehörigkeit und Auserwähltheit, das bei den Nazis der Rassegedanke und, damit verbunden, die Volksgemeinschaft war, kann durchaus auch auf anderen Wegen hergestellt werden. Bei den Stalinisten erfüllte der Klassenbegriff diese Funktion. Und genauso denkbar ist es, daß diese Funktion vom Nationalismus oder anderen Gemeinschaftsideologien besetzt wird. Der Antisemitismus jedoch, und dies wird noch gezeigt werden, ist durch nichts zu ersetzen.

Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen zeigte politisch eine schon im Imperialismus zu beobachtende weitere Schwächung der nationalstaatlichen Institutionen und deren weitere Verbürokratisierung. Die ideologischen Veränderungen in dieser Zeit liefen für Arendt darauf hinaus, daß die tradierten Ideologien einem weiteren Abstraktionsschub unterlagen. Die ideologischen Bewegungen, die nun entstanden und die alle vorangegangenen, also v.a. den Antisemitismus und den Rassismus, aber auch den Sozialismus und den Nationalismus, also im Grunde jede Art von Weltanschauung zu einer einzigen Ideologie verschmolzen, waren die Panbewegungen, v.a. der Pangermanismus und der Panslawismus. Kennzeichen all dieser Panbewegungen war ihre Losgelöstheit von jedem Bezug zu irgendeiner wirklichen Bestimmung. So, wie sich der Pangermanismus schließlich in die völkische Gemeinschaftsideologie der Nazis verwandelte, transformierte sich der Panslawismus zum Sozialismusverständnis der Stalinisten.

Die Panbewegungen (7) schon stellten qualitativ etwas historisch Neues dar. Einmal dadurch, daß sie all das, was den Mob der Vorkriegszeit nach- und nebeneinander bewegte, zu einer einheitlichen Ideologie zusammenfaßten. Diese war derart abstrakt gewesen, daß ein, rein logisch-formal gesehen, in sich geschlossenes Weltbild entstand, das alles wirkliche Geschehen als zielgerichtete, objektiv sich vollziehende historische Gesetzmäßigkeit darstellen konnte. Zum anderen dadurch, daß die Panbewegungen sich, anders als die von ihnen vereinnahmten Ideologien, eine organisatorische Struktur und damit eine gewisse Stabilität geben konnten.

Wesen totaler Herrschaft: Zerstörung der Wirklichkeit

Die Nazis und die Stalinisten entwickelten weder eine eigene politische Theorie noch eine eigene Ideologie, sondern ihre Originalität lebte allein davon, daß sie die bestehenden politischen Strukturen (das sind im wesentlichen die verbürokratisierten Strukturen des Nationalstaats) nutzten, um den Kerngehalt der im Mob zirkulierenden Ideologien wörtlich zu nehmen. Was hier an ideologischen Differenzierungen entwickelt worden war — Rasse/ Klasse/ Antizionismus/ Antisemitismus/Volksgemeinschaft etc. — und die Aufgabe hatte, die Wirklichkeit dem "gesunden" Menschenverstand zugänglich zu machen, wurde so blutig ernst genommen, daß von diesem Verstand nichts mehr übrig blieb. Die Nazis (und die Stalinisten) waren die ersten, die mit dem Kern aller Ideologien ernst machten und ihn politisch konsequent in die Praxis übersetzten. Diese unmittelbare Übersetzung des Willens in die Tat ist Dreh- und Angelpunkt aller totalen Herrschaft. Indem die totalen Herrscher immer genau das tun, was sie sagen, und umgekehrt, genau das sagen, was sie auch tun, reproduzieren sie ihre Macht über die Menschen.

Dieses "Wörtlichnehmen" der Ideologie unterscheidet Nazismus und Stalinismus von den faschistischen Diktaturen etwa in Italien und Spanien, die Arendt noch als eine Variante althergebrachter Tyranneien begreift. Die Mißachtung dieser Differenz zwischen den althergebrachten Formen tyrannischer und der neuen Qualität totaler Herrschaft durch die nichttotalitären Nationalstaaten, die glaubten, "man habe es hier mit nichts anderem und nichts Schlimmerem zu tun als einer ins Chauvinistische verzerrten außenpolitischen Vertretung normaler nationaler Interessen", hat sich dann auch bitter gerächt.

Sobald die totalitären Bewegungen an der Macht sind, gehen sie daran, "alle spezifischen Inhalte, die ihnen aus den Anfängen ihrer Entwicklung überkommen waren, zu eliminieren" (S. 525), um allein den abstrakten Kern übrigzubehalten: den Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel für den endgültigen Sieg der Klasse/Rasse, für die weltweite Ausrottung aller Volks-/Klassenfeinde.

Im Inneren einer totalen Herrschaft hat dieses "Wörtlichnehmen" der Ideologie

fatale, aber logisch konsequente Folgen: Erstens für das Seelenleben.

"Es gehört zu den auffallenden Unterschieden zwischen der altmodischen bürokratischen Herrschaft, wie wir sie aus den Vorkriegsdespotien kennen, und den totalitären Regimen, daß die ersteren sich mit der Lenkung der äußeren Geschicke ihrer Untertanen, soweit sie dem politischen Raum angehörten, zufriedengaben und niemals versuchten, ihr Seelenleben zu beherrschen. Die totalitäre Bürokratie, die das Wesen absoluter Macht besser versteht, hat sich in alle Angelegenheiten der Bürger, private wie öffentliche, seelische wie äußere mit gleicher Konsequenz und Brutalität einzuschalten verstanden. Das Resultat war, daß unter den älteren bürokratischen Regimen nur die politische Spontaneität und Produktivität der Völker erstickt wurde, während die totalitären Regime mit der Spontaneität und Produktivität in allen Zweigen menschlicher Tätigkeit fertig werden." (S. 394)

Damit wird zweitens jede spezifische Klassen- oder Interessenstruktur der Gesellschaft obsolet. Totale Herrschaft ist die negative Aufhebung der Klassengesellschaft — für Arendt genauso wie für Adorno/Horkheimer.

Ebenfalls aufgehoben wird drittens die Bindung an einen bestimmten Raum. Das Außen ist, solange es nicht in die totale Herrschaft eingebunden ist, für sie eine beständige Gefahr. Was im Inneren die Bindung an übernommene Werte darstellt, die überwunden werden müssen: Individualität, Nation, Rechtsbindung, Staatlichkeit, also alle aus den alten Formen übernommenen Kategorien, droht von außen die totale Herrschaft wieder zu zersetzen.

Resultat aus all dem ist schließlich, daß es ein utilitaristisches oder ökonomisches Rationalitätsprinzip unter den Bedingungen totaler Herrschaft weder objektiv noch subjektiv mehr gibt — es gibt überhaupt kein Kriterium mehr, an dem sich Handeln orientieren könnte, da es zur Einordnung in die Bewegung um der Bewegung selbst willen keine Alternative mehr gibt.

An dieser Stelle wird Arendts Übereinstimmung mit der Kritischen Theorie, betrachtet man allein das Resultat ihrer Untersuchung, besonders deutlich. Bevor nun auf die Differenz der Formanalyse Arendts zu der der Kritischen Theorie näher eingegangen wird, sei noch einmal das Fehlen jedes ökonomischen Rationalitätskalküls angesprochen, weil sich hier am deutlichsten die eingangs angesprochene Differenz einer Formanalyse zur Realanalyse zeigt.

Feststellungen wie die von I. Deutscher, daß die Wirklichkeit der Sowjetunion unter Stalin *"einem phantastischen Tollhausstück gleicht, in dem alle Regeln der Logik und Prinzipien der Wirtschaft auf den Kopf gestellt sind"*,

haben für Arendt ihren Grund darin,

"daß nahezu niemand geneigt ist, das, was die totalitäre Führung über ihr eigenes Handeln aussagte, ernst zu nehmen. Statt dessen zieht man vor, an das Phänomen der totalen Herrschaft die alten Kategorien der Bürokratie, der Tyrannis oder der Diktatur anzulegen, die in der Tat sämtlich im Rahmen von Zweckmäßigkeitserwägungen, wie wir sie verstehen, verbleiben. Entscheidend für das Verständnis der Nazis ... ist ..., daß sie Siege und Niederlagen in Jahrhunderten oder Jahrtausenden berechneten und daß das Interesse dieser auf Tausende von Jahren abzielenden Bewegungen in jedem Fall über dem Interesse des Landes oder des Staates stehen müsse, den sie gerade zufällig besetzen." (S. 637)

Daß dieses Hinaustreiben über jeden rationalen Zweck unweigerlich an die ökonomische Substanz des totalitären Systems geht, ist auch Arendt klar — aber sie legt dar, wie dieser Verlust durch den Gewinn an organisatorischer Macht so lange aufgewogen wird, bis die Bewegung erlischt: sei es, weil sie sich in eine bürokratische Diktatur retransformiert (wie der Stalinismus), sei es, weil sie von außen militärisch zerschlagen wird (wie der Nazismus). Und sei es, weil schließlich alle Substanz der Erde verbraucht ist und die Bewegung implodiert und mit sich selbst alles menschliche Leben vernichtet. Arendt treibt dieses Argument bis zur letzten Konsequenz: Selbst die Unterscheidung zwischen Erfolg und Mißerfolg einer Maßnahme ist kein Kriterium, nach dem sich Maßnahmen einer totalen Herrschaft richten.

Damit geht die totale Herrschaft über alle Kategorien der Wirklichkeit, einschließlich ihrer eigenen, hinweg (8) und für Arendt bedeutet dies: die Wirklichkeit wird zerstört. Also auch die Kernbegriffe totalitärer Ideologien, Klasse und Rasse, werden obsolet — wer zur Macht gehört und wer Gegner ist, bestimmt schließlich nur noch der einzige Fixpunkt in diesem verwirklichten, sich selbst reproduzierenden System: der Führer. Nur eines bleibt: solange es noch Bereiche gibt, die nicht vom Prinzip totaler Herrschaft durchdrungen sind, ist der Feind noch nicht besiegt. Dieser Feind braucht einen Namen, der die genaue Antithese totaler Herrschaft auf den Begriff bringt: und das ist die jüdische Weltherrschaft. Der Antisemitismus steht also nicht nur am Beginn der Entwicklung totalitärer Ideologien, sondern begleitet sie bis zu ihrem Ende. Und so verwundert es nicht, daß der Antisemitismus auch die entscheidende Nahtstelle für den Übergang der alten Formen in die neue Form der totalen Herrschaft darstellt. Doch zuvor ein kurzes Resümee:

Ähnlich wie oben schon beim Vergleich von Arendt mit Postone kann dieses Resultat von Arendt der Kritischen Theorie von Adorno und Horkheimer oder den auf der Kritischen Theorie aufbauenden Analysen (vgl. Breuer; vgl. ISF 1991) gegenübergestellt werden. Insofern der totalen Herrschaft die Bewegung alles und ihr einziges Ziel die Erfüllung einer abstrakten, vom konkreten Handeln der Menschen abgelösten, historischen Mission ist, scheint sie nicht nur mit dem Kern der prätotalitären Ideologien ernst zu machen — so sieht es Arendt —, sondern offensichtlich auch mit dem Prinzip bürgerlicher Gesellschaften selbst: der ständigen Selbstverwertung des Werts auf Kosten jeder menschlichen Individualität. Bezieht man die "Bewegung um der Bewegung selbst willen" bei Arendt auf den Begriff vom automatischen Subjekt bei Marx, dann ließe sich die totale Herrschaft als die endgültige Verwirklichung dieses Subjekts, des Kapitals also, beschreiben, dem kein Außen, das ihm noch Grenzen oder Schranken setzen kann, mehr gegenübersteht. Festzustellen bleibt aber, daß Arendt diesen Begriff von Kapital nicht hat: Bewegung um der Bewegung willen ist bei ihr eine Logik, die sich aus der totalitären Ideologie und deren historischen Entstehungsbedingungen ergibt.

Der Übergang zur totalen Herrschaft

Als wesentliches ideologisches Element, das die totalitären Bewegungen in den Massengesellschaften vorfinden und über das sie die Macht ergreifen können, um es dann so weit zu abstraktifizieren, daß nichts außer seinem Kerngehalt mehr übrig bleibt, hebt Arendt den deduktiv-logischen Charakter aller Ideologien hervor, den die Führer der totalitären Bewegungen intuitiv erfassen, so daß es ihnen besser als ihren Konkurrenten gelingt, die unter den Massen zirkulierenden Ideologien "auf den Punkt" zu bringen. Dieser "Punkt" ist der, daß es einen Unterschied zwischen Wille und Tat bei ihnen nicht gibt. Darüber vermitteln sie den durch den Kapitalismus atomisierten Massen den — absolut richtigen — Eindruck, daß es sich bei ihnen nicht um Schwätzer handelt, sondern um Männer (und Frauen) der Tat. Die Aufhebung des Unterschiedes zwischen Wille und Tat ist das ganze Geheimnis der totalen Herrschaft — ein Geheimnis, das eigentlich gar keines

ist, weil es jeder kennt und kennen muß, der in einer totalen Herrschaft überleben will.

Im Innenverhältnis der Bewegung bildet sich ein Ritus aus, der Eingeweihten die Absichten der Führer klar und deutlich mitteilt. Diese Wahrheit ist so ungeheuerlich, daß sie von ihren Gegnern überhört wird; von ihren Anhängern aber wird sie "verstanden", sie bildet quasi die Wellenlänge, auf der sich die Anhänger untereinander als "Wissende", als "Auserwählte", die in das Geheimnis — das ja gar keines ist, weil ständig über nichts anderes geredet wird — eingeweiht sind, erkennen. Wenn ein solcher Protagonist sagt, daß es zuviele Ausländer gibt, dann sagt er: nur ein toter Kanacke ist ein guter Kanacke. Das einzige Moment, das zur Verschleierung eingesetzt wird, ist die einfache und unmittelbare Projektion: Wenn gesagt wird, daß es eine jüdische Weltverschwörung gibt, dann heßt dies: wir werden unsere Ziele nach dem Muster der "Weisen von Zion" durchsetzen.

"Die Nazis waren durchaus die ersten, die entdeckten, daß die Massen sich gar nicht vor der Weltherrschaft fürchteten, als daß sie daran interessiert waren, diesen angeblichen Weltherrschern das Handwerk abzusehen, und daß die ungeheure Popularität der Protokolle nicht dem Judenhaß, sondern eher der Bewunderung der Juden und dem Wunsch, etwas von ihnen zu lernen, geschuldet war." (S. 568)

Wer also nachweist, daß es sich bei der Verschwörung der "Weisen von Zion" um eine banale Fälschung handelt, wer auf die Wirklichkeit der Fakten pocht, macht sich in den Augen der Anhänger totalitärer Ideologien nur lächerlich. Er zeigt nichts weiter, als daß er nicht zu den Auserwählten gehört. Dieses projektive Moment jeder Ideologie kann man wie ein allgemeingültiges Gesetz formulieren. Der Protagonist totaler Herrschaft sagt immer: wir werden das tun, was unser Gegner jetzt schon tun will; der Gegner macht allein deshalb nicht, was er eigentlich tun will, weil ihm fehlt, was wir haben: denn wir haben im Gegensatz zu ihm die Geschichte (die Wahrheit) auf unserer Seite. Und vor allem: bei unseren Gegnern handelt es sich um Schwätzer, sie reden nur; wir handeln. Besonders deutlich wird dieses Prinzip bei Stalin:

"(Es) war immer schon Stalins Methode gewesen, einen fiktiven Feind genau des Verbrechens zu beschuldigen, das er selbst im Begriff war zu begehen. (Das bekannteste Beispiel ist natürlich, wie Stalin genau in dem Moment Tuchaschewski der Konspiration mit Deutschland beschuldigte, als er selbst ein Bündnis mit den Nazis erwog.)" (S. 493)

Warum der Antisemitismus ein konstitutiver Bestandteil totalitärer Bewegungen in jeder Phase ihres Wirkens ist, wird hier besonders deutlich. Der Totalitarismus braucht die Metapher von der im Verborgenen wirkenden, aber dennoch sichtbar personifizierten Macht, die er zu bekämpfen vorgibt, in Wirklichkeit aber selber werden will (9). Vermittels dieses Prinzips stellt er sich nach außen dar und rekrutiert darüber seine Anhängerschaft. Diese würde die totale Bewegung sofort verlieren, wenn sie nicht genau das täte, wofür sie steht: die tatsächliche Vernichtung des Feindes und die Erfüllung der historischen Mission. Jedes Zögern würde sie zurückwerfen in die Spaltung von Wille und Tat, und die Bewegung wäre dann wieder nichts weiter als eine der vielen, im Kapitalismus sich tummelnden Sekten.

Die totale Herrschaft baut also in all ihren Bestandteilen auf dem auf, was sie in den post-imperialistischen Gesellschaften vorfindet. Ihre historisch bislang einmalige, absolut neue Qualität gewinnt sie allein dadurch, daß sie diese Elemente von aller Möglichkeit zu einer freien Reflexion auf die Wirklichkeit befreit und unmittelbar in eine Handlungsmaxime übersetzt — die ihren Schrecken besonders dadurch noch potenziert, daß ihr dafür das gesamte organisatorisch und industriell akkumulierte Knowhow der kapitalistischen Welt zur Verfügung steht.

Kritik

Arendt bestimmt die totalitäre Ideologie (verstanden als die von jeder Erfahrung abgelöste Synthese aus Antisemitismus und Auserwähltheitsanspruch) als rein formale, deduktive Theorie, die keine Wirklichkeit kennt außer sich selbst und deshalb auch von keinem Gegenargument widerlegbar ist. Wirklichkeit, die der Ideologie widerspricht, ist von vornherein als die Wirklichkeit definiert, die durch die totale Herrschaft zerstört werden soll.

"In dem bekannten Wunsch, ein eindeutiges Weltbild, eine in sich stimmige Weltanschauung zu haben, der aus der Erfahrungsunfähigkeit der modernen Massen stammt und der eigentliche Motor aller Ideologien ist, liegt bereits jene Verachtung für die Wirklichkeit und Tatsächlichkeit in ihrer unendlich variierenden und nie einheitlich zu fassenden reinen Gegebenheit, die eines der hervorstechenden Merkmale der totalitären fiktiven Welt bildet." (S. 700)

Eine solche Weltanschauung zu haben, ist jedoch keinesfalls ein Privileg des modernen Massenmenschen — und in diesem Punkt mißachtet Arendt die historische Realität. Denn dieses Bedürfnis nach einer deduktiv aufgebauten Theorie ist mindestens so alt wie die Religion. In der Philosphiegeschichte nennt man diese Position Realismus — und dieser ist so alt wie die Philosophie selbst. Das deduktiv-logische System der formalen Logik bzw. der Mathematik, dem die realistische Philosophie und die Theologie, die Naturwissenschaften in ihrem Kern (10) und nicht zu vergessen der gesamte Bereich der Kommunikations- bzw. Gesellschaftswissenschaften möglichst nahe kommen wollen, ist dieser, von Arendt als totalitär charakterisierten Logik gemäß konstituiert.

Wenn diese Logik als Antisemitismus oder Rassismus auftritt, der keinen Bezug zu wirklichen Tatsachen aufweist, kann sie zwar auf den ersten Blick als wissenschaftlich bloß verbrämter Humbug abgetan werden. Nachträglich zeigt sich jedoch auch für Arendt,

"daß die Ideologien des neunzehnten Jahrhunderts und die kuriosen 'Weltanschauungen' des wissenschaftlichen Aberglaubens und der Halbbildung nur so lange harmlos sind, als niemand im Ernst an sie glaubt." (S. 699)

Das Problem: Es dürfte Arendt schwer fallen, einen einzigen Menschen mit "kurioser Weltanschauung" und "wissenschaftlichem Aberglauben" zu finden, der nicht an diesen Humbug glaubt und nicht fest davon überzeugt ist, den Schlüssel der Welterklärung in Händen zu halten. Spätestens hier aber sollte sich der Verdacht aufdrängen, daß dieses logisch-deduktive Prinzip der totalitären Ideologien, das den Bürger so sehr fasziniert, daß er sich bereit findet, nicht nur seine egoistischen Interessen, sondern sich selbst als Individuum zu zerstören, nicht nur psychologischen (Zerfall von allgemeinen Orientierungen, Verlassenheitsgefühlen, intellektuellem Unvermögen gar), ökonomischen (Arbeitslosigkeit etc.), sozialen (Statusverlust) oder politischen (Atomisierung) Faktoren geschuldet ist, sondern sehr viel tiefer geht, sehr viel mehr mit dem grundlegenden Prinzip kapitalistischer Vergesellschaftung zu tun hat, als Arendt dies mit den von ihr zugrundegelegten analytischen Kategorien ausdrücken kann (11).

Sohn Rethel, der, wie Arendt, Postone, die Kritische Theorie u.a., die Form von Vergesellschaftung zum zentralen Gegenstand seiner Untersuchungen über die bürgerliche Gesellschaft gemacht hat, begründet die Fähigkeit des Menschen, in rein

abstrakt-logischen Kategorien denken und daraus eine abstrakte Wirklichkeit deduzieren zu können, aus dem Warentausch. Das in diesem sich konstituierende abstrakte Dritte, der Wert, stellt sich empirisch im Geld dar. Derjenige, so seine These, der auf diese, dem Geld zugrundeliegende reine Abstraktion reflektiert, der wird ein Philosoph genannt — und später dann ein Wissenschaftler. Der Philosoph reflektiert auf das im Geld implizierte reine Sein — und deduziert aus ihm logisch die Welt (und trifft natürlich auf Leute wie Heraklit, die die Existenz dieses reinen Seins leugnen, weil sie lieber ihren Sinnen trauen und sehen, daß alles Entstandene auch vergeht — aber wir wollen hier keine Philosophiegeschichte schreiben).

Es würde zu weit führen, die Wertformanalyse Sohn-Rethels mit all ihren diskussionswürdigen Implikationen hier vorzustellen. Es geht nur um Hinweise. Und deshalb darf es erlaubt sein, einfach mal seine Thesen hypothetisch als geltend zu unterstellen. Dann ließe sich für unser Thema folgendes feststellen: Die Totalität des reinen Denkens erzeugt sich im Warentausch. Auch das logisch einwandfreie, formale Denken, losgelöst von jeder Empirie, ist zwar richtiges Denken, denn es reflektiert auf Wirkliches (zwei mal zwei ist, frei nach Leibniz, in allen denkmöglichen Welten immer vier), aber es ist ein Denken im falschen Bewußtsein — da ihm auf dieser Ebene gar keine Wirklichkeit, nichts Konkretes gegenübersteht. Aber die Fähigkeit, etwas als ein Konkretes wahrzunehmen, erzeugt sich im Tausch ebenfalls. Denn die Tauschenden müssen sich gegenseitig als Warenbesitzer anerkennen, die aus freien Stücken in den Tausch einwilligen. So erfahren sie sich als Personen, denen eine von ihnen unabhängige Wirklichkeit gegenübersteht.

Über diesen einfachen Warentausch sind wir längst hinaus — denn wir leben im Kapitalismus, und dieser hat aus diesem Wert den sich selbst verwertenden Wert gemacht. Dadurch aber (und nicht zuletzt auch deshalb, weil auch "die Arbeit" unter diesen Wert subsummiert worden ist) ist dieses Abstraktum von einer gesellschaftlichen Randerscheinung zum synthetisierenden Moment der gesamten Gesellschaft geworden.

Von hier aus könnte die Ideologie totaler Herrschaft neu bestimmt werden. Daß man dabei inhaltlich zu anderen Ergebnissen käme als Arendt, ist durchaus zweifelhaft. Selbst die Notwendigkeit des Antisemitismus für die totale Herrschaft dürfte auch auf diesem Wege (s. Postone oder ISF) nur noch einmal bekräftigt werden. Aber — und dieser Schritt wäre für Arendt undenkbar — das deduktive Denken auch in der Wissenschaft erwiese sich als im Kern totalitäre Ideologie, erwiese sich als die eigentliche Basis, durch die hindurch die totale Herrschaft ihr Zerstörungswerk an der Wirklichkeit vollzieht.

Und damit ist der zentrale Punkt der Kritik an Arendt formuliert: totale Herrschaft ist keine neue Form von Herrschaft, sondern "nur" die endgültige Verwirklichung der existierenden Form von Vergesellschaftung: des Kapitalismus. Die spezifische Differenz zwischen demokratisch-pluralistischen oder bürokratisch diktatorischen Herrschaftsweisen und totalitären Gesellschaften liegt dann nicht in der Form, sondern betrifft allein Inhaltliches: Indem die totale Herrschaft alle noch in den ihr vorangegangenen Gesellschaften, wie rudimentär und verfremdet auch immer, noch existierenden menschlichen Inhalte zerstört, wird sie zu dem, was der Kapitalismus seinem Wesen nach immer schon ist, wird zur reinen Form der Selbstbewegung des Werts.

Manfred Dahlmann

Anmerkungen

1) Von Totalitarismustheoretikern à la Nolte und Konsorten unterscheidet sich Arendt also dadurch, daß sie die historische Neuartigkeit totaler Herrschaft betont. Schon deshalb kann bei ihr anders als bei jenen die Gleichsetzung von Stalinismus und Nazismus keine Entlastungsfunktion für den Nazismus durch den Stalinismus übernehmen. Und daß es hier nicht darum gehen kann, moralische Bewertungen anzustellen, sollte sich von selbst verstehen. Im Grad an Brutalität oder moralischer Verwerflichkeit ein Unterscheidungskriterium für verschiedene Formen von Herrschaft zu sehen, ist blanker Zynismus. Denn aus der Sicht eines Betroffenen macht es absolut keinen Unterschied, ob er in den Konzentrationslagern der Nazis, den Arbeitslagern der Stalinisten oder unter der Isolationsfolter Stammheims zugrundegerichtet wird.

2) Das ist eigentlich seit Kant ein alter Hut. Die Historiker vor allem unter den Linken fürchten jedoch den Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit wie der Teufel das Weihwasser, und sie folgen deshalb nur allzugern dem common sense, der Wissenschaftlichkeit mit Empirismus identifiziert. Was es mit dieser Wissenschaftlichkeit überhaupt, also nicht nur der des Empirismus, auf sich hat, wird am Schluß dieses Artikels noch einmal angesprochen.

3) Als Autor, der ebenfalls von dieser Ebene aus argumentiert, muß hier noch Agnoli genannt werden, der den Prozeß hin zu einer totalen Herrschaft als Involution beschreibt. (Vgl. Transformation der Demokratie, Ça Ira Verlag, Freiburg 1990)

4) Daß dieser Transformationsprozeß nicht aus heiterem Himmel fällt, sondern selbstverständlich von historischen Inhalten bestimmt wird, ändert nichts an der hier vorgenommenen grundsätzlichen Unterscheidung zwischen Form- und Realanalyse. Für das Verständnis entscheidend ist der Perspektivenwechsel im Denken. Ohne diesen bleibt das Denken der Linken auf dem Niveau, das in ihrer aktuellen politischen Bedeutung sein genaues Spiegelbild hat.

5) Daß sich der jetzige, demokratisch-pluralistische Kapitalismus vom totalitären der Nazis unterscheidet, soll natürlich nicht geleugnet werden. Die Frage ist nur, worin der Unterschied besteht. Dieses kann hier aber nicht weiter ausgeführt werden. (Dies ist näher ausgeführt in meinen Artikel in Kritik und Krise Nr. 6, 1993.)

6) In der Dreyfußaffäre erwies sich der Antisemitismus erstmals praktisch als eine wirksame Massenideologie, die eine, wenn auch längst aus der Wirklichkeit verschwundene, aber dennoch allgemeine Erfahrung zum Ausgangspunkt nahm, um alle Übel der Welt, alle destruktiven Energien einer atomisierten Gesellschaft, auf einen als allmächtig imaginierten Feind, die Juden, konzentrieren zu können. Was in Frankreich begann und noch einmal durch das entschiedene Auftreten einiger Republikaner wieder aufgefangen werden konnte, wiederholte sich dann in nahezu allen anderen Nationalstaaten mit nur geringfügigen Variationen.

7) Unter diesen Begriff faßt Arendt quasi das gesamte kulturelle Klima nach dem ersten Weltkrieg. Es handelte sich bei dieser Bewegung also weniger um national lokalisierbare und parteiförmig organisierte Gruppen, sondern sie durchzog die gesamte abendländische Gesellschaft.

8) Daß z.B. selbst der Rassenbegriff in diesem Sinne uminterpretiert wird, belegt Arendt u.a. mit Hitlers Ausspruch "Rasse sind wir nicht, Rasse müssen wir erst noch werden."

9) Daß die Juden im Stalinismus nicht zum offen erklärten Feind der zur Alleinherrschaft auserwählten Klasse avancierten, hatte keine prinzipiellen, sondern nur pragmatische Gründe. Vorbereitet war jedenfalls alles, um auch zu diesem Schlag auszuholen (S. 493). Und der Kampf gegen den "Antizionismus" war schließlich nur ein schlecht getarnter Antisemitismus. (Vgl. ISF 1991)

10) Induktiv gehen die Wissenschaften nur in der Forschung vor. Ihr Ziel ist und bleibt, ein System zu finden, das dem deduktiven der Mathematik möglichst nahe kommt, wobei die einzelnen Wissenschaftler sich allein in dem Glauben daran unterscheiden, wie weit eine solche Annäherung praktisch erreichbar sein wird.

11) Ihr Schwanken zwischen "guter" Wissenschaft und Pseudowissenschaft beweist ihre im Vergleich zu den anderen hier angesprochenen Erklärungsansätzen festzustellende Inkonsequenz. Wenn sie z.B. die Rolle des Darwinismus in der völkischen Ideologie untersucht, muß sie konsequenterweise den Darwinismus insgesamt der Pseudowissenschaftlichkeit bezichtigen. Führt man sich dagegen vor Augen, daß etwa die Wissenschaftstheorie eines W. Stegmüller den Darwinismus für das nahezu einzige nicht mehr bezweifelbare gewisse hält, das Wissenschaft bisher an objektiv gültiger Gesetzmäßigkeit entdeckt hat, wird die Ambivalenz deutlich, die sich bei Arendt in all ihren analytischen Kategorien zeigt — so etwa dann, wenn sie den "guten" Nationalismus vom chauvinistisch entarteten unterscheidet. (Siehe auch hier und zu den anderen Kategorien wie Staat, Volk, Raum etc. meinen Artikel in Kritik und Krise.)

Literatur

Arendt, H., Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986
Breuer, St., Aspekte totaler Vergesellschaftung, Freiburg 1985
ISF, Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. In: Kritik & Krise Nr. 4/5, Freiburg 1991
Postone, M., Nationalsozialismus und Antisemitismus. In: Kritik & Krise Nr. 4/5, Freiburg 1991
Sohn-Rethel, A., Geistige und körperliche Arbeit, Ffm. 1973

Zivilgesellschaft und Multikultur

Zwei Rassismen mit Zukunft

Rassistischem Terror und nationalistischem Taumel darf gerade nicht mit der Wiederentdeckung der Gemeinsamkeit der DemokratInnen von ganz links geantwortet werden. Im Gegenteil: es scheint der Linken, selbst der radikalen Linken, eine praktische und theoretische Intoleranz gegen alles Nationale, Biologistische, Rassistische zu fehlen. Das gilt gerade auch dann, wenn solche Positionen sich nur in Spurenelementen oder Denkmustern in theoretischen Ansätzen finden lassen, die von sich behaupten, Teil der Lösung und nicht Teil des Problems zu sein.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, vorweg eine Selbstverständlichkeit: Jedes Bündnis, das den konkreten Schutz angegriffener Menschen zur Folge hat, ist sinnvoll, unumgänglich, zwingend. Mit brandstiftenden Biedermännern und Heuchlern gemeinsam auf die Straße zu gehen, deckt dieser Ansatz nicht. Mit anderen Worten: die 3.000 Leute in Berlin, die Weizsäcker, diesen nationalen Kämpfer für deutsche Vormachtstellung, den Mantel in Ei getaucht haben, haben gut daran getan. Nicht nur, weil man mit Brandstiftern und Rassisten nicht gemeinsam demonstriert. Auch demonstriert eine Linke, die sich von der eigenen Ohnmacht und der Macht der anderen noch nicht ganz kirre hat machen lassen, nicht mit denen, die in der Gewalt gegen Flüchtlinge nur den Angriff auf den Rechtsstaat sehen und diesen allein bewahren wollen.

Diejenigen, die, wenn sie gegen Gewalt gegen Ausländer demonstrieren, nur den mordenden Mob, nicht aber den Mord durch Abschiebung, Hunger und Folter und die erst recht nicht den Rassismus in den Amtsstuben meinen, können keine Bündnispartnerinnen sein. Wer dem kleinsten gemeinsamen Nenner das Wort redet, demonstriert für den ganz legalen Mord per Abschiebung.

Selbst gegenüber den Gutmeinenden muß festgestellt werden: die vielen Lichterkettenbewegten sind nicht Teil einer anti-rassistischen Bewegung, sondern Teil der Rekonstruktion des selbstzufriedenen Nationalismus. Lichterketten sind Ausdruck einer nationalen Romantik, die für Deutschland demonstriert. Bei Bier, Bratwurst und Livemusik werden Leib und Seele erwärmt, um sich dann guten Gewissens der Lösung des auch von den LichterkettendemonstrantInnen konstatierten Asylproblems zuzuwenden. Die Botschaft ist klar: Wir anständigen Deutschen ermorden *unsere* Ausländer nicht auf offener Straße und wir haben nichts gegen Ausländer, die zur Sicherung des deutschen Wohlstandes und der deutschen Rentenversicherung beitragen.

Neuer Faschismus?

Muß über solche "Feinheiten" hinweggesehen werden, weil der Faschismus vor der Tür steht und die letzten DemokratInnen aus der Ecke gekratzt werden müssen? Wir glauben nein. Fast unzulässig vereinfacht gehört zu der realen Gefahr eines neuen Faschismus eine Massenbasis und eine relevante Kapitalfraktion, die im bürgerlich kapitalistischen Akkumulationsmodell ihre Profitmöglichkeiten drastisch schwinden sieht. Während die Massenbasis ohne Probleme konstatierbar ist, ist das Interesse des Kapitals und seiner relevanten Fraktionen an einer Faschisierung nicht gegeben. Ökonomisch will Deutschland die Vormachtstellung in Europa erreichen und festigen. Die angeschlossene ex-DDR ist dabei ein kurzfristiger Hemmschuh, jedoch ein langfristiges Plus. Es gibt im Innern der BRD gegen den Umbau zur imperialen Großmacht keinen relevanten Widerstand. Ob Blauhelmeinsätze oder Lohnverzicht zur Subventionierung von Kapitalinvestitionen im Osten (Solidarpakt), der Konsens ist ein fast schon allgemeiner. Nicht nur parlamentarisch. Auch die Bevölkerung der BRD rekonstruiert sich als deutsches Volk und weiß in Zeiten der Not dem Vaterlande beizustehen.

Aus diesen, und zum Teil historischen Erfahrungen — teilweise Verselbständigung des faschistischen Staates — gibt es unseres Erachtens zur Zeit kein originäres Interesse der Kapitalfraktionen an einem faschistischen Staat.

Das spricht das Kapital nicht frei. Es gibt ein kapitalistisches Interesse an einem kühl kalkulierenden Kosten/Nutzen-Rassismus. Er darf so brutal sein, daß Deutschland nicht als probates Einwanderungsland für jede/n erscheint, er muß so zurückhaltend sein, daß keine Außenhandelseinbrüche zu erwarten sind. Und er muß immer präsent sein, um den Arbeitsmarkt rassistisch zu spalten und die Probleme wie Wohnungsnot, Armut und Arbeitslosigkeit per Sündenbockdefinition zu entschärfen.

Wie Immanuel Wallerstein (1) beschreibt, ist für die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ein gewisses Maß an Rassismus und Sexismus ebenso notwendig, wie ein außer Kontrolle geratener Rassismus durchaus schädlich sein kann. Der marktvermittelte Tausch der Waren, auch der Ware Arbeitskraft, löst feudale Kategorien der Unterscheidung ab. Leistungsfähigkeit, Bildung, Produktivität u.ä.m. sind diejenigen Merkmale, an denen sich idealtypisch der Mensch in der kapitalistischen Rationalität unterscheidet. Daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, ist die notwendige Konsequenz kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Für einen expandierenden Kapitalismus ist der Ausschluß von Arbeitskraft sinn- und zwecklos. Doch man sollte sich hüten, allein aus dieser Tendenz einen Entwicklungsweg hin zur Universalisierung der Menschenrechte abzuleiten. Gegen diese universalisierende Tendenz steht die Notwendigkeit den Arbeitsmarkt zu spalten. Gerade als anti-universalistische Ideologie ist der Rassismus bei der Aufrechterhaltung des Kapitalismus notwendig. Die Ethnisierung (sexistische Theorien "funktionieren" insoweit vergleichbar) des Arbeitsmarktes ist Voraussetzung dafür, daß Teile der abhängig Beschäftigten zu Löhnen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, die weit geringer ausfallen, als bei — universalistisch-kapitalistisch — "leistungsgerechter" Entlohnung. Diese Niedriglöhne sind dann wie-

derum nur auf Grund unbezahlter Familienarbeit durch Frauen möglich.

So gehen Universalismus und kapitalistische Leistungsgesellschaft eine systemfunktionale Verbindung mit Rassismus, Sexismus und anderen anti-universalistischen Ideologien ein. Ziel ist ein "flexibler Rassismus", der mit Einschlüssen und Ausschlüssen je nach Bedarf arbeiten kann. Daß dies so nicht immer funktioniert, daß ideologische Muster des Rassismus sich nicht beliebig und schnell genug verstärken und bremsen lassen, führt so historisch (bei sonst gleichbleibenden Bedingungen der Kapitalreproduktion) zu einem Zickzack-Muster zwischen universalistischen und differentialistischen Kampagnen. Eines sollte also einer linken Analyse klar sein: "In ... extremen Formen sind die rassistischen und sexistischen Ideologien irrational, und genau deshalb treffen sie auf Widerstand. Dieser Widerstand geht natürlich von den Opfern aus, ebenso jedoch von wirtschaftlichen Machtstrukturen, die gegen den Rassismus an sich nichts einzuwenden haben, aber Wert darauf legen, daß sein hauptsächliches Ziel — eine ethnisierte und zugleich produktive Arbeiterschaft — nicht in Vergessenheit gerät" (2).

Insofern sind die Aufrufe der Wirtschaft zur Mäßigung des rassistischen Pöbels nicht nur Show. Wenn Capital, Handelsblatt oder Wirtschaftswoche vorrechnen, warum die deutsche Wirtschaft auch Humankapital ohne deutschen Paß braucht, so ist dies nicht für fünf Pfennig ideologisch. Das Kapital hat derzeit kein Interesse an rassistischen Pogromen. Bringen wir es auf den Punkt: flexible Einwanderung per Einwanderungsgesetz bei gleichzeitig gesteigerter Ausbeutung von MigrantInnen ist im Interesse des Kapitals, nicht aber das Abfackeln von Humankapital.

Grotesk werden die Argumente des betriebs- oder volkswirtschaftlichen Rassismus ("was bringt den Deutschen die billige Arbeitskraft, die angenehme Kulturbereicherung und der ungebremste Arbeitswille der MigrantInnen"), wenn sie von sogenannten Ausländerfreunden benutzt werden. Und überhaupt solche Argumente wie, "unsere Renten seien ansonsten in Gefahr", mensch esse gerne "beim Türken", und "die Ausländer seien so gastfreundlich und zuvorkommend", sind in hohem Maße zynisch, wenn sie den Grund dafür liefern sollen, daß Menschen nicht abgeschoben oder abgefackelt werden sollen.

Der Ausländerfreund ist sich im Prinzip in vielem mit dem Ausländerfeind einig (3). Es gilt "unsere deutschen" Interessen zu wahren. Sie geben den Maßstab der Beurteilung ab. Im Detail kann sich der Ausländerfreund kräftig mit dem Ausländerfeind streiten. Ob Ausländer "uns" nun die Wohnungen, Arbeitsplätze und Frauen wegnehmen oder nicht, und bei wieviel weggenommenen Arbeitsplätzen, Wohnungen und Frauen denn der Zuzug endlich begrenzt werden muß. Ob die Kinder, Steuern, Folklore und Arbeitswut der MigrantInnen "uns" nützen, bei wievielen MigrantInnen und ob also noch ein paar kommen dürfen (per Einwanderungsgesetz) oder ob schon ein paar zu viele da sind. Der Streit zwischen Ausländerfeinden und Ausländerfreunden ist meist ein quantitativer, kein qualitativer. Er geht um die Grenzwerte der Belastung Deutschlands mit nicht-deutscher Bevölkerung.

Weil bei genauem Hinsehen in nationalistischen, rassistischen Denkmustern verwechselbar, dämonisieren die herrschenden Parteien ihre nationalkonservative Konkurrenz, beispielsweise die Republikaner. Diese, soweit sie klug sind, stört das nicht im geringsten. Für sie ist es gar nicht so wichtig gewählt zu werden, wichtig ist, daß die Reps mit zentralen Thesen gesellschaftlich hegemonial geworden sind (4). Die FAZ, nicht immer im tagespolitischen Geschäft verstrickt, kommt bei dem Vergleich der Parteiprogramme von CSU und Reps zu dem Ergebnis, daß sie so unterschiedlich gar nicht seien.

Daß diese inhaltsleere Abgrenzung zwischen den demokratischen Parteien und "den Rechten" oft von Linken und Linksliberalen reproduziert wird, hat wenig mit Analyse aber viel mit dem Bedürfnis zu tun, eine Gemeinsamkeit der Demokraten von links ausgehend gegen Rechts zu konstruieren. So sind die größten Erfolge, die die machtgeile und massenfixierte Linke mit einer solchen Politik hat, gemeinsam mit allen, die keine kahlgeschorenen Glatzen haben gegen die "Igittigitt"-Faschisten" zusammenzustehen. Daß sie dabei die Trottel abgeben und der Nadelstreifenfaschist genauso seine Freude hat wie der Deutschnationale, der Grundgesetzänderer, wie der Kapitaleigner, ist nicht einmal das größte Problem. Schlimmer wiegt, daß diese Linke die Glaubwürdigkeit und die moralische Integrität einer solchen Veranstaltung ungeheuer hebt.

Neben den taktischen und strategischen Fehlorientierungen gibt es in der Linken und linksliberalen Szene auch eine Ideologieproduktion, die dem Nationalismus und dem Rassismus Vorschub leistet. Die sozialdemokratischen Verharmlosungsmuster à la Heitmeyer, also die These, daß die Rassisten nur mehr Wohnungen und Arbeitsplätze brauchen, um wieder freundliche Deutsche zu werden, lassen wir hier mal außen vor. Wir denken, daß sie empirisch wie theoretisch hinreichend widerlegt sind, was allerdings nicht heißt, daß sie nicht immer noch zum Kernbestand auch linksradikaler Argumentationsmuster gehören.

Differentialistischer Rassismus...

Es geht uns hier vielmehr darum, zwei in der linksliberalen Szene beliebte Theoreme als an rassistische Theorien voll anschlußfähig aufzuzeigen. Wie Etienne Balibar trennen wir dabei analytisch zwischen einem universalistischen und einem differentialistischen Rassismus. Der differentialistische Rassismus geht nicht wie der klassische Rassismus von angeborenen, biologischen Differenzen, sondern von der Eingeborenheit in verschiedenen Kulturen aus. Alain de Benoist, Vordenker nicht nur der französischen Neuen Rechten, betont z.B., daß die "biologische Dimension" des Menschen durch eine spezifisch menschliche Dimension überlagert werde. "Diese 'Dimension' ist durch das Geschichtsbewußtsein gekennzeichnet und durch die Kultur, die dessen Produkt ist. Die Natur legt den Rahmen fest, in dem sich die Kultur ausdrücken kann, aber sie legt nicht deren Form fest" (5).

Im differentialistischen Rassismus oder Ethnopluralismus wird gegenüber dem traditionellen Rassismus die grundsätzliche Gleichwertigkeit der verschiedenen Kulturen betont. Eine Gleichwertigkeit, deren Abgeschlossenheit aber betont wird. Die Differenz der Kulturen, ihre Vielfalt soll geschützt und erhalten werden. Das vorherrschende Thema dieses Rassismus ist also nicht mehr die Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen.

Somit kann es einen spezifischen "antirassistischen Diskurs der Neuen Rechten" (Reinfeldt/Schwarz) geben. In einem Interview mit der neurechten französischen Zeitschrift "eléments" mit dem Titel "Wider den Rassismus" argumentiert de Benoist gegen "xenophobe Kreise", die "keine Gelegenheit ungenutzt lassen, auf den Anderen mit Fingern zu zeigen, ihn abzu-

werten oder zum Sündenbock zu stempeln" (6).

Diese Unterschiede zwischen der Neuen Rechten und der Alten Rechten, gerade auch in der Thematisierung des Rassismus, sollten nicht unterschätzt werden. Selbst dann nicht, wenn sofort betont werden muß, daß Kultur im differentialistischen Rassismus ein weitgehend entsozialisierter, naturalisierter Begriff ist. Ein Begriff, der als eine Art und Weise, "Individuen und Gruppen à priori in eine Ursprungsgeschichte, eine Genealogie einzuschließen, in ein unveränderliches und unberührbares Bestimmtsein durch den Ursprung" funktioniert (7).

"Keine Multikultur ohne Rassismus" ist nicht etwa unsere linkssektiererische Position, sondern der Titel eines Beitrages, den der einstige Mitbegründer des KBW, Gerd Koenen, im März 1990 in Daniel Cohn-Bendits Zeitschrift Pflasterstrand veröffentlichte (8). Eine multi-ethnische Gesellschaft, so Koenen, "kann gar nicht anders gedeihen als mit der scharfen Pisse des Rassismus gedüngt". Und so beschreiben Koenen und Dan Nitescu (in einem weiteren Artikel im selben Pflasterstrand-Heft) eine multikulturelle Gesellschaft, in der Multikultur zuerst einmal eine Attraktion ist", "die die verschiedenen farbigen Menschen, Kulturen und tja, Rassen aufeinander ausüben". Um in dieser Multi-Kulti-Gesellschaft angenehm leben zu können, muß der urbane, grünwählende Citoyen "wieder lernen, mit Armut zu leben, ohne gleich in Ohnmacht zu fallen, wenn wir sie zu Gesicht bekommen". So lassen die Pflasterstrand-Autoren denn auch richtig die Sau raus und beschreiben, wie schön doch Multi-Kulti-Rassismus sein kann: "Uneingeschränkte Einwanderung würde uns reicher machen, so wie sie es auch in der Vergangenheit getan hat ... Wenn eine berufstätige Frau für 2.000 Dollar im Jahr ein Dienstmädchen aus Indien einstellen könnte, ... und so die Zeit hätte, einer Tätigkeit nachzugehen, die ihr jährlich 10.000 Dollar einbringen würde, — wer würde dabei verlieren". Doch nicht nur finanziell lohnt sich die Multi-Kulti-Gesellschaft. Auch das Selbstwertgefühl der Deutschen wird so gesichert: "Für viele Deutsche ... bedeutet ein hoher Ausländeranteil auch die Chance einer vielversprechenden Karriere — sie können als Vorarbeiter eine leitende Funktion übernehmen".

Aber auch der Stadtrat für Multi-Kultur in Frankfurt, Daniel Cohn-Bendit, Vorreiter auch bei den Themen Abschaffung des GG-Asylartikels und militärischer Intervention der BRD in Bosnien, zeigt, daß die *theoretische* Differenz, die selbst die "Bahamas" zwischen dem differentialistischen Rassismus von Rechts und demselben Konzept in Grün ausmacht, ein eher geringer ist.

... und multikulturelle Gesellschaft

Die Homogenisierung unterschiedlicher Menschen unter dem Label Kultur ist konstitutiver Bestandteil des Multikulturalismus. Der Multikulturalismus modernisiert die völkische Homogenisierung durch eine kulturell-nationale, wobei quasi-biologistische Naturalisierungen dennoch nicht ausgeschlossen sind. Dieser Griff aufs Kulturell-Nationale befreit nicht nur von der engen Verbindung von Volk/Führer/Vaterland, sondern macht die Grenzen des Ein- und Ausschlusses geschmeidiger. Aufklärung versus Islam, Weltnorden gegen den Süden, Europa versus Amerika, Deutschland versus Rest.

Nicht zufällig können unterschiedliche politische Protagonisten wie Heiner Geißler, Daniel Cohn-Bendit und Alain de Benoist sich dieses Konzept zu eigen machen. Der zentrale Unterschied zwischen den Erstgenannten und der Neuen Rechten ist, daß sie eine "Vermischung" der Kulturen durchaus für möglich, teilweise wünschenswert halten.

Schon der Begriff der Vermischung läßt uns gruseln — ist aber die Unterschiedlichkeit der Kulturen erst mal konzediert und will man nicht, wie die Neue Rechte, diesen Zustand perpetuieren, dann muß man positiv aufgreifen, was andere mal "Durchrassung" genannt haben.

Die Gefahr, die in der Annahme liegt, daß eine in der BRD geborene Feministin weniger mit einer im Kongo geborenen Feministin zu tun habe als mit einem patriarchalen deutschen Mann, ist, daß die Rechte diese Denkfigur nur noch radikalisieren, und wie eine Art kulturellen Biotopschutz propagieren muß. Damit die Vielfalt erhalten bleibt, müssen die Grenzen starr gezogen werden. Die Anlehnung an Grünes Vokabular ist nicht zufällig.

Ein zweiter, oft impliziter Argumentationsstrang ist die Behauptung von Multikulturalisten linker Provenienz, daß es nicht nur feststellbare, sondern erstzunehmende Überfremdungsängste in der deutschen Bevölkerung gibt. Bei Cohn-Bendit wird diese "Angst vor der anderen Kultur" gar eine anthropologische Konstante (9), so daß auch bei Cohn-Bendit nicht nur der Kulturbegriff "nationalisiert", sondern auch der Rassismus biologisiert ist.

Nicht nur, daß das Überfremdungsangst-Argument bereits von den Nazis gegen ostjüdische EinwanderInnen benutzt wurde und die Neue Rechte genau mit diesem pseudo- (worüber man streiten kann) demokratischen Argument sich zum Fürsprecher der öffentlichen Meinung macht, diskreditiert es, sondern auch die theoretische Falschheit. Es gibt keinen kulturellen Volkskörper der Deutschen. Dieser wird erst durch bevölkerungs- und biopolitische Konzepte und durch die Konstruierung eines "Ausländerproblems" geschaffen (10).

Der "grundlegende Unterschied" in der Theorie (!), den Berthold Brunner in seiner Rezension des Buches "Multikultopia", eines Manifestes für eine neurechte Besetzung des Konzeptes multikultureller Gesellschaft, zwischen eben jener neurechten Besetzung des Begriffes "Multikultur" und dem in rot-grünen Kreisen beliebten Original feststellt (11), ist ein rein gewünschter.

Das politisch Niederträchtigste, was sich an die multikulturalistische Argumentation anschließt, ist, daß Täter zu Opfern werden: "Ein multikultureller Gesellschaftsvertrag soll uns (!) daran hindern, zu Wölfen zu werden" (11). Ist der rassistische Pöbel und der herrschaftsoffizielle Rassismus erst einmal entschuldigt, werden die Ursachen für Rechtsextremismus leicht gefunden: Die Türken, die Juden, die Sinti und Roma sind, wenn sie unkontrolliert und zahlreich kommen, Schuld am rassistischen Coming-Out der Deutschen. (12) Cohn-Bendit führt in seinem neuen Buch aus, daß Sinti und Roma, überall wo sie auftauchen, schnell zu Troublemakern werden. Dieser explizite Rassismus ist allerdings kein zwingender Bestandteil des multikulturellen Konzeptes.

Schuld am Rassismus sind die Verfolgten. Noch expliziter als Cohn-Bendit und Schmid macht dies der Grundsatzreferent bei der IG Metall, Wolfgang Kowalsky. In der marxistischen Theoriezeitschrift "Das Argument" darf er denn auch unkommentiert behaupten: "Sie (die radikalen Linken, d.Verf.) sprechen — unter Hinweis auf Auschwitz — den Deutschen das Recht ab, über Größe und Merkmale ihres Kollektivs und damit ihrer Nation zu entscheiden. Diese fundamentalistische Fraktion der Linken will die Deutschen (!) bevormun-

den und ihnen moralische Regeln vorschreiben; sie weiß, was gut für die Deutschen ist: Sie sollen ad infinitum für Auschwitz büßen" ((13). Aber mittlerweile dürfen Schlußstrichideologien, gegen die vor einigen Jahren noch breiteste linksliberale Bündnisse möglich waren, in linken Zeitungen veröffentlicht werden und finden relevant Eingang in die linke Debatte.

Wieso ist eigentlich nie der deutsche Rassist schuld — warum feiern sozialarbeiterische Erklärungsmuster eine Entschuldigung nach der nächsten ab, wenn es ums Abfackeln von Asylheimen geht?

Universalistischer Rassismus und Zivilgesellschaft

Unsere These, die hier weiter auszuführen Platz und Zeit fehlt, ist, daß der eben beschriebene Multi-Kulti-Rassismus sich im liberalen Diskurs mit einem universalistischen, zivilgesellschaftlichen Rassismus in verschiedenen Varianten mischt. Von Linken und Liberalen wird zuerst das "Modell Deutschland" wieder entdeckt. Die westlichen Werte, freedom and democracy, gilt es hier auszubauen. Weltweit aber sind sie erst recht bedroht und man hat ja gelernt, daß globale Probleme nicht in den Grenzen des Nationalstaates zu lösen sind. Definiert wird ein idealer Zustand der Welt, der von den westlichen Metropolen zwar noch nicht erreicht, dem diese auf einer linearen Entwicklungslinie der Menschheit und ihrer Ideale aber am nächsten sind. Bedroht wird das Schöne, Wahre, Gute, dessen — zumindest — embryonale Formen der Westen verkörpert vom islamischen Fundamentalismus (Libyen, Iran, Irak etc.), vom überschäumenden Nationalismus (Rußland, Yugoslawien), vom ökologischen Unverständnis (Regenwald, sog. Überbevölkerung). Gerade weil wir so fortschrittlich, liberal und ökologisch geworden sind, so die Argumentation, soll die Welt wieder am deutschen Wesen genesen. Ausführlich läßt sich dieser universalistisch-rassistische Diskurs an den im Golfkrieg gemalten Bildern verfolgen (14). Morgenland gegen Abendland, Demokratie gegen Barbarei.

Was diesen Diskurs so brauchbar macht, ist, daß er sich gut mit klassischen linken und liberalen Diskursen verknüpfen läßt:

— Mit dem feministischen Diskurs: Unterdrückung der Frau im Islam, "Nicht ohne meine Tochter", gegen Schleierzwang, gegen Massenvergewaltigungen in Yugoslawien etc.

— Mit dem gewerkschaftlichen Diskurs: ungehemmte Einwanderung gefährdet das erreichte und erkämpfte Sozialniveau, Einwanderer sind Lohndrücker.

— Mit dem "antifaschistischen Diskurs": gerade wegen unserer faschistischen Vergangenheit hat Deutschland eine besondere Verantwortung a) die Israelis militärisch zu beschützen, b) den Völkermord in Bosnien zu beenden, c) den Menschen in Somalia zu helfen.

— Mit dem ökologischen Diskurs: Grünhelme müssen die Weltlunge Regenwald vor den uneinsichtigen Einheimischen schützen, Einwanderung führt zu neuer Landschaftsversiegelung wg. neuer Wohnungen, u.a.m.

Die bundesdeutsche Debatte um den Golfkrieg, die Debatten um die neue, offen imperiale Rolle Deutschlands unter dem Schlagwort neuer deutscher Verantwortung hat schon den Überbau produziert, mit dem sich Kriege (leichter) führen lassen. Der Westen des Nordens ist zur Dominanz verurteilt lautet es unisono bei Udo Knapp (15), Antje Vollmer, Micha Brumlik und Wolfgang Porth (16) u.v.a.

Die Unterschiedlichkeit der Ausgangspunkte der Argumentierenden bedürfte natürlich der ausführlicheren Befassung, sie sollte aber vorerst nicht beruhigend, sondern als Zeichen der Verbreitung und flexiblen Anschlußfähigkeit eines bestimmten Diskurses konstatiert werden. Vorläufig sei hier nur darauf hingewiesen, daß ein universalistisch argumentierender Rassismus nicht gegen seine differentialistische Variante steht. Vielmehr ergänzen sie sich. Dient ersterer der Beschreibung, warum die Festung Europa ebenso notwendig ist, wie es die imperialen Eingriffe in aller Welt sind, so dient letzterer der Begründung notwendiger Differenzen im Innern der Festung.

Die Argumentationsmuster werden fließender: Hierarchie und Gleichheit, Differenz und Homogenität, Rassismus und Völkerverständigung — Differentialismus und Universalismus bieten ein relativ flexibles Feld der Argumentationsmuster. Dies zeigt sich auch in auf den ersten Blick unerwarteten Argumentationskoalitionen (ob im Golfkrieg, oder in der Frage der Multi-Kultur).

Manon Tuckfeld / Jens Christian Müller

Anmerkungen:

1) Immanuel Wallerstein, Ideologische Spannungsverhältnisse im Kapitalismus, in: Etienne Balibar / ders., Rasse Klasse Nation, Hamburg 1990, S. 39 ff.

2) ebd., S. 47

3) Ausführlich hat das Freerk Huisken, Ausländerfeinde und Ausländerfreunde, Hamburg 1987 und ders., Nichts als Nationalismus, Hamburg 1993, dargestellt.

4) Die Neue Rechte argumentiert schon länger mit dem zentralen Stellenwert der Hegemonie in politischen Auseinandersetzungen, vgl. Alain de Benoist: Kulturrevolution von rechts: Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld 1985.

5) derselbe, S. 58 f. (zit. nach: Sebastian Reinfeldt / Richard Schwarz: Biopolitische Konzepte der Neuen Rechten in: dies. und M. Foucault, Bio-Macht, Duisburg 1992 (Diss-Texte Nr. 25).

6) de Benoist, nach Reinfeldt/Schwarz, aaO, S. 21

7) Balibar/Wallerstein, S. 30;

8) Vgl. zum Folgenden: autonome l.u.p.u.s. Gruppe: Was hat das multi-kulturelle Konzept mit Verkehrsberuhigung zu tun ? in, dies., Geschichte, Rassismus und das Boot, Berlin 1992, S. 103-120.

9) In einem Stern-Streitgespräch mit dem bei Neofaschisten äußerst beliebten Konrad Lorenz-Schüler Eibl-Eibesfeld.

10) Vgl. Reinfeldt/Schwarz, aaO

11) In Bahamas 9 (3/93), S. 51 ff.

12) Daniel Cohn-Bendit/Thomas Schmid, Mut zur Wahrheit, in: Journal Frankfurt Nr. 22/92, S. 24 ff.

13) Wolfgang Kowalsky, Moralisierender Anti-Rassismus, in: Das Argument 195/1992, S. 695 ff.

14) Ausführlich dazu: Klaus Schönberger/Claus Koestler, Der freie Westen, der vernünftige Krieg, seine linken Liebhaber und ihr okzidentaler Rassismus, Marbach 1992; siehe auch im Buch der l.u.p.u.s-Gruppe (Anm. 8).

15) Udo Knapp in "natur" (2/91): "Der Weltnorden ist zur Dominanz verurteilt... Aus der Burg heraus muß für die ganze Welt eine Zukunft eröffnet werden."

16) W. Pohrt sorgt sich in "konkret" 11/92, S. 10ff. um den Erhalt der "Regeln der Zivilisation und der herkömmlichen Moral" als Halt gegen das "Verkaffern".

"Das Soziale"

Anmerkungen zum Stand der Antifabewegung

"Fahrplanmäßig hat auch ein großer Teil unserer autonomen und linksradikalen Freundinnen und Freunde seine/ihre Notizen von Diskussionsansätzen über die Notwendigkeit einer schonungslosen Kritik an der erdrückenden Bevölkerungsmehrheit bzw. die Konsequenzen daraus ins Archiv gesteckt oder in den Papierkorb gesteckt."
Café Morgenland (Frankfurter ImmigrantInnengruppe) im Februar 93

Die linksradikale/autonome Antifa ist seit den großen Lichterketten weitgehend von der politischen Bildfläche verschwunden. Obwohl es jeden Tag Anlässe zuhauf gibt, aktiv zu werden, und gerade bei der Antifabewegung immer das praktische Moment im Vordergrund stand ("schaut nicht weg — greift ein"), ist sie in den letzten Monaten nicht mehr zu sehen gewesen. Selbst der Versuch, durch einen Kongreß und eine bundesweite Organisation wieder handlungsfähiger zu werden, ist in letzter Minute still und heimlich aufgegeben worden.

Eine Erklärung dieses Umstandes ist nach meiner Einschätzung nur im Rahmen einer Kritik möglich, einer Auseinandersetzung mit dem, was (nicht nur) in der linksradikalen Antifabewegung seit einiger Zeit als "Suche nach neuen Wegen" verkauft wird: "das Soziale".

An dieser Stelle will ich anhand einiger neuerer Texte Anmerkungen dazu machen, daß es vor allem die "theoretische" Ausrichtung linksradikaler Antifa ist, die sie so handlungsunfähig macht. (1) Es besser zu wissen ist allerdings weder ein Trost noch zeigt es schon Wege auf, aus der schlechten Situation herauszukommen. Das bleibt einer breiten Diskussion vorbehalten.

"Rassismus von Staat und Nazis bekämpfen"

So lautete eine der Parolen unter dem Papier der RAF zum Anschlag in Weiterstadt. *"Während der Staat die Ausbreitung und Eskalation faschistischer und rassistischer Mobilisierung in der Gesellschaft schürt und fördert und es z.B. mit seiner gezielten Hetze gegen Flüchtlinge geschafft hat, einen Großteil der aufbrechenden Widersprüche in eine reaktionäre Richtung zu kanalisieren, ist die Situation auf unserer Seite nach wie vor von Vereinzelung und Desorganisation geprägt."* (RAF, 30.3.93)

Auch wenn die GenossInnen der RAF nicht im engeren Sinn zur linksradikalen Antifa gehören, so ist ihr Text doch paradigmatisch für aktuelle Erklärungs- und Diskussionsansätze. Sie führen — gleich am Anfang ihres Textes — nicht nur eine der "klassischen" Erklärungen für faschistische und rassistische Gewalt an, sie geben gleichzeitig auch noch die Losung aus, wie dagegen vorzugehen sei — und das ebenso klassisch: Der Staat "schürt, fördert, schafft, kanalisiert". Die ersten drei Seiten der insgesamt siebenseitigen Erklärung sind voll von Sätzen, die alle immer wieder nur einen Inhalt haben: Täterentlastung. *"Sie (haben) also rassistische Ausländer- und Asylgesetze verabschiedet und Flüchtlinge hier zu ,dem Problem der Deutschen' ganz gezielt in die Köpfe der Leute gepuscht (...)"* (RAF, 30.3.93). Die gemeinschaftliche Eigenleistung der "Leute" land-auf, land-ab bei Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte, bei Schändungen von jüdischen Friedhöfen, ... wird dagegen unterschlagen.

So sehr die RAF darauf besteht, daß "alte, verkrampfte Rangehensweisen" überwunden werden sollen, so sehr reproduziert sie diese ganz unverkrampft. Rassismus als Problem von "denen", etwas, was die Parlamente und Politiker aushecken, um "die Menschen" zu verführen.

Die Bevölkerung als Opfer, jedenfalls nicht als Täter. Seit den Lichterketten bzw. der Berliner Demonstration am 8. November '92 kommen gewöhnliche Deutsche in Texten und Bildern nur noch so vor: z.B. auf dem Titelblatt "Antifaschistischen Zeitung Kiel" (ATZE) vom Dezember/Februar: oben Weizsäcker und Diepgen umringt von Polizisten, mit dem Schriftzug "TÄTER", unten eine gedrängte Gruppe Flüchtlinge unter freiem Himmel (vor einer ZAST?), mit dem Wort "OPFER". Dazwischen nichts. (2) Ganz ähnlich auch das Berliner "Antifaschistische Info Blatt" (AIB) Nr. 21 vom März/April: "Brandstifter in Bonn" (S. 2)

Wurden bei manchen Demos im letzten Jahr noch Parolen gerufen, die ausdrücklich auf das Verdrängen der jüngsten Vergangenheit anspielten ("Saufen Saufen — Fressen Fressen — Hoyerswerda schon vergessen?!"), so bleibt derzeit der Einfluß der "Gesellschaft" an sich unbestimmt. Brände werden in Bonn gelegt, oder aber vom rechten Rand, den organisierten Nazis.

Täterentlastung wird aber nicht nur dadurch betrieben, daß Deutsche als Täter nicht mehr benannt werden, wenn sie kein Regierungsamt haben.

"... Die Verschärfung der Lebensbedingungen hier ..."

Eine Entlastung, mindestens aber eine Entschuldigung wird auch vorgenommen, wenn von der RAF analysiert wird, warum Nazi-Gruppen Zulauf haben und massenhaft Angriffe auf Flüchtlinge und ImmigrantInnen gemacht werden: *"Wenn wir auch nach wie vor die Verschärfung der Lebensbedingungen hier und die um sich greifende Perspektivlosigkeit vieler Menschen (...) als einen Grund für den Zulauf bei den Faschisten sehen ..."* (RAF, 30.3.93). Fehlende Arbeitsplätze, plus fehlende Perspektive, plus Hetze des Staates, gleich Rassismus und Nazi-Organisierung. So leicht geht das mittlerweile in antifaschistischen Kreisen. Als die "wildcat" in ihrer Ausgabe nach den Angriffen auf die Flüchtlingsunterkunft in Mannheim-Schönau diese als "riots von rechts" bezeichnete, als einen fehlgeleiteten Aufstand der Modernisierungsopfer, konnte das noch als randständige Position bezeichnet werden. Heute ist dieses Erklärungsmuster weit verbreitet.

Rassismus wird noch immer als Strategie "der Herrschenden" gegen die deutsche Bevölkerung verstanden, rassistische Hetze gilt als Mittel zur Ablenkung von den "wirklichen Problemen" beschrieben. Noch einmal die "AIB" Nr.21: *"Die Berichte über wirtschaftliche Prognosen, die von Rezession und weiter steigender Arbeitslosigkeit sprachen, waren von den Meldungen zur ,Asyldebatte' auf die hinteren Seiten der Zeitungen verdrängt. Ein ,heißer Herbst' mit sozialen Kämpfen blieb aus."* (S. 2)

Hieß es bis ins letzte Jahr hinein im "AIB" noch, daß Rassismus (und Faschismus) in der Mitte der Gesellschaft entstehen, so ist von dieser Erkenntnis heute nichts mehr übriggeblieben. Schon bis dahin war kaum deutlich geworden, ob mit "Mitte" mehr gemeint war, als sich zusätzlich zu den Nazi-Organisationen auch mit dem institutionellen Rassismus zu beschäftigen. Doch selbst davon ist heute nicht viel übriggeblieben: Der seit mehreren Monaten veröffentlichte Vorschlag, eine Kam-

pagne gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Lager zu starten, ist bisher auf eher geringe Resonanz gestoßen. Daß eine Mehrheit in diesem Land den Rassismus mehr oder weniger passiv stützt, daß antirassistische/antifaschistische Aktivitäten sich deshalb immer auch gegen diese Mehrheit richten *müssen*, kann nicht sein, weil es nicht sein darf. Die Erkenntnis, zumindest zur Zeit keine relevanten Mehrheiten um sich scharen zu können, aber auch die Überlegung, daß Rassismus kein pädagogisches Problem ist — daß es also "nur" darauf ankäme, die Leute mit den richtigen Informationen zu versorgen, weil sie dann schon begreifen würden, daß "ein Ausländer auch ein Mensch" ist (3) — wird beharrlich geleugnet.

Ganz im Gegenteil wird im "AIB" Nr.21 auf S.8 die Berliner Demo vom 8.1.93 zu einer Manifestation *"gegen die Asylpolitik der Bundesregierung und die Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung"* erklärt. *"Die Absicht der Politiker von CDU bis SPD, die Demo zu einer staatstragenden Aktion zu machen, hatte sich nicht erfüllt."* (S. 4) Zwar wird die Demo nicht gerade als ein Erfolg für Linke dargestellt, aber immerhin: *"Sie* (die augenblickliche gesellschaftliche Stimmung gegen Nazis) *erleichtert es, uns zur Zeit Gehör zu verschaffen und auf die wirklichen (!) Probleme und Widersprüche in dieser Gesellschaft zu sprechen zu kommen. Sie schafft die Voraussetzungen, damit wir über unseren engen Kreis hinaus politische Kontakte knüpfen können ..."* ("AIB" Nr.21, S. 5) Diesen Gedanken hat Christine Ostrowski, (mittlerweile ex-) stellvertretende Parteivorsitzende der PDS, zu Ende gedacht. Sie hatte sich im März mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Nationalen Offensive (NO) getroffen und hinterher erklärt: *"Wir haben sachlich und friedlich über die Programme von PDS und NO gesprochen und über ein gemeinsames Projekt nachgedacht (...) Unsere sozialen Forderungen stimmen im Grunde überein, bis hin zum Wortlaut. Unterschiede gibt es in der ideologischen Grundlage."*

"Das Soziale" als Gegenstrategie

Aus dieser Mischung theoretischer Versatzstücke über Rassismus und Faschismus, aus der Vorstellung, daß das Zusammenspiel von Nazis und Regierenden das Volk verhetze, aus dem Willen, sich "das Volk" als insgesamt Gutes zu erhalten — Rassismus als ein verkürzter Antikapitalismus — entsteht fast zwangsläufig eine bestimmte Strategie, wie dem "braunen Aufschwung" ("AIB" Nr.21) beizukommen sei.

Im Artikel des AIB 21 "Jugendarbeit mit Rechten — Rechte Jugendarbeit" wird verschiedentlich darauf hingewiesen, welche Chancen Linken entgangen seien, desorientierte Jugendliche nicht für sich gewonnen zu haben. *"Und die Linke sitzt daneben, schaut zu, wie ihr ureigenster Anknüpfungspunkt, die Arbeit mit rebellischen Jugendlichen, systematisch von Faschisten übernommen wird."* (S. 18)

Das "antifa-Info Kreis Segeberg/Pinneberg" dokumentiert einen Redebeitrag von einer Kundgebung in Kaltenkirchen am 7.11.92: *"Es gibt genug Reichtum, daß jeder Mensch auf der Erde gut leben könnte (...) Das spürt jede/r. In Deutschland wie in allen Ländern der Welt. Wir werden dieses Problem nicht lösen, indem wir uns gegenseitig (!) zerfleischen. Und wenn sich die in dieser Gesellschaft ins Abseits gedrängten Menschen gegeneinander (!) wenden, ist das ganz im Sinne der für ihre Situation tatsächlich verantwortlichen, der Politiker der regierenden Parteien, der Wirtschaftsbosse, der Makler und Wohnungsspekulanten."* (S. 16)

Die RAF schließlich spitzt diese Gedanken weiter zu, und formuliert mit insofern dankenswerter Klarheit: *"Rassistisches Bewußtsein in der Gesellschaft im Kampf für das Soziale unter den Menschen aufheben — auch dafür brauchen wir eine Basisbewegung von unten, die von Solidarität und Gerechtigkeit, vom Kampf gegen soziale Kälte, Perspektivlosigkeit und Armut bestimmt ist!"* Abgesehen davon, daß Rassismus nicht "aufzuheben" ist, sondern bekämpft werden muß, fällt auf, daß es genauere Begriffsbestimmungen im Text nicht gibt. *"Die Zerstörung des Sozialen unter den Menschen ist die Voraussetzung für Rassismus. Diese Zerstörung bedeutet, daß auf der Basis des kapitalistischen Systems, dem 24-Stunden-Alltag von Leistung und Konkurrenz, den Menschen eigene Kriterien geraubt und durch für den Kapitalismus funktionale Werte ersetzt wurden. (...) Es war und ist immer die Voraussetzung für die Herrschaft des kapitalistischen Systems über die Menschen gewesen, mit solchen Kriterien auch Tausend Trennungen zwischen sie zu setzen: die Trennungen in Mehr- und Minderwertige; in Leistungsfähige und ‚Arbeitsscheue'; in Schwarze und Weiße; in Männer und Frauen; Alte und Junge; Kranke, Schwache, Behinderte und Starke, Gesunde; in Gescheite und ‚Dumme'."*

Auf diese Weise verkommt die Beschreibung von Unterdrückungsverhältnissen zur Beliebigkeit, werden Rassismus, Sexismus ... zu Nebenwidersprüchen "des Kapitalismus" und "die Menschen" unterschiedslos zu Opfern. Tätersubjekte gibt es nicht mehr und eine Analyse derselben schon gar nicht.

Was "das Soziale" der erträumten "Basisbewegung von unten" von einer Bürgerinitiative gegen Flüchtlingslager unterscheiden soll (von den Basisbewegungen in Hoyerswerda und anderswo ganz zu schweigen) bleibt letztlich linke Geschmackssache.

Zwischenergebnis

Jedenfalls werden mit solchen Ansätzen alle Diskussionsanfänge der letzten Zeit hinweggefegt, in denen z.B. versucht wurde, sich mit dem herrschenden gesellschaftlichen *Konsens* in Bezug auf Rassismus auseinanderzusetzen, und Schlußfolgerungen für eine Praxis aus der Position der Minderheit zu finden.

Das "Notizen von Diskussionsansätzen über die Notwendigkeit ..."(s.o.) waren — wenn überhaupt — ein guter Vorsatz. *"Wenn also die Aufforderung, nicht zu schweigen, einen Sinn haben soll, dann und zuerst an die deutsche Linke: Zwischen den Herrschenden und den Nazis bzw. Glatzen liegt nicht die große Unbekannte, sondern die Mitte dieser Gesellschaft. Da sie fast 80 Millionen inzwischen umfaßt, ist sie nicht zu übersehen. Nicht zu übersehen ist auch, daß sie ganz klar artikulierte Interessen hat, die durch den Asylbeschluß zum größten Teil wahrgenommen werden."* (nochmal Café Morgenland)

kla., abgestürzter Flugblattsammler, Hamburg

Anmerkungen:

1) Das die aktuelle Entwicklung nicht vom Himmel gefallen ist, kann mensch an anderer Stelle nachlesen: "Autonome sind auch Deutsche. Antifa-Politik zwischen Täterentlastung und ‚Strafexpedition'". Calamity Jane und die abgestürzten Flugblattsammler. In: "Der Pakt — Die Rechten und der Staat", Siegler, Tolmein, Wiedemann. Göttingen (Werkstatt), April 93.

2) Schaut Mensch genauer hin, fällt auf, daß — obwohl "gut gemeint" — mit dieser Titelmontage auch auf rassistische Stereotypen angespielt wird: die Flüchtlinge als unpersönliche Menge, unter freiem Himmel, vor einem Gitter zusammengedrängt; im Vordergrund ist ein schlafender Mann zu sehen, neben ihm kleinere Gruppen von Frauen mit Kindern; die Assoziation mit den so oft vom "Spiegel" auf Titelbildern montierten flutenden Massen liegt nur allzu nahe ...

3) Die Kampagne "Gegen Rassismus in den Medien" zielt in eine ähnliche Richtung: entweder wird gegen Frey-Zeitungen mobil gemacht oder aber die BILD-Zeitung ins Zentrum gestellt. (S. z.B. der Titel von ATZE 18, April/Juni 93). Erst vereinzelt und neuerdings wird z.B. der SPIEGEL untersucht ...

pagne gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Lager zu starten, ist bisher auf eher geringe Resonanz gestoßen. Daß eine Mehrheit in diesem Land den Rassismus mehr oder weniger passiv stützt, daß antirassistische/antifaschistische Aktivitäten sich deshalb immer auch gegen diese Mehrheit richten *müssen*, kann nicht sein, weil es nicht sein darf. Die Erkenntnis, zumindest zur Zeit keine relevanten Mehrheiten um sich scharen zu können, aber auch die Überlegung, daß Rassismus kein pädagogisches Problem ist — daß es also "nur" darauf ankäme, die Leute mit den richtigen Informationen zu versorgen, weil sie dann schon begreifen würden, daß "ein Ausländer auch ein Mensch" ist (3) — wird beharrlich geleugnet.

Ganz im Gegenteil wird im "AIB" Nr.21 auf S.8 die Berliner Demo vom 8.1.93 zu einer Manifestation *"gegen die Asylpolitik der Bundesregierung und die Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung"* erklärt. *"Die Absicht der Politiker von CDU bis SPD, die Demo zu einer staatstragenden Aktion zu machen, hatte sich nicht erfüllt."* (S. 4) Zwar wird die Demo nicht gerade als ein Erfolg für Linke dargestellt, aber immerhin: *"Sie* (die augenblickliche gesellschaftliche Stimmung gegen Nazis) *erleichtert es, uns zur Zeit Gehör zu verschaffen und auf die wirklichen (!) Probleme und Widersprüche in dieser Gesellschaft zu sprechen zu kommen. Sie schafft die Voraussetzungen, damit wir über unseren engen Kreis hinaus politische Kontakte knüpfen können ..."* ("AIB" Nr.21, S. 5) Diesen Gedanken hat Christine Ostrowski, (mittlerweile ex-) stellvertretende Parteivorsitzende der PDS, zu Ende gedacht. Sie hatte sich im März mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Nationalen Offensive (NO) getroffen und hinterher erklärt: *"Wir haben sachlich und friedlich über die Programme von PDS und NO gesprochen und über ein gemeinsames Projekt nachgedacht (...) Unsere sozialen Forderungen stimmen im Grunde überein, bis hin zum Wortlaut. Unterschiede gibt es in der ideologischen Grundlage."*

"Das Soziale" als Gegenstrategie

Aus dieser Mischung theoretischer Versatzstücke über Rassismus und Faschismus, aus der Vorstellung, daß das Zusammenspiel von Nazis und Regierenden das Volk verhetze, aus dem Willen, sich "das Volk" als insgesamt Gutes zu erhalten — Rassismus als ein verkürzter Antikapitalismus — entsteht fast zwangsläufig eine bestimmte Strategie, wie dem "braunen Aufschwung" ("AIB" Nr.21) beizukommen sei.

Im Artikel des AIB 21 "Jugendarbeit mit Rechten — Rechte Jugendarbeit" wird verschiedentlich darauf hingewiesen, welche Chancen Linken entgangen seien, desorientierte Jugendliche nicht für sich gewonnen zu haben. *"Und die Linke sitzt daneben, schaut zu, wie ihr ureigenster Anknüpfungspunkt, die Arbeit mit rebellischen Jugendlichen, systematisch von Faschisten übernommen wird."* (S. 18)

Das "antifa-Info Kreis Segeberg/Pinneberg" dokumentiert einen Redebeitrag von einer Kundgebung in Kaltenkirchen am 7.11.92: *"Es gibt genug Reichtum, daß jeder Mensch auf der Erde gut leben könnte (...) Das spürt jede/r. In Deutschland wie in allen Ländern der Welt. Wir werden dieses Problem nicht lösen, indem wir uns gegenseitig (!) zerfleischen. Und wenn sich die in dieser Gesellschaft ins Abseits gedrängten Menschen gegeneinander (!) wenden, ist das ganz im Sinne der für ihre Situation tatsächlich verantwortlichen, der Politiker der regierenden Parteien, der Wirtschaftsbosse, der Makler und Wohnungsspekulanten."* (S. 16)

Die RAF schließlich spitzt diese Gedanken weiter zu, und formuliert mit insofern dankenswerter Klarheit: *"Rassistisches Bewußtsein in der Gesellschaft im Kampf für das Soziale unter den Menschen aufheben — auch dafür brauchen wir eine Basisbewegung von unten, die von Solidarität und Gerechtigkeit, vom Kampf gegen soziale Kälte, Perspektivlosigkeit und Armut bestimmt ist!"* Abgesehen davon, daß Rassismus nicht "aufzuheben" ist, sondern bekämpft werden muß, fällt auf, daß es genauere Begriffsbestimmungen im Text nicht gibt. *"Die Zerstörung des Sozialen unter den Menschen ist die Voraussetzung für Rassismus. Diese Zerstörung bedeutet, daß auf der Basis des kapitalistischen Systems, dem 24-Stunden-Alltag von Leistung und Konkurrenz, den Menschen eigene Kriterien geraubt und durch für den Kapitalismus funktionale Werte ersetzt wurden. (...) Es war und ist immer die Voraussetzung für die Herrschaft des kapitalistischen Systems über die Menschen gewesen, mit solchen Kriterien auch Tausend Trennungen zwischen sie zu setzen: die Trennungen in Mehr- und Minderwertige; in Leistungsfähige und ,Arbeitsscheue'; in Schwarze und Weiße; in Männer und Frauen; Alte und Junge; Kranke, Schwache, Behinderte und Starke, Gesunde; in Gescheite und ,Dumme'."*

Auf diese Weise verkommt die Beschreibung von Unterdrückungsverhältnissen zur Beliebigkeit, werden Rassismus, Sexismus ... zu Nebenwidersprüchen "des Kapitalismus" und "die Menschen" unterschiedslos zu Opfern. Tätersubjekte gibt es nicht mehr und eine Analyse derselben schon gar nicht.

Was "das Soziale" der erträumten "Basisbewegung von unten" von einer Bürgerinitiative gegen Flüchtlingslager unterscheiden soll (von den Basisbewegungen in Hoyerswerda und anderswo ganz zu schweigen) bleibt letztlich linke Geschmackssache.

Zwischenergebnis

Jedenfalls werden mit solchen Ansätzen alle Diskussionsanfänge der letzten Zeit hinweggefegt, in denen z.B. versucht wurde, sich mit dem herrschenden gesellschaftlichen *Konsens* in Bezug auf Rassismus auseinanderzusetzen, und Schlußfolgerungen für eine Praxis aus der Position der Minderheit zu finden.

Das "Notizen von Diskussionsansätzen über die Notwendigkeit ..."(s.o.) waren — wenn überhaupt — ein guter Vorsatz. *"Wenn also die Aufforderung, nicht zu schweigen, einen Sinn haben soll, dann und zuerst an die deutsche Linke: Zwischen den Herrschenden und den Nazis bzw. Glatzen liegt nicht die große Unbekannte, sondern die Mitte dieser Gesellschaft. Da sie fast 80 Millionen inzwischen umfaßt, ist sie nicht zu übersehen. Nicht zu übersehen ist auch, daß sie ganz klar artikulierte Interessen hat, die durch den Asylbeschluß zum größten Teil wahrgenommen werden."* (nochmal Café Morgenland)

kla., abgestürzter Flugblattsammler, Hamburg

Anmerkungen:

1) Das die aktuelle Entwicklung nicht vom Himmel gefallen ist, kann mensch an anderer Stelle nachlesen: "Autonome sind auch Deutsche. Antifa-Politik zwischen Täterentlastung und ,Strafexpedition'". Calamity Jane und die abgestürzten Flugblattsammler. In: "Der Pakt — Die Rechten und der Staat", Siegler, Tolmein, Wiedemann. Göttingen (Werkstatt), April 93.

2) Schaut Mensch genauer hin, fällt auf, daß — obwohl "gut gemeint" — mit dieser Titelmontage auch auf rassistische Stereotypen angespielt wird: die Flüchtlinge als unpersönliche Menge, unter freiem Himmel, vor einem Gitter zusammengedrängt; im Vordergrund ist ein schlafender Mann zu sehen, neben ihm kleinere Gruppen von Frauen mit Kindern; die Assoziation mit den so oft vom "Spiegel" auf Titelbildern montierten flutenden Massen liegt nur allzu nahe ...

3) Die Kampagne "Gegen Rassismus in den Medien" zielt in eine ähnliche Richtung: entweder wird gegen Frey-Zeitungen mobil gemacht oder aber die BILD-Zeitung ins Zentrum gestellt. (S. z.B. der Titel von ATZE 18, April/Juni 93). Erst vereinzelt und neuerdings wird z.B. der SPIEGEL untersucht ...

Nationale Linke

Das Wahljahr 1994 wirft seine linken Schatten voraus. Eine neue linke Sammlungsbewegung sitzt in den Startlöchern nach dem Motto: jetzt wächst zusammen, was zusammengehört. Allerdings müssen Wachstumsprobleme vorausgesagt werden, weil nicht alle Teile der Sammlungsbewegung gleich und sich grün sind.

Beginnen wir mit dem Kristallisationskern. Die PDS, relativ stabile Partei der Ost-Enterbten und marktwirtschaftlich Zukurzgekommenen, rechnet so: 15% im Osten plus 2,5% im Westen würden für das Überspringen der 5%-Hürde reichen. Das sei vor allem in Bezug auf den Westen "anspruchsvoll", aber "nicht von vornherein illusionär". Wahrscheinlicher — und von ihren Wahlstrategen favorisiert — das Modell, drei Direktmandate zu gewinnen, weil in diesem Fall alles unter 5% dennoch für Bundestagssitze angerechnet wird. Daher will die PDS den Wahlkampf vorzugsweise auf fünf bis sieben Wahlkreise konzentrieren: fünf Ostberliner Kreise (in Marzahn hatte 1990 Gysi das Mandat gewonnen), Rostock, Neubrandenburg-Altentreptow, Potsdam und Leipzig Süd stehen zur Auswahl.

Auf dem Weg zur Gerechtigkeitspartei

Sodann die Form der Kandidatur: eine "gesamtdeutsche, oppositionelle Gerechtigkeitspartei" als die "wahrscheinlich beste Variante" wegen der "Notwendigkeit, Bürgerinteressen über Parteiinteressen zu stellen", oder eine "Offene Liste der PDS", wobei offen in erster Linie für Personen meint und nicht, wie die PDS-orientierte Wessi-Linke wünscht, für Gruppen. Inhalt der Kandidatur: "soziale Gerechtigkeit" und "Ausstrahlung" sowie "Optimismus". (Alle Zitate aus: PDS-Pressedienst 14/93)

Heftig umworben wird die PDS nun von einem Spektrum westdeutscher Linker, das von der Ökolinx über den Ex-KB, BWK, VSP, DKP, Arbeiterbund bis zur MLPD reicht, die sich wiederum untereinander reizvolle strategische Positionierungsschlachten um die Gunst der "sozialistischen Massenpartei" liefern. Meine Favoriten 1994: DKP/BWK, nachdem 1990 die Reste der DKP-"Erneuerer" und der KB die Nase vorn hatten. Erstere sind atomisiert, letzterer auf wenige — recht komfortable — Partei- und Bundestagsfraktionsposten reduziert. Die Parteibasis der PDS im Westen (knapp 1000 Mitglieder) ist mittlerweile nicht unerheblich vom BWK und den "roten Tischen" beeinflußt, für die der BWK als Transmissionsriemen fungiert.

Die "Traumpaarung Gysi-Ditfurth" wurde von der PDS "im Hinblick auf die Europa- und Bundestagswahlen" vor der Frankfurter Kommunalwahl als "die wohl ergiebigste Option" angesehen (Hessen Links, 5/92, Zeitung der PDS-Hessen). Die erste Schlacht hat die Ökolinx verloren. Sie, deren ProtagonistInnen sich als "wahre Grüne", bezeichnen, hat mit den 1,2% keine Ausstrahlung bewiesen, das Gegenteil ist der Fall.

In der Ökolinx hat danach das Messerwetzen begonnen. Sieben Ökolinke — darunter J.C. Müller und Manon Tuckfeld — haben die Partei verlassen und begründen dies *nach* dem schlechten Wahlergebnis inhaltlich mit einem populistisch radikalisierten Antikapitalismus, der Nähe zu rechter Demagogie aufweise, sowie strukturell mit der ditfurth-dominierten, undemokratischen Ausrichtung der Partei (TAZ: "stalinistisch"). Glaubwürdiger wird ein solcher Schritt vor dem Hintergrund von Erfolglosigkeit nicht. Schmuddelig die Antwort von Jutta Ditfurth, die den Ausgetretenen "extrem miese und verlogene Qualität der Auseinandersetzung" vorwirft. Dem Anwurf des Populismus gibt sie im nachhinein noch Nahrung, wenn sie polemisiert, der "praxisferne Theoriebrei" müsse in "reaktionären Perspektiven" enden (Ökolinx 10/93). Es gibt inhaltlich auch nichts her, wenn sie ironisch persifliert: "...wie sollten Menschen ihre Rechte auch nur erahnen, wenn sie nicht mindestens 117 Althusser- oder Adorno-Zitate auswendig können..." Hier werden - der Text ist so platt wie zitiert - klassisch antiintellektuelle Stereotype mobilisiert.

Häme gegen das "Traumpaar"-Bündnis von den Konkurrenten. Georg Fülberth schreibt in der "Konkret" (3/93), daß antigrüne Strategie und "wahres Grün" nichts bringe, der "ak" (Nr. 353) zitiert ihn beifällig. Der BWK modifiziert diese Kritik, indem er sein Volksfront-Konzept ins Spiel bringt: eine "sozialistische Wahlpartei" erhalte nur dann Stimmen im Westen, "wenn sie ihr antikapitalistisches Profil nicht in Konkurrenz, sondern in Kooperation mit Grünen und linker SPD gegen reaktionäre Konzernpolitik entwickelt" (Politische Berichte, 8.4.93).

Der BWK als Wählerstimmenzugpferd? Fleißig zimmert er an Bündnislisten in Niedersachsen (BWK, Volksfront, PDS, VVN, DKP) und Baden-Württemberg ("Linke Opposition"). In seiner Zeitung wird auch schon einmal regionale Volksgemeinschaft statt Klassenkampf geprobt: "Nur in gemeinsamer Anstrengung sind die Probleme des Landes Brandenburg zu lösen. In Brandenburg geht es ums Überleben", heißt es mit Blick auf die Kommunalwahlen im Dezember 1992 positiv über die PDS-Strategie. Neuester Clou der KBW-Abspaltung: die Delegiertenkonferenz des BWK hat den Beschluß gefaßt, sich geschlossen um die Aufnahme als Arbeitsgemeinschaften in die Landesverbände der PDS zu bemühen. Damit wird ein KB(Mehrheits)-Gedanke von 1990 aufgegriffen, einen autonomen Status in der PDS anzustreben. Der Hamburger BWK ist bislang als Pilotprojekt am weitesten gegangen und verhandelt bereits mit der PDS-HH. Im Hinblick auf das Wahljahr 1994 hat diese den BWK-Schritt begrüßt und hofft, "daß möglichst viele Gruppen der Linken in ein politisch-kooperatives Verhältnis zur PDS treten." Der BWK Hamburg bezeichnet seinen Schritt als eine Möglichkeit für andere Teile der westdeutschen Linken, "sich ohne Selbstaufgabe in einen übergreifenden organisatorischen Zusammenhang — der nach Lage der Dinge nur die PDS sein kann — einzuordnen." (Lokalberichte, 1.4.93)

"Dort sein, wo die Menschen real sind"

Ob die Rechnung der Rest-MLer aufgehen wird? Andre Brie hatte im Wahlstrategiepapier der PDS die sich anbietenden "Sektierer" (namentlich: DKP, BWK, KPD, Arbeiterbund, MLPD) gewarnt: "Die PDS will nicht nur dort sein, wo ihre Fernziele sind, sondern sie will zugleich — und so weit das mit ihren Grundprinzipien vereinbar ist — dort sein, wo die Menschen heute und real sind, die mit dem systemkritischen Zielen der PDS nur wenig oder gar nichts im Sinn haben." Christiane Reymann, West-PDSlerin aus Hamburg mit erfolgreicher Ausgrenzungsarbeit gegenüber den "Sekten" 1990, mosert denn auch im Hamburger PDS-Info über die BWK-Annäherung: "Es gibt in der Politik Unverträglichkeiten" (23.4.93). Und auch der "ak" benörgelt, wozu er selbst nicht mehr in der Lage ist: "Die PDS ist nach wie vor im Westen so schwach, daß es jeder organisiert vorgehenden Gruppe gelingen kann, maßgeblichen Einfluß zu gewinnen" (Nr 253). Im selben "ak" fordert ein KB-PDS-Mitglied im Brie'schen Sinne die "KB-Mehrheit" zu einer "Kampagne" in der Linken auf, daß die PDS "das kleinste Übel" sei und es "in Anbetracht der bevorstehenden

Entwicklungen allemal lohnen könnte, dafür vorläufig auf höhere Ansprüche zu verzichten."

Dilemma solcher Überlegungen: niemand von den West-Wahl-Linken kann andere Wählerpotentiale benennen als der BWK, zumal gerade die Ex-KBler und "ErneuerInnen" wie Reymann für das schlechte PDS-Ergebnis im Westen von 1990 stehen. Der BWK verweist demgegenüber am Beispiel Hessen darauf hin, daß Linke nur dort eine (allerdings äußerst bescheidene) Wahlchance haben, wo sie sich auf organisatorische und kommunale Arbeitsstrukturen stützen können. In dem Sinne bemüht sich der BWK als Türöffner für die DKP, die in wenigen hessischen Kleinstädten zwischen ein und 10% der Stimmen und ca. 20 Sitze erhielt. Die Ökolinx, so errechnen die "Politischen Berichte", habe in den Arbeitervierteln Frankfurts weniger Stimmen als die DKP 1989 erzielt. Da zudem die Schnittmenge gering sei, liege die Chance eben in der Volksfront. So unrealistisch ist der BWK gar nicht, sagt er doch nichts anderes, als daß es um die 0,6% (die die PDS 1990 im Westen hatte) und mögliche 1% Wählerstimmen gehe, die man erzielen könne.

Was wohl Jutta Ditfurth dazu sagt? Im Rechenschaftsbericht der Ökolinx werden als Gründe für das Scheitern der "Radikalen Linken" 1990/91 der Boykott der Bundestagswahl, die "unverbindliche Organisationsform" und schließlich die Golfkriegkontroverse (Ökolinx: "Zerschlagung" der RL) benannt. Der naheliegende Gedanke, daß das Scheitern der "Radikalen Linken" ihren Charakter als Durchgangsstadium beim Zerfall der bundesdeutschen organisierten Linken und ihrer inhaltlichen Grundlagen von Linksgrün bis ML-Gruppen markiert, mag im Lager der geradezu überorganisierten Vereinsmeier von Ökolinx nicht aufkommen. Das wäre natürlich mit dem Eingeständnis verbunden, daß auch mit ein bißchen Marxismus, linksgrüner Programmatik und grüner Wahltaktik die Vergangenheit sich nicht einholen läßt. Ökolinx scheint der letzte Sektor der Vor-89er-Linken zu sein, in dem die neuen Zeichen der deutschen Zeit noch nicht begriffen sind. Daß die politische Entwicklung der Grünen nicht Verrat von Zielen (das mag für viele einzelne zutreffen) oder gar an den Wählern markiert, sondern den Weg des Mitmachens, der Teilhabe am parteipolitischen Geschehen als Vorteilnahme und Klientelismus, wird bei der ditfurth'schen Jagd nach Wählerstimmen übersehen. Fehler der Ökolinx war ja nicht allein das supragrüne Anti-Grüne, sondern falsch war vor allem der Versuch, einen auf Wahlkampf zu machen.

Kampf um die Wähler der Rechten

Bedenklich stimmen neue Überlegungen im restlinken Lager, den Rechten das Feld streitig zu machen. Georg Fülberth hält der erfolglosen Ökolinx vor, statt sich an den Grünen abzuzappeln, "sinnvoll" "sich in den Quartieren um(zu)tun, in denen die ‚Republikaner' besonders viele Stimmen erhalten haben" und spekuliert über eine "linke Protestpartei", die als "Gegengewicht zu Schönhuber jetzt eine Chance hätte", wenn sie "sozial in den Schichten verankert" wäre, aus denen die "Republikaner" ihren Zulauf erhalten (Konkret 3/93). Der "ak" zitiert dies zustimmend. In seiner Bewertung des hessischen Wahlergebnisses kommt er zu der bemerkenswerten Aussage, "daß Ansichten, die von radikalen Linken ‚im Prinzip' nicht für falsch gehalten werden, die vielfach sogar unseren eigenen politischen Aussagen nahekommen (gemeint sind: Wahlabstinenz, "Parteiverdrossenheit", Kritik an der "Selbstversorgung" der Politiker), heute dem Rechtsextremismus und darüber hinaus der allgemeinen Rechtsbewegung deutscher Politik Auftrieb geben." "Soziale Schichten, die ‚eigentlich' zur traditionellen Klientel von linkssozialdemokratischer und sozialistischer Politik gehören", sich nicht links, sondern rechts radikalisieren (ak 352).

In der Tat ist dies bemerkenswert, stellt es doch ein linkes Essential in Frage, dem alle zitierten Linken gleichermaßen unverändert anhängen: daß die "soziale Frage" als "soziale Gerechtigkeit" ein emanzipatorisches Anliegen sei. "Soziale Gerechtigkeit" und Kapitalismus aber können nur als staatstreues Einfordern der Gemeinsamkeit aller Unterschiedlichen — als nationales Anliegen — zusammengehen. Das nationale Einklagen von Gerechtigkeit ist der Kern der Klientelwerbung mit Komitees oder Parteien für "Gerechtigkeit", für solchen Linksnationalismus steht die PDS. Daß Opfersein im Kapitalismus eine besondere Nähe zum Linkssein ausmachte, mag so lange gegolten haben, wie die "Opfer" entweder die Linke als beste Vertreterin ihrer sozialen Interessen ansehen konnten (weil es etwas zu "verteilen" gab), dann war diese Linke sozialdemokratisch. Oder, wie in der frühen Arbeiterbewegung, die "soziale Frage" staatsfeindlich und internationalistisch war. Weder steht heute soziale Umverteilung an (was sowohl SPD als auch Gewerkschaften begreifen), noch verbinden die "Opfer" irgendetwas mit einer anderen als einer kapitalistischen Ordnung. Es erweist sich, daß die so gestellte "soziale Frage" nicht "aus sich heraus" emanzipatorisch ist, sondern national besetzt ist. Warum wohl bezeichneten sich die Nazis nicht nur als national, sondern auch als "sozialistisch"? Links, sozialistisch, kommunistisch kann, darf daher nicht auf ein *Etappenmodell* setzen: die Menschen *erst* bei ihren sozialen Nöten "abzuholen" (siehe PDS-Strategie: "die PDS will dort sein, wo die Menschen heute real sind"), um sie *dann* an die "Fernziele" (PDS) heranzuführen. Da die Menschen nicht nur soziale, sondern auch rassistische und "nationale" Wesen sind, kann die vermeintliche "soziale Frage" gar nicht die entscheidende für ein Projekt sein, das emanzipatorisch ist. Umgekehrt kann allerdings kein emanzipatorisches Projekt ein bißchen kapitalistisch, marktwirtschaftlich sein. Die bislang schlimmste Verhunzung von Sozialismus hat die KPD 1930 bei ihrem Versuch begangen, die Menschen dort abzuholen, wo sie damals "real waren": mit ihrem "Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes".

Geradezu absurd werden *heute* — nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus — Überlegungen, in die Fußstapfen der KPD-Versuche zu treten, wie sie nicht nur Christine Ostrowski von der PDS, die sich mit dem NO-Führer Mayer traf, sondern auch Thomas Kuczynski im "Neuen Deutschland" anstellt: "Nur wer zusammen-sitzt, kann sich auseinander-setzen". Der "ak" widerspricht dem nur in der Weise, daß dies nicht geheim, sondern öffentlich geschehen müsse. Vorschlag des "ak": "Auch kann es sinnvoll sein, öffentlich mit den Propagandisten der Neuen Rechten zu streiten, beispielsweise vor ihrem eigenen Publikum." (ak 253)

Der Bankrott einer solchen linken Massenorientierung ist inhaltlich offenkundig. Er wird es um so mehr, als die wahlpolitische Linke sich um ein — in ihren hohenfliegerischen Träumen schon einmal um zwei — Prozent der westdeutschen Massen streitet.

Da sind DKP/BWK realistischer. Sie wissen, daß für sie als Gruppen auf der Wahlebene nicht viel zu holen ist. Die DKP rekurriert auf ihre kommunalen Stützpunkte und vereint streben sie unter das Wahldach der PDS. Die ist nämlich die einzige, die zwar keine Zukunft, aber eine sich auszahlende Gegenwart als Wahlpartei und insofern etwas zu verlieren hat.

Heiner Möller

Krieg dem "serbischen Faschismus"?

Linke diskutieren den Einmarsch - auch in konkret

"...die antinationale Orientierung wird zur Fixierung, der alles vordringlich ein deutsches Problem zu sein scheint, die Kritik verkommt zur Entlarvung, die politische Intervention entpuppt sich als Denunziation, und, am schlimmsten, die Erinnerung an das Verbrechen des Nationalsozialismus und seine Brisanz für heute wird instrumentalisiert und führt so zu einer Entsorgung der deutschen Geschichte..."

So rechnet Oliver Tolmein in konkret 4/93 mit einer politischen Linie ab, die lange genug seine eigene war. Der Text arbeitet in einer Bewegungslogik, die den Widerspruch zwischen konsequent antinationaler Kritik und den praktischen Erfordernissen einer auf unmittelbares Eingreifen eingeschworenen Betroffenheitspolitik nicht aushält und sich für den "rechten Weg" entscheidet. Um seine politische Wende plausibel zu machen, bedient er sich eines oberflächlichen Schachzugs: er präsentiert ein Schlüsselerlebnis.

Die Erleuchtung, daß er selbst seit Jahren Mitarbeiter eines sektiererischen, von pathologischem Haß aufs Vaterland zerfressenen, in zynischer Untätigkeit kalten Blikkes die Ereignisse in der Welt zur Kenntnis nehmenden "Männermagazins" ist, ist ihm erst dann gekommen — als sein Kollege Wolfgang Schneider über die Funktionalisierung der in Jugoslawien stattfindenden massenhaften Vergewaltigungen zum Zwecke eines baldmöglichen deutschen Kriegseintritts gegen Serbien schrieb und im vordersten Frontabschnitt ausgewiesene Frauenbewegte ausmachte.

Funktionalisierung

Die Schwachstelle in Schneiders Text, nämlich das Phänomen Massenvergewaltigung ausschließlich unter dem — richtigen — Gesichtspunkt seiner Funktionalisierung durch am Einmarsch interessierte Betroffenheitspolitikerinnen zu betrachten und darüber die Sache selbst gar nicht mehr zu behandeln, ist Tolmein in seiner Replik keineswegs Anlaß zu einer Auseinandersetzung über die Gründe dieses eigenartigen "Weglassens". Über die Bedeutung von Vergewaltigungen in Kriegen, insbesondere in Bürgerkriegen schreibt Tolmein genausowenig wie Schneider. Und schlimmer als bei Schneider, der glaubte, die Wahl seines Themas entbinde ihn von jeder Auseinandersetzung mit dem Anlaß, gibt Tolmein vor, genau darüber reden zu wollen, um etwas ganz anderes zu sagen. Die entscheidende Tatsache, daß Vergewaltigungen in Kriegen, insbesondere in Bürgerkriegen im besten Fall als ganz normale Zutat zum allgemeinen Schlachten konstatiert werden, wenn sie überhaupt Erwähnung finden, und wenn sie doch mal ganz groß rauskommen ausschließlich zu Propagandazwecken dienen, um die Schändlichkeiten einer Kriegsformation anzuprangern und den eigenen Einmarsch vorzubereiten, schneidet er nicht mal an.

Die Frage, ob, *systematische* Massenvergewaltigungen vorausgesetzt, diese Tatsache unter den allgemeinen Kriegsscheußlichkeiten als so herausragend einzustufen ist, daß Linke und Feministinnen deshalb die imperialistische Militärintervention in Kauf nehmen, diskutiert Tolmein nicht. Er beantwortet sie allerdings durch die Behauptung einer neuen Qualität, die er freilich nicht belegt, im jugoslawischen Bürgerkrieg ("seit Kriegsbeginn haben sich die Verhältnisse verändert") wenigstens dahingehend positiv, daß er z.B. Einmarschphantasien einer Claudia Roth für genauso berechtigt hält wie die Position von Schneider oder Pohrt, die jede, insbesondere jede deutsche Intervention strikt ablehnen.

Das Primat der Praxis

"Es wird versucht, eine feministische, antinationalistische Politik zu entwickeln, die, und das vor allem unterscheidet sie auffällig vom Diskurs vieler linker Männer, gleichzeitig praktische Konsequenzen zeitigen soll", hält er dem "untätigen" Schneider vor. Was ihn an feministischen Positionen zu den Massenvergewaltigungen in Jugoslawien interessiert, ist die Bereitschaft von Frauen, "Politik" zu machen, "praktische Konsequenzen" zu ziehen. In hellen Farben erscheint das aktive "Verhalten" und tiefschwarz sein Gegenbild "eine abstrakte Auseinandersetzung, ... in der Zeit keine Rolle spielt und Handeln eh nicht gefragt ist." Vergewaltigungen sind der Aufhänger, um einige prinzipielle Worte über linke Politik zu verlieren; daß es in Tolmeins Fallbeispiel Frauen sind, die sich *verhalten*, ist Zufall. Es geht ganz generell um die richtige linke Haltung zu irgendwelchen Ereignissen, in der Welt, im Kiez, in der WG... und die hat gefälligst *aktiv* auszufallen.

Sich verhalten, eingreifen, widerstehen etc. setzt immer voraus, daß im gegebenen Konflikt der Gegner ausmachbar ist, der Gute vom Bösen zu unterscheiden ist und eine Linie des Angriffs sich anbietet, die billig und praktikabel ist und gleichzeitig die Bedürfnisse der wunden Bewegungsseele stillt. In Jugoslawien gibt es keine Kriegspartei, der man sich so recht anschließen will. Der Verdacht, daß es allen Beteiligten um das gleiche, nämlich einen ethnisch homogenen Nationalstaat Bosnien geht, wahlweise serbisch, kroatisch oder muslimisch, ein Produkt, das nur durch die Vertreibung der jeweils anderen Bevölkerungsgruppen erreichbar ist, hat sich inzwischen auch bei Bewegungspolitikern durchgesetzt. Ein wirkliches Opfer gibt es also nicht in Form eines der beteiligten "Völker".

Anders verhält es sich mit im Kriegsgebiet lebenden Frauen. Sie sind mehrheitlich nicht ins Kampfgeschehen verstrickt, sondern gehören zur Zivilbevölkerung, die das ganze Grauen des Krieges zu ertragen hat. Darüber hinaus erfahren sie eine Behandlung, die keinem Kombattanten und keiner männlichen Zivilperson angetan werden kann: wer als weibliche Angehörige einer der sich bekämpfenden "Ethnien" in die Hand der gegnerischen Soldateska fällt, muß nicht nur befürchten, sondern als Regelfall damit rechnen, vergewaltigt zu werden und unter Umständen zum Zwecke der dauernden sexuellen Verfügbarkeit in entsprechenden Gebäuden festgehalten zu werden. Als Vergewaltigungsopfer sind sie nur Opfer und die Vergewaltiger nur Täter.

Daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß etwas zu unternehmen sei, für von Vergewaltigung betroffene bzw. bedrohte Frauen aus dem Kriegsgebiet. Hätte Tolmein darauf hingewiesen, daß Vergewaltigungen nicht einfach unter Kriegsfolgen abgebucht werden dürfen, um dann zur Tagesordnung überzugehen, sondern daß sie einer Linken Anlaß zur Diskussion dieses gern verdrängten Bestandteils aller Kriege sein sollten und darüber hinaus praktische Hilfe für die Opfer angemahnt, dann wären keine weiteren Worte zu verlieren.

Er geht jedoch einen entscheidenden Schritt weiter: was er als "feministische, antinationale Politik" einführt, hat bezeichnenderweise keine Trennschärfe zu den von Schneider kritisierten Interventionsphantasien deutscher Politikerinnen bzw. Feministinnen. Im Gegenteil steuert der Tolmein genau auf das zu, was die

Limbachs und Lauriens längst tun. Er nimmt die Vergewaltigungen in Bosnien zum Anlaß, die militärische Intervention als Problemlösungsstrategie diskussionsfähig zu machen. Die Intervention meint aber keineswegs alle kriegsführenden und vergewaltigenden Männer in Jugoslawien, sondern die Kriegsmacht jener, die sowieso als Feindbild feststehen, die der Serben. Mit vergewaltigten Frauen sind mithin die von Serben vergewaltigten Frauen gemeint. Was als Betroffenheit über Massenvergewaltigungen begann, schlägt um in die Funktionalisierung eines Teils der in Jugoslawien begangenen Vergewaltigungen zur Propagierung des Krieges gegen die "Täternation".

Faschismus und Intervention

Tolmein empfiehlt den Einmarsch in Serbien und er empfiehlt ihn auch nicht. Er haut dem Schneider und dem Pohrt ein eindeutiges "ja aber" um die Ohren und macht dadurch jedenfalls eines klar: ein grundsätzliches Nein zur Militärintervention ist von ihm — im Gegensatz zu den beiden Kollegen — nicht zu erwarten.

Davon, "ob und inwieweit die verschiedenen Seiten, vor allem die kroatische und die serbische, von faschistischen Strukturen geprägt sind" hängt für Tolmein die Beantwortung der Frage ab, ob man als brave Linke für die "von den USA oder der UNO betriebene Militärintervention" sein darf. Denn soviel steht für ihn fest: "Faschismus wiederum (?) kann durchaus (?) mit Waffengewalt bekämpft werden". Was ist nun dem Tolmein der Faschismus?

Faschismus liegt nach seiner Lesart vor, wenn a) Internierungslager existieren, b) rassistische Bevölkerungspolitik und ethnische Säuberungen betrieben werden, c) systematisch vergewaltigt und gefoltert wird. Vorsichtshalber schränkt er ein, indem er feststellt, es bedürfe "einiger Gewißheit" über das Ausmaß und die Intensität der oben aufgelisteten Verbrechen. Auf alle Fälle ist es erlaubt, über den Einmarsch zu schwadronieren, denn, wenn es nun faschistisch zugehe bei den Serben, sei das keine "prinzipielle Frage" (die Kroaten hat er nur aus Proporzgründen hinzugefügt — man ist ja kein Serbenfresser — daß da keiner einmarschieren wird, weiß er freilich selber). Worauf er anspielt ist überdeutlich, das alliierte Bündnis gegen Nazi-Deutschland. Da wird ihm keiner widersprechen: Daß die Allierten das faschistische Deutschland militärisch zur Strecke gebracht haben, war unbedingt richtig und auch "keine prinzipielle Frage" weil es nicht um Sozialismus oder bürgerliche Demokratie ging, sondern gegen einen beiden gemeinsamen Gegner, die faschistische Barbarei. Diese Barbarei war gekennzeichnet unter anderm durch Internierungslager (aus denen zwar kaum einer lebend herauskam, aber das ist wohl eine Frage der "Bedingungen"), durch rassistische Bevölkerungspolitik incl. ethnische Säuberungen (bei Tolmein ist der Unterschied zwischen Massenmord und Vertreibung lediglich eine Frage der "Bedingungen" und "Intensität") und systematische und massenhafte Folterungen und Vergewaltigungen.

Also außer den *systematischen* Massenvergewaltigungen herrschten serbische Zustände im damaligen Deutschland? Wiederholt sich in den von Serben besetzten Gebieten Bosniens der deutsche Faschismus? Nein, das weiß Tolmein auch nicht so genau, aber er hält es für möglich und fordert die Überprüfung dieser Möglichkeit. Dabei lügt er sich und uns einen vor. Wäre es wie im deutschen Faschismus, daß also die muslimische Bevölkerung systematisch vernichtet wird, und Bosnien *auf diese Weise* ethnisch gesäubert wird, daß jeder Gegner der serbischen Linie mit seiner Liquidierung zu rechnen hätte, daß ein Großserbien sich an die Eroberung der Welt (oder doch des gesamten Balkans) machen würde, etc. etc., dann hätte er ja recht, dann stünde einem militärischen Eingreifen von allen, die dieses Schlachten unterbinden wollen, "prinzipiell" nichts im Wege.

Nur ist alles nicht wahr. Wir wissen genug, um jedenfalls eines ausschließen zu können: einen üblen und verharmlosenden Vergleich der Ereignisse im jugoslawischen Bürgerkrieg mit den Aktivitäten der Nazis in den von ihnen angegriffenen Staaten und im "Reich". Es liegen zwar verschiedene Einschätzungen von vor Ort vor: Die serbische, nach der alles nicht so schlimm ist, die bosnische und kroatische wonach eigentlich niemand mehr leben könnte in Bosnien, weil nach den hysterischen Schreckbildern von immer neuen Völkermorden zu schließen, ja irgendwann einmal die Serben auch den letzten Moslem getötet haben müßten und dazwischen die der UNO und anderer Beobachter, die sich (offensichtlich ungern) gezwungen sehen, die Meldungen zu differenzieren und dabei in der Regel die Zahlen erheblich nach unten korrigieren.

Es hilft dem Tolmein nichts, es handelt sich um einen ganz normalen Bürgerkrieg. Eine landsknechtartig organisierte Soldateska betreibt das große Morden in Bosnien, mit der Leidenschaft derer, für die das Ende des Krieges auch das Ende vom abenteuerlichen Heldenleben wäre. Für diese Männer gehört der Mord an Zivilpersonen, die massenhaften Vergewaltigungen von Frauen der anderen Seite neben dem "normalen" Kriegshandwerk ganz selbstverständlich dazu. Ihr Vorgehen ist - zumindest was die Tötung von Zivilpersonen angeht - nicht systematisch. Das tägliche Morden ist keine Massenvernichtung, Vertreibung geht der physischen Liquidierung vor.

Daß ganz normale Bürgerkriege nicht harmlos, sondern tödlich sind, weiß jeder, das müssen einem nicht erst Tolmein oder interessierte Kriegsgreuelbeschreiber moralisch empört aufs Brot schmieren.

Daß man den serbischen Truppen den Sieg nicht gönnt, aber so recht auch keinem anderen (oder? und wenn ja, mit welchem Grund?), legitimiert keinen Einmarsch. Daß man jeden Krieg zum Teufel wünscht und den Mördern mancherlei schlechtes, rechtfertigt kein Liebäugeln mit der imperialistischen Militärmaschine, die eben nur im extremen Ausnahmefall systematischer Massenvernichtung Erleichterung verschaffen würde. Denn daß es die jetzt vielfach herbeigewünschten Helfer in der Not waren — und allen voran Deutschland —, die den jugoslawischen Ethno-Wahn zur mörderischen Selbstverständlichkeit ermuntert hatten, weiß auch Tolmein. Und daß der Präzedenzfall serbische Bosnier mal angelegt, die Nato und was sonst noch so unter imperialistischem Kommando bewaffnet herumläuft, sofort in einem Dutzend anderer Länder — angefangen mit Kroatien, wo ungeniert die serbische Minderheit vertrieben wird, und in den muslimischen Enklaven in Bosnien, wo Kroaten von Muslims massakriert werden — einmarschieren müßte, kann er doch nicht ernsthaft wollen.

Aber was schert es Politaktivisten schon, daß derzeit praktisch nichts anderes geht, als gegen die Kriegstreiber im eignen Land und jene Pazifisten, die endlich auch einmal dabei sein wollen, wenn der Frieden mit Waffen geschaffen wird, zu agitieren mit Texten und Versammlungen und vielleicht ja mal einer Demonstration. Es geht ihnen um "ein Verhalten zu Jugoslawien, nicht um eine abstrakte Auseinandersetzung" bei der "Zeit keine Rolle" spiele und "Handeln eh nicht gefragt" sei. Lassen wir einmal das antiintellektuelle Schimpfwort "abstrakt" beiseite, schlimmer ist die Kokettiererei mit einem Handlungsdruck, der keine Auseinandersetzungen mehr zulasse, sondern nur noch das Gebot der Tat kennt. Fünf vor zwölf — mindestens.

Mit seiner Philosophie der Tat reiht sich Tolmein in genau jene von Schneider gescholtene Phalanx von deutschen Berufsbetroffenen ein, die die Wurzel allen Übels im serbischen "Faschismus" sehen und jetzt mit — auch deutscher — Waffengewalt die Schuldigen bestrafen wollen.

jw, Westberlin

DDR-Wissenschaftler zum Nahen Osten

Noch in der alten DDR geplant, erschienen die Ergebnisse eines Kolloquiums der Akademie der Wissenschaften am 18./19.9.89 zum Nahostproblem in Buchform im Mai 1990, als die gewendete SED bereits abgedankt hatte, und der Weg in die Wiedervereinigung unwiderruflich festgeschrieben war.

Mit dem Aufsatz von Robert Lumer ("Palästina ein Dilemma der amerikanischen Außenpolitik 1945-1948") wird ein alter und neuer linker Mythos in Frage gestellt. In der Palästina-Solidaritätsbewegung und auch in den früheren DDR-Publikationen wurde und wird in der Regel eine absolute Interessensidentität zwischen Israel und den USA behauptet. Dagegen verweist Lumer auf die zögerliche und widersprüchliche Haltung der USA gegenüber der Gründung des israelischen Staates. Vor allem das US-Außenministerium und die einflußreiche Ölindustrie drängten auf eine proarabische Politik. Die USA, bemüht den englischen Verbündeten aus dem Nahen Osten zu verdrängen, wollten die Region aus dem sich zusehends zuspitzenden Kalten Krieg heraushalten.

Für alle diejenigen, die wie etwa der KB in den 70er Jahren, in der PFLP eine linke Alternative zur Al-Fatah erblickten, weil sie von ihr die strategische Orientierung auf ein jüdisch-palästinensisches Bündnis erhofften, könnte der Artikel von Gerhard Höpp geschrieben sein: "Der Sinn der Katastrophe — eine arabisch-palästinensische Reaktion aus dem Jahre 1948." Beschrieben wird hier die Geschichte der "Phalanxen der Arabischen Aufopferung", einer kurzlebigen Organisation Ende der 40er Jahre, deren Mitglied u.a. der spätere PFLP-Vorsitzende George Habasch war. Höpp zeigt die "tragische Verwechslung von Judentum und Zionismus in der Programmatik und politischen Praxis"(S. 123) der Phalanxen, die sich u.a. in dem Bombenanschlag auf die Synagoge von Damaskus am 6. August 1949, bei dem 12 Menschen starben, manifestierte. Berichtet wird ferner über ihre Kontakte zu rechten Nationalistenorganisationen, etwa zur Muslimbruderschaft oder zu der faschistoiden Partei "Junges Ägypten", sowie ihre Instrumentalisierung durch arabische Regime.

Vor allem bei den beiden eine umfassendere Wertung des Nahostkonfliktes vornehmenden Artikeln von Martin Robbe ("Die Palästinafrage im Rahmen des Ringens um eine demokratische Nachkriegsordnung 1945 bis 1948/49") und Klaus Polkehn ("Yad Vaschem und Deir Yassin") macht sich unangenehm bemerkbar, daß der eigentliche Hintergrund des Berliner Kolloqiums unausgesprochen bleibt und sich doch zugleich wie ein roter Faden durch zahlreiche Artikel zieht. Der Versuch der DDR-Führung unter Honecker, kurz vor ihrem Untergang ein neues Verhältnis zu Israel zu finden einerseits; die Bemühungen von DDR-Wissenschaftlern, ihre bisherigen Arbeiten den neuen Anforderrnissen der BRD anzupassen andererseits.

Robbes Argumentation unterscheidet sich nicht wesentlich von seinem in einer 1. Auflage 1982 im Militärverlag der DDR erschienen Buch "Scheidewege in Nahost". In der Beurteilung des israelisch-palästinensischen Konfliktes vertritt er den traditionellen KP-Standpunkt: Ablehnung des Zionismus als Ideologie, bei gleichzeitiger Befürwortung der Gründung und Existenz des Staates Israel. Die Gegnerschaft der realsozialistischen Staaten gegen Israel wird nicht aus dem israelisch-palästinensischen Gegensatz hergeleitet, sondern mit der Parteiergreifung der herrschenden Kreise Israels für den Westen im Kalten Krieg. Mit dem Ende der Systemauseinandersetzung soll deshalb auch das Verhältnis zu Israel auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die UN-Resolution 181 aus dem Jahre 1947, die die Gründung eines israelischen und eines palästinensischen Staates vorsah, gilt ihm über den Nahen Osten hinaus als Modell einer neuen Kooperation unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen à la Gorbatschow. Daß es ohne den Holocaust eventuell gar nicht zur Gründung Israels gekommen wäre, hat Robbe auch zu DDR-Zeiten immer vertreten. Neu hingegen ist seine Frage, "ob sich in diesem Kontext nicht auch der Charakter des Zionismus wandelte."(S. 10). Eine Begründung dafür wird jedoch nicht geliefert.

Der letzte Punkt findet den Widerspruch von Klaus Polkehn. Der langjährige stellvertretende Chefredakteur der "Wochenpost" ist in der Vergangenheit vor allem durch seine Schriften über die "Zusammenarbeit von Zionismus und deutschem Faschismus" — so der Titel eines seiner Aufsätze in der westdeutschen Autonomenzeitschrift AL KARAMAH —, bekannt geworden. Polkehn versucht hier, wiederum nicht explizit ausgesprochen aber doch faktisch seine früheren Arbeiten zu rechtfertigen. Als Kronzeugen für seine neuen Thesen beruft er sich dabei ausgerechnet auf Michael Wolffsohn, der hierzulande vor allem von der Rechten geschätzt wird, als unverdächtiger, da jüdischer Tabubrecher in Sachen deutsch-jüdisches Verhältnis und Vertreter einer von humanistischen Schnörkeln befreiten staatlichen Machtpolitik. Wie Wolffsohn ist Polkehn der Meinung, daß der Holocaust in Israel die Funktion als wichtigste Integrationsideologie der Gesellschaft übernommen habe. Hatte Polkehn den Zionismus in der Vergangenheit wegen eines Mangels an Antifaschismus kritisiert, so lautet der Vorwurf jetzt genau andersherum: Israel habe einen Holocaustkomplex. Jüdische Kritik an Deutschland und israelische Politik gegenüber den Palästinensern werden so umstandslos in eins gesetzt. Frieden im Nahen Osten, so wird damit suggeriert, kann es nur geben wenn auch die Juden endlich die Deutschen in Ruhe lassen.

Polkehn ist sich der Ambivalenz seiner Arbeiten aus DDR-Zeiten bewußt. "Doch zugleich besagt meine Erfahrung — so aus zahlreichen Foren, insbesondere zum 50. Jahrestages des Novemberpogroms —, daß viele DDR-Bürger sich im Spannungsbogen zwischen unserer Aufarbeitung des Themas Antisemitismus in der deutschen Geschichte und den Berichten über die israelische Okkupationspolitik in unseren Medien nur mühsam oder gar nicht zurechtfinden."(S. 153). Auf dem Weg von der DDR zur BRD ist er jedoch selbst bereit den Spannungsbogen einseitig zu Lasten der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus aufzuheben. Die Desorientierung der DDR-Bevölkerung nach der Wende wird jetzt mit deutschnationalen Inhalten aufgefüllt.

Martin Robbe (Hrsg.), Palästina — Sehnsucht und Machtpolitik, Geschichte, Strukturen und Perspektiven eines Konfliktes, Edition Neue Wege, Pf 150354, 1000 Berlin 15, 1990, 23,80 DM.

Heinz Willemsen